

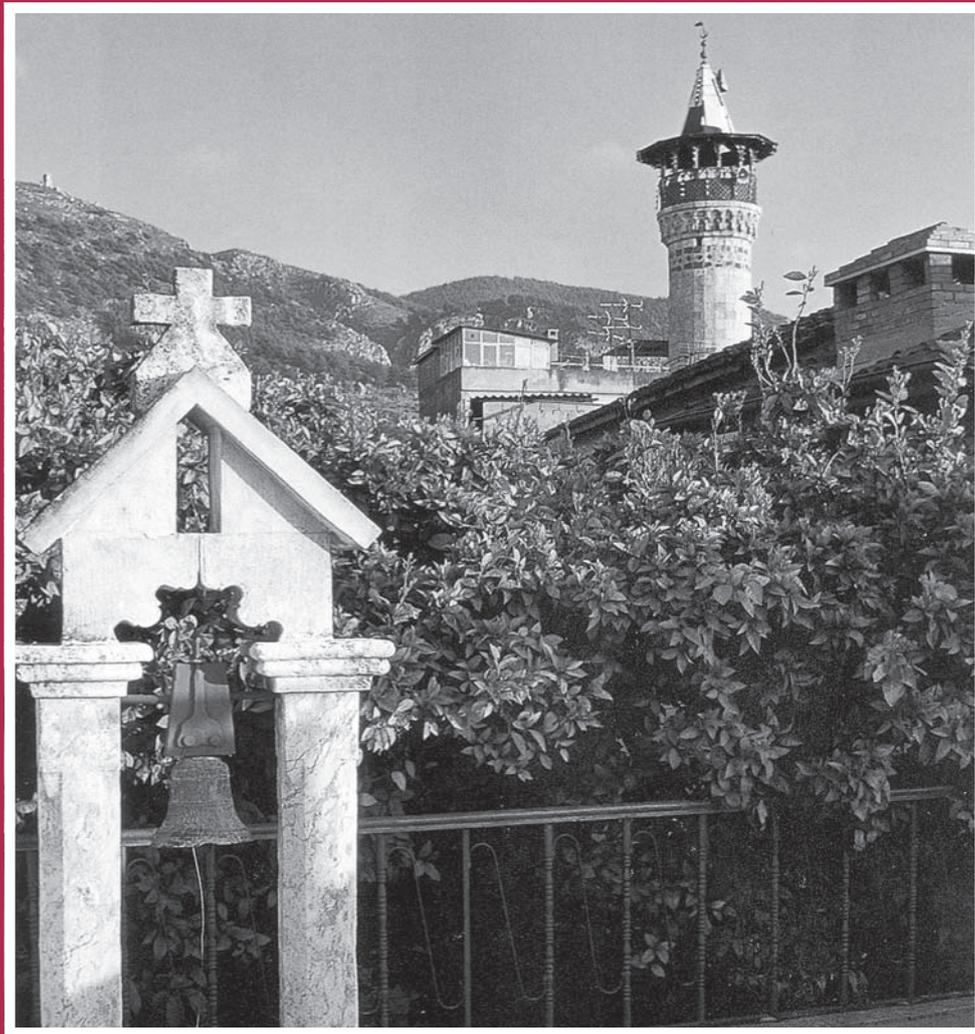
ISSN 1866-0843

AUFTRAG



HEFT 273 – MÄRZ 2009

49. JAHRGANG



- Benedikt XVI.
zum Weltfriedenstag 2009
- Auf den Spuren
des Paulus (II)
- Bundeskanzler Kiesinger
und die Bundeswehr
- Gedenken an Erzbischof
Elmar Maria Kredel

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL	3	BLICK IN DIE GESCHICHTE	
SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN	4	50 Jahre Bundeswehr: Kurt Georg Kiesinger – Der dritte Bundeskanzler und die Bundeswehr <i>von Dieter Kilian</i>	41
SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK		Rom in der christlichen Spätantike <i>von Andreas Rauch</i>	51
Botschaft zum Weltfriedenstag 2009 von Papst Benedikt XVI.	6	Kaiser Wilhelm II., letzter regierender Hohenzoller <i>von Bertram Bastian</i>	53
Zur Proliferationsproblematik <i>von Werner Bös.</i>	10	KIRCHE UNTER SOLDATEN	
Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan – Erfahrungen, Planung, Ziele aus der Friedrich-Ebert-Stiftung <i>von BB.</i>	14	GEDENKEN AN MILITÄRBISCHOF DR. ELMAR MARIA KREDEL	55
Gedanken zu einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik <i>von Klaus Liebetanz</i>	15	Botschafter unter Soldaten <i>von Monica Sinderhauf</i>	55
GESELLSCHAFT NAH UND FERN		Militärbischof Kredel und die Laienarbeit <i>von Friedhelm Koch</i>	60
Auf den Spuren des Paulus (II. Teil) <i>von Paul Schulz</i>	19	Dankworte für den verstorbenen Militärbischof <i>von Bischof Dr. Walter Mixa</i>	68
Militärbeobachter in den Nubabergen <i>von Günter Neuroth</i>	23	AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS	
Bruchstellen in Europa? 12. Internationaler Renovabis Kongress <i>von Heinrich Dorndorf</i>	24	GKS-KREIS BONN	
Deutsche Unterstützung bei der Katastrophenvorsorge in Indonesien <i>von Klaus Liebetanz</i>	26	Adventliche Besinnung	69
BILD DES SOLDATEN		Christmette	69
Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – Allein mit Gott? <i>von Reinhold Jahnke</i>	32	Vortrag BG Blotz	70
Einladung zum 12. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“	34	GKS-BEREICH SÜD	
RELIGION UND GESELLSCHAFT		Über den Balkan auf die Mönchsrepublik Athos	70
Streit um Religions- und Ethikunterricht in Berlin <i>von Andreas Rauch</i>	35	Neuer GKS-Kreis – Wildflecken	72
Katholische Akademikerarbeit Deutschlands <i>von Bertram Bastian</i>	38	GKS-KREIS KÖLN	
Ostern in der Grabeskirche <i>von Gabi Fröhlich (DT)</i>	39	Neujahrsempfang in Köln/Wahn	72
		INTERNATIONALER SACHAUSSCHUSS	
		Internationale Woche der Begegnung für Jugendliche	74
		KURZ BERICHTET:	13, 18, 25, 40, 54, 73
		BUCHBESPRECHUNG	74
		TERMINE	75
		IMPRESSUM	76

Redaktionsschluss AUFTRAG 274 Juni 2009: Donnerstag, 30. April 2009

Abbildung Titelseite: Das unauffällige Glockentürmchen der heutigen kath. Kirche in Antiochia am Orontes (Antakya) mit Blick auf das Minarett der nahe gelegenen Moschee kann auch als Symbol für das Christentum im „Land der Urkirche“ gelten: Kein Land außer Palästina ist mit der Geschichte des Christentums so verbunden wie Kleinasien; aber nirgendwo sonst hat das Christentum im Orient solche Einbußen erlitten wie auf dem Gebiet der heutigen Türkei, als im 20. Jh. die christlichen Volksgruppen vertrieben oder vernichtet wurden. Heute leben in der Gesamtbevölkerung von rund 70 Mio. nur noch weniger als 0,3 Prozent Christen. (s.a. Beitrag S. 19 ff.)

Jahres-CD mit den Jahrgängen 2000-2008 Heft 238-272

(Heft 238 bis 251 nur Titelseiten und Inhaltsverzeichnisse)

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Berlins evangelischer Landesbischof Huber, hat vor dem Jahreswechsel in einer seiner zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen vorgeschlagen, Ursachen und Wirkung der Reformation in einem gemeinsamen Projekt zu beschreiben. Das hört sich vordergründig gut an.

Der Vorsitzende der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller, beurteilt dies jedoch skeptisch. Es werde sich kaum verwirklichen lassen, weil Katholiken und Protestanten die theologische Wirkung der Reformation bezüglich der Kirche nicht gemeinsam beschreiben können, ohne dass „die definitiven Gegensätze aufbrechen“. Denn der Streit geht ja eigentlich darum, was Kirche ist. Der Regensburger Bischof weiter: „Wenn von evangelischer Seite ausgeschlossen wird, dass die sieben Sakramente, die Eucharistie als Opfer Christi und der Kirche, das Bischofs- und das Priestertum, das Papstamt eben nicht wesentlich zur Kirche gehören und sogar die Kirche das Evangelium verdunkeln würde, kann es keine wechselseitige

Anerkennung geben.“ Bei solch fundamentalen Gegensätzen sei eine gemeinsame Erklärung fast ausgeschlossen.

Somit ergebe sich für die katholische Kirche – bei aller Wertschätzung der theologischen Leistungen Luthers – kein Grund, das Reformationsjahr zu feiern. Es zeige sich vielmehr die Notwendigkeit, weiter im Gespräch zu bleiben, um die Auswirkungen der Reformation, die Spaltung der Kirche, zu überwinden.

Lassen Sie uns also im Jahr 2009, besonders während der Woche der Begegnung in Hamburg, unsere katholischen Fundamente stärken, damit wir von festem Boden aus uns der ökumenischen Diskussion stellen können, als engagierte Katholiken im Laienapostolat der katholischen Militärseelsorge.

Mit herzlichen Grüßen aus Bonn



P.S. Leider konnte das Einrichten eines Redaktionsraumes auf der Hardthöhe nicht verwirklicht werden. Sie finden deshalb im Impressum weiterhin meine Privatadresse.

editorial:

Liebe Leserschaft,

in diesem Jahr beschäftigt sich die GKS mit der Neufassung ihrer Ordnung. Die Bereiche folgen der Gliederung der Militärseelsorge und vieles, unter anderem der Delegiertenschlüssel, muss überarbeitet werden. Uns erwarten auf der Bundeskonferenz interessante Diskussionen.



Ebenso will sich die GKS auf den ökumenischen Kirchentag 2010 in München vorbereiten. Dazu gehört in meinen Augen auch, dass wir uns unseres katholischen Verbandslebens bewusst sind. Um über dieses zu informieren, beginne ich damit, Ihnen in diesem Heft die Katholische Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) vorzustellen. Unsere GKS ist Mitglied in der KAD und stellt im Präsidium zurzeit einen der drei Beisitzer.

Ökumene ist nicht so einfach, wie es den Anschein hat. Dazu das folgende Beispiel:

Zu Risiken und Nebenwirkungen ... Wirkt die GKS oder zeigt sie Wirkung?

Jeder, der nicht an hoffnungsloser Selbstüberschätzung leidet, sollte ab und an die eigene Lage selbstkritisch analysieren. Dabei sollte er Kritik aus den eigenen Reihen und von Außen ernst nehmen, um nicht unversehens wie ein angeknockter Boxer dazustehen, der mehr Wirkung zeigt, als selbst Wirkung beim Gegner zu erzielen.

Für die GKS hat dabei das Koordinatensystem unserer Leitsätze und Prinzipien – im Leitershofer Grundsatzprogramm 2007 erneut bestätigt – als Maßstab zu gelten.

Auftrag ausgeführt? Wir wollen zu Friedens- und berufsethischen Fragen am politischen Prozess teilnehmen und unseren katholischen Glauben in Frömmigkeit als Gemeinschaft leben.

Bei der Teilnahme an der öffentlichen Debatte hat die GKS immer die moderate Tonlage bevorzugt, wohl wissend, dass damit eher selten Aufmerksamkeit zu erreichen ist.

Also doch nur Nebenwirkungen? Im Vorfeld der Verlängerung und Erweiterung des ISAF-Mandates habe ich im Oktober des vergangenen Jahres einen Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages geschrieben (*siehe Kasten nächste Seite*) und mit Verweis auf unsere Erklärung vom Mai 2008 „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln“ die Sorge der Soldaten zum Ausdruck gebracht. Immerhin 22 Antworten von Abgeordneten, Arbeitsgruppen oder Fraktionen sind daraufhin eingegangen. Die überwiegende Mehrzahl beurteilt unseren Kriterienkatalog als wichtige Entscheidungshilfe. In Verbindung mit den positiven Rückmeldungen, die wir bei den „Politikergesprächen“ erfuhren, dürfen wir schon von bescheidenen Wirkungen unserer Lobbyarbeit sprechen.

Mit der Herausgabe der brandneuen ZDv 10/4 „Lebenskundlicher Unterricht“ wird die ethische Bildung in der Bundeswehr auf neue FüÙe gestellt. In meiner Ansprache beim Empfang nach dem Internationalen Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln am 8. Januar 2009 habe ich neben Hoffnung und Zu-

versicht auch deutlich unsere Sorge um die Zukunft des Lebenskundlichen Unterrichts im Dienstalltag der Truppe zum Ausdruck gebracht. Ebenso deutlich habe ich unsere Bereitschaft erklärt, alles zu tun, damit der neuen Vorschrift zum Erfolg verholfen wird. Wir, die GKS, tun das in der tiefen Überzeugung, dass die Soldaten der Deutschen Bundeswehr in ihrem Denken und Handeln nicht Spiegelbild der Gesellschaft sind, sondern ein Mehr an Charakter und Anstand haben müssen, weil sie als Angehörige der staatlichen Exekutive den Prinzipien des Grundgesetzes ganz unmittelbar verpflichtet sind, unserer Verfassung, die sich in der Präambel auf die Verantwortung vor Gott und den Menschen beruft.

Ich bin sehr dankbar, dass sich die Laiengremien in der Militärseelsorge darauf verständigt haben, dass wir uns mit dem Leitthema der diesjährigen Woche der Begegnung im September in HAMBURG auf den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in MÜNCHEN einstellen wollen. „Ökumenisch aufgeschlossen“

ist der Leitsatz 10 unseres Grundsatzprogramms überschrieben, da liegt die Beschäftigung mit dem schmerzlichen Trennenden und den Chancen ökumenischer Zusammenarbeit auf der Hand.

Im Vergleich zu diesen „operativen“ Themen ist die interne Debatte über eine Neufassung unserer „Ordnung“ eigentlich zweitrangig. Dennoch sind wir uns alle darüber im Klaren, dass hier wichtige und zukunftsweisende Grundlagenarbeit geleistet werden muss.

Letztlich liegt es im Ihrem Benehmen, liebe Kameradinnen und Kameraden in der GKS und liebe Leser, ob sie die GKS mit der Brille des Wohlwollens als wirksam, oder aber mit kritisch gefärbter und motivierter Wahrnehmung als „schlecht aufgestellt“ bewerten. Sie sind aufgerufen, Fragen zu Wirkungen, Nebenwirkungen und Risiken zu stellen und uns Ihre Antworten wissen zu lassen.

Paul Brochhagen
Bundesvorsitzender GKS



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Bundevorsitzender
Postfach 64 02 32 10048 Berlin oder Am Weidendamm 2 10117 Berlin, Tel. 030 20 61 99 90, Fax: 030 20 61 99 91, E-Mail: gks.berlin@online.de oder gks.berlin@t-online.de

Ans: GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

**Frau
Dr. Angela Merkel, MdB
Platz der Republik 1**

11011 Berlin

*Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Frau Dr. Merkel,*

in den nächsten Tagen kommt auf Sie im Parlament eine besonders für die Soldaten der Bundeswehr wichtige Entscheidung zu. Sie werden aufgefordert sein, über die Verlängerung und Erweiterung mehrerer Mandate für den Friedenseinsatz von Bundeswehrsoldaten zu entscheiden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist ein katholischer Verband, der sich insbesondere zur Sicherung und der Förderung des Friedens verpflichtet hat. Seine Mitglieder orientieren sich an christlichen Idealen und binden sich an sittliche Normen, wie sie die katholische Soziallehre und die kirchliche Friedensethik entwickelt hat. In diesem Zusammenhang hat die GKS Kriterien für Auslandseinsätze formuliert, die ich Ihnen in Form eines Faltblatts mit dem Titel „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln!“ beilege.

Als Bundesvorsitzender der GKS möchte ich Sie bitten, sich die Entscheidung über die Mandate nicht leicht zu machen. Wir katholischen Soldaten stehen zum Primat der Politik. Wir müssen aber unser Handeln auch vor unserem Gewissen verantworten können. Das fällt uns leichter, wenn wir sicher sein können, dass Sie uns nach reiflicher Überlegung und in Kenntnis unserer Überlegungen zu friedensethischen Normen in den Einsatz schicken.

Wir haben leidvoll erfahren, dass die Auslandseinsätze mit der Gefahr von Verwundung und Tod auch für das eigene Leben der eingesetzten Soldaten verbunden sind. Wahrscheinlich werden nicht alle, die in Konsequenz ihrer Entscheidung dem Auftrag des Parlaments folgen, heil und gesund nach Hause kommen.

Umso mehr möchte ich Sie bitten, die von uns in intensiver Arbeit entwickelten Kriterien bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

**Paul Brochhagen
Oberstleutnant**

Anlage

DIE ARMUT BEKÄMPFEN – DEN FRIEDEN SCHAFFEN

Am 1. Januar 2009 wird zum 42. Mal in der gesamten Weltkirche der jährliche Welttag des Friedens begangen. Dieses Datum wurde gewählt, weil das neue Jahr mit einer Besinnung auf die notwendige Förderung des Friedens beginnen soll. Am selben Tag richtet der Papst eine Botschaft an die Repräsentanten der Staaten und an alle Menschen guten Willens, in der er die Dringlichkeit des Friedens bezeugt, die wir nachstehend abdrucken.

Das vom Benedikt XVI. 2009 gewählte Thema lautet: „Die Armut bekämpfen – den Frieden schaffen“. In Gottesdiensten und bei anderen Zusammenkünften soll in geeigneter Weise auf dieses Thema und auf die Botschaft des Papstes eingegangen werden.

1. Auch zu Beginn dieses neuen Jahres möchte ich allen meinen Friedenswunsch zukommen lassen und sie mit dieser meiner Botschaft einladen, über das Thema: „Die Armut bekämpfen, den Frieden schaffen“ nachzudenken. Schon mein verehrter Vorgänger Johannes Paul II. hatte in der Botschaft zum Weltfriedenstag 1993 die negativen Auswirkungen unterstrichen, welche die Armutssituation ganzer Völker letztlich auf den Frieden hat. Tatsächlich gehört die Armut oft zu den Faktoren, welche Konflikte und auch kriegerische Auseinandersetzungen begünstigen oder verschärfen. Letztere tragen ihrerseits zum Fortbestehen tragischer Situationen von Armut bei. „Es macht sich in der Welt eine andere ernste Bedrohung für den Frieden immer besorgniserregender breit“, schrieb Johannes Paul II. „Viele Menschen, ja ganze Völkerschaften leben heute in äußerster Armut. Der Unterschied zwischen Reichen und Armen ist auch in den wirtschaftlich hochentwickelten Nationen augenfälliger geworden. Es handelt sich um ein Problem, das sich dem Gewissen der Menschheit aufdrängt, da eine große Zahl von Menschen in Verhältnissen lebt, die ihre angeborene Würde verletzen und infolgedessen den wahren und harmonischen Fortschritt der Weltgemeinschaft gefährden“.¹

2. In diesem Zusammenhang schließt die Bekämpfung der Armut eine aufmerksame Betrachtung des komplexen Phänomens der Globalisierung ein. Eine solche Betrachtung ist schon unter methodologischem Gesichtspunkt wichtig, weil sie nahelegt, die Ergebnisse der von Wirt-

schaftswissenschaftlern und Soziologen durchgeführten Forschungen über viele Aspekte der Armut zu verwenden. Der Verweis auf die Globalisierung müsste jedoch auch eine geistige und moralische Bedeutung besitzen und dazu anregen, auf die Armen ganz bewusst im Hinblick darauf zu schauen, dass alle in einen einzigen göttlichen Plan einbezogen sind, nämlich die Berufung, eine einzige Familie zu bilden, in der alle – Einzelpersonen, Völker und Nationen – ihr Verhalten regeln, indem sie es nach den Grundsätzen der Fraternität und der Verantwortung ausrichten.

In dieser Perspektive ist es nötig, eine umfassende und differenzierte Vorstellung von der Armut zu haben. Wenn die Armut ein nur materielles Phänomen wäre, würden die Sozialwissenschaften, die uns helfen, die Dinge auf der Grundlage von vornehmlich quantitativen Daten zu messen, ausreichen, um ihre Hauptmerkmale aufzuzeigen. Wir wissen jedoch, dass es Formen nicht materieller Armut gibt, die keine direkte und automatische Folge materieller Not sind. So existieren zum Beispiel in den wohlhabenden und hochentwickelten Gesellschaften Phänomene der Marginalisierung und der relationalen, moralischen und geistigen Armut: Es handelt sich um innerlich orientierungslose Menschen, die trotz des wirtschaftlichen Wohlergehens verschiedene Formen von Entbehrung erleben. Ich denke einerseits an das, was mit „moralischer Unterentwicklung“² bezeichnet wird, und andererseits an die negativen Folgen der „Überentwicklung“³. Und

dann übersehe ich nicht, dass in den sogenannten „armen“ Gesellschaften das Wirtschaftswachstum häufig durch kulturelle Hindernisse gebremst wird, die einen angemessenen Gebrauch der Ressourcen nicht gestatten. Es steht ohnehin fest, dass jede Form von auferlegter Armut in einer mangelnden Achtung der transzendenten Würde der menschlichen Person wurzelt. Wenn der Mensch nicht in der Ganzheit seiner Berufung betrachtet wird und man die Ansprüche einer wirklichen „Humanökologie“⁴ nicht respektiert, entfesseln sich auch die perversen Dynamiken der Armut, wie es in einigen Bereichen, auf die ich kurz eingehen möchte, deutlich wird.

Armut und moralische Folgen

3. Häufig wird die Armut mit der demographischen Entwicklung gleichsam als deren Ursache in Verbindung gebracht. Infolgedessen laufen Kampagnen zur Geburtenreduzierung, die auf internationaler Ebene auch mit Methoden durchgeführt werden, die weder die Würde der Frau respektieren noch das Recht der Eheleute, verantwortlich die Zahl ihrer Kinder zu bestimmen⁵, und – was noch schwerwiegender ist – oft nicht einmal das Recht auf Leben achten. Die Vernichtung von Millionen ungeborener Kinder im Namen der Armutsbekämpfung ist in Wirklichkeit eine Eliminierung der Ärmsten unter den Menschen. In Anbetracht dessen bleibt das Faktum bestehen, dass 1981 etwa 40% der Weltbevölkerung unterhalb der abso-

rei socialis, 28.

4 Johannes Paul II., Enzyklika *Centesimus annus*, 38.

5 Vgl. Paul VI., Enzyklika *Populorum progressio*, 37; Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, 25.

1 Botschaft zum Weltfriedenstag 1993, 1

2 Paul VI., Enzyklika *Populorum progressio*, 19.

3 Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo*

luten Armutsgrenze lebten, während sich dieser Prozentsatz heute praktisch halbiert hat und Völkern, die übrigens ein beachtliches demographisches Wachstum aufweisen, die Armut überwunden haben. Diese Tatsache macht deutlich, dass die Ressourcen zur Lösung des Problems der Armut selbst bei einem Anwachsen der Bevölkerung vorhanden wären. Man darf auch nicht vergessen, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute die Erdbevölkerung um vier Milliarden zugenommen hat und dass dieses Phänomen weitgehend Länder betrifft, die jüngst auf der internationalen Bühne als neue Wirtschaftsmächte erschienen sind und die gerade dank ihrer hohen Einwohnerzahl eine schnelle Entwicklung erlebt haben. Überdies erfreuen sich unter den am meisten entwickelten Nationen jene mit den höchsten Geburtenraten eines besseren Entwicklungspotentials. Mit anderen Worten, es bestätigt sich, dass die Bevölkerung ein Reichtum und nicht ein Armutsfaktor ist.

4. Ein anderer besorgniserregender Bereich sind die pandemischen Krankheiten wie zum Beispiel Malaria, Tuberkulose und AIDS, welche in dem Maß, wie sie die produktiven Teile der Bevölkerung befallen, einen starken Einfluss auf die Verschlechterung der allgemeinen Bedingungen eines Landes ausüben. Die Versuche, die Konsequenzen dieser Krankheiten für die Bevölkerung zu bremsen, erzielen nicht immer Ergebnisse von Bedeutung. Außerdem kommt es vor, dass die von einigen dieser Pandemien betroffenen Länder, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen, Erpressungen von Seiten derer erleiden müssen, die wirtschaftliche Hilfen von der Umsetzung einer lebensfeindlichen Politik abhängig machen. Vor allem ist es schwierig, AIDS, eine dramatische Ursache der Armut, zu bekämpfen, wenn man sich nicht der moralischen Problematik stellt, mit der die Verbreitung des Virus verbunden ist. Zunächst müssen Kampagnen unternommen werden, die besonders die Jugendlichen zu einer Sexualität erziehen, die völlig der Würde der Person entspricht; in diesem Sinn realisierte Initiativen haben bereits bedeutende Ergebnisse erzielt, indem sie die Ver-

breitung von AIDS vermindert haben. Sodann müssen auch den armen Völkern die notwendigen Medikamente und Behandlungen zur Verfügung gestellt werden; das setzt eine entschiedene Förderung der medizinischen Forschung und der therapeutischen Neuerungen voraus sowie nötigenfalls eine flexible Anwendung der internationalen Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums, so dass allen die gesundheitliche Grundversorgung gewährleistet werden kann.

5. Ein dritter Bereich, dem die Aufmerksamkeit in den Programmen zur Bekämpfung der Armut gilt und der die ihr innewohnende moralische Dimension zeigt, ist die Armut der Kinder. Wenn eine Familie von Armut betroffen ist, erweisen sich die Kinder als ihre anfälligsten Opfer: Fast die Hälfte derer, die in absoluter Armut leben, sind heute Kinder. Wenn man sich bei der Betrachtung der Armut auf die Seite der Kinder stellt, sieht man sich veranlasst, jene Ziele als vorrangig anzusehen, die diese am unmittelbarsten angehen, wie zum Beispiel die Fürsorge für die Mütter, das Engagement in der Erziehung, den Zugang zu Impfungen, zu medizinischer Versorgung und zum Trinkwasser, den Umweltschutz und vor allem den Einsatz zum Schutz der Familie und der Beständigkeit der innerfamiliären Beziehungen. Wenn die Familie schwächer wird, tragen unvermeidlich die Kinder den Schaden davon. Wo die Würde der Frau und der Mutter nicht geschützt wird, bekommen das wiederum in erster Linie die Kinder zu spüren.

6. Ein vierter Bereich, dem unter moralischem Gesichtspunkt besondere Aufmerksamkeit gebührt, ist die bestehende Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung. Das augenblickliche Niveau der weltweiten militärischen Ausgaben ist besorgniserregend. Wie ich bereits betont habe, geschieht es, dass „die enormen materiellen und menschlichen Ressourcen, die in die militärischen Ausgaben und in die Rüstung einfließen, ... den Entwicklungsprojekten der Völker, besonders der ärmsten und hilfsbedürftigsten, entzogen [werden]. Und das verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen, die die internationale Gemeinschaft und

insbesondere die Staaten verpflichtet, die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so zu fördern, dass von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird (Art. 26)“⁶.

Dieser Sachverhalt ist keine Erleichterung, sondern stellt sogar eine ernste Behinderung für das Erreichen der großen Entwicklungsziele der internationalen Gemeinschaft dar. Außerdem läuft eine übertriebene Erhöhung der militärischen Ausgaben Gefahr, einen Rüstungswettlauf zu beschleunigen, der Enklaven der Unterentwicklung und der Verzweiflung verursacht und sich so paradoxerweise in einen Faktor von Instabilität, von Spannung und von Konflikten verwandelt. Wie mein verehrter Vorgänger Paul VI. weitsichtig geäußert hat, ist „die Entwicklung die neue Bezeichnung für Frieden“⁷. Darum sind die Staaten dazu aufgefordert, ernsthaft über die tieferen Gründe der häufig durch Ungerechtigkeit entzündeten Konflikte nachzudenken und ihnen durch eine mutige Selbstkritik abzu- helfen. Wenn eine Verbesserung der Beziehungen erreicht wird, müsste das eine Reduzierung der Rüstungsausgaben gestatten. Die eingesparten Geldmittel können dann für Entwicklungsprojekte zugunsten der ärmsten und am meisten notleidenden Menschen und Völker bestimmt werden: Ein großzügiges Engagement in diesem Sinne ist ein Engagement für den Frieden innerhalb der Menschheitsfamilie.

7. Ein fünfter Bereich im Zusammenhang mit der Bekämpfung der materiellen Armut betrifft die augenblickliche Nahrungsmittelkrise, welche die Befriedigung der Grundbedürfnisse aufs Spiel setzt. Diese Krise ist weniger durch einen Mangel an Nahrungsmitteln gekennzeichnet als vielmehr durch Schwierigkeiten des Zugangs zu ihnen und durch Speku-

6 Benedikt XVI., Schreiben an Kardinal Renato Raffaele Martino anlässlich der internationalen Studententagung des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden zum Thema „Abrüstung, Entwicklung und Frieden. Perspektiven für eine allseitige Abrüstung“, 10. April 2008.

7 Enzyklika *Populorum progressio*, 87.

lationen, also durch das Fehlen einer Koordination politischer und wirtschaftlicher Institutionen, die in der Lage ist, den Bedürfnissen und Notlagen zu begegnen. Die Unterernährung kann auch schwere psychophysische Schäden für die Völkernationen verursachen, indem sie viele Menschen der nötigen Energien beraubt, um ohne spezielle Hilfen aus ihrer Armutssituation herauszukommen. Das trägt dazu bei, dass die Schere der Ungleichheiten weiter auseinandergeht, und provoziert Reaktionen, die Gefahr laufen, in Gewalt zu münden. Die Daten über die Entwicklung der relativen Armut in den letzten Jahrzehnten zeigen alle eine Vergrößerung des Gefälles zwischen Reichen und Armen an. Hauptursachen dieses Phänomens sind zweifellos einerseits der technologische Wandel, dessen Nutzen vor allem der oberen Einkommensklasse zugute kommt, und andererseits die Preisdynamik der Industrieprodukte, deren Kosten wesentlich schneller ansteigen als die Preise der Agrarprodukte und der Rohstoffe, die im Besitz der ärmeren Länder sind. So geschieht es, dass der größte Teil der Bevölkerung der ärmeren Länder unter doppelter Marginalisierung leidet, sowohl durch niedrigere Einnahmen als auch durch höhere Preise.

Bekämpfung der Armut und globale Solidarität

8. Einer der besten Wege zur Schaffung des Friedens ist eine Globalisierung, die auf die Interessen der großen Menschheitsfamilie⁸ ausgerichtet ist. Um die Globalisierung zu lenken, bedarf es jedoch einer starken globalen Solidarität⁹ zwischen reichen und armen Ländern sowie innerhalb der einzelnen Länder, auch wenn sie reich sind. Ein „gemeinsamer Ethikkodex“¹⁰ ist notwendig, dessen Normen nicht nur den Charakter von Konventionen besitzen,

8 Vgl. Johannes Paul II., Enzyklika *Centesimus annus*, 58.

9 Vgl. Johannes Paul II., Ansprache bei der Audienz des Christlichen Verbandes der italienischen Arbeiter ACLI, 27. April 2002, 4: *Insegnamenti di Giovanni Paolo II*, XXV, 1 [2002], 637.

10 Johannes Paul II., Ansprache vor der Vollversammlung der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften, 27. April 2001, 4: *Insegnamenti di Giovanni Paolo II*, XXIV, 1 [2001], 802.

sondern im Naturgesetz wurzeln, das vom Schöpfer in das Gewissen eines jeden Menschen eingeschrieben ist (vgl. Röm 2, 14-15). Spürt nicht jeder von uns im Innersten seines Gewissens den Aufruf, seinen eigenen Beitrag zum Allgemeinwohl und zum sozialen Frieden zu leisten? Die Globalisierung beseitigt gewisse Barrieren, doch das bedeutet nicht, dass sie nicht neue aufrichten kann; sie bringt die Völker einander näher, doch die räumliche und zeitliche Nähe schafft von sich aus nicht die Bedingungen für ein wahres Miteinander und einen echten Frieden. Die Marginalisierung der Armen des Planeten kann in der Globalisierung nur dann wirksame Mittel zur Befreiung finden, wenn jeder Mensch sich durch die in der Welt bestehenden Ungerechtigkeiten und die damit verbundenen Verletzungen der Menschenrechte persönlich verwundet fühlt. Die Kirche, die „Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“¹¹ ist, wird weiterhin ihren Beitrag leisten, damit Ungerechtigkeiten und Unverständnis überwunden werden und man dahin gelangt, eine friedvollere und solidarischere Welt aufzubauen.

9. Auf dem Gebiet des Internationalen Handels und der Finanztransaktionen sind heute Prozesse im Gange, die es erlauben, die Ökonomien positiv zu koordinieren und so zur Verbesserung der allgemeinen Bedingungen beizutragen; doch es gibt auch gegenläufige Prozesse, welche die Völker entzweien und ins Abseits drängen und so gefährliche Voraussetzungen für Kriege und Konflikte schaffen. In den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ist der internationale Waren- und Dienstleistungshandel außerordentlich schnell angestiegen und hat dabei eine in der Geschichte zuvor nicht gekannte Dynamik entfaltet. Ein großer Teil des Welthandels betraf die bereits früh industrialisierten Länder, mit der beachtlichen Erweiterung durch viele Schwellenländer, die an Bedeutung gewonnen haben. Es gibt jedoch andere Länder mit niedrigen Einnahmen, die hinsichtlich des Handelsflusses noch schwer marginalisiert

11 Zweites Vatikanisches Konzil, Dogm. Konst. *Lumen gentium*, 1.

sind. Ihr Wachstum hat unter dem in den letzten Jahrzehnten verzeichneten schnellen Verfall der Preise für Primärgüter gelitten, die fast die Gesamtheit ihrer Exporte ausmachen. In diesen – großenteils afrikanischen – Ländern stellt die Abhängigkeit vom Export von Primärgütern weiterhin einen erheblichen Risikofaktor dar. Ich möchte hier erneut dazu aufrufen, allen Ländern die gleichen Zugangschancen zum Weltmarkt einzuräumen und Ausschlüsse und Marginalisierungen zu vermeiden.

10. Ähnliche Überlegungen können über das Finanzwesen angestellt werden, das dank der Entwicklung der Elektronik und der Politik zur Liberalisierung des Geldverkehrs zwischen den verschiedenen Ländern einen der Hauptaspekte des Phänomens der Globalisierung betrifft. Die objektiv wichtigste Funktion des Finanzwesens, nämlich langfristig die Möglichkeit von Investitionen und somit von Entwicklung zu unterstützen, erweist sich heute als äußerst anfällig; Sie erfährt die negativen Rückwirkungen eines Systems von Finanztransaktionen – auf nationaler und globaler Ebene –, die auf einem extrem kurzfristigen Denken beruhen, das den Wertzuwachs aus Finanzaktivitäten verfolgt und sich auf die technische Verwaltung der verschiedenen Formen des Risikos konzentriert. Auch die jüngste Krise beweist, wie die Finanzaktivität manchmal von rein autoreferentiellen Logiken geleitet wird, die jeder langfristigen Rücksicht auf das Allgemeinwohl entbehren. Die Einengung in der Zielsetzung der weltweiten Finanzmakler auf die extreme Kurzfristigkeit vermindert die Fähigkeit des Finanzwesens, seine Brückenfunktion zwischen Gegenwart und Zukunft zu erfüllen zur Unterstützung der Schaffung langfristiger angelegter Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten. Ein auf kurze und kürzeste Fristen eingegengtes Finanzwesen wird gefährlich für alle, auch für diejenigen, denen es gelingt, während der Phasen der Finanz euphorie davon zu profitieren¹².

11. Aus all dem geht hervor, dass die Bekämpfung der Armut eine Zu-

12 Vgl. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Kompendium der Soziallehre der Kirche, 368.

sammenarbeit sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf juristischer Ebene erfordert, die der internationalen Gemeinschaft und im besonderen den armen Ländern ermöglicht, aufeinander abgestimmte Lösungen zu finden und zu verwirklichen, um den oben genannten Problemen durch die Bereitstellung eines wirksamen rechtlichen Rahmens für die Wirtschaft zu begegnen. Sie verlangt außerdem Impulse zur Bildung von leistungsfähigen, auf Mitverantwortung beruhenden Institutionen sowie die Unterstützung im Kampf gegen die Kriminalität und in der Förderung einer Kultur der Legalität. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass eine ausgeprägte Wohlfahrtspolitik häufig Ursache des Scheiterns von Hilfsmaßnahmen für die armen Länder ist. In die Ausbildung der Menschen zu investieren und ergänzend eine spezifische Kultur der Eigeninitiative zu entwickeln, erscheint zurzeit als der richtige mittel- und langfristige Plan. Wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten zu ihrer Entfaltung günstige äußere Umstände brauchen, so bedeutet das nicht, dass man den Problemen des Einkommens keine Aufmerksamkeit schenken darf. Obschon zu Recht unterstrichen worden ist, dass die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nicht das Ziel schlechthin des politisch-wirtschaftlichen Handelns sein kann, darf man doch nicht vergessen, dass dies ein wichtiges Instrument darstellt, um das Ziel der Bekämpfung von Hunger und absoluter Armut zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt muss hier die Illusion ausgeräumt werden, dass eine Politik der reinen Umverteilung des bestehenden Vermögens das Problem endgültig lösen könnte. In einer modernen Wirtschaft hängt nämlich der Wert des Vermögens in ausschlaggebendem Maße von der Fähigkeit ab, gegenwärtigen und zukünftigen Gewinn zu schaffen. Die Wertschöpfung erweist sich deshalb als eine unausweichliche Notwendigkeit, die man berücksichtigen muss, wenn man die materielle Armut wirksam und nachhaltig bekämpfen will.

12. Die Armen an die erste Stelle zu setzen, erfordert schließlich den gebührenden Raum für eine korrekte wirtschaftliche Logik bei den Akteuren des internationalen Marktes, für

eine korrekte politische Logik bei den institutionellen Akteuren und für eine korrekte Logik der Mitverantwortung, die fähig ist, die lokale wie internationale Zivilgesellschaft zur Geltung zu bringen. Die internationalen Organisationen anerkennen heute selbst den hohen Wert und den Vorteil wirtschaftlicher Initiativen der Zivilgesellschaft oder der örtlichen Verwaltungen zur Förderung der Befreiung und Eingliederung jener Bevölkerungsschichten in die Gesellschaft, die häufig unterhalb der äußersten Armutsgrenze leben und zugleich für die offiziellen Hilfen schwer erreichbar sind. Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung des 20. Jahrhunderts lehrt, dass gute Entwicklungspolitik von der Verantwortlichkeit der Menschen und der Schaffung eines positiven Zusammenwirkens von Märkten, Zivilgesellschaft und Staaten abhängt. Besonders der Zivilgesellschaft kommt eine ausschlaggebende Rolle in jedem Entwicklungsprozess zu, denn die Entwicklung ist im wesentlichen ein kulturelles Phänomen, und die Kultur entsteht und entfaltet sich im Zivilbereich¹³.

13. Wie mein verehrter Vorgänger Johannes Paul II. bereits betont hat, offenbart die Globalisierung „eine ausgeprägte Charakteristik der Ambivalenz“¹⁴ und muss deshalb mit umsichtiger Klugheit gelenkt werden. Zu dieser Form von Klugheit gehört es auch, vorrangig die Bedürfnisse der Armen der Erde zu berücksichtigen, indem der Skandal des bestehenden Missverhältnisses zwischen den Problemen der Armut und den Maßnahmen, welche die Menschen vorsehen, um ihnen entgegenzutreten, überwunden wird. Das Missverhältnis besteht sowohl auf kultureller und politischer als auch auf geistiger und ethischer Ebene. Man bleibt nämlich oft bei den äußeren und praktischen Ursachen der Armut stehen, ohne zu denen vorzudringen, die im menschlichen Herzen wohnen wie die Habgier und die Begrenztheit der Horizonte. Die Probleme der Entwicklung, der Hilfen und der internationalen Zusammenarbeit

¹³ Vgl. ebd., 356.

¹⁴ Ansprache bei der Audienz für Leiter der Arbeiter- und Industriegewerkschaften, 2. Mai 2000, 3: *Insegnamenti di Giovanni Paolo II*, XXIII, 1 [2000], 726.

werden manchmal ohne eine wirkliche Einbeziehung der Menschen als rein technische Fragen angegangen, die sich in der Planung von Strukturen, im Abschluss von Tarifverträgen und in der Bereitstellung anonymer Finanzierungen erschöpfen. Die Bekämpfung der Armut ist dagegen auf Männer und Frauen angewiesen, die zutiefst die Mitmenschlichkeit praktizieren und fähig sind, Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften auf Wegen authentischer menschlicher Entwicklung zu begleiten.

Schluss

14. In der Enzyklika *Centesimus annus* mahnte Johannes Paul II. die Notwendigkeit an, „eine Denkweise aufzugeben, die die Armen der Erde – Personen und Völker – als eine Last und als unerwünschte Menschen ansieht, die das zu konsumieren beanspruchen, was andere erzeugt haben“. „Die Armen“, schrieb er, „verlangen das Recht, an der Nutzung der materiellen Güter teilzuhaben und ihre Arbeitsfähigkeit einzubringen, um eine gerechtere und für alle glücklichere Welt aufzubauen“¹⁵. In der jetzigen globalisierten Welt wird immer offensichtlicher, dass der Friede nur hergestellt werden kann, wenn man allen die Möglichkeit eines vernünftigen Wachstums sichert: Die Verzerrungen ungerechter Systeme präsentieren nämlich früher oder später allen die Rechnung. Es kann also nur die Torheit dazu verführen, ein vergoldetes Haus zu bauen, wenn ringsum Wüste oder Verfall herrscht. Die Globalisierung allein ist unfähig, den Frieden herzustellen, und in vielen Fällen schafft sie sogar Trennungen und Konflikte. Sie offenbart vielmehr einen Bedarf: den einer Ausrichtung auf ein Ziel völliger Solidarität, die das Wohl eines jeden und aller anstrebt. In diesem Sinn ist die Globalisierung als eine günstige Gelegenheit anzusehen, um in der Bekämpfung der Armut etwas Bedeutendes zu verwirklichen und um der Gerechtigkeit und dem Frieden bisher unvorstellbare Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

15. Von jeher hat sich die Soziallehre der Kirche um die Armen ge-

¹⁵ Nr. 28.

kümmert. Zur Zeit der Enzyklika *Rerum novarum* waren dies vor allem die Arbeiter der neuen Industriegesellschaft; in der Soziallehre Pius' XI., Pius' XII., Johannes' XXIII., Pauls VI. und Johannes Pauls II. sind neue Formen der Armut hervorgehoben worden, während sich der Horizont der sozialen Frage weitete, bis sie weltweite Dimensionen angenommen hat¹⁶. Diese Ausweitung der sozialen Frage auf die Globalität ist nicht nur im Sinn einer quantitativen Ausdehnung zu betrachten, sondern auch im Sinn einer qualitativen Vertiefung über den Menschen und über die Bedürfnisse der Menschheitsfamilie. Darum zeigt die Kirche, während sie die aktuellen Phänomene der Globalisierung und ihre Auswirkung auf die Formen menschlicher Armut aufmerksam verfolgt, die neuen Aspekte der sozialen Frage nicht nur in ihrer Ausdehnung, sondern auch in ihrer Tiefe auf, insofern sie die Identität des Menschen und seine Beziehung zu Gott betreffen. Es sind Prinzipien

16 Vgl. Paul VI., Enzyklika *Populorum progressio*, 3.

der Soziallehre, die danach trachten, die Zusammenhänge zwischen Armut und Globalisierung zu klären und das Handeln auf die Schaffung des Friedens auszurichten. Unter diesen Prinzipien ist es angebracht, im Licht des Primats der Nächstenliebe hier in besonderer Weise an die „vorrangige Liebe für die Armen“¹⁷ zu erinnern, die von der gesamten christlichen Überlieferung von der Urkirche an bezeugt worden ist (vgl. Apg 4, 32-36; 1 Kor 16, 1; 2 Kor 8-9; Gal 2, 10).

„Jeder trage ohne Zögern den Teil bei, der ihm obliegt“, schrieb Leo XIII. 1891 und fügte hinzu: „Was die Kirche betrifft, wird sie niemals und in keiner Weise von ihrem Werk ablassen“¹⁸. Dieses Bewusstsein begleitet auch heute das Handeln der Kirche gegenüber den Armen, in denen sie Christus sieht¹⁹, da sie in ih-

17 Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, 42; vgl. Ders., Enzyklika *Centesimus annus*, 57.

18 Leo XIII., Enzyklika *Rerum novarum*, 45.

19 Vgl. Johannes Paul II., Enzyklika *Centesimus annus*, 58.

rem Herzen ständig den Auftrag des Friedensfürsten an die Apostel nachklingen hört: „Vos date illis manducare – gebt ihr ihnen zu essen“ (Lk 9, 13). In der Treue zu dieser Aufforderung ihres Herrn wird die Kirche deshalb niemals versäumen, der gesamten Menschheitsfamilie ihre Unterstützung in den Impulsen zu kreativer Solidarität zu versichern, nicht nur um aus dem Überfluss zu spenden, sondern vor allem um „die Lebensweisen, die Modelle von Produktion und Konsum und die verfestigten Machtstrukturen zu ändern, die heute die Gesellschaften beherrschen“²⁰. Darum richte ich zu Beginn eines neuen Jahres an alle Jünger Christi wie auch an jeden Menschen guten Willens die dringende Einladung, gegenüber den Bedürfnissen der Armen das Herz zu öffnen und alles konkret Mögliche zu unternehmen, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Unumstößlich wahr bleibt nämlich das Axiom: „Die Armut bekämpfen heißt den Frieden schaffen“.

20 Ebd.

Zur Proliferationsproblematik

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(8. gekürzte Fortschreibung – September 2008 bis Januar 2009)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion will auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per E-Mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de).

Iran

Iran treibt sein Atomprogramm unbeirrt voran und missachtet konsequent die Anordnungen des UN-Sicherheitsrates. Die IAEA-Ermittler können die „Existenz möglicher militärischer Dimensionen“ des iranischen Nuklearprogramms nicht ausschließen. Zudem warnen die Experten: Trotz Sanktionen des Sicherheitsrates gegen Iran geraten Atomwaffen

immer mehr in Reichweite der Führung des Landes. Somit finden die USA und ihre Verbündeten weiter keine wirksame Strategie gegen die Nuklearambitionen Teherans, das verdächtigt wird, eine Atombewaffnung anzustreben. Die IAEA stellt klar: Die Iraner zielen weiter darauf ab, Uran auf industriellem Niveau anzureichern. Damit ignoriert Teheran die Forderung des UN-Sicherheitsrates.

Das Gremium verlangte mehrmals die Einstellung der Urananreicherung. Die Iraner bestehen aber darauf, dass sie Uran nur zu zivilen Zwecken anreichern.

Niedrig angereichertes Uran dient der Energieerzeugung, mit hoch angereichertem Uran können Spezialisten Atombomben bauen. Nach Einschätzung von Fachleuten könnte Teheran mit Hilfe von 700 bis 800 Kilogramm

niedrig angereichertem Uran etwa 20 bis 25 Kilogramm waffentaugliches Uran herstellen. Genug für eine grobe spaltbare Waffe. Es bestände definitiv Grund zur Beunruhigung.

Sorge bereitet den Experten auch der iranische Schwerwasserreaktor in Arak. Der UN-Sicherheitsrat ordnete mehrmals einen Baustopp für die Anlage an. Doch die IAEA stellt aufgrund von Satellitenbildern fest: „Die Konstruktion des Reaktors schreitet voran.“ Und die Einrichtung scheinbar einsatzbereit. Beim Betrieb eines Schwerwasserreaktors fällt Plutonium an, ein Stoff, den die Iraner ebenfalls für die Produktion von Atomwaffen einsetzen könnten. Wenn der Arak-Reaktor vollbetrieben wird, ist er in der Lage, genügend Plutonium für zwei Bomben pro Jahr zu produzieren.

Die IAEA-Ermittler beschuldigen den Iran auch der mangelnden Kooperationsbereitschaft. So verweigern die Iraner den Inspektoren Informationen in relevanten Bereichen ihres Atomprogramms. Deshalb will die IAEA die Existenz von undeckelten Atommaterialien und -aktivitäten nicht ausschließen.

Teheran hat sich als Mitglied des Atomwaffensperrvertrages verpflichtet, mit der IAEA eng zusammenzuarbeiten. Die UN-Agentur überprüft, ob die Mitglieder des Sperrvertrages die Atomkraft für friedliche Zwecke einsetzen oder ob sie eine nukleare Rüstung anstreben.

Unter dem Druck der westlichen Verbündeten will die Bundesregierung ihren Sanktionskurs gegen Iran deutlich verschärfen. Berlin will Unternehmen der Banken- und Versicherungswirtschaft sowie der Energiebranche davon überzeugen, keine Geschäfte mit Iran zu machen. Bisher hatte die Industrie darauf beharrt, dass sie nur gesetzlich verbotene Geschäfte unterlasse. Besonders Firmen, die sogenannte Flaschenhals-Technologien herstellen, will die Regierung in die Pflicht nehmen. Das sind unverzichtbare Produkte, die nur von wenigen Herstellern angeboten werden können. Iran hätte es schwer, den Boykott zu umgehen.

Der neue amerikanische Präsident muss die Vergangenheit beiseite schieben. Die Neigung, Wettbewer-

ber, Gegner und Feinde diplomatisch zu isolieren – wie von der Regierung Bush geübt – muss überwunden werden. Eine Erfolg versprechende Initiative sollte mit Erkundungsgesprächen und dem Entwurf einer „Roadmap“ beginnen. Die neue amerikanische Regierung kann direkte Gespräche mit Teheran über die durchaus existierenden gemeinsamen Sorgen beider Länder führen, und das sollte sie auch tun. Die Herunternahme Irans von der „Achse des Bösen“ und eine Öffnung gegenüber diesem Land würde die iranischen Politiker und Reformkräfte stärken, die bereit sind, mit den USA in bestimmten Problemfeldern zusammen zu arbeiten. Heute mögen derartige Vorschläge noch kühn, naiv oder gar unmöglich klingen. Doch ohne Kühnheit gibt es für den Iran, Afghanistan, Pakistan und die Region als Ganzes wenig Hoffnung.

Obamas Vorgänger George W. Bush hatte Iran als Teil der „Achse des Bösen“ bezeichnet und keinerlei Interesse an einem direkten Kontakt gezeigt. Mit Obama soll es nun hoffentlich anders werden. Daher will man mit ihm laut Ahmadinedschad „Geduld haben“ und die „Aussagen und Handlungen Obamas vorsichtig und sorgfältig verfolgen“. Er weist jedoch auch darauf hin, dass im Gegensatz zu Obamas Vorschlag nicht der Iran, sondern die USA „ihre Faust öffnen“ sollten. „Es waren die USA, die sich in den vergangenen 60 Jahren gegen die iranische Nation gestellt haben“, sagte er und verwies dabei auf die US-Unterstützung des Schahs bis zu islamischen Revolution vor 30 Jahren und die Förderung des irakischen Diktators Saddam Hussein während des achtjährigen Iran-Irak Krieges 1980-1988.

Präsident Obama hatte in dem Interview am 26.01.09 der islamischen Welt „eine neue Partnerschaft in gegenseitigem Respekt“ angeboten. „Meine Aufgabe im Bezug auf die arabische Welt ist es, zu vermitteln, dass die Amerikaner nicht deren Feinde sind. Manchmal machen wir Fehler“, sagte Obama. „Wir sind nicht perfekt gewesen. Aber es gibt keinen Grund, warum wir nicht den gleichen Respekt und die gleiche Partnerschaft mit der muslimischen Welt herstellen

können, wie Amerika sie noch vor 20 oder 30 Jahren hatte.“ Damit ist ein erster Schritt schon mal getan, um die 30-jährige (diplomatische) Funkstille zu beenden, der zweite wird jedoch weitaus schwieriger werden.

Das Gute an den drastisch gesunkenen Energiepreisen ist, dass Teheran mehr als je in den letzten Jahren auf den Westen angewiesen ist. Washington kann das nutzen, indem einerseits die Drohung der Sanktionen verschärft wird, andererseits die Aussicht auf Investitionen, Know-how und Technologie verstärkt wird. Das iranische Regime muss Jahr um Jahr für eine Million junger Leute Arbeitsplätze finden, die es nicht gibt. Die präventive Militäraktion, wird bei alledem im Spiel bleiben müssen. Doch Isolation und Druck vergrößert den Einfluss der Hardliner, Integration des Iran in die internationale Gemeinschaft diene dem Erfolg der gemäßigten Kräfte. Für den Iran geht es auch um seine Sicherheit. Ob die empfundene Bedrohung Realität oder nur Mythos ist, bleibt gleich. Dieses Sicherheitsbedürfnis ist bei der Konfliktlösung mit zu berücksichtigen. Der Iran ist das Schlüsselland der Region. Erwirbt das Land die Bombe, dann wird nichts und niemand Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei hindern, nachzuziehen.

Im Juni 2009 findet im Iran die Präsidentschaftswahl statt. Für viele Menschen in und außerhalb des Iran stellt sich die Frage, ob ein anderer Präsident als Mahmud Ahmadinedschad den Iran aus seiner üblen Verfassung heraus führen könnte. Denn iranische Oppositionsführer, westliche Journalisten und Politiker geben hauptsächlich Ahmadinedschad die Schuld an den gegenwärtigen Missständen: Zensur, Korruption, die schlechte Wirtschaftslage und die Gefahr eines Angriffs der USA und Israels wegen des Atomprogramms. Ahmadinedschad hat der Welt scheinbar einen weiteren Vorwand geliefert, gegen Iran mobil zu machen, als er zur Zerstörung Israels aufrief und den Holocaust leugnete. Präsident Ahmadinedschad ist zur Hassfigur geworden.

Doch diese Analyse ist nicht korrekt, schon allein deshalb, weil sie die Wichtigkeit von Ahmadinedschad

übertreibt und die einzig wirklich allmächtige Figur im Land, den obersten Rechtsgelehrten Ali Chamenei, außen vor lässt.

Wer Ahmadinedschad die Schuld an den größten Problemen gibt, überschätzt nicht nur seinen Einfluss, sondern suggeriert, diese verschwänden, wenn er abtreten würde. Doch wird sich die Lage im Iran nicht ändern, solange die Machtstrukturen intakt bleiben, welche den geistlichen Führer stützen.

Die iranische Verfassung statet den geistlichen Führer mit einer ungeheuren Macht über alle wichtigen Institutionen des Staates aus. Ob formell oder informell – die Exekutive, die Legislative und alle Zweige der Rechtsprechung sind der absoluten Oberherrschaft des obersten geistigen Führers unterstellt, der Staatsoberhaupt, Oberkommandierender der Armee und höchster Ideologe ist. Über verschiedene Räte und Unterdrückungsorgane beeinflusst er Wirtschaft, Religion und Kultur. Ein Beispiel sind die Revolutionsgarden, deren Kommandeur er selbst beruft.

Chamenei hält auch die Außenpolitik voll unter Kontrolle. Allein mit ihm könnten die USA wirklich verhandeln. Die Ebene der Kontakte muss auf dem Weg dahin schnell und deutlich angehoben werden. Doch ohne Chameneis offiziellen Segen kann keiner direkte Kontakte mit Washington aufnehmen. Ahmadinedschad wird sowohl als Revolutionär als auch treuer Fundamentalist angesehen, der iranische Interessen in allen Lagen garantiert – ihm vertraut Chamenei. Über ihn könnte vielleicht ein Zugang geschaffen werden.

Direkte Gespräche müssen vorbereitet werden, niemand stürzt sich in sie hinein. Verhandlungsspielräume müssen mittels „Geheimdiplomatie“ vorher ergründet sein. Bis Obama sein Regierungsteam endlich zusammen hat und im Amt eingerichtet ist, befindet sich der Iran mitten im Wahlkampf um das Präsidentenamt. Von einer sichtbaren Annäherung vor der Wahl im Juni könnte allerdings der Amtsinhaber Ahmadinedschad profitieren und Wähler gewinnen, die ihn wegen seines rigorosen Konfrontationskurses bisher ablehnen.

Nordkorea

Mit der Zusage zu neuerlichen Treffen im Atomstreit zeigt sich Pjöngjang handlungsfähig; dies spricht gegen ein Führungsvakuum. Auch wenn unklar ist, wer zurzeit das Sagen in Nordkorea hat. Spekulationen über einen neuerlichen Schlaganfall des Führers Kim Jong Il verstummen nicht. Veröffentlichte Fotos vom Kim sollen zwar die Botschaft ins Land und die Welt tragen, Kim Jong Il ist weiter handlungsfähig. Die Szenen wirken jedoch speziell arrangiert, um den Diktator gesund vorzuführen. Nie allerdings verrät der Propaganda-Apparat, wann die Bilder aufgenommen wurden. Auch ist auffällig, dass Nordkorea nicht gegen die Spekulationen protestiert. Andererseits sind für das Ausland keine ungewöhnlichen Veränderungen in Nordkorea erkennbar, wie sie bei einer Nachfolgerkrise wohl aufträten.

Nordkoreanische Medien sind Meister der hohen Kunst der Beschimpfung anderer Staaten. So war es keine Überraschung, dass der gemeinsame Neujahrs-Leitartikel der Zeitungen des Landes die Regierung in Südkorea „faschistisch“ nannte und die Bewohner des Südens zum Kampf gegen ihre Führung aufrief. Die innerkoreanischen Beziehungen sind nach Meinung des Nordens ernsthaft gestört, seit im Süden Präsident Lee Myung-bak regiert und eine härtere Tonart anschlägt. Und Nordkorea zahlt dies mit Zins und Zinseszins zurück: Einstellen des Güterverkehrs über die gemeinsame Grenze Anfang Dezember 2008, Reduzieren der Zahl der südkoreanischen Manager in dem unweit der Grenze in Nordkorea gelegenen Industriekomplex Kaesong, Proteste gegen Aktionen nordkoreanischer Dissidenten, die ihre schriftlichen Botschaften per Luftballons über die Grenze gen Norden schicken.

Das international am meisten interessierende Thema, eine Lösung für das nordkoreanische Atomprogramm, kommt kaum voran. Doch der Neujahrs-Leitartikel enthielt sich jeder Kritik an den Vereinigten Staaten. Sogar von der international angestrebten Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel war die Rede; das wird als Signal an Barack Obama gewertet. Ob es ein Zeichen nordkoreanischen

Selbstbewusstseins oder doch eher der Schwäche ist, wird sich weisen. Jedenfalls scheint Pjöngjang zunächst einmal guten Willen zeigen zu wollen. Die konkreten Verhandlungen werden dann kompliziert genug. Mit Rückschlägen wird allgemein gerechnet, sind doch die Atomwaffen die einzige Verhandlungsmasse des Regimes, über dessen Stabilität weiterhin gerätselt wird. Trotz des „kalten Krieges“ wird der Norden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2009 auf Südkorea zugehen und an dessen „nationale“ Verantwortung appellieren. Grund für diese angenehme Charmeoﬀensive sind die wachsenden Schwierigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung.

Weiter gefördert durch die Mitte Januar ausgestoßene Drohung der nordkoreanischen Militärführung, Südkorea „auslöschen“ zu wollen, sind die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. Pjöngjang ist zutiefst darüber verärgert, dass Südkoreas Staatschef Lee weniger Hilfslieferungen als sonst in den Norden schicken ließ. Außerdem erlaubt er südkoreanischen Aktivisten, Luftballons mit Tausenden von Flugblättern in den Norden zu schicken. Darin informieren sie die abgeschotteten Landsleute über Spekulationen zu Kim Jong IIs angeschlagene Gesundheit – ein absolutes Tabuthema in Nordkorea – und über die schweren wirtschaftlichen Probleme des Landes. Ein schwelender Konfliktherd ist überdies die umstrittene Grenzlinie im Meer vor der Westküste der koreanischen Halbinsel, wo sich Fischerboote und die Kriegsmarine beider Länder gegenseitig belauern. 1999 und 2002 war es bereits zu Feuergefechten gekommen.

Die amtliche Meinung der Regierung in Seoul ist, dass man ganz bestimmt nicht aktiv darauf hinarbeitet, das Regime in Pjöngjang zu stürzen, sondern auf eine allmähliche – vor allem wirtschaftliche – Öffnung des Nordens setzt. Dahinter steht die wachsende Furcht des Südens, einem möglichen Kollaps im Norden nicht gewachsen zu sein. Das würde vermutlich zu einer chaotischen Wiedervereinigung Koreas führen, einen großen Teil des gerade erst erworbenen

Wohlstands des Südens aufzehren und das Land im globalen Wettbewerb weit zurückwerfen. Deshalb hat es Südkorea überhaupt nicht eilig mit der Wiedervereinigung, die andererseits aber selbstverständlich erklärtes Ziel aller Politik ist – auch im Norden.

Die gefährlichen Aktionen unmittelbar vor der Einführung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama soll dessen Aufmerksamkeit auf Nordkorea lenken. „Kim und seine Generäle wollen Obama zwingen, Korea ganz oben auf zu seine Tagesordnung zu setzen und mit Ihnen zu verhandeln“ sagen Beobachter in Peking. „Und dafür sind sie womöglich bereit, Dummheiten zu machen“. Denn Kim wünsche sich nichts sehnlicher als die Anerkennung seines Regimes durch die USA und einen Friedensvertrag, der den Korea-Krieg von 1950-1953 formal beendet. Dies würde es den nordkoreanischen Militärs ermöglichen, sich von der eigenen Bevölkerung als „Sieger“ über die Supermacht USA feiern zu lassen. Außerdem erhofft sich das Regime US-Wirtschaftshilfen. Nordkoreas Führung baut wohl offenbar darauf, dass sie mit ihrer bisher wirksamen konfrontativen Art auch bei der nächsten US-Regierung erfolgreich ist.

Der bisherige Amtsinhaber George W. Bush hatte sich anfänglich strikt gegen Verhandlungen mit Nordkorea gewehrt. Nachdem die nordkoreanischen Militärs im Jahr 2007 aber eine Atombombe zündeten, hatte Bush jedoch Zugeständnisse gemacht. So ließ er das Land nach zähen Verhandlungen von der Liste der Terrorstaaten streichen. Obama hat bereits ein Team von Nordkorea-Experten um sich versammelt. Er wolle möglichst schnell mit den Nordkoreanern über die atomare Abrüstung der koreanischen Halbinsel verhandeln, heißt es aus Washington.

Andere

Mehr als ein Jahr nach dem zunächst mysteriösen Angriff auf die mutmaßliche Atomanlage in **Syrien** scheinen die Hintergründe heute wesentlich klarer zu sein als in den Tagen nach jenem 06.09.2007. So waren an dem Einsatz wohl sieben Kampfflugzeuge vom Typ F 15 beteiligt, die den vermutlich mit nord-

koreanischer Hilfe gebauten Reaktor zerstörten. Die syrische Führung wurde von dem Angriff überrascht. Sie behauptete zunächst, der Luftabwehr des Landes sei es gelungen, die Kampfflugzeuge zu vertreiben. In der Folge veröffentlichte Satellitenbilder zeigten jedoch die Trümmer der Anlage kurz nach dem Angriff und später, wie die Trümmer mit Erde überschüttet bzw. überbaut wurden.

Die Weigerung der Führung in Damaskus, Inspektoren ins Land zu lassen, nährte den Verdacht weiter. Es wird erwartet, dass die IAEA fordern wird, Zugang zu weiteren Standorten in Syrien zu erhalten, in der Erwartung, dort weitere Hinweise auf ein geheimes Atomprogramm zu erhalten. Das unabhängige Institute for Science and International Security bestätigt, dass es sich um einen Reaktor nordkoreanischer Bauart handelt, ähnlich dem in Yongbyong. Israel spricht von einer „unheiligen Dreierallianz“ Syriens mit Nordkorea und Iran, die

amerikanischen und israelischen Geheimdiensten durch einen iranischen Überläufer, General Ali Reza Askari, erst im Februar 2007 bekannt wurde. Finanziert habe das Projekt der Iran mit bis zu zwei Milliarden Dollar.

Indien hat sowohl mit Russland als auch mit den USA Atomabkommen geschlossen, damit wächst die Hoffnung, dass sich dieser neue Atomstaat in die nukleare Gemeinschaft integriert. **Pakistans** neuer Präsident Asif Ali Zardari wirbt für ein nuklearwaffenfreies Südostasien. Frankreich baut zusammen mit **Brasilien** dessen erstes Atom-U-Boot.

Die nukleare Proliferation schreitet unverändert fort, aber mit der neuen amerikanischen Regierung keimt erstmals Hoffnung auf, die Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle neu beleben zu können. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier nannte diese Problematik auf der Münchner Sicherheitskonferenz „sehr aktuell und anstehend“. □

Kurienkardinal kritisiert weltweite Rüstungsausgaben

Die Weltfriedensbotschaft des Papstes fordert nach Worten von Kardinal Renato Raffaele Martino die Regierungen zu „ernster Selbstkritik“ wegen ihrer Militärausgaben auf. Im Jahr 2007 seien weltweit rund 1.000 Milliarden Euro in Rüstung geflossen, sagte der Präsident des developmentspolitischen Rats „Justitia et Pax“ bei der Vorstellung der Papst-Botschaft im Vatikan. Die Investitionen für Rüstung sind laut Martino in den vergangenen zehn Jahren um 45 Prozent gestiegen. Die immensen Ausgaben widersprächen der Charta der Vereinten Nationen, sagte der Kardinal. Artikel 26 dieses Vertrags sehe vor, dass von den Ressourcen der Welt „möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt“ wird. Benedikt XVI. kritisiert in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2009, die militärischen Ausgaben gingen zu Lasten von Entwicklungsprojekten gerade in den ärmsten und hilfsbedürftigsten Ländern. So erzeuge der Rüstungswettlauf „Enklaven der Unterentwicklung und der Verzweiflung“ und erzeuge dadurch neue Instabilität, Spannungen und Konflikte.

Um den Rüstungswettlauf zu durchbrechen, ist der Vatikan diplomatisch aktiv. So hat er eine bedeutende Rolle im Vorfeld der Unterzeichnung des Abkommens zur Ächtung von Streumunition innegehabt. Die Delegation des Heiligen Stuhls hatte als Brücke zwischen den verschiedenen Gruppen, Institutionen und Staaten gespielt. Leider haben sich diesem Abkommen, welches am 03.12.2008 in Oslo unterzeichnet wurde, wichtige Staaten wie z.B. USA, Israel, Russland, China etc nicht angeschlossen. (KNA)

Bundeswehr im Einsatz

Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Erfahrungen – Ziele – Perspektiven

Unter diesem Thema fand im Rahmen des „Sicherheitspolitischen Forums NRW“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 03.02.09 in Bonn eine Tagung statt. General Wolfgang Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr, hielt den Eingangsvortrag. Diskussionsimpulse wurden anschließend von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Ulrike Merten (SPD) und dem Stellvertreter des afghanischen Generalkonsuls in Bonn Halim Daqiq gegeben.

Nach der Begrüßung durch Dr. Roland Schmidt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, nahm General Schneiderhan die fast 400 Teilnehmer an dieser Tagung mit auf einen allgemeinen sicherheitspolitischen Rundblick, bevor er auf die Lage der deutschen Soldaten im Norden Af-

ghanistan einging. Er begann seinen Vortrag mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990, bei der eindeutig die Deutschen die Profiteure der Lageentwicklung gewesen seien. Die markanteste Änderung in der Militärpolitik sei aber immer noch nicht in der Bevölkerung angekommen, meinte der Generalinspekteur. Während in der Zeit der bipolaren Welt das Militär nur reaktiv als Antwort auf einen Angriff eingesetzt worden wäre, würden jetzt die Streitkräfte auch präventiv im Rahmen von souveränen staatlichen Entscheidungen eingesetzt. Während der Aggression auf dem Balkan sei der Einsatz des Militärs relativ leicht zu vermitteln gewesen, da die Bevölkerung unmittelbaren Anteil genommen hat. Aber die jetzt existierenden Gefährdungen wie Dschihadismus, Proliferation, Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung hätten fließende Grenzen. Eine Ant-

wort auf solche Gefährdungen habe viele Facetten, führte der Generalinspekteur aus, und das Militär sei eine davon. Danach sprach er Afghanistan allgemein an.

Ein Land mit 75% Gebirgsregionen ohne eine entsprechende Infrastruktur, 57 Sprachen mit 200

gesprochen werde, führte der Generalinspekteur aus, so nütze es dem Gegner, der das Internet und die gesamte Presse natürlich auswerte und seine Schlussfolgerungen ziehe. Wenn z.B. Störsender erwähnt würden, die Sprengstofffallen unschädlich machen, dann gehe man wieder zum alten Drahtzünder zurück!

Generell brauche man einen langen Atem, um dem afghanischen Volk zu helfen, sagte General Schneiderhan und fügte die Beispiele des Balkan-Einsatzes an. Dabei spiele die Innere Führung im Einsatz eine außergewöhnlich große Rolle: Indem man mit Respekt dem anderen Kulturkreis gegenüber trete, dem Anderen helfe und dabei seine Ehre lasse. Dieses respektvolle Auftreten werde von der afghanischen Bevölkerung sehr wohl registriert und führe dazu, dass die Akzeptanz der deutschen Truppen im Norden eine positive sei.



Vorsitzende des Verteidigungsausschusses MdB Ulrike Merten (SPD)



Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan



Stellvertreter des Generalkonsuls AFG in Bonn Halim Daqiq

ghanistans einging. Er begann seinen Vortrag mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990, bei der eindeutig die Deutschen die Profiteure der Lageentwicklung gewesen seien. Die markanteste Änderung in der Militärpolitik sei aber immer noch nicht in der Bevölkerung angekommen, meinte der Generalinspekteur. Während in der Zeit der bipolaren Welt das Militär nur reaktiv als Antwort auf einen Angriff eingesetzt worden wäre, würden jetzt die Streitkräfte auch präventiv im Rahmen von souveränen staatlichen Entscheidungen eingesetzt. Während der Aggression auf dem Balkan sei der Einsatz des Militärs relativ leicht zu vermitteln gewesen, da die Bevölkerung unmittelbaren Anteil genommen hat. Aber die jetzt existierenden Gefährdungen wie Dschihadismus, Proliferation, Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung hätten fließende Grenzen. Eine Ant-

Dialekten, ein Staat mit einer jungen Bevölkerung (47 % unter 15 Jahren), der vor der Aufgabe steht, 6 Millionen Flüchtlinge zu integrieren, ein Staat, der traditionell in Clan-Strukturen aufgeteilt ist. Die Bestandsaufnahme der NATO auf dem Pariser Gipfel (2008) war ehrlich, als sie feststellte, dass es keine militärische Lösung gäbe. Der zivile Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei müsse jetzt mit ganzer Kraft vorangetrieben werden. Im Norden stehe die Sache gut, da der deutsche Anteil von Anfang an diesen zivilen Aufbau mit in Betracht gezogen hätte. Es seien aber alle Helfer gefordert, meinte General Schneiderhan, ein Netzwerk der Hilfe aufzubauen und damit auch zur Versöhnung der Afghanen beizutragen. Diese Versöhnung könne jedoch nur von der afghanischen Bevölkerung getragen werden. Ein Problem seien die unterschiedlichen Wahrnehmun-

gesprochen werde, führte der Generalinspekteur aus, so nütze es dem Gegner, der das Internet und die gesamte Presse natürlich auswerte und seine Schlussfolgerungen ziehe. Wenn z.B. Störsender erwähnt würden, die Sprengstofffallen unschädlich machen, dann gehe man wieder zum alten Drahtzünder zurück!

Generell brauche man einen langen Atem, um dem afghanischen Volk zu helfen, sagte General Schneiderhan und fügte die Beispiele des Balkan-Einsatzes an. Dabei spiele die Innere Führung im Einsatz eine außergewöhnlich große Rolle: Indem man mit Respekt dem anderen Kulturkreis gegenüber trete, dem Anderen helfe und dabei seine Ehre lasse. Dieses respektvolle Auftreten werde von der afghanischen Bevölkerung sehr wohl registriert und führe dazu, dass die Akzeptanz der deutschen Truppen im Norden eine positive sei.

An diesen Punkt knüpfte der stellvertretende Generalkonsul für Afghanistan in Bonn, Halim Daqiq, an, und führte aus, dass die Presse über jeden Sprengstoffanschlag berichte, aber nicht über die pro-deutsche Demonstration in Kundus am Anfang des Jahres 2009. Ein Problem sei bei der jungen Bevölkerung, dass zwar Schulen aufgebaut worden seien, aber der wirtschaftliche Aufschwung noch nicht greife, so dass die Jugendlichen nach der Schule meist nicht wüssten, wie es weiter ginge. Die Re-Integration der Flüchtlinge und die innere Aussöhnung des afghanischen Volkes sei ein Problem, welches von den Afghanen selbst gelöst werden müsse. Beim wirtschaftlichen Aufbau brauche man die internationale Gemeinschaft auch weiterhin. Die Gefahr sah Halim Daqiq nicht in den einzelnen Terroristen in Afghanistan, sondern in dem gesamten Netzwerk des Terrorismus.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Ulrike Merten, begann ihren Diskussionsimpuls mit der Frage, woran es wohl läge, dass zwar 75 % der Parlamentarier dem Einsatz zugestimmt haben, aber nur 30 % der Bevölkerung ihn für gut hießen. Die

Abgeordnete sprach im Namen des gesamten Ausschusses der Bundeswehr ihren Dank für den Einsatz aus und forderte zur besseren Akzeptanz des deutschen Einsatzes ein Gesamtkonzept, welches die anderen Ministerien einschließen müsse. Sie fuhr fort, dass es erheblich besser wäre, wenn auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Innenministerium über ihre Arbeit im Parlament Rechenschaft ablegen würden. Dies würde die Transparenz des staatlichen Handelns wesentlich verbessern. Frau Merten betonte, dass der Einsatz in Afghanistan auch Kampf bedeute. Für die Soldaten sei es wichtig, dass nicht nach jedem Anschlag reflexartig der gesamte Einsatz in Frage gestellt würde.

In den anschließenden Fragerunden wurde herausgestellt, dass ein Gesamtkonzept keine Umschichtung von finanziellen Ressourcen bedeuten könne, da die einzelnen Ministerien ihre Haushaltshoheit behielten. Halim Daqiq betonte nach einer Frage, dass die Kundgebung in Kundus nicht „organisiert“ worden sei, sondern die Bevölkerung sich hierzu spontan eingefunden hätte, da die Menschen im Norden sehr wohl wüssten, welchen großen Anteil die deutschen Truppen an ihrer friedli-

chen Entwicklung hätten. Die Versöhnung der Stämme, die am Anfang für unmöglich gehalten wurde, sei jetzt im Blickpunkt der Bevölkerung, führte der stellvertretende Generalkonsul aus. Ohne diese Versöhnung sei ein Wiederaufbau schlecht möglich.

Die Problematik der post-traumatischen Belastungen der Soldaten sei im Fokus des Ministeriums, erklärte der Generalinspekteur auf eine dahingehende Frage. Man sei sich seit längerem im Klaren, dass es keine Schande sei, auch ein Jahr nach einem Einsatz über so etwas zu reden. Hilfestellungen würden den betroffenen Soldaten von allen Seiten gegeben. Die Frage nach einer eigenen Militärgerichtsbarkeit beantwortete General Schneiderhan ablehnend, diese sei nicht notwendig. Eine zuständige Staatsanwaltschaft in Deutschland mit ausreichendem Personal, damit die anstehenden Fälle so schnell als möglich bearbeitet werden könnten, sei mehr als ausreichend.

Mit einem Hinweis auf bevorstehende Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, beschloss der Moderator Hans-Joachim Schaprian den offiziellen Teil der Tagung und die Gäste konnten bei dem vorbereiteten Imbiss weiter diskutieren. (BB)

Gedanken zu einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik

VON KLAUS LIEBETANZ

Im folgenden Beitrag versucht Major a.D. Klaus Liebetanz humanitäres, entwicklungspolitisches, militärisches und theologisches Wissen miteinander zu verbinden und Gedanken einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik zu entwickeln. Er lässt sich dabei auch von seinen Erfahrungen leiten, die er an verschiedenen Brennpunkten der Welt im Rahmen seiner Prüftätigkeit bei Projekten der humanitären Hilfe gesammelt hat. Bei der Ausformulierung der Endfassung haben ihm zahlreiche Mitglieder des Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) geholfen. Er bittet für seinen Entwurf um kritische Stellungnahmen und Ergänzungen.

Die Einheit von Glauben und Handeln.

Das 2. Vatikanische Konzil (1962-65), mit dem die römisch-katholische Kirche das Mittelalter endgültig verlassen hat und in die Neuzeit getreten ist, verurteilt die Spaltung von Glauben und Handeln wie folgt: „Diese Spaltung zwi-

schen dem Glauben, den man bekennt, und dem täglichen Leben vieler ist zu den größten Verirrungen unserer Zeit zu rechnen. Dies Ärgernis haben schon die Propheten im Alten Bunde heftig getadelt, noch viel mehr hat es Jesus Christus selbst (Mt 23, 3-23; Mk 7, 10-13) im Neuen Bund mit schweren

Strafen bedroht“ (Gaudium et spes (GS) Ziffer 43).

Die (GKS) ist daher gut beraten, sich besonders auf die Ergebnisse des 2. Vatikanischen Konzils und der kirchlichen Friedenslehre zu beziehen, um eine Spaltung von Glauben und sicherheitspolitischen Handeln zu vermeiden.

Prinzipien und Rahmenbedingungen einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik

1. Das Schicksal anderer Völker kann christlichen Politikern und Soldaten nicht gleichgültig sein, insbesondere wenn es sich um geschundene Bevölkerung eines Jahrzehnte langen Bürgerkriegs handelt, wie z.B. in Afghanistan oder in der DR Kongo. In diesem Zusammenhang darf nur das Eigeninteresse der Bundesrepublik Deutschland nicht die oberste Priorität

wird der zivile und militärische Einsatz in der Friedenskonsolidierung zu einem wahren Dienst in der Nachfolge Christi, wenn er von den zivilen Aufbauhelfern und Soldaten mit der rechten christlichen Einstellung durchgeführt wird (vgl. GS 79).

3. Bevor militärische Mittel eingesetzt werden, ist allerdings zu prüfen, ob alle Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung ausgeschöpft wurden. Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise sind

klare Priorität haben (GS Ziffer 86). Es ist daher auch nicht Aufgabe von deutschen Soldaten, die „Kohlen für andere Völker aus dem Feuer zu holen“. So ist z.B. die Drogenbekämpfung in Afghanistan in erster Linie eine Aufgabe der afghanischen Sicherheitskräfte. Folgerichtig muss die Bundeswehr im Ausland in erster Linie Ausbildungsarmee für die einheimischen Soldaten sein, sobald es die Sicherheitslage zulässt. Es müssen allerdings geeignete Vorkehrungen getroffen werden, dass ausgebildete Soldaten nicht anschließend dem organisierten Verbrechen oder gar dem direkten Gegner dienen.

5. Des Weiteren war es z.B. leichtfertig und verantwortungslos die DR Kongo nach den Wahlen von 2006 weitgehend auf sich allein zu belassen. Welchen Sinn macht es, die Präsidentenwahlen mit deutschen Soldaten militärisch abzusichern, wenn die EU und die Bundesregierung nicht vorhatten, neben dem zivilen Aufbau auch die kongolesischen Streitkräfte so auszubilden, auszurüsten und zu bezahlen, dass diese im Ostkongo die Sicherheit der dortigen Zivilbevölkerung garantieren konnte. Stattdessen wurde die Bevölkerung im Ostkongo, meist Frauen und Kinder der Willkür brutaler Verbrecherbanden überlassen. Die Europäer haben die kongolesische Bevölkerung getauft und zu gläubigen Christen gemacht und sie anschließend wie beim Völkermord in Ruanda im Stich gelassen. Mittlerweile hat die Bundeswehr eine Beratergruppe unter Führung eines Oberst nach Kinshasa entsandt, die den Auftrag hat, dem kongolesischen Verteidigungsministerium bei der Weiterentwicklung der Streitkräfte zu helfen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Auftrag nicht halbherzig betrieben wird.

6. Dem deutschen militärische Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept (comprehensive approach) zu Grunde liegen, das den zivilen Mitteln, wie rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksame Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung rechtstaatlicher Strukturen mindestens den gleichen Nachdruck verleiht wie den militärischen Mitteln. Der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr.

Bekenntnis zur Notwendigkeit des militärischen Einsatzes in Afghanistan

„Eine doppelte Herausforderung unserer Demokratie ist das Engagement der Bundesrepublik in Afghanistan, damit dieses Land nicht wieder zur Operationsbasis islamistischer Terroristen wird in ihrem Kampf gegen den freiheitlichen Westen. Das übergeordnete Ziel muss es sein, den Menschen in diesem Land ein menschenwürdiges Leben und die dafür notwendige wirtschaftliche Grundlage zu sichern. Das erfordert Augenmaß für das real Mögliche und Respekt vor dem, was die Menschen dort selbst für richtig halten. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen ohne militärischen Einsatz gegen die Taliban, die in Afghanistan erneut ihre Herrschaft errichten wollen. Es ist ein Krieg gegen den Terror. Und wer in diesem Krieg fällt, gibt sein Leben für die Menschen in Afghanistan und für unsere Freiheit. Viele im Land bezweifeln jedoch ganz generell den Sinn des militärischen Einsatzes der Bundesrepublik. Das ist für eine Demokratie eine ernste Sache. Darum ist es dringend notwendig, dass alle, die diesen Einsatz beschlossen haben, so einmütig wie möglich den deutschen Bürgerinnen und Bürger sagen, was unser politisches Ziel in Afghanistan ist und wie dieses in der Realität erreicht werden kann. Und sie müssen dazu stehen, dass diese Aufgabe bewaffneten Kampf gegen jene bedeutet, die in diesem Land wieder ihre Terrorherrschaft errichten wollen. Das muss mit klaren und ehrlichen Worten geschehen, welche die Wahrheit nicht scheuen. Alles andere ist einer Demokratie unwürdig.“

*Prof. Dr. Hans Joachim Meyer,
Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken im Bericht
zur Lage vor der Vollversammlung des ZdK am 21. November 2008*

tät haben. Weltweites Ziel ist der „Gerechte Friede“ (siehe *Kasten*).

2. Eingedenk der Worte Jesu Christi „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40), kann ein solcher Dienst an der geschundenen Bevölkerung für christliche Soldaten einen tieferen Sinn erhalten und zur Motivation (Empowerment) beitragen. Damit

vorrangig zu betreiben. Dies wird von verantwortlichen Politikern in Deutschland sowie in der Welt nicht ausreichend systematisch und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln betrieben.

4. Der militärische Einsatz muss von Anfang an Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit) der Betroffenen muss

Indikatoren für den Gerechten Frieden

1. Zugang aller Bevölkerungsschichten eines Staates zu
 - ausreichender Nahrung
 - hygienischem Trinkwasser
 - einer ausreichenden Basisgesundheitsversorgung (dabei vor allem Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeitsrate auf ein Minimum und effektive Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten)
2. Zugang aller Bevölkerungsschichten eines Staates zu einer Primar-Schulbildung sowie Chancengleichheit bei weiterführenden Schulen und bei der Universitätsausbildung.
3. Beseitigung der Slums und Senkung der Arbeitslosenquote auf ein Minimum
4. Garantierte grundlegende Menschenrechte, besonders für Frauen
5. Meinungs- und Pressefreiheit und Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an der politischen Willensbildung, insbesondere durch freie, rechtstaatliche Wahlen
6. Rechtstaatliche und unabhängige Institutionen, wie Gerichtsbarkeit, Polizei (hier vor allem die effektive Bekämpfung des organisierten Verbrechens) und rechtstaatlich kontrollierte Streitkräfte, die den Primat der Politik anerkennen.
7. Gewaltenteilung
8. Minderheitenschutz
9. Freie Religionsausübung
10. Gute auf das Allgemeinwohl ausgerichtete Regierungsführung

Andreas Schockenhoff, zuständig für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, geht mit Recht davon aus, dass sich Friedensmissionen nach Beendigung der Kampfhandlungen aus 20% militärischer Absicherung und 80% zivilem Aufbau zusammensetzen müssen (s. BT-Debatte vom 16.10.08). Halbherzigkeit wie bei der deutschen Führungsaufgabe in Afghanistan zum dortigen rechtstaatlichen Polizeiaufbau darf nicht zur Verlängerung des militärischen Engagements führen. Soldaten dürfen nicht Lückenbüßer für mangelhaften politischen Willen sein (vgl. dazu die Aussagen mehrerer Teilnehmer an den BT-Debatten vom 07.10. und 16.10.08). Der militärische Einsatz darf auf Dauer nicht zu einer Verschlechterung der Lage der lokalen Zivilbevölkerung führen.

7. Der militärische Einsatz sollte grundsätzlich nicht länger als 5 bis 8 Jahre dauern, damit die ausländische Truppenpräsenz nicht schon auf Grund ihrer Länge als Besatzung empfunden wird. Der Stärkung der Selbsthilfekräfte muss daher von Anfang an eine hohe Priorität eingeräumt

werden (GS 86). Das diesbezügliche deutsche Versagen in Afghanistan (Vernachlässigung des afghanischen Polizeiaufbaus und der zivilen Entwicklungszusammenarbeit) darf sich nicht wiederholen. Es hat zu einer vermeidbaren Verlängerung des deutschen Afghanistaneinsatzes geführt. Das Innenministerium ist verstärkt in den rechtstaatlichen Polizeiaufbau einzubeziehen und in die Pflicht zu nehmen. Entsprechende Rechtsgrundlagen und ein Attraktivitätsprogramm für ausreisende Polizisten müssen bei der Bundes- und Landespolizei geschaffen werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss von allen bürokratischen Verkrustungen bei der Friedenskonsolidierung befreit werden und wesentlich flexibler und effektiver werden (vgl. dazu die Aussagen mehrerer Teilnehmer an den BT-Debatten vom 07.10. und 16.10.08). Nach der Präsidentschaftswahl in der DR Kongo wollte z.B. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sofort ein Friedens-

programm in Höhe von 50 Mio. Euro auflegen, damit von der geschundenen Bevölkerung alsbald realisiert würde, dass die Demokratie auch für sie Vorteile bringt. Mit diesem „Friedenssofortprogramm“ wurde zögerlich einhalb Jahre nach dem Abzug der letzten deutschen Soldaten aus Kinshasa begonnen. So kann man einen gut gemeinten und nicht ganz ungefährlichen Einsatz deutscher Soldaten konterkarieren.

8. Die Bundesregierung sollte militärische Auslandseinsätze stets im Verbund mit möglichst vielen Nationen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen durchführen. So war das Bemühen des deutschen Verteidigungsministers, zahlreiche europäische Partner in den Kongoeinsatz zur Absicherung der dortigen Wahlen 2006 mit einzubeziehen, vollkommen richtig, auch wenn diese Bemühungen zu einer unwesentlichen zeitlichen Verzögerung geführt haben.

9. Zwingend notwendige und unabwiesbare Kampfeinsätze der Bundeswehr – stets im Verbund mit anderen Nationen und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen (z.B. in der „responsibility to protect“) – dürfen grundsätzlich nur befohlen werden, wenn die eigenen Soldaten eine realistische Chance auf die erfolgreiche Durchführung und Beendigung ihres Auftrages haben. Das Leben und die Gesundheit deutscher Soldaten darf nicht – wie in den vergangenen Jahrhunderten vor 1945 geschehen – leichtfertig durch die politische Führung aufs Spiel gesetzt werden.

10. Christliche Sicherheitspolitik schließt ein vorhandenes Eigeninteresse, z.B. an sicheren Verkehrswegen und den Zugang zu Rohstoffen nicht aus. Diese Einsätze dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der betroffenen Zivilbevölkerung in der 3. Welt gehen. Des Weiteren beinhaltet christliche Sicherheitspolitik auch die gerechtfertigte Selbstverteidigung und Nothilfe gegenüber einem völkerrechtswidrigen Angriff.

11. Nach Auffassung des 2. Vatikanischen Konzils ist Jesus Christus das Ziel der menschlichen Geschichte (GS 45). Die menschliche Geschichte endet daher nach Überzeugung der

durch das Konzil grundlegend reformierten katholischen Kirche nicht – wie die düsteren und pessimistischen Zukunftsaussagen des „Club of Rom“ (1980) – in einer Katastrophe sondern in der Vollendung der Welt. Es ist eine aberwitzige Vorstellung, dass der allmächtige und allgegenwärtige Schöpfergott sich den Lauf der Geschichte aus den Händen nehmen liesse. Christliche Politiker und Soldaten können sich daher bei ihrem Einsatz für eine menschlichere Welt auf die Gnade und das Wort Gottes verlassen, das nicht zum Schöpfer zurückkehren wird, ohne das zu bewirken, für was es ausgesandt wurde. *Gaudium et spes* weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Prophetie des Jesaja (Js 2,4) hin: „Sie werden ihre Schwerter umschmieden in Pflugscharen und ihre Lanzen in Sicheln. Nicht wird sich Volk gegen Volk das Schwert mehr erheben noch werden sie ferner rüsten zum Kriege. (GS 78).“ Die Ablösung nationaler Streitkräfte durch supranationale Sicherheitssysteme wird sich voraussichtlich nicht so schnell entwickeln, wie es mancher Friedensbewegte erträumt. Angesichts der Fülle und der Komplexität der noch zu bewältigenden Aufgaben und der zu erwartenden Rückschläge, reicht wohl diese Her-

ausforderung weit ins dritte Jahrtausend hinein, nicht zuletzt wegen der weltweiten, enormen kulturellen und sozialen Unterschiede.

12. Die zweitausendjährige Geschichte des Christentums hat gezeigt, dass Theologie nur Sinn macht, wenn sie sich mit der realen Welt auseinandersetzt. So nimmt es nicht wunder, dass der französische Jesuit und studierter Paläontologe (Lehre von den Lebewesen vergangener Erdperioden), Pierre Teilhard de Chardin (1881-1955), der den Widerspruch zwischen biblischer Paradiesgeschichte und den Erkenntnissen der Naturwissenschaft über die Entwicklung des Lebens auflöste, das 2. Vatikanische Konzil wesentlich beeinflusst hat. Die Vaterunser-Bitte „Dein Reich komme“ ist keine leere Floskel und bezieht sich sinnvoller Weise nicht nur auf das Jenseits. Mit der Europäischen Union wurde ein Raum von Staaten – von Portugal bis kurz vor St. Petersburg – geschaffen, der in sich strukturell nicht in der Lage ist, gegeneinander Krieg zu führen. Dieser irdische Fortschritt ist zwar vom Wachsen des Reiches Christi sorgsam zu unterscheiden, dennoch ist er von großer Bedeutung für das Reich Gottes, insofern er zu einer besseren Ordnung der mensch-

lichen Gemeinschaft beitragen kann (GS 39). Die prophetische Konzilschrift „*Gaudium et spes*“ spricht sich in ihrer Schlussziffer eindeutig für den Aufbau und die Vollendung der Welt in der Kraft des dreieinigen Gottes aus (GS 93). Alle Christen und alle Menschen guten Willens (wie z.B. Muslime und nichtreligiöse Humanisten) sind dazu aufgerufen, ihren Teil zu einer gerechteren Welt beizutragen.

Quellen:

Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des 2. Vatikanischen Konzils (1962-65) auch bekannt unter dem Namen „Die Kirche in der Welt von heute“

Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000), Friedensdenkschrift der EKD (2006)

Prinzipien für den Einsatz von bewaffneten Streitkräften (Thomas von Aquin)

„Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen (1992) Brahimi-Report (2000)

Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (1949)

Aktuelle Zahlen der Weltkirche: „Annuario Pontificio 2009“ Die Katholiken wachsen im Rhythmus der Weltbevölkerung

Im Jahr 2007 hat die Zahl der Katholiken weltweit um 1,4 Prozent zugenommen und folgte somit insgesamt dem demographischen Zuwachs der Weltbevölkerung (+ 1,1 Prozent). Auch die Priesterberufe sind weltweit um 0,4 Prozent angestiegen. Die größten Zunahmen sind auf dem asiatischen und afrikanischen Kontinent zu verzeichnen, während in Europa ein dramatischer Rückgang zu bemerken ist.

Diese Zahlen sind dem neuen „Annuario Pontificio 2009“ zu entnehmen, in dem der Vatikan die statistischen Daten der Weltkirche sammelt. Der „Annuario Pontificio“ umfasst neben der aktuellen Liste der Päpste und der Zusammensetzung des Kardinalskollegiums beziehungsweise der Römischen Kurie ein vollständiges Verzeichnis aller Diözesen und Kirchenterritorien, ein Verzeichnis der Ordensgemeinschaften sowie ein Register aller Personen, die in den genannten Kapiteln angeführt werden. Darüber hinaus erscheinen alle kirchlichen Würdenträger, die einen päpstlichen Ehrentitel erhalten haben: Apostolischer Protonotar, Prälat, Kaplan Seiner Heiligkeit/Monsignore.

Einer Presseerklärung des Heiligen Stuhles ist zu entnehmen, dass die Katholiken 2007 weltweit auf 1,147 Milliarden angestiegen sind (2006: 1,131 Milliarden). Deutlich ist der Zuwachs an Katholiken in Ozeanien (+ 4,7 Prozent) und in Afrika (+ 3,0 Prozent). Positive Zahlen sind auch aus Asien (+ 1,7 Prozent) und Europa (+ 0,8 Prozent) zu vermelden, während in Amerika ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist (- 0,1 Prozent).

Im Lauf der letzten acht Jahre ist die Zahl der Priester von 405.000 (2000) auf über 408.000 (2007) gestiegen. Priesterberufungen nehmen vor allem in Afrika (+ 27,6 Prozent) und Asien (+ 21,2 Prozent) zu. In Amerika sind die Zahlen annähernd gleich bleibend, während sich in Europa (- 6,8 Prozent) und Ozeanien (- 5,5 Prozent) starke Rückgänge bemerkbar machen.

Die Zahl der ständigen Diakone ist weiterhin im Steigen begriffen und nahm 2007 um über 4,1 Prozent zu. Der größte Zuwachs ist in Afrika, Asien und Ozeanien festzustellen. (ZENIT)

Auf den Spuren des Saulus Paulus aus Tarsus in der heutigen Türkei

Teil II: Antiochia am Orontes (Antakya), Weltstadt der Antike,
Hafenstadt Seleucia Pierra und Ayathekla, ein spätantiker Wallfahrtsort

VON PAUL SCHULZ

In Antiochia (türk. Antakya) nannte man die
Jünger Christen

Die Apostelgeschichte berichtet, dass nach dem Martyrium des Stephanus (zw. 33 u. 36 n.Chr.) „einige Bürger von Zypern und Zyrene nach Antiochia kamen und auch den Griechen die frohe Botschaft von Jesus, dem Herrn, verkündeten. Die Hand des Herrn war mit ihnen, so dass viele zum Glauben kamen und sich zum Herrn bekehrten“ (Apg 11, 20-21).

Das Antiochia der Apostelgeschichte ist heute unter dem Namen Antakya die Hauptstadt der Provinz Hatay im Südosten der Türkei. Damals war Antiochia mit einer halben Millionen Einwohnern nach Rom und Alexandria die drittgrößte Stadt des römischen Imperiums. 300 v.Chr. gründete Seleukos I., Feldherr Alexanders des Großen, am Fluss Orontes 25 Kilometer von der Mittelmeerküste eine Stadt, die er nach seinem Vater Antiochia nannte. Die günstige Lage der Stadt – ihr Hafen hieß Seleukia – verhalf Antiochia zu rascher Blüte und der Ort wurde zur Residenz des Seleukidenreiches (312-281 v.Chr.).

In Antiochia gab es eine starke jüdische Diaspora-Gemeinde¹, die wegen ihres strengen Monotheismus in der von Synkretismus² geprägten Stadt auf ethisch gesinnte Menschen eine hohe Anziehung ausübte. Auch bewahrten das offene kulturelle Klima sowie die römische Verwaltungsordnung der Stadt die Juden davor, in den engstirnigen und aggressiven Fanatismus der Juden in Jerusalem zu

verfallen. Dies waren gute Voraussetzungen für die erste Begegnung von Judenchristen und Heidenchristen. So erfuhr die „Gute Nachricht“ hier auch ihre erste denkerische Vertiefung und hellenistische Verwurzelung. Die junge christliche Gemeinde konnte sich unter diesen Bedingungen vom Judentum absetzen, sich ihrer eigenen Identität bewusst werden und von jüdischen Synagogen unabhängige Versammlungsstätten bilden.

Petrus war der erste Bischof von Antiochia. Er hielt sich von 42 bis 48 n.Chr. dort auf, bevor er sich in Rom niederließ. Paulus startete von Antiochia aus zu seinen drei Missionsreisen³. Hier trafen Petrus und Paulus zudem den in Antiochia geborenen Evangelisten Lukas. Und (Johannes) Markus schrieb in dieser Stadt sein Evangelium nieder, in das Gedanken aus den Predigten des Petrus einfließen. „In Antiochia nannte man die Jünger zum ersten Mal Christen“ (Apg 11,26). Der frühchristliche Bischof Ignatius von Antiochien⁴ ver-

- 3 1. Missionsreise (45-48) nach Zypern u. Kleinasien (Perge, Antiochia in Pisidien, Ikonium, Lystra und Derbe), vgl. Apg 13-14;
2. Missionsreise (49 /50-52) über Kleinasien nach Europa, dort Gründung der Gemeinden von Philippi, Tessalonich, Athen u. Korinth, vgl. Apg 15,36-18, 22;
3. Missionsreise (53-58) durch Galatien und Phrygien nach Ephesus, weiter nach Griechenland, zurück nach Troas, Milet, Cäsarea und Jerusalem, wo sie mit seiner ersten Gefangennahme (58) endete.
- 4 Ignatius, der noch mit Jesus zusammengetroffen sein soll, war ein Schüler des Apostels Johannes, der ihn im Jahr 69 zum zweiten oder – wenn man das Episkopat von Paulus hinzurechnet – zum dritten Bischof nach Petrus von Antiochien ernannte. Rund 40 Jahre hatte er das Bischofsamt inne, bis ihn Kaiser Trajan im hohen Alter zum Tode

1 Von den 500.000 Menschen, die zur Blütezeit in Antiochia lebten, waren mehr als die Hälfte Sklaven; zur freien Bevölkerung zählten rund 40.000 gut situierte, griechisch sprechende Juden, die fast alle Bürgerrechte genossen.

2 Synkretismus = Vermischung mehrerer Religionen/Weltanschauungen.



Abb. 1: 1. Missionsreise des
Apostel Paulus

wendete in seinen „Sieben heiligen Briefen“ an verschiedene Gemeinden erstmals den Begriff „katholische Kirche“. Er schrieb: „... denn da, wo Jesus Christus ist, ist auch die katholische Kirche“.

Nach der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 wurde die Stadt eines der bedeutendsten Zentren der Christenheit. Noch lange nach den Aposteln standen die Bischöfe von Rom, Alexandria und Antiochia in gleichrangig hohem Ansehen. Auf dem Konzil von Nicäa (325) nannte man die Stadt „Auge der Christenheit“. Vom Antiochiner Patriarchensitz hingen 12 Kirchenprovinzen mit 167 Bischofsitzen ab. Die Eroberung der Stadt durch die Araber minderte die politisch-religiöse Bedeutung, die allerdings mit Beginn der Kreuzzüge wieder zunahm, bis sie dann 1268 mit der Herrschaft der Mamelucken endete. Heute noch ist Antiochia Titularsitz von drei katholischen Patriarchaten: dem syrischen, dem maronitischen und griechisch-melchitischen, und von zwei orientalischen Patriarchaten: dem griechisch-orthodoxen und dem syrisch-jakobitischen.

Von der antiken Vergangenheit der Stadt ist wenig übrig geblieben. Über die Jahrhunderte hinweg wurde Antiochia wiederholt durch Erdbeben und Feuerbrünste zerstört oder durch Kriege verwüstet. Erst 1938 war die zu dieser Zeit unter französischer Kolonialverwaltung stehende syrische Provinz an die Türkei zurückgege-

verurteilte. Die „Sieben heiligen Briefe“ verfasste I. auf seiner Reise zur Hinrichtungsstätte in Rom, wo er vor dem Jahr 117 im Kolosseum den Martyrertod erlitt.

ben worden. Orientalische Einflüsse sind auch heute noch in der rund 190.000 Einwohner zählenden, abseits der Touristenströme liegenden Stadt spürbar. Die Bevölkerung Antakya ist multikulturell geblieben. Neben Türkisch hört man auch die arabische Sprache. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus (liberalen) alevitischen Muslimen, daneben gibt es auch einige Christen und Juden.

Von den 40 Kirchen und Klöstern, die es nach der Überlieferung in der



Abb. 2: St. Petrus-Grotte, die vermutlich älteste Kirche der Christenheit nahe Antiochia / Antakya. Die Grotte ist 13 m lang, 9,5 m breit und 7 m hoch. Altar und Petrusfigur darüber wurden in den 1930er Jahren hinzugefügt. Die Fassade (Abb. 3) ist im typischen Kreuzfahrerstil errichtet.



Stadt und ihrer Umgebung gab, zeugen nur noch Fragmente. Eine Ausnahme macht die vermutlich älteste „Kirche“ der Christenheit, die St. Petrus Grottenkirche (türk. Sen Piyer Kilisesi) (s. Abb. 2 u. 3). Sie ist eine natürliche, ursprünglich schwer zugängliche Grotte außerhalb der Stadt am westlichen Hang des Stauris-Berges. Gemäß der Tradition ist dies der Ort, an dem sich die ersten Christen im Verborgenen trafen. Was also bedeutet, dass Petrus, Barnabas, Lukas und Markus hierher kamen. Paulus soll sie als Kirche geweiht haben. Da die Grotte über einen Fluchttunnel in die Berge verfügt, kann man davon

ausgehen, dass sie vor allem zu Verfolgungszeiten als Versammlungs- und Zufluchtsort diente. Kreuzfahrer entdeckten diesen Ort wieder und errichteten vor der Grotte eine Fassade⁵.

Auch heute noch kann in der „Sen Piyer Kilisesi“ Eucharistie gefeiert werden. Kapuzinerpatres, die seit 1846 die katholische Kirche in Antakya repräsentieren, lesen hier an kirchlichen Hauptfesten die hl. Messe. Auch Pilgergruppen können sich im Museum, das die Grotte verwaltet,



Abb. 4: KATHOLIK KILİSESİ – Hinweisschild in einer schmalen Gasse der Altstadt von Antakya auf den nicht einfach zu findenden Zugang zur katholischen Kirche.

für Gottesdienste anmelden. Am 29. Juni 1963 feierte Papst Paul VI. dort die hl. Messe.

Sieben Jahrhunderte nachdem die Kreuzfahrer die Stadt verlassen hatten, kehrte mit zwei italienischen Kapuzinermönchen die römisch-katholische Kirche nach Antiochien zurück. 1985 konnte die Kapuzinermission in der Türkei das Haus einer orthodoxen christlichen Familie erwerben und diesen Komplex zu einem Gemeindezentrum ausbauen. Der Standort befindet sich in der Altstadt in einem „interreligiösen Dreieck“: nur wenige Meter von der heutigen Synagoge entfernt, in einer schmalen Gasse versteckt hinter einer alten Moschee (s. *Kasten*) und nicht weit von der orthodoxen Kirche entfernt. Dieser „Konvent der Kapuziner“ in Antiochien ist in einem für die Region typischen nordsyrischen Stil erbaut.

⁵ Papst Pius IX. veranlasste 1883 die Erneuerung der Fassade vor der Höhlenkirche im Kreuzfahrerstil. Napoleon III. unterstützte das Werk durch Spenden. Anlässlich eines Besuchs Papst Paul VI. im Jahr 1963 wurde die Fassade u.a. mit Mitteln des Vatikans restauriert.

Minarett im Stil des Styletismus

Das Minarett ist im Stil der Säule des hl. Symeon des Styliten erbaut. Styliten, griech. Säulenheilige, waren im Orient verbreitete Asketen, die ihr Leben auf einer Säule (stylos) verbrachten. Begründer des Stylitentums war Symeon d.Ä. (*390), der als Einsiedler in der Nähe von Antiochien lebte. Um aufdringlichen Besuchern zu entgehen, bestieg er 422 eine 20 m hohe Säule, auf der er bis zu seinem Tode 459 stand und lebte. Diese im syrischen Raum verbreiteten säulenartigen Minarette, gekrönt von einer Plattform mit kegelförmigem Holzdach, das vor Sonne und Regen schützt, ähneln den Säulen der Styliten.

Der Begründer des Islams soll auf seiner Syrienreise (nach der Eroberung Syriens durch Muslime 636) vom Lebensstil und einigen mönchischen Sitten der Styliten beeinflusst worden sein (z.B. Kniefall beim Gebet, vorgeschriebene Anzahl der Gebete pro Tag, rituelle Waschungen und ebenso auch deren Säulen, die zu Minaretten wurden).

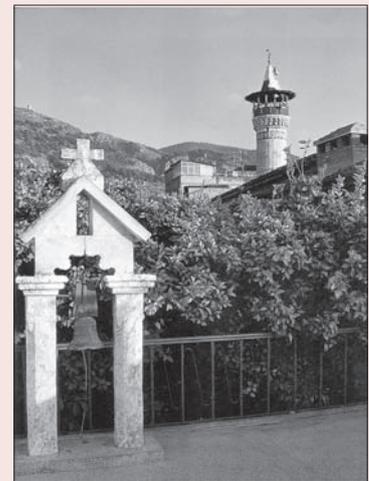


Abb.5: Das kleine Glockentürmchen der heutigen kath. Kirche in Antiochien mit Blick auf das Minarett der nahe gelegenen Moschee.

Um einen ruhigen, mit Orangenbäumen bestandenen Innenhof (Abb. 6) gruppieren sich mehrere Gebäude mit einer großen und einer kleinen Kapelle, den Räumen des Gemeindepriesters, Versammlungsräumen für die Gemeinde und Jugendliche sowie einer Reihe von Gästezimmern für Pilger.

Es gibt ungefähr 70 Katholiken in der Stadt und etwa tausend arabischsprachige Mitglieder der griechisch-orthodoxen Kirche. Wo eben möglich



Abb. 6: Der Innenhof des Gemeindezentrums – hier der Blick auf die Kapelle, die den Aposteln Petrus und Paulus geweiht ist – in dem man unter duftenden Orangenbäumen Ruhe vor der Betriebsamkeit und dem Lärm einer orientalisch geprägten Stadt findet.

treten beide Kirchen nach außen gemeinsam auf. Seit 1988 feiern sie zum orthodoxen Datum das Osterfest und jeweils am 29. Juni wird das Hochfest der Apostel Petrus und Paulus als ökumenische Feier und unter Anwesenheit der Stadtoberhäupter in der Petrus-Grotte gefeiert. Auch das Caritasbüro in Antakya wird Hand in Hand mit den Orthodoxen als Hilfe für Bedürftige, gleich ob Christ oder Muslim, betrieben. Allerdings können die Christen in der Stadt nicht an die Öffentlichkeit treten oder gar missionieren. Ihre Aktivitäten finden fast ausschließlich intern im Gemeindezentrum oder in Hauskreisen statt.

Ein weiterer Gebäudekomplex in unmittelbarer Nähe beherbergt ein interreligiöses Zentrum mit Schülerhaus, Gästehaus und Küche. Es wird durch die deutsche Schwester Barbara geleitet, die vor 30 Jahren aus Taizé nach Antakya kam, um beim Aufbau

der Gemeindeinfrastruktur zu helfen. Da keine andere Unterstützung verfügbar war, wurde für sie daraus eine Lebensaufgabe. Heute treffen sich in diesem Zentrum dreimal täglich kleine Gruppen von Juden, Muslimen und Christen, die in ihren Muttersprachen und gemäß ihren Traditionen miteinander singen, beten, essen und diskutieren.

Seleukia Pierra, wo Paulus und Barnabas zur 1. Missionsreise aufbrachen

Als Paulus, Barnabas und Markus im Jahr 45 zur ersten Missionsreise aufbrachen, werden sie wohl mit einem Boot auf dem damals schiffbaren Orantes den stromabwärts 15 km Luftlinie entfernten Seehafen Seleukia Pierra erreicht haben. Zu Land sind es kurvenreiche und selbst heute mit dem Auto beschwerliche 30 Kilometer. Von der alten, im 3. Jh. v.Chr. erbauten Stadt, sind kaum noch Reste des längst verlandeten Hafens erhalten (Abb. 7); von ihm aus lichtete Paulus die Anker für seine erste Missionsreise (vgl. Apg 13,4).

Der künstlich angelegte Hafen befand sich innerhalb der Stadtmauern etwa vier Kilometer nördlich der sandigen Mündung des Orantes. Unweit vom ehemaligen Hafen kann man in den angrenzenden Bergen ein mächtiges Kanal-Tunnel-Sy-



Abb. 7: Blick durch eine Lücke im Titus-Tunnel auf das heute verlandete, ehemalige Hafengebiet von Seleukia Pierra. Hier schifften sich Paulus, Barnabas und Markus zur ersten Missionsreise nach Zypern, Pisidien und zu den Galatern ein.

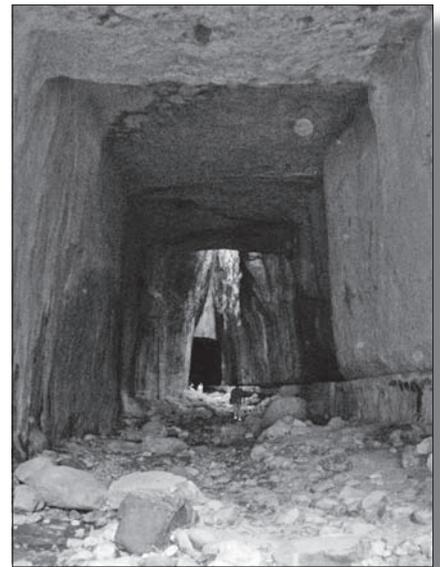


Abb. 8: Titus-Tunnel. Um die Versandung des Hafens durch den sedimentreichen Wildbach Burnaz zu verhindern, wurde zwischen 74 und 78 n.Chr. der Bach kanalisiert und so abgeleitet, dass er weit entfernt vom Hafen ins Mittelmeer mündete. Dazu musste ein ca. 1.400 m langer Kanal gegraben werden, der tief in harten Fels eingeschnitten ist und zum Teil in einem bis zu 6 m breiten und 8 m hohen Tunnel verläuft

stem sehen, das unter den Kaisern Vespasian und Titus erbaut wurde. Es stellt ein hervorragendes Werk römischer Ingenieure dar, die damit den Lauf eines Flusses umleiteten, der den Hafen zu verlanden drohte (Abb. 8).

Die gigantische Arbeit wurde von vielen Sklaven ausgeführt, darunter nach dem Fall Jerusalems (70 n.Chr.) verschleppte Juden. Wiederholte Erdbeben – insbesondere das im Jahr 526 mit Erdbeben, die den Kanal verstopften – führten in der Folge zur Verwahrlosung und Verlandung des Hafenbeckens und damit zum Niedergang der Stadt.

Wirken in Antiochia in Pisidien (Apg 13,13-52)

„**V**on Paphos (auf Zypern) fuhr Paulus mit seinen Begleitern ab und kam nach Perge in Pamphlien.“ (Apg 13,13). Perge liegt knapp 15 km nordostwärts von Attalia, dem heutigen Touristenzentrum Antalya



Abb. 9: Antiochia in Pisidien: Blick vom antiken Stadttor Richtung Süden auf das Taurusgebirge zu, dessen Gipfel hier Höhen bis 2.400 m erreichen. Im Mittelgrund am Hang hinter dem Ort Yalvaç eine schon zur Römerzeit vorhandene Straße. Gut vorstellbar, dass sich auf ihr Paulus und Barnabas der Stadt näherten.

an der türkischen Riviera. Paulus und Barnabas wanderten ohne Markus „von Perge weiter und kamen nach Antiochia in Pisidien. Dort gingen sie am Sabbat in die Synagoge ...“ (Apg

ken Stadt hat man einen weiten Blick nach Süden auf das Taurusgebirge zu (Abb. 9). Mit ein wenig Fantasie kann man sich gut vorstellen, wie von dort aus die beiden sich nähernden Wanderer Paulus und Barnabas schon früh ausgemacht und sicher mit wachsamer Neugier empfangen und begrüßt wurden.

Auch Antiochia in Pisidien wurde von Seleukos I. um 300 v.Chr. gegründet. Die Stadt lag an einem strategisch günstigen Platz in 1.000 m Höhe auf der anatolischen Hochebene. Als Paulus und Barnabas Mitte Oktober 46

dorthin kamen, war sie eine römische Veteranenkolonie mit rund 10.000 Bewohnern. Unter den für die Sicherheit gegen aus dem Taurus einfallende Räuberbanden zuständigen Vetera-



Abb. 10: St. Paul Kilisesi: Ausgrabung der Paulus-Basilika aus dem 4. Jh., von der nur noch die Grundmauern vorhanden sind. Gut zu erkennen eine Plattform, einst der Boden der Kirche. (Fotos: PS)

13,13-14). Der beschwerliche, 200 km lange Weg von Perge nach Antiochia führt über das westliche Taurusgebirge. Paulus und Barnabas werden sich einer Reisegruppe angeschlossen haben und 14 Tage unterwegs gewesen sein⁶. Vom Stadttor dieser anti-

⁶ Heute wird der Weg als Teil einer insgesamt 500 km langen anspruchsvollen

nen lebten dort in der Mehrzahl Griechen sowie eine jüdische Gemeinde.

Wanderroute angeboten. Informationen zu Wanderungen auf den Spuren des Apostels Paulus in der Türkei im Internet unter : www.stpaultrail.com; www.tuerkei-reisetipps.de/html/wiegeder-kulturen-st-pauls-weg.htm; www.middleearthtravel.com/stpaul_trail_tour.html

Irgendwann wurde die Stadt nach einem schweren Erdbeben aufgegeben und niemals wieder überbaut. Deshalb konnten, als die Stätte 1833 als das Antiochia in Pisidien identifiziert wurde, die Ruinen ausgegraben werden. Heute kann das Ausgrabungsgelände von Touristen besichtigt werden. Neben den in jeder römischen Stadt vorhandenen Bauwerken (Säulenstraße, Tempel, Thermalbad, Theater u.a.) gab es in der nachpaulinischen Zeit in Antiochien drei unterschiedlich große Kirchen. Die größte war eine byzantinische Basilika, die im Jahr 325 über den Ruinen der jüdischen Synagoge erbaut worden war. Mit 70 m Länge war sie damals eine der größten Kirchen (Abb. 10) der Welt, etwa so groß wie die Lateranbasilika in Rom. Ein Hinweis auf die kirchengeschichtliche Bedeutung der dortigen Gemeinde.

Die Apostelgeschichte schildert mit erstaunlicher Ausführlichkeit, wie Paulus und Barnabas vorgingen: Wie immer, wenn Paulus in eine neue Stadt kam, suchte er zunächst die Synagoge auf, um die frohe Botschaft von der Verheißung an die Väter zu verkünden, die Gott durch Jesus Christus an den Kindern erfüllt hat. Wenn auch am zweiten Sabbat fast die ganze Stadt versammelt war, um die Predigt zu hören, verschweigt die Apostelgeschichte neben dem Erfolg („Als die Heiden das hörten, freuten sie sich und priesen das Wort des Herrn, und alle wurden gläubig.“ Apg 13,48) nicht den Misserfolg (Die Juden jedoch hetzten ..., veranlassten eine Verfolgung gegen Paulus und Barnabas und vertrieben sie aus ihrem Gebiet. Diese aber schüttelten den Staub von ihren Füßen und zogen nach Ikonion.“ (Apg 13,48-52). Den Staub von den Füßen zu schütteln ist eine Geste der Verachtung und bezieht sich auf eine Aussage Jesu: „Wenn ihr aber in eine Stadt kommt, in der man euch nicht aufnimmt, dann stellt euch auf die Straße und ruft: Selbst den Staub eurer Stadt, der an unseren Füßen klebt, lassen wir euch zurück; doch das sollt ihr wissen: Das Reich Gottes ist nahe“ (Lk 10,10-11). – Die Apostelgeschichte hat aus den Erfahrungen in Antiochien ein theologisches Prinzip gemacht: zuerst die Juden, dann die Heiden.⁷ □

⁷ s.a. Röm 1,16

UN-Einsatz in Dafur

Militärbeobachter in den Nubabergen

Das Mitglied des Sachausschusses Sicherheit und Frieden, Hptm a.D. Günter Neuroth, war schon mehrfach auch nach seiner Pensionierung in Beobachtermissionen unterwegs. Über seinen Einsatz in Banda Aceh hatte er im AUFTRAG berichtet. Sein Bericht über den Einsatz in Dafur ist wegen der persönlichen Betroffenheit in der „Ich-Form“ geschrieben und gibt seine Eindrücke bzgl. der Lage der katholischen Bevölkerung in seinem Einsatzgebiet wieder.

Während meines Auslandseinsatzes für die Bundeswehr im Rahmen der Mission UNMIS (United Nation Mission in Sudan) war ich als Militärbeobachter in Dilling in den Nubabergen eingesetzt. Dilling ist eine Stadt mit ca. 40 000 Einwohnern verschiedener Ethnien und liegt ca. 600 km südlich der Hauptstadt Khartoum, was bei ungestörtem Reiseverlauf einer Reisezeit von 11 bis 13 Stunden mit dem Bus entspricht. Die Stadt ist auf den ersten Blick durch das Vorhandensein mehrerer Moscheen ausgesprochen islamisch geprägt. Im Rahmen meiner Tätigkeit der zivil-militärischen Zusammenarbeit erfuhr ich durch Zufall, dass es hier auch eine kleine christliche Gemeinde gab. Die Kirche befand sich nicht weit entfernt von dem angemieteten Haus, in dem sich meine Unterkunft befand. Insgesamt lebten nur vier „Weiße“ in der Stadt.

Ich nutzte eine Gelegenheit zu einem ersten Gespräch mit Father Edward, dem Gemeindepfarrer, der dem Besucher anfänglich zögernd, dann aber immer offener, entgegentrat. Er

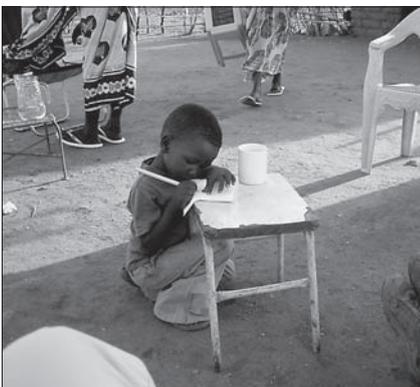


Bild 1: spielendes Kind mit geschenkten Buntstiften in Dilling

berichtete über seine Gemeinde, die in der Stadt ungefähr hundert Mitglieder hat, aber auch über mehre-

re Außenstationen in den Nubabergen verfügt. Dort waren Katecheten eingesetzt, die in Abhängigkeit von

nehmen; dies wurde durch die Siebentageweche als Militärbeobachter erschwert; durch geschickte Einfluss-



Bild 2: die Stadt Dilling, Einsatzgebiet von Hptm a.D. Günter Neuroth

der monatelangen Regenzeit besucht wurden. Die Kirche, die zum Bistum El Obeyed gehört, betreibt unter seiner Leitung einen Kindergarten, eine Grundschule und eine Geburtsstation; alle diese Einrichtungen befinden sich auf dem ummauerten Kirchengelände oder direkt daneben. Die gesamte Einrichtung wirkt im Verhältnis zur Stadt und der direkten Umgebung sehr aufgeräumt und gepflegt. Die Schule verlangt, wie allgemein üblich und auch wegen des Fehlens staatlicher Unterstützung, Schulgeld; dieses kann oft von den Familien nur teilweise oder verspätet aufgebracht werden. Eine zusätzliche Belastung ist die Anschaffung der obligatorischen Schuluniform, die natürlich von Kind zu Kind weitergegeben wird.

Durch die freundliche Aufnahme ermutigt, versuchte ich nun an den Sonntagsgottesdiensten teilzu-

nahme auf den Patrouillenplan gelang es mir dann doch recht oft. Natürlich konnte ich auch argumentieren, dass meine muslimischen Kollegen aus Ägypten, Jemen und Jordanien immer ohne Einschränkungen am Freitagsgebet in den Moscheen teilnehmen konnten; dies wurde allerdings durch die Tatsache erleichtert, dass am Freitag muslimischer Feiertag war und die Aufgaben der Militärbeobachter auf Ausbildung und Fahrzeugpflege beschränkt waren.

Mit dem Gemeindepfarrer vereinbarte ich dann einen Friedensgottesdienst, an dem auch nichtchristliche Kollegen verschiedener Nationen aus Kanada, Norwegen, Burkina Faso und Indien teilnahmen. Nach dem Gottesdienst, bei dem wie immer die nicht vorhandene Orgel durch Trommeln ersetzt war, wurden wir in einem Nebenraum der Kirche von Father Eduard und den Vertretern seiner Kirchen-

gemeinde empfangen und bewirbt; es gab eine Vorstellungsrunde und einen Gedankenaustausch. Erst langsam wurde mir klar, wie schwer es für diese kleine Gemeinde war, im stark muslimisch geprägten Umfeld, in dem der Bürgerkrieg erst drei Jahre vorher zu Ende gegangen war, zu leben.

Nachdem ich mit dem Pfarrer zusammen die Gelegenheit zur Besichtigung einer abgelegenen Kapelle hatte, die bis auf den Altar völlig leer war, beschloss ich, eine finanzielle Unterstützung für diese Gemeinde zu ermöglichen. Ein schriftlicher Kurzantrag an die GKS, die über den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hauptmann Pauthner dem Bundesvorstand zuzuging und unbürokratisch genehmigt wurde, führte zur Bereitstellung von 500 Euro. Aus Anlass der Erstkommunion meiner Tochter konnte ein Betrag in gleicher Höhe von den Gästen eingesammelt werden; dazu kamen Spenden aus den Mitteln des Vereines „Den Menschen eine Brücke e.V.“. Diese Gelder konnten an die Gemeinde übergeben werden und führten zu einer Verbesserung der Unterrichtssituation in der Schule sowie zur Anschaffung von Bänken für die Kapelle in der abgelegenen Gegend der Gemeinde. Sie bildeten auch den Grundstock für die geplante Unterstützung von Straßenkindern in Dilling.

Leider führte dieses Engagement im dienstlichen Bereich bei meinen islamischen Vorgesetzten zum Vorwurf, hier eine Christianisierungskampagne zu betreiben. Erstmals erfuhr ich schmerzhaft, wie schwer es sein kann, für seinen Glauben einzustehen. Trotzdem gebot die christliche Nächstenliebe, hier zu helfen, zumal durch die Unterstützung der Schule auch islamischen Kindern bei ihrer Ausbildung geholfen wurde.

Mehrmals betonte Father Edward, dass mit den UN-Militärbeobachtern erstmals Soldaten ohne Waffen in die Gemeinde gekommen waren, die nicht das Elend und die Not noch größer machten. Er versicherte, das die „Community of German Catholic Soldiers“ in der Kombonigemeinde in Dilling in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

Günter Neuroth

12. Internationaler Kongress Renovabis

Bruchstellen in Europa! Religion und Nation im 21. Jahrhundert

VON HEINRICH DORNDORF

Der 12. Internationale Kongress Renovabis fand vom 4. bis 6. September 2008 in Freising auf dem Domberg statt. Seit der Gründung von Renovabis als Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa sind bis zum Jahr 2008 mehr als 30 Millionen Euro jährlich in rund 15.000 pastorale-, sozialkaritative-, gesellschafts- und entwicklungspolitische Projekte in 28 Ländern geflossen. „Renovabis faciem terrae – Du erneuerst das Angesicht der Erde“ (Ps 104) ist nicht nur Name der Aktion, sondern auch Programm.

Pater Dietger Demuth CSsR, Geschäftsführer von Renovabis, konnte in diesem Jahr 340 Teilnehmer aus 29 Ländern begrüßen, darunter viele Bischöfe aus Mittel-, Süd- und Osteuropa. Grußbotschaften erhielt der Kongress u.a. von Papst Benedikt XVI., dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Robert Zollitsch, Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Bischof Wolfgang Huber.

Der neue Erzbischof von München und Freising, Dr. Reinhard Marx, eröffnete den Kongress mit dem Hinweis, dass einstmals viele Missionare für Deutschland aus England, Irland und Frankreich kamen. Wichtig sei das Miteinander der Kulturen, nicht das Gegeneinander. So führt der Missbrauch der Religionen zu Gewalt und dies ist Verrat am Glauben.

Als eine Zeitzeugin berichtete Gräfin Roza Thun aus Warschau vom Schicksalsjahr 1989. Bis dahin habe sie sich kein freies Polen, kein vereintes Europa vorstellen können, „aber die Flamme am glühen zu halten war uns wichtig“. Das heutige Europa sei nicht selbstverständlich (s. Georgien). Europa könne nur im Geist der Nächstenliebe verwirklicht werden.

Erzbischof Stanislaw Holecvar SDB, Belgrad, referierte über Aspekte eines komplizierten Miteinander in Südosteuropa in Bezug auf Staat, Kirche und Nation. Während Rom in Sachen Christianisierung den Westen Europas beeinflusste, so hatte Byzanz, Einfluss auf Südosteuropa. Gab

es im Westen Kämpfe zwischen Katholiken und Protestanten, so würde man im Osten Kämpfe zwischen katholischen Kroaten und katholischen Serben, oder zwischen Katholiken und Orthodoxen kennen. Das westliche Europa sei auch mehr caritativ geprägt, der Osten neige mehr zu Kontemplation.

In einem beachtenswerten Vortrag beleuchtete Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster, die Verbindung von Konfession und Nation in Mittel- und Osteuropa.

Den Begriff „Konfession“ würden wir aus der Zeit der Reformation kennen. Das „Augsburger Bekenntnis“, die Confessio Augustana sei die Bekenntnisschrift und zugleich auch die Grundlage der Ordination der evangelischen Pastoren. Eine Reihe von Glaubensgemeinschaften, so auch die katholische und orthodoxe würden zwar auch als Konfession bezeichnet, verstünden sich aber als Kirche.

Die Nation sei eine große Solidargemeinschaft. Sie setze eine gemeinsame Geschichte voraus, u.U. auch etwas Gemeinsames erlitten zu haben. Nationen müssten nicht ewig bestehen, sie hätten angefangen und hörten irgendwann auf. Es müsse zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität unterschieden werden, z.B. Deutsche mit einem deutschen Pass, jedoch mit der türkischen oder italienischen Nationalität. Die Beziehung von Nation und Konfession sei in Deutschland schon mal problematisch gewesen. Deutschland war aufgrund der Vorherrschaft Preußens protestantisch

geprägt, dadurch galten die Katholiken als Verräter, weil sie dem Papst in Rom näher ständen als dem Staat. Dies sei heute nicht mehr relevant.

In einer Diskussion wurde die Frage behandelt: Wo können aus Bruchstellen Brücken werden?

- Versöhnung zwischen Nationen und Konfessionen
- Hören auf das was der Andere sagt, die andere Religion meint
- In einer Gesellschaft Christ sein, dies bedeutet: Verstehen – Versöhnen – Bauen.

In einem Arbeitskreis wurde der Brennpunkt Kosovo behandelt. Sind die Kulturen auch unterschiedlich, so müssen doch Serben und Albaner versuchen zusammen zu leben. 80% der Bevölkerung sind Albaner, meistens Muslime, während die Serben sich den Orthodoxen zugehörig fühlen. So gehen auch die serbischen Kinder nur in serbische Schulen, die albanischen Kinder in albanische Schulen. Unter der Gesamtbevölkerung von ca. 400.000 Einwohnern, 50 % sind jünger als 50 Jahre, gibt es eine Minderheit von ca. 60.000 Katholiken, meist Albaner, die sich auf 23 Pfarrgemeinden aufteilen. Ein weiteres großes Problem ist die Arbeitslosigkeit.

Die Ökumene tut sich schwer. Es gibt Treffen von Katholiken und Muslimen. Jedoch ist es schwierig die Orthodoxen mit ins Boot zu holen, da auch noch 2004 orthodoxe Kirchen zerstört wurden. Serben im Kosovo haben Angst nicht nur vor Blutrache, sondern befürchten auch, dass ihre Kultur verloren gehe.

In einem Referat sprach der Visitator für Russland-Deutsche (Deutsche aus den GUS-Staaten), Dr. Alexander Hoffmann, zu dem Thema: „Wanderer zwischen den Welten – als Christ im Spannungsfeld zwischen den Völkern“. Diese Deutschen, meist katholisch, seien ihrem Geburtsland eigentlich fremd, weil sie dort als Faschisten galten. Es kränke sie aber, wenn man sie hier in Deutschland als Migranten behandle. Hoffmann sprach von einem ungesesehenen Zaun in Russland. Dort habe man nicht über Politik gesprochen, sondern sich Lebensgeschichten erzählt.

Es gab weder Rede- noch Reisefreiheit. Aber es wurden Leseabende und Gottesdienste mit Predigten in deutscher Sprache abgehalten, weil Sprache Identität und Heimatgefühl vermittelt.

Jedoch durfte dies alles nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Die Integration in die deutsche Gesellschaft scheidet aber oft an Sprache und Bildung. Unter 3 Millionen Neubürgern aus den GUS-Staaten gibt es nach Aussage von Visitator Hoffmann ca. 22.000 Akademiker, die teilweise zurückkehrten, weil ihre Abschlüsse hier nicht anerkannt würden.

„Probleme der Seelsorge in einer multikulturellen Gesellschaft“, ist für die Kirche eine besondere Herausforderung in Bezug auf Strukturen für Zigeuner, Migranten und Menschen im Ausland. Deutsche, die auf Zeit im Ausland leben als Studenten, Berufstätige, Rentner, Urlauber können Brücke sein zu den Einheimischen, sie sollten keine Insel sein. Zigeuner, Sinti und Roma, kommen ursprünglich aus Indien und haben eine 1000-jäh-

rige Geschichte. Es sind meist gläubige Menschen. In Deutschland leben ca. 350.000 Zigeuner. 80% der Kinder schaffen keinen Schulabschluss. Es sollte Aufgabe der Kirche sein zu vermitteln, damit bestehende Vorbehalte ausgeräumt werden.

Erzbischof Stanislav Hocevar sprach in einem Abschlussstatement davon, dass das Gespräch mit Gott wichtiger sei als je zuvor. In der EU gebe es zu viele Gesetze, aber zu wenig Moral. Aber in der Zuversicht auf Jesus Christus werde uns die Hoffnung nicht enttäuschen.

Zum Ende des Kongresses wies Pater Demuth auf die Anfänge von Renovabis, nämlich am 06.09.1993 auf dem Domberg in Freising hin. Hoffen auf den Aufbau der Kirche in Osteuropa, aber auch die Begegnung, der Dialog, seien Bausteine von Renovabis. Aus Bruchstellen müssten Nahtstellen werden. Das gegenseitige Gespräch sei sehr wichtig, denn eine Alternative dazu gäbe es nicht. Eine Grundlage des Christentums sei die Versöhnung. □

Prager Veitsdom gehört dem Staat

Der berühmte Prager Veitsdom ist vom höchsten tschechischen Gericht endgültig dem Staat zugesprochen worden. Gegen das Urteil gebe es keine Rechtsmittel mehr, erläuterte ein Gerichts-Sprecher Anfang März. Der Streit darüber, ob das wichtigste böhmische Gotteshaus dem Staat oder der katholischen Kirche zusteht, dauert schon 16 Jahre. Die Kirche hatte vor dem Obersten Gericht das nun beendete Berufungsverfahren angestrengt, nachdem zuletzt das Prager Stadtgericht den Dom dem Staat zugesprochen hatte. Die Kirche reagierte zunächst nicht auf das jetzige Urteil. Der Prager Kardinal Miloslav Vlk hatte in der Vergangenheit wiederholt erklärt, in dem Rechtsstreit nicht nachgeben zu wollen und angekündigt, notfalls den Europäischen Menschenrechtshof in Straßburg anzurufen.

Im Januar hatten sich Staat und Kirche unabhängig von dem Rechtsstreit über die Nutzung des Veitsdoms geeinigt. Der Staat trägt seither sämtliche Betriebs- und Erhaltungskosten. Die Kirche zahlt für die Nutzung eine symbolische monatliche Pauschale von umgerechnet etwa 20 Euro. Sie darf keinen Eintritt für den Besuch der Kathedrale erheben. Die kommunistischen Machthaber hatten den gotischen Veitsdom in den 1950er Jahren verstaatlicht. Der 1344 unter Kaiser Karl IV. begonnene Bau liegt auf dem Gelände der Prager Burg, dem Sitz des heutigen Staatspräsidenten. Er ist Grabstätte der böhmischen Könige und mehrerer Heiliger, birgt die böhmischen Krönungsinsignien und gilt als Symbol für die einstige Verflechtung von Staat und Kirche. (KNA)

Deutsche Unterstützung bei der Katastrophenvorsorge in Indonesien

VON KLAUS LIEBETANZ

Anlässlich einer Ergebnisprüfung bei deutschen Projekten der Katastrophenvorsorge in Indonesien hat Klaus Liebetanz als Fachberater für Katastrophenmanagement im Auftrag des Auswärtigen Amtes in der Zeit vom 20. Nov. bis 10. Dez. 2008 Projekte des „Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)“, des Diakonischen Werkes der EKD – Katastrophenhilfe und der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. begleitet. Als Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ schildert Major a.D. Liebetanz im Folgenden seine Eindrücke und will damit einen Beitrag zum besseren Verständnis der Bundeswehrosoldaten für die Arbeitsweise und Philosophie der deutschen Hilfsorganisationen leisten. Da in den Kriterien für Auslandseinsätzen (siehe Faltblatt „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln“ vom Mai 2008) der „gesamstaatliche Ansatz“ gefordert wird, ist es wichtig, über die Vorgehensweisen der anderen Organisationen informiert zu sein. Deshalb die ausführliche Schilderung dieses Einsatzes.

Katastrophenvorsorge des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) an Schulen und Behinderteneinrichtungen

Nach dem großen Erdbeben im Jahr 2006 in der Region JOG-YAKARTA und in ZENTRAL-JAVA hat der ASB zunächst unmittelbare Nothilfe geleistet und später Maßnahmen der Rehabilitation und des Wiederaufbaus durchgeführt. Von Mai 2007 bis April 2008 lief ein vom AA unterstütztes Katastrophen-Vorsorgeprojekt für Schüler an Grundschulen und in Einrichtungen für behinderte Kinder in JOGJAKARTA.

Das zu prüfende o.a. Projekt umfasste die Fortbildung von ca. 15.000 Lehrer/innen in etwa 2.500 Grundschulen, so dass insgesamt ca. 400.000 Grundschüler bis zum 31.12.09 in der unmittelbaren K-Vorsorge (mit Schwerpunkt Erbeben) ausgebildet werden sollen. Hinzu kommen 30 Spezialschulen für behinderte Kinder und ca. 100 einzelnen Behinderten. Untersuchungen haben ergeben, dass unter den Erdbebenopfern bis zu 20% Behinderte waren.

Vom 1. Mai 2008 bis zum 1. Dezember 2008 wurden im Distrikt KLADEN (ca. 40 km nördlich von JOGJAKARTA) 7.115 Lehrer in 875 Grundschulen ausgebildet. Hinzu kommen 60 Behinderteneinrichtungen und ca. 100 behinderte Kinder, die ausschließlich in ihren Familien leben, und die eine besondere Unterstützung vom ASB erhalten.

Im gleichen Zeitraum wurden im Südteil der Insel NIAS (westlich von NORD-SUMATRA) ca. 20.000 Schüler in 313 Grundschulen mit ca. 2.200 Lehrer/innen in der K-Vorsorge ausgebildet. Auf NIAS gibt es keine Spezialschule für behinderte Kinder. Diese sollen im Laufe des Jahres 2009 identifiziert und unterstützt werden.

Vom Februar 2009 bis Dezember 2009 soll in CIAMIS, einer Stadt in West-Java ca. 20.000 Lehrkräfte in 1.200 Grundschulen mit 120.000 Schülern in K-Vorsorge ausgebildet werden. Die Spezialschulen für behinderte Kinder sind noch nicht identifiziert worden.

Vorgehensweise des ASB Indonesien

Der ASB arbeitet im Schneeballsystem. An jeder Grundschule werden zwei Pädagogen (möglichst auch der Schulleiter) in der K-Vorsorge ausgebildet und mit dem Ausbildungsmaterial vertraut gemacht. Diese bilden die übrigen Lehrer einer Schule aus. Jeweils 15 Schulen wählen einen Katastrophenbeauftragten, die wiederum in regelmäßigen Zeitabständen zusammen kommen, um unter Anleitung eines ASB-Trainers an der Verbesserung der K-Vorsorge-Ausbildung zu arbeiten. Durch die Anregungen und Verbesserungsvorschläge der letzteren Gruppe ist das Ausbildungs- und Anschauungsmaterial ständig verbessert worden.

Ausbildungs- und Anschauungsmaterial

In Zusammenarbeit mit der Universität JOGJAKARTA und Künstlern

aus der Region ist ein Schulbuch und entsprechendes Illustrationsmaterial für die Schulausbildung, in das die Erfahrung der Lehrer eingearbeitet wurde. Zusätzlich wurden DVDs für Gehörlose und eine CD für blinde Schüler erstellt. Das Ausbildungs- und Anschauungsmaterial des ASB Indonesien ist vorbildlich und einzigartig in Indonesien. Die ASB-Projektleiterin, Sae Kani hat am 5. und 6. Dezember an einer Ministerkonferenz zum Thema „Disaster Risk Reduction“ in KUALA LUMPUR (MALAYSIA) teilgenommen und hat das Ausbildungsmaterial des ASB als „best practice“ vorgestellt. Es gibt bereits viele Anfragen zur Adoptierung dieses Materials für den Süd-Ost-Asiatischen Raum, weil die Situation der Behinderten in diesen Ländern nicht im Vordergrund gestanden hat.

Zusammenarbeit mit der Regierung und den Behörden

Der ASB Indonesien hat am 24.11.2006 ein Memorandum of Understanding (MoU) mit dem indonesischen Innenministerium abgeschlossen und hat mit Beginn des vorliegenden Projektes sehr eng mit der Schul- und Kulturbehörde des Distrikt (Regierungsbezirk) KLADEN zusammengearbeitet. Diese Behörde hat von sich aus ca. 60 beamtete „Supervisor“ für K-Vorsorge an ihren Schulen beauftragt, welche eng mit den o.a. Katastrophenbeauftragten, den sog. „Focal Point Teacher“ zusammenarbeiten. Die Distrikt-Schulbehörde in KLADEN ist zurzeit dabei,

ein verbindliches Curriculum für Katastrophenvorsorge an Grundschulen zu erstellen.

Das ASB-Team in Indonesien

Das ASB-Team in Indonesien besteht aus 44 Mitgliedern, darunter eine Reihe von sehr qualifizierten indonesischen Ausbildern und Trainern. Andrea Bast aus Deutschland mit internationaler Erfahrung überwacht als Finanzkoordinatorin die Abrechnung und den Finanzfluss bei den ASB-Projekten in Indonesien. Kern und treibende Kraft des Projekts ist das Ehepaar Alex Robinson, der Landesdirektor und seine Frau Sae Kani, die Projektleiterin. Alex R. hat zusätzliche Kenntnisse im IT-Bereich. Sae K. hat neben Entwicklungspolitik auch Design studiert und hat Medienerfahrung. Sie hat zwischenzeitlich in Kenia an einer Gehörlosenschule gearbeitet. Sae Kani, eine Japanerin, muss immer wieder betonen, dass es sich bei dem Projekt um ein deutsches und nicht um ein japanisches handelt. Das Logo des Auswärtigen Amtes ist bei allen Veranstaltungen unübersehbar dabei.

Wichtige Zusammenarbeit mit der Schulbehörde

Am 24.11.08 findet eine Einweisung im ASB-Büro in JOGYAKARTA und anschließend ein Besuch in der Schul- und Kulturbehörde im Distrikt KLADEN (ca. 40 km nördlich von JOGYAKARTA). Der Leiter der Behörde ist anwesend. Er lobt das ASB-Projekt als Pilotprojekt auch für andere Regionen. Die Schulbehörde unterstützt das Projekt und überwacht die K-Vorsorge-Ausbildung und die Evakuierungsübungen an den Grundschulen mit eigenen beamteten Supervisern.

Die Verantwortliche für die Ausbildungscurricula der Behörde, Frau Liestyawa, sieht für die nächste Zeit folgende Schwerpunkte:

- Ausdehnung der K-Vorsorge-Ausbildung und des entsprechenden Trainings auf alle 26 Subdistrikte von KLADEN
- Fortsetzung des Systems der „Focal Point Teacher“ (Katastrophenbeauftragte jeweils für 15 Schulen)

- Integration der 1. Hilfe-Ausbildung durch das indonesische Rote Kreuz
- Institutionalisierung der Evaluierungsübungen

Besuch von Behinderten zu Hause

Am Nachmittag des 24.11.08 werden vier behinderte Kinder aufgesucht, die ausschließlich zu Hause betreut werden: ein 15-jähriges Mädchen mit gelähmten Beinen, ein blindes Mädchen mit fünf Jahren, ein geistig behindertes Mädchen mit Polio und im Rollstuhl sitzend, 15 Jahre alt, und ein geistig behindertes

eingewiesen. Er leitet auch die Evakuierungsübung der Schule, welche reibungslos und zielführend verläuft. Er lobt die Vorgehensweise des ASB – im Gegensatz zu anderen NGOs – weil der ASB die oberste Schulbehörde gleich einbezogen hat. Damit erhielt die K-Vorsorge-Ausbildung offiziellen Charakter.

Workshop für ausgewählte Lehrer

Am 25.11.08 nimmt der Prüfer an einem 2-Tage-Workshop für Focal Point Teacher (s.o.) in der obersten Schulbehörde in KLADEN teil. Themen sind u.a. die neuen Ausbil-



Bild 1: Informationsveranstaltung in der Ortschaft BOBOK TEMPEL (ca. 60 Km westlich von JOGYAKARTA). Die Teilnehmer werden über ihre Rechte und Pflichten bei der Minderung der Katastrophenanfälligkeit ihrer Region informiert und geschult, frist- und formgerechte Anträge bei der Distriktbehörde zu stellen.

Mädchen mit sechs Jahren. Der ASB arbeitet in diesem Bereich mit fünf indonesischen Behindertenorganisationen zusammen und unterstützt die Eltern dabei, ihre Ansprüche bei den Behörden wahrzunehmen. Darüber hinaus wird versucht, ca. 100 behinderte Kinder in eine Schulausbildung zu bekommen.

Teilnahme an einer Evakuierungsübung

Am 25.11.08 wird ein Besuch in einer Grundschule in TRODOK (ca. 20 km nördlich von JOGYAKARTA) durchgeführt. Die Schule hat 178 Schüler/innen und 13 Lehrer. Der Sportlehrer ist an dieser Schule der Fachlehrer für K-Vorsorge und hat alle anderen Lehrer der Schule in die Ausbildungsmaterialien des ASB

ungsmaterialien für Überflutung und Vulkanausbruch in Form von Illustrationspostern. Der noch aktive Vulkan MIRAPI ist ca. 40 km entfernt. Ferner geht es um die 1. Hilfe-Ausbildung, die integriert werden soll und die Frage, ob der Focal Point Teacher ein eigenes T-Shirt mit Logo tragen sollte. Die Diskussion verläuft lebendig und teilweise leidenschaftlich.

Teilnahme an der Katastrophenvorsorge bei Behinderten

Am 26.11.08 ist die Teilnahme an der Ausbildung in der SHANTI YOGA-Schule (Förderschule für Behinderte) in KLADEN vorgesehen. Hier geht es um das Capacity Building bei den Lehrern. Es gibt in INDONESIEN bislang keine einheitli-

che Gebärdensprache. Die meisten gehörlosen Kinder sind von der individuellen Gebärdensprache der Mutter geprägt. Die ASB-Projektleiterin Sae Kani hat auf Grund ihrer internationalen Erfahrung eine Gebärdensprache entwickelt, die mit Elementen von Pantomime und Ganzkörperkommunikation ergänzt wird. Ziel dieser Gebärdensprache ist es, dass die Schüler mindestens 70% des Inhalts verstehen. Die DVD-Ausbildung (gespielt von Schauspielern aus JOG-

KLADEN und JOGYAKARTA) mit 62 Schwerbehinderten und geistig Kranken statt. Hier gibt es 17 Lehrer und ca. 20 Helfer. Die Leiterin der Anstalt ist sehr dankbar, dass der ASB die Problematik der K-Vorsorge für Behinderte aufgegriffen hat. Die behinderten Kinder werden in drei Kategorien eingeteilt: Kinder, die selbst laufen können, Kinder, welche mit Unterstützung von Helfern laufen und unter einen Tisch in Deckung gehen können und solchen, die sich selbst

indonesischen Architektin geleitet, die für den ASB arbeitet. Beim Verstärken der drei Musterhäuser wurden Ingenieure und Bauhandwerker der Region beteiligt. Im Wesentlichen geht es um eine balkenmäßige Verstärkung der Dachkonstruktion und das Einsetzen von Betonsäulen mit Stahlgitter (10-12 mm) in die tragenden Wände, um diesen besseren Halt bei Erschütterungen zu geben. Ferner haben die Dachbalken eine Überlappung von ca. 40 cm, um dem Ganzen mehr Halt zu geben.



Bild 2: Bewohner der katastrophengefährdeten Insel NIAS (ca. 150 Km vor der Insel SUMATRA gelegen) erhalten ein fachkundiges 1. Hilfe-Training.

YAKARTA) wird daher auch für die K-Vorsorge für Gehörlose in SÜD-OST-ASIEN und im pazifischen Raum an Bedeutung gewinnen. Die deutsche und amerikanische Gebärdensprache lässt sich nicht ohne weiteres auf die indonesische Sprache übertragen, weil die indonesische Sprache einen anderen Sprachaufbau hat. Bei der abschließenden Evaluierungsübung bleiben die Mitglieder des ASB und der Prüfer in einem Raum, ohne von den Behinderten gesehen zu werden, damit diese nicht abgelenkt werden. Die Evakuierung dieser Schüler benötigt wesentlich mehr Zeit als das bei normalen Schülern notwendig gewesen wäre.

Katastrophenvorsorge bei Schwerbehinderten

Am 26.11.08 findet ein weiterer Besuch in der Behinderteneinrichtung DAYA ANDURA (zwischen

nicht bewegen können. Die Evakuierungsübung verläuft daher sehr zögerlich. Lehrer und Helfer müssen unterstützen. Die Leiterin arbeitet nun seit 17 Jahren in dieser Einrichtung und hat vor kurzem den Status einer Beamten-Kandidatin erlangt und kann am Ende ihres Berufslebens mit einer staatlichen Pension rechnen!

Erdbebensichere Bauweise

Am 27.11.08 besucht der Prüfer außerhalb des K-Vorsorgeprojekts an Schulen das gleichzeitig laufende ASB-Projekt „RETROFIT“, bei dem es um die erdbebensichere Verstärkung von beschädigten Gebäuden geht. Die drei Übungshäuser des Projektes befinden sich in der Ortschaft SAWIT an der Ostgrenze des Distrikt KLADEN. Das ASB-Retrofit-Programm wurde zusammen mit der Universität JOGYAKARTA entwickelt. Das Programm wird von einer

Minderung der Katastrophenanfälligkeit in 25 Gemeinden durch die „Diakonie Katastrophenhilfe“

Dieses Pilotprojekt zur Minderung von Katastrophenanfälligkeit wird in 25 ausgewählten Gemeinden in fünf verschiedenen Provinzen in Indonesien durchgeführt. Dabei werden die Bewohner der Gemeinden zusammen mit den entsprechenden gemeindebasierten nichtstaatlichen Organisationen so informiert und ausgebildet, dass sie selbständig in der Lage sind, nach dem neuen indonesischen Gesetz zur Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit von 2007 staatliche und nichtstaatliche Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer Minderung der Katastrophenanfälligkeit führen können. Die „Diakonie Katastrophenhilfe“ führt das vorliegende Projekt in Zusammenarbeit mit der indonesischen Hilfsorganisation YAKKUM (Christliche Stiftung für öffentliche Gesundheit) durch. YAKKUM unterhält 11 Krankenhäuser, ein Rehabilitationszentrum, eine Pharmacy mit Medikamentenproduktion, eine Geburtshilfeklinik und die Unterorganisation „YAKKUM Emergency Unit (YEU)“, welche für die Durchführung des Projekts verantwortlich ist. Diese Organisation nutzt auch indonesische Kommunikationsfachleute anderer Organisationen, z.B. bei der Durchführung von Workshops.

Zeitlicher Ablauf und Stand des Projekts

Vom 28. bis 30. Juni 2008 wurde ein Training für die Vertreter (jeweils eine Frau und ein Mann) der gemeindebasierten Organisationen durchgeführt, wo grundlegende Kenntnisse über K-Risiken und

Mapping von Gefahrenstellen vermittelt wurde.

In der Zeit von August bis Anfang November 2008 wurde in allen 25 Ortschaften in fünf Provinzen der erste Workshop durchgeführt. Ziel dieses Workshops war es, zusammen mit den gewählten Vertretern der Betroffenen eine Risikobewertung mit Katastrophen-Mapping durchzuführen.

In der Zeit von September bis November 2008 wurde der jeweilige Aktionsplan zur Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit für die betreffende Ortschaft erstellt.

Zur Zeit der Prüfung werden gerade Coaching-Kurse für die Vertreter der CBOs (Community based Organizations) durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltungen ist die form- und zeitgerechte Einbringung der Gemeindeforderung in die Finanzplanung der Regionalbehörde gemäß dem neuen Gesetz von 2007 zur Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit für ganz Indonesien. Hier werden auch Maßnahmen und Wege besprochen, wie die berechtigten Forderungen nach Maßnahmen zur K-Reduzierung in geeigneter Weise durchgesetzt werden können. Der Prüfer hat an zwei dieser Coaching-Kurse teilgenommen.

- Im Dezember 08 bis Januar 09 werden Materialien (z.B. Hinweisschilder für die Evakuierung, Lautsprecher etc.) an die Gemeinden verteilt.
- Im Januar bis März 2009 werden Evakuierungsübungen in den einzelnen Ortschaften durchgeführt, die jährlich wiederholt werden sollen.
- Von Dezember bis Mai 2009 werden insgesamt 6 weitere Workshops durchgeführt mit dem Ziel, die Ergebnisse (Aktionspläne der Ortschaften) zusammenzufassen und auf Regionalebene einzubringen. Auf der Regionalebene (Distrikt) werden die ersten finanzpolitischen Entscheidungen getroffen.
- Im Februar 2009 findet ein nationaler Kongress statt, der von YAKKUM organisiert wird, und zu dem insgesamt 300 gemeindebasierte Organisationen erwartet werden, um die Erfahrungen vor Ort auszutauschen. Zu dieser Veranstaltung werden auch Vertreter

der Regierung und der Behörden eingeladen.

Volksbewegung für eine nachhaltige Entwicklung

Das vorliegende Programm von YAKKUM beinhaltet unter anderem ein erhebliches Demokratisierungspotential. Die einfache Bevölkerung soll sich ihrer Rechte bewusst werden und geeignete, rechtsstaatliche Maßnahmen ergreifen, um die Katastrophenanfälligkeit in ihrer Region zu mindern. Hier wird es zwangsläufig zu Interessenkonflikten kommen. Unkontrolliertes Abholzen von Wäldern an Hängen führt z.B. zu Erdbeben und Überflutungen, weil die baumlosen Böden den starken Regen nicht mehr aufnehmen können. Dies soll in Zukunft verhindert werden.

Teilnahme an einem Coaching-Workshop

Am 28. 11.08 hat der Prüfer an einem Coaching-Workshop für 50 gewählte Mitglieder von zwei gemeindebasierten Organisationen in CANDEN (ca. 40 Km südlich von JOGYAKARTA) teilgenommen. CANDEN war 2006 wegen seiner Nähe zum Epizentrum des großen Erdbebens erheblich beschädigt worden. Es gab 261 Tote und 90 % der Häuser waren beschädigt, eine Reihe total. Für total beschädigte Häuser gab die Regierung einen Wiederaufbauzuschuss von 15 Mio. Rupien (1.000 Euro) und für teilweise beschädigte Häuser 4 Mio. Rupien (280 Euro). Zum Zeitpunkt der Besichtigung gab es in CANDEN keine beschädigten Häuser mehr. Die Bevölkerung auf JAVA ist sehr agil und tüchtig. Der zweitägige Workshop hatte zum Ziel, die Teilnehmer mit dem neuen Gesetz zur Katastrophenvorsorge in Indonesien vertraut zu machen und die bereits erstellten Aktionspläne zur Risikominderung in den einzelnen Ortschaften darauf auszurichten. Ein weiterer Zweck der Veranstaltung war die formgerechte Aufbereitung der Forderungen aus den Ortschaften, damit sie in den Finanzplan der Distriktbehörde eingehen können. Dabei sind bestimmte Fristen einzuhalten. Die Veranstaltung verlief partizipativ mit viel Gruppenarbeit und kurzen Informationsblöcken. Der von YAKKUM

beauftragte externe Trainer, Yohanes Endro Gunawan, ein ehemaliger Jesuitenzögling, machte einen sehr professionellen Eindruck. Der Prüfer aus Deutschland wies in einer kurzen Ansprache, die ins Javanische übersetzt wurde, darauf hin, dass die Teilnehmer die Chance ergreifen sollten, sich für ihre ureigensten Angelegenheiten selbst einzusetzen. Ansonsten würde es kein anderer für sie tun. Dies sei auch in Deutschland so.

Weitere Teilnahme an einer Informationsveranstaltung

Am 29.11.08 fand eine weitere Informationsveranstaltung in der Ortschaft BOBOK TEMPEL (ca. 60 westlich von JOGYAKARTA) statt. Diese Ortschaft liegt am Rande von Hügeln und dem Fluss OPAK und ist durch Hangrutsche und Überflutung gefährdet. An dieser Veranstaltung nahmen 25 Mitglieder der gemeindebasierten Organisationen teil (jede Ortschaft hat zahlreiche kleinere Ortschaften, sog. subvillages). Fünf Teilnehmer waren Frauen, die sehr aktiv mitarbeiteten. Der Prüfer hatte die Gelegenheit, Fragen direkt an die Teilnehmer zu stellen, die von der YAKKUM-Projektleiterin Anastasia Maylinda hin und zurück ins Javanische übersetzt wurden. Bis auf einen Teilnehmer hatten alle anwesenden Personen am Workshop 1 und 2 teilgenommen. Die Gretchenfrage, welche Erwartung die Teilnehmer an die Unterstützung der Distriktbehörde haben, wurde sehr gemischt beantwortet. Die Antworten zeigten, die Notwendigkeit der Mobilisierung der Ortschaften und die Advocacy-Arbeit. Alle Ortschaften hatten ihre Aktionspläne zur Risikominderung bereits erstellt. Der Schwerpunkt bei der Ortschaft BOBK TEMPEL war die Verbesserung der Dammanlage beim Fluss OPAK und bei Aufforstungsarbeiten an den gefährdeten Hängen der Hügel. Der Aktionsplan umfasst auch immer die Bereitschaft zur Eigenleistung. Alle Ortschaften hatten bereits eine sog. Taskforce-Gruppe gewählt, die für das weitere Voranbringen des jeweiligen Aktionsplanes verantwortlich sind, Evakuierungsübungen organisieren und im Ernstfall für die ordnungsgemäße Durchführung der Evakuierung sorgen. Später sahen wir

in der Ortschaft die feste Ausschilderung für die Fluchtwege und den Sammelplatz.

Verbesserung der Erstversorgungskapazität durch 1. Hilfe-Ausbildung durch die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)

Sorgfältige Auswahl der 1. Hilfe-Trainer

Das Projekt ist eine Fortführung des First Aid Training (FAT) Projekts der JUH in Indonesien aus Mitteln der JUH und ADH-Mitteln („Aktion Deutschland hilft“) in den Jahren 2006 und 2007 bis zum 31.03.2008. Schwerpunkt dieser Pilotphase war die sorgfältige Auswahl der FAT-Trainer aus insgesamt 450 Bewerbern (Uni-Abschluss, englische Sprachkenntnisse etc.). Nach einigen Trainingskursen wurden schließlich 22 Trainer/innen im Alter von 23-30 Jahre ausgewählt. Ab 01.04.2008 arbeiten im AA-finanzierten Projekt 22 zertifizierte Trainer (MEDAN, 10, NIAS, 6, ACEH, 6). 14 Trainer sind fest angestellt und acht arbeiten auf Honorarbasis. Das geschlechtliche Verhältnis der Trainer/innen ist ausgeglichen.

Ständige Verbesserung der 1. Hilfe-Broschüre in indonesischer Sprache

Ein zweiter Schwerpunkt ist die ständige Verbesserung der 1. Hilfe-Broschüre in indonesischer Sprache, die an jeden Teilnehmer/in nach abgeschlossener Ausbildung ausgegeben wird. Zurzeit wird die Broschüre mit anschaulichen Abbildungen und einfachen Erklärungen vom indonesischen Gesundheitsministerium sprachlich überarbeitet und geprüft, ob das Heft den indonesischen Standards entspricht. Ferner wird noch ein Kapitel über das Verhalten bei den in Indonesien üblichen Katastrophen eingearbeitet. Das indonesische Gesundheitsministerium in JAKARTA plant die überarbeitete Broschüre zusätzlich mit einem Logo des Ministeriums zu versehen. Damit würde die Broschüre einen offiziellen Charakter erhalten.

Zahlenmäßige Erfassung der ausgebildeten Personen und räumliche Ausdehnung des Projekts

Im Zuwendungsantrag geht die JUH von insgesamt 750 1. Hilfe-Kursen mit ca. 15.000 ausgebildeten Personen aus. Ende November 2008 wurden bereits 668 Kurse abgehalten und insgesamt 12.861 Personen ausgebildet. Zum Ende des Projekts am 31.03.2009 werden ca. 1.000 Kurse mit ca. 20.000 Ausgebildeten abgehalten sein. Die Zielgruppe bezieht sich auf Universitäten, Schulen, Frauengruppen, kirchliche Gruppen, öffentliche Behörden (z.B. Polizei), Krankenschwestern und vor allem die einfache Dorfbewölkerung. Die räumliche Ausdehnung des Projekts bezieht sich auf die Region MEDAN, NIAS und ACEH.

Das JUH-Team in Indonesien

Das JUH-Team besteht in ACEH, NIAS und MEDAN aus 39 Personen (einschl. Fahrer und Sicherheitskräfte), darunter 14 Festangestellte 1. Hilfe-Trainer und acht Honorartrainer. Projektkoordinatorin ist die muslimische Indonesierin Zaniar Azhar mit internationaler NGO-Erfahrung und guten Englischkenntnissen. Sie war von Anfang an dabei und war an der Auswahl der Trainer/innen beteiligt. Des weiteren arbeitet Elena Lutzke aus Deutschland im Projekt. Sie ist als Finanzkoordinatorin für Finanzen und Verwaltung des Gesamtprogramms der JUH in Indonesien verantwortlich. Landeskoordinatorin ist Frau Dr. Dagmar Buck, eine promovierte Ethnologin mit internationaler Erfahrung in Not- und Entwicklungshilfe. Sie spricht u.a. fließend Indonesisch und betreibt ihre Aufgabe mit großer Umsicht. Neben der 1. Hilfe-Ausbildung unterstützt die JUH lokale NGOs im Gesundheits- und Erziehungsbereich.

Ergebnisprüfung vor Ort in Medan

Am 02.12.08 hat der Prüfer in MEDAN (SUMATRA) an zwei 1. Hilfe-Kursen mit jeweils zwanzig Teilnehmern (Jungen und Mädchen gemischt im Alter zwischen 15 und 17 Jahren) der PANCA BUDI Highschool, die sich auf der gleichnamigen islamischen Universität befindet, teilgenommen. Die Trainer/innen wechselten sich jeweils nach zwei Ausbildungs-

themen ab. Die Aufmerksamkeit und die Konzentration der Schüler/innen war um 15.00 Uhr (Beginn der Ausbildung 08.00 Uhr) noch erstaunlich hoch. Die Ausbildung machte nach didaktischen Gesichtspunkten einen ausgezeichneten Eindruck.

1. Hilfe-Ausbildung an einer öffentlichen Schule

Am Nachmittag des 02.12.08 stand die Teilnahme an einem 1. Hilfe-Kurs an einer öffentlichen Schule in MEDAN auf dem Programm. Die ca. zwanzig Mädchen und Jungen war zwischen 15 und 17 Jahren alt. Theorie und Praxis wechselten sich ab. Es war auch ausreichend Übungsmaterial vorhanden, so dass alle vorgeführten Verbände auch geübt werden konnte. Gegen Ende ließ die Aufmerksamkeit des pubertierenden Publikums etwas nach. Die beiden Trainerinnen musste mehrfach einige Jungen, die zu Clownerie neigten, zur Ordnung rufen. Es war ein deutlicher Unterschied zwischen dem Verhalten an der Islamischen Eliteschule und dieser „freien“ Schule zu erkennen.

1. Hilfe-Ausbildung auf der Insel NIAS

In den nächsten Tagen wurde die 1. Hilfe-Ausbildung auf der Insel NIAS begutachtet. Die Insel NIAS befindet sich im Nordwesten von SUMATRA im sog. Feuergürtel, der der Hauptinsel SUMATRA ca. 150 km vorgelagert ist. NIAS ist hochtektonisch und damit extrem erdbebengefährdet. Das nächste 1. Hilfe-Training fand in der Ortschaft LAHUSA statt. Es handelte sich bei den Auszubildenden um Dorfbewohner im Alter von 15-50 Jahren (12 Männer und 6 Frauen). Die Auswahl der Teilnehmer wurde durch die indonesische, gemeindebasierte Organisation LPAM vorgenommen, die ihre Hauptaufgabe im Rechtsbeistand für Dorfbewohner sieht. Beide Trainer – ein junger Mann von 22 Jahren und die Regionalbeauftragte der JUH für NIAS (30 Jahre alt), welche für eine verhinderte Honorarkraft einspringen musste – waren sehr engagiert und lieferten eine didaktisch einwandfreie Ausbildung ab. Die Dorfbewohner waren bei der Sache und stellten interessierte Fragen. Als weiteres wurde ein Training

in der Ortschaft BAWOZIHONO (4 km südlich von LAHUSA) begutachtet mit 25 Dorfbewohnern, darunter 10 Frauen und Mädchen. Es wurde gerade die Trainingseinheit über das Verhalten bei verschiedenen Katastrophen behandelt. Die Teilnehmer erarbeiteten in drei Gruppen das richtige Verhalten bei Erdbeben, Überflutung und Tsunami. Die Ergebnisse wurden anschließend von den Teilnehmern vorgetragen und diskutiert. Am Ende fasste der Trainer die Ergebnisse zusammen und gab die Richtung vor. Es handelte sich um einen Mann von 30-35 Jahren, der am Wochenende als Pastor einer evangelischen Gemeinde arbeitet. Er machte einen sehr souveränen Eindruck. Ferner nahm der Prüfer an der Ausbildung in BAWOOTALUA (südlich von LAHUSA) mit 16 Personen darunter 2 Frauen teil. Hier wurde gerade die unterschiedlichen Behandlung von bewusstlosen Personen geübt. Atmet die verunfallte Person noch, wird sie in die stabile Seitenlage gebracht. Atmet sie nicht mehr, dann wird die Mund zu Mund-Beatmung mit einer Darstellungspuppe geübt und das anschließende rhythmische Pumpen auf dem Brustkorb in der Nähe des Herzens. Die Ausbildung verläuft didaktisch einwandfrei. Nach jedem Ausbildungsabschnitt werden Fragen der Teilnehmer zugelassen. Einige erzählen persönliche Erlebnisse.

Ausbildung im Inneren der Insel NIAS

Des Weiteren wird auch das Training im schwer zugänglichen hügeligen Inneren der Insel in der Ortschaft HILIDOHONO (ca. 15 km westlich von LAHUSA) begleitet. Es nehmen 26 Personen teil (davon 13 Frauen). Die Zufahrt zur Ortschaft ist steil und kurvenreich. Die Ausbildung ist wie gewohnt konzentriert, abwechslungsreich und didaktisch einwandfrei. Normalerweise hat der einzelne Kurs (von 8-12 Uhr und von 13-17 Uhr) zwanzig Teilnehmer. Die Johanniter auf NIAS lassen aber auch von Fall zu Fall mehr als 20 Teilnehmer in einem Dorf zu. Am letzten Tag auf NIAS stattet der Prüfer dem JOHANNITER-Büro in GUNUNG-SITOLI, der größten Stadt im Südteil der Insel NIAS, einen Besuch ab. Gewöhnlich treffen sich freitags alle

Trainer mit der Regionalbeauftragten und besprechen die Trainingseinheiten der letzten Woche (besondere Fragen und Vorkommnisse) und planen die folgende Woche.

Weitere Pläne der JOHANNITER im Osten von Indonesien

Die JUH plant, die 1. Hilfe-Ausbildung auch auf die entlegenen Regionen ostwärts von JAVA auszuweiten. Sie kommt damit einer Bitte und Anregung des indonesischen Gesundheitsministeriums nach. In diesen Regionen ostwärts von JAVA nimmt die Dichte des Gesundheitssystems rapide ab, so dass der Fähigkeit der örtlichen Bevölkerung zur 1. Hilfe größere Bedeutung zukommt.

Abschließende Bemerkungen zur Katastrophenvorsorge

Bei allen drei o.a. Katastrophenvorsorgeprojekten (ASB, DIAKONIE und JUH) konnte der Prüfer den deutschen Hilfsorganisationen eine hohe Effizienz bescheinigen. Der finanzielle Aufwand stand in einem sehr guten Verhältnis zum Ergebnis. Dies lag im wesentlichen an der massiven Beteiligung von einheimischen Kräften. Eigenverantwortlichkeit (Ownership) und Stärkung der Selbsthilfe-

kräfte standen im Vordergrund der Projekte.

Darüber hinaus war die Einbindung von indonesischen Behörden von entscheidender Bedeutung für die Nachhaltigkeit des Projekts.

Der Arbeitsstab Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt plant, in den nächsten 3 bis 5 Jahren eine unabhängige Evaluierung der o.a. drei K-Vorsorge-Projekte durchführen, in der geprüft werden sollte, ob eine Institutionalisierung der Projekte tatsächlich stattgefunden hat und sich die o.a. K-Vorsorge-Maßnahmen in einer eingetretenen Katastrophe als richtig und zweckmäßig erwiesen hätten. Dies würde Rückschlüsse auf die Gestaltung und Zweckmäßigkeit von K-Vorsorgeprojekten zulassen.

Erfolgsstory in ACEH

Mit Hilfe deutscher und europäischer Konfliktbearbeitung konnte die Situation in der Provinz ACEH nachhaltig verbessert werden. Heute ist ein ehemaliger Feldkommandeur der Rebellenorganisation GAM frei gewählter Gouverneur der Provinz ACEH. Über die Nutzung und Gewinnbeteiligung der reichlichen Ölvorkommen in ACEH gibt es einen ausgehandelten Vertrag zwischen der Provinzregierung in ACEH und der Zentralregierung in JAKARTA. □

Es trifft Arme in Südhemisphäre

„Die Klimaveränderungen sind nicht mehr zu leugnen – und wir sind die Hauptverursacher dieses Klimawandels, der vor allem die Armen in den Ländern des Südens trifft“, mahnt Misereor, das Hilfswerk der deutschen Bischöfe. Aus diesem Grund steht die diesjährige Misereor-Fastenaktion unter dem Motto: „Gottes Schöpfung bewahren - damit alle leben können“, was den Zusammenhang von Klimawandel und Ernährungssicherheit verdeutlichen wolle. Ausgehend von Erfahrungen mit Projekten in Burkina Faso, Haiti und auf den Philippinen mache die Fastenaktion darauf aufmerksam, wie sehr Menschen unter den Folgen des Klimawandels leiden, sich aber auch durch eigene Kraft, innovative Ideen und in der Entwicklungszusammenarbeit (unter anderem dank Misereor) behaupten können.

Höhepunkt der Eröffnungsfeierlichkeiten war ein Gottesdienst mit Gästen aus der Weltkirche in der Konkathedrale St. Eberhard in Stuttgart. Die Predigt wurde der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, gehalten. Es gehe um die vorrangige Förderung der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft, betonte der Bischof. Nur sie ermögliche den Menschen „eine krisensichere, umweltverträgliche Produktion von Lebensmitteln. Diese Ansätze bewähren sich selbst bei sich wandelnden klimatischen Verhältnissen und gewährleiten damit auch Ernährungssicherheit in der Zukunft“. (ZENIT)

Bundeskonzferenz GKS – Arbeitsgruppe 1

Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – Allein mit Gott?

Unter diesem Leitthema fand vom 15. bis 20. September 2008 die 48. Woche der Begegnung im Tagungshotel Seminaris in Potsdam statt. In diesem Rahmen beschäftigte sich auch die Bundeskonzferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in drei Arbeitsgruppen mit diesem Thema. Als einer der Arbeitsgruppenleiter berichtet Oberstlt i.G. Reinhold Janke¹ über die Arbeit und das Ergebnis der von ihm betreuten Arbeitsgruppe. Der Bericht von OTL Janke als Arbeitsgruppenleiter ist in der Ich-Form gehalten und wird auch so wiedergegeben.

Wir konzentrierten uns innerhalb dieser komplexen Thematik 1 auf den Aspekt „Mensch“ und betrachteten unser Thema vor allem unter dem Gesichtspunkt der Einsatzrealität der Bundeswehr. Einige von uns hatten selbst Einsatzerfahrung. Meine Arbeitsgruppe erhielt von mir zur Einstimmung ein Arbeitspapier mit den im Kasten abgedruckten Überlegungen:

Eine weitere Einstimmung erfolgte in Form eines Impulsvortrages vor dem Plenum, in dem ich versuchte, das Rollenbild „Mensch“ in den Gesamtkomplex einzuordnen. Ausgehend von einer Standortbestimmung erinnerte ich an soldatische Vorbilder (siehe Bild 1) wie den Hauptmann von Kapharnaum, den Centurio Cornelius, Sankt Martin und an das Idealbild des „Miles christianus“. Auch Wolf Graf von Baudissin als einer der geistigen Väter der Inneren Führung hat seine Vorbildrolle aus seinem persönlichen Christentum heraus begründet. Dass Mensch, Soldat und Christ keinen Widerspruch in sich darstellen, sondern eine legitimierte innere Einheit bilden, versuchte ich am Beispiel der „dreifachen Ehrfurcht“ in Goethes „Pädagogischer Provinz“ im „Wilhelm Meister“ darzustellen (siehe Bild 2). In diesem Gesellschaftsentwurf wird den Zöglingen eine Ehrfurcht vermittelt, die nach oben, zur Seite und nach unten gerichtet ist. Gemeint sind damit Gott, die Mitmenschen und die Schöpfung. Der Bereich der unerlösten Schöpfung ist damit aber auch dem Rollenbild und Aufgabenfeld des Soldaten zugeordnet, der stets dann gefordert wird, wenn es darum geht, „sub specie mortis“ (im Angesicht des Todes) zu handeln. Die Bundeswehr als Armee im Einsatz ist mit diesen

¹ OTL i.G. Reinhold Janke ist G 1 der 1. Panzerdivision in Hannover, Mitglied im Sachausschuss Innere Führung

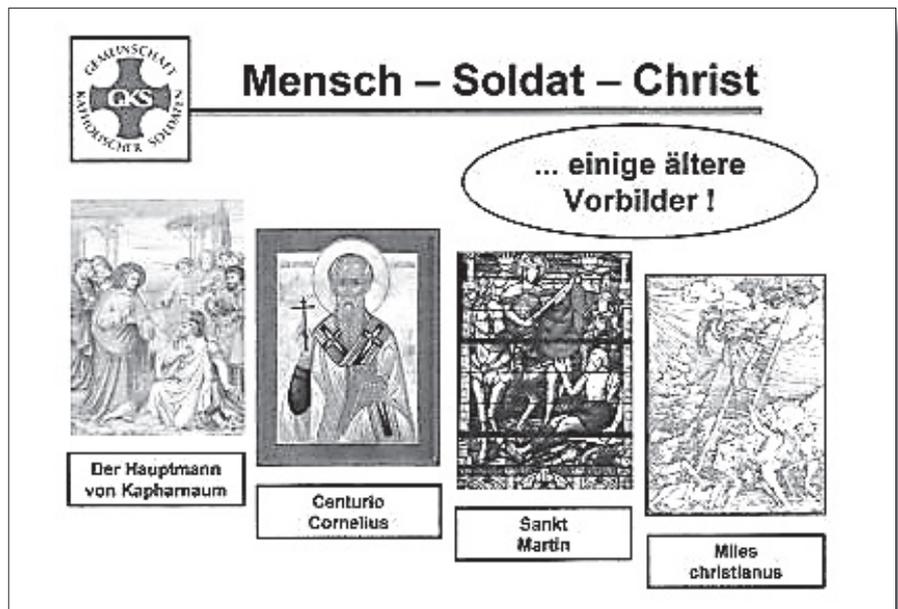


Bild 1: die historischen Vorbilder

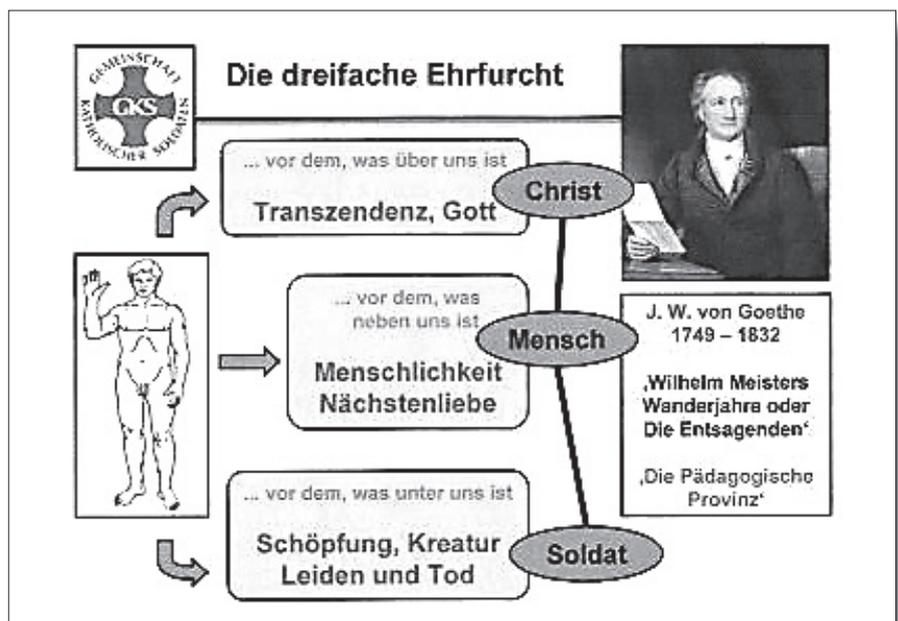


Bild 2: die dreifache Ehrfurcht

existenziellen Fragestellungen längst unmittelbar konfrontiert. Die Gesellschaft hingegen muss sich damit noch intensiver auseinandersetzen.

Die Konzeption der Inneren Führung hat sich angesichts der Einsatzrealität diesen neuen Herausforderungen gestellt und angepasst. Als

Mensch – Soldat – Christ sind zwar einzeln darstellbare Rollenbilder, bilden aber in der Gesamtpersönlichkeit des Menschen eine organische Einheit.

„Der Mensch steht im Mittelpunkt“ – selbstverständliche Tatsache, bloßes Lippenbekenntnis oder ungelöste Aufgabe?

„Wer Menschen führen will, muss Menschen mögen“ – Menschenfreundlichkeit als Wesensmerkmal erfolgreichen Führens?

Das Verhältnis von Mensch und Macht: Ist meine Hierarchie eine „heilige Ordnung“? Erkenne ich die Grenzen meiner Macht (als nur verliehen und zeitlich/funktionell begrenzt)?

Welche Motive führen mich in den Einsatz? (Befehl, Karriere, Geld, Abenteuerlust, persönliche Bewährung, Kameradschaft, Helfen wollen, Flucht vor persönlichen Problemen, „Einsatzjunkie“, andere Motive)

„Stell’ Dir vor, Du gehst in Dich – und da ist keiner!“ – Innere Leere oder Kraftquelle, aus der ich schöpfen kann? Oder: Wie gehe ich im Einsatz mit meiner Einsamkeit um?

Welche Erfahrungen mache ich im Einsatz und wie nehme ich die Menschen dort wahr? (Armut, Elend, Zerstörung, Korruption, Unterdrückung, Terror, fremde Kulturen, Menschenbilder, Geschlechterperspektiven, Situation der Kinder etc.)

Welche Gefährdungen, Grenzerfahrungen erlebe ich als Mensch im Einsatz und wie gehe ich damit um? (Frage nach dem Sinn des Einsatzes, eigene Fehler, Versagen, Irrtum, Angst, Unsicherheit, Zweifel, Schuld, Grenzen der eigenen Belastbarkeit, Regression, Isolation; aber auch: Leichtfertigkeit, Überheblichkeit, Vorurteile, Maß- und Disziplinlosigkeit, fehlende ‚interkulturelle Kompetenz‘ u.a.)

Meine Verantwortung als Mensch gegenüber meinen Mitmenschen (Meine Angehörigen, meine Kameraden, meine Untergebenen, meine Vorgesetzten, die Menschen im Einsatzland).

Was erwarte ich im Einsatz von anderen? (Politik und Gesellschaft: Legitimation, Familie, Familienbetreuung, Heimatverband/„Team Hotel“, Vorgesetzte, soldatische Gemeinschaft, Militärseelsorger, Truppenpsychologe, einheimische Bevölkerung etc.)

Was kann ich – unabhängig von den dienstlichen Maßnahmen – selbst tun, damit ich den Einsatz unbeschadet bestehe? (Wie bereite ich mich selbst und meine Familie darauf vor? Wie verhalte ich mich während des Einsatzes? Was nehme ich aus dem Einsatz mit nach Hause? Wie finde ich mich daheim wieder zurecht?)

Wie reflektiere und verarbeite ich meinen Einsatz? (Vorbereitende Literatur, begleitende Literatur, Gespräche, Briefe, Tagebuch, (selbstverfasste) Geschichten und Gedichte, Bilder, andere Ausdrucksformen, PC, Hobbys, Sport, Reisen, Treffen etc.)

Grundsatzreferent Innere Führung im Führungsstab der Streitkräfte konnte ich an der Neufassung der neuen ZDv 10/1 „Innere Führung“ mitwirken und dabei die menschliche Dimension der Einsatzwirklichkeit darstellen:

Gerade Einsätze können bei Menschen Stärken und Schwächen zutage treten lassen, die bisher im Verborgenen geblieben sind. In Zeiten gemeinsamer Belastung, Gefährdung und Bewährung kommen auch Dinge

zur Sprache, die an die menschliche Existenz rühren. Themen wie Verwundung und Tod, Umgang mit Angst oder Fragen nach Schuld und Versagen dürfen dabei nicht verdrängt oder heruntergespielt werden, sondern müssen ehrlich und einfühlsam besprochen werden. Aus einer solchen Gesprächskultur entstehen neben ethischem Bewusstsein auch gegenseitiges Vertrauen und sichere Gefolgschaft (ZDv 10/1, Nr.609).

Dass diese menschliche und letzten Endes auch christliche Dimension zum beruflichen Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr als Staatsbürger in Uniform gehört, bedürfte eigentlich keiner besonderen Erwähnung, wenn es nicht gerade in letzter Zeit wieder Stimmen gäbe, die angesichts der Einsatzerfordernisse das Ende der Inneren Führung herbeizureden versuchen. Jene Geister haben den Geist der Inneren Führung wohl nie verstanden! Denn recht verstandenes Soldatentum bleibt Friedensdienst auch unter Einsatzbedingungen. Die Mehrfachrolle der Bundeswehrosoldaten im Einsatz als Schützer, Helfer, Vermittler und notfalls auch Kämpfer hat schon 1965 seine Legitimation erfahren:

Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei (Pastoralkonstitution zum II. Vatikanischen Konzil, GS Nr. 79).

Die Arbeitsgruppendifkussion zu unserem Thema war engagiert und interessant. Die Teilnehmer berichteten von eigenen Erfahrungen aus dem Einsatz und erarbeiteten bereitwillig bis in die Abendstunden hinein ein Ergebnis, das anderntags vorgelesen wurde.

Folgende selbstgestellte Leitfragen sollten beantwortet werden:

- Was macht den Menschen aus?
- Welche Grundbedürfnisse hat der Mensch?
- Was trägt den Menschen in der Grenzsituation?
- Wie bleibe ich selbst Mensch?

Für die Frage nach dem Wesensmerkmalen des Menschseins fanden

sich folgende Charakteristika: Gottes Ebenbildlichkeit, Personalität, Bewusstsein, Einmaligkeit, Würde, Nächstenliebe, Verletzlichkeit, Unvollkommenheit, Freiheitsliebe und Entscheidungsfreiheit sowie die Suche nach dem Sinn des Lebens.

Als Grundbedürfnisse des Menschen wurden im Wesentlichen Schutz, Sicherheit und Geborgenheit, Anerkennung und Achtung, lieben und geliebt werden, Gesundheit und Unversehrtheit, Befriedigung der „Vitalwerte“ sowie Glück und Harmonie identifiziert.

Auf die Frage, was den Menschen in der Grenzsituation trägt, fand die

Arbeitsgruppe ebenfalls überzeugende Antworten. Neben elementaren Phänomenen der Existenzhaltung wie dem reinen Überlebenswillen und dem Drill kamen wir wie selbstverständlich auf die drei christlichen Kardinaltugenden aus dem 1. Korintherbrief: Glaube, Hoffnung und Liebe. Das darauf aufbauende Vertrauen und die sozialen Bindungen an Ehe, Familie, Kinder und Freunde und Kameraden wurden ebenfalls als Überlebenshelfer betrachtet. Auch die Betreuung und die Fürsorge durch die Vorgesetzten als Vorbilder und Gestalter der Inneren Führung wurden dabei für wesentlich erachtet.

So konnte die Frage „Wie bleibe ich Mensch?“ mit dem Begriffspaar „Mit-Menschen und / oder Gott!“ sehr einfach beantwortet werden. Das auf den Mitmenschen ausgerichtete eigene Menschsein erfährt seine Würde und Bestimmung durch die Hinwendung zu Gott, der nach unserem christlichen Glauben selbst Mensch geworden ist, um uns zu erlösen.

Meine Erwartungen an diese Woche der Begegnung in Potsdam wurden in jeder Hinsicht erfüllt. Ich bin dort Mitmenschen begegnet, die als Mensch, Soldat und Christ eine gemeinsame Überzeugung leitet – ihr Glaube an Jesus Christus.“

Einladung zum 12. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda vom Montag, den 09.11.09, bis Freitag, den 13.11.09, das 12. Seminar ihrer Akademie „Oberst Helmut Korn“ durch.

Das Seminar befasst sich mit Fragen der Ethik aus theologisch-philosophischer Sicht im Hinblick auf den Beruf des Soldaten. Bei dem diesjährigen Seminar wird sich der Schwerpunkt, um die Rolle des Glaubens im alltäglichen Dienst bewegen. Wir bringen hier nur die allgemeinen Dinge der Veranstaltung. Bitte beachten Sie den ausliegenden Flyer

Zielgruppe: Offiziere und Offizieranwärter, Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Anmeldung: Nach Erscheinung der Einladung als Flyer

- über den Katholischen Standortpfarrer oder den
- Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim
- Bundesgeschäftsführer der GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin, Tel: 030-20619990, Fax: 030-20619991, E-Mail: GKS.Berlin@t-online.de

mit folgenden Angaben:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad,
- Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift,
- Privatanschrift, Tel/Fax/Email;
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag: Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche gestaffelte Tagessatz für vier Tage erhoben.

Hinweis auf Urlaubsregelung: Das Seminar ist eine Veranstaltung der Kath. Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV-ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1) beantragen.

Bekleidung während des Seminars: Dienstanzug „Grundform“ ggf. mit Pullover, zum Ausflug zusätzlich Mantel und Handschuhe; zum Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Diensthemd (Ärmel lang) und Krawatte.

An- und Abreise: Die Anreise soll mit dem Zug bis Fulda Hbf. erfolgen. Die Teilnehmer erhalten hierzu – auf Antrag – von der GKS eine Bahnfahrkarte 2. Klasse gestellt. Bitte vermerken Sie Ihren Fahrkartwunsch in der Anmeldung. Die Fahrkarten werden über ein Großkundenabonnement bereitgestellt. Bei »Selbstkauf« der Fahrkarte können daher nur 80 % des Kaufpreises erstattet werden.

Das Bonifatiushaus erreicht man ab Hauptbahnhof zu Fuß in ca. 20 Min. oder vom Busterminal (schräg ggü. dem oberem Ausgang) aus mit der Linie Richtung Maberzell/Bimbach im 30-Minuten-Takt.

Bei Benutzung von Privat-Pkw kann auf Antrag eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,10 €/km bis zur Höhe der Kosten einer Bahnfahrkarte 2. Klasse im Großkundenabonnement erstattet werden. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Streit um Religions- und Ethikunterricht in Berlin

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Konfessioneller Religionsunterricht

Der konfessionelle Religionsunterricht stellt sich als ein Phänomen der modernen Gesellschaft dar. Die Antike kannte nur private Schulen wie die Rhetorik-Schulen à la Platon und Aristoteles sowie das (Knaben-)Gymnasium, welches auch der körperlichen Ertüchtigung diente, oder eben den häuslichen Privatunterricht für Angehörige der Oberschicht. In der antiken Welt war Bildung eine Sache von Wenigen.

Mit dem Ende der Antike und der Schließung der Rhetorik-Schule des Aristoteles in Athen durch den oströmischen Kaiser Justinian I. im Jahr 529 n. Chr. brach in Europa das ‚dunkle‘ Mittelalter insoweit an, als Bildung praktisch nicht mehr vermittelt wurde. Selbst so große Kaiser wie Karl der Große vermochten weder zu lesen oder zu schreiben. Einzig einige gelehrte Mönche, die seit dem 8. Jahrhundert auch verstärkt eigene Schulen und ab dem 11. Jahrhundert auch Philosophisch-Theologische Hochschulen betrieben, waren des Lesens und Schreibens noch mächtig. Die Allgemeinbildung im Mittelalter war so schlecht, dass viel technisches und literarisches Wissen verloren ging – etwa das Wissen über die Schriften des Aristoteles oder über die römischen Bewässerungsanlagen. Damit einher gingen die lateinische Messe und eine in Latein verfasste Bibel, die der Masse der Christen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihrer Religion unmöglich machte.

Eine Zäsur setzte hier Martin Luther mit seiner Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache und die Erfindung des Buchdruckes, die eine Verbreitung der deutschen Lutherbibel ermöglichte. Der Geist des Humanismus und das sich Erinnern an die Antike führten zu einem Anwachsen von Bildung in Europa. Doch erst zu Ende

des 18. Jahrhunderts – etwa unter König Friedrich II. von Preußen und die Bildungsreform durch die Freiherren vom Stein und von Hardenberg – gelang mit der Errichtung der Volksschule so etwas wie eine Etablierung von Allgemeinbildung in der Bevölkerung. Seither kennen wir auch den Religionsunterricht an Schulen, der ansonsten nur an Klosterschulen oder als Theologiestudium an Hochschulen erteilt wurde. Fächer wie christliche Archäologie oder christliche Kunstgeschichte setzten sich zudem erst im 19. Jahrhundert durch. Zugleich war das Fach Religion an Schulen immer wieder politischen Auseinandersetzungen ausgesetzt, so etwa dem Kulturkampf im Deutschen Kaiserreich. Erst das Reichskonkordat von 1933 schuf hier eine wirkliche Rechtssicherheit. So heißt es im Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933:

Artikel 21

Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt. Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Rechtsbewusstsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgelegt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten.

Artikel 22:

Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt. Lehrer, die wegen ih-

rer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Erteilung des Religionsunterrichtes für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen solange dies Hindernis besteht, nicht als Religionslehrer verwendet werden.“

Da die Bundesrepublik Deutschland Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist, gelten diese beiden Bestimmungen grundsätzlich bis heute.

Zur Stellung des Religionsunterrichtes in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland kommt dem Thema Religionsunterricht Verfassungsrang zu. Die deutschen Verfassungsväter standen bei ihren Beratungen im Alten Schloss auf Herrenchiemsee noch ganz persönlich unter dem Eindruck der Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft. Die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland waren durch das Hitler-Regime in eine Verfolgungssituation gekommen. Viele Priester und Ordensleute wurden verhaftet und ließen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern ihr Leben. Die braune Ideologie der Nationalsozialisten nahm immer stärker quasi-religiöse Züge an, weshalb an vielen Schulen nur noch wenig konfessioneller Unterricht und an den nationalsozialistischen „Ordenschulen“ gar kein Religionsunterricht mehr erteilt wurde.

Nach dem II. Weltkrieg waren die beiden christlichen Kirchen als einzig noch einigermaßen glaubwürdige moralische Instanzen der Bundesrepublik Deutschland übrig geblieben. Damit die beiden christlichen Kirchen nie wieder in eine Notsituation wie während der Jahre der Hitler-Diktatur geraten, sollten sie selbst und auch der Religionsunterricht in besonderer Weise geschützt werden. Diese „balancierte Trennung“ von Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland erklärt sich also ausschließlich aus der geschichtlichen Erfahrung der Jahre 1933-1945 mit dem totalitären Nationalsozialismus.

¹ Professor (ehrenhalber) Dr. Andreas M. Rauch ist Senior Research Fellow am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln und als Religionslehrer am Gymnasium tätig.

Entscheidend sind hierbei die Artikel 4, Abs. 1 und 2 in Verbindung mit dem Art. 7, Abs. 2 und 3 GG:

„Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Artikel 7

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“

Es gehört also zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Faches katholische oder evangelische Religionslehre in Deutschland, dass dieses als einziges Schulfach Verfassungsrang besitzt. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Geschützt ist durch die Verfassung nur der konfessionelle Religionsunterricht, kein irgendwie „überkonfessionelles Fach“ Religion.

Über den konfessionellen Religionsunterricht ist gerade in den vergangenen Jahren vielfach gestritten worden. In der religionspädagogischen Fachliteratur gibt es hierzu eine Fülle von Veröffentlichungen. Dabei treten drei Perspektiven hervor:

- Konfessioneller Religionsunterricht stellt sich in der Konsequenz als eine positive Gestalt von Religion dar (religionstheoretische These). Er lässt die Hoffnungsperspektive der christlichen Kirche erkennen und verhält sich kritisch-konstruktiv zum Zeitgeist.
- Konfessioneller Religionsunterricht bietet die Möglichkeit für Beheimatung und Begegnung von Menschen mit oft unterschiedlicher Herkunft (identitätstheoretische These). Er setzt sich re-

flektierend mit den Quellen des christlichen Glaubens und der Lehre der Kirche auseinander, um einen eigenen Standpunkt und eine eigene religiöse Identität zu entwickeln.

- Konfessioneller Religionsunterricht stellt sich als Ausdruck spezifischer Vorstellungen von Lehrenden dar (professionstheoretische These). Er bietet einen differenzierten Diskurs mit Mitmenschen anderer Konfessionen, Religionen, Weltanschauungen sowie mit Aussagen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Strömungen.

Konflikte zwischen Kirche und Staat in Fragen des Religionsunterrichtes

Grundsätzlich gelten für den Religionsunterricht die Richtlinien der jeweiligen Religionsgemeinschaft, wobei ein Lehrer nicht gegen seinen Willen mit der Lehre dieses Fach beauftragt werden darf. Die Lehrbücher sind im Einvernehmen zwischen Kirche und Staat zu veröffentlichen. Es besteht die Möglichkeit einer „Befreiung“ vom Religionsunterricht, die in der Regel für den betreffenden Schüler oder die betreffende Schülerin zum Besuch des Faches „Praktische Philosophie“ führt. In diesem Sinne besteht also eine so genannte „res mixta“, also ein Zusammenwirken von Kirche und Staat beim Fach Religionslehre in Deutschland. Kürzungen des Faches Religionslehre an einer Schule dürfen nicht einseitig zu Lasten von Religionslehre ausfallen.

Aus kirchlicher Sicht lassen sich jedoch in jüngster Zeit in allen Bundesländern verschiedene Problemlagen hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichtes erkennen:

- So fällt der Religionsunterricht an vielen Schulen entweder jahrgangsweise aus, obwohl entsprechende Lehrkräfte vorhanden sind oder er findet nicht statt, weil Stellen nicht ausgeschrieben werden.
- Es wird beobachtet, dass bei Neueinstellung von Fachlehrern andere Unterrichtsfächer deutlich bevorzugt werden.
- Religionsunterricht findet zunehmend im Klassenverband statt, daher in einer nach Bekennt-

nissen und Religionen bunt gemischten Gruppe, die oft auch Schülerinnen und Schüler ohne Religionszugehörigkeit umfasst. Ein verbindliches Curriculum für eine solche Lerngruppe existiert aber nicht und ist auch nicht im Lehrplan vorgesehen. Wesentliche konfessionelle Inhalte bleiben damit unberücksichtigt. Zudem wird damit das rechtliche vorgeschriebene Kriterium der kirchlichen Lehrerlaubnis bzw. der *missio canonica* für Religionslehrer und Religionslehrerinnen umgangen.

- Vielfach wird beobachtet, dass Schüler und Schülerinnen von der Wahl des Faches Katholische Religionslehre als Abiturfach abgeraten wird. An betroffenen Schulen fällt der Religionsunterricht in der Jahrgangsstufe 13 ganz aus, weil er auch nicht zwingend für diese Jahrgangsstufe vorgeschrieben ist.
- Es kommt immer mehr so genanntes „ökumenisches“ Unterrichtsmaterial zum Einsatz, obwohl hierfür weder von staatlicher noch von kirchlicher Seite eine Zulassung vorliegt.
- Lehrkräfte, die sich für den konfessionellen Religionsunterricht stark machen, werden häufig von Schulleitungen bei Beförderungen benachteiligt und durch schlechte Arbeitsbedingungen „abgestraft“.
- Einzelne Schulen führen eigenmächtig ein neues „Fach Interkulturelles Lernen“ ein, für welches es weder eine wissenschaftliche Grundlegung noch eine entsprechende Fachdidaktik und damit zusammenhängend auch keine Ausbildung gibt.

Werden Schulleiter von Kirchenverwaltungen oder Eltern auf diese Missstände angesprochen, so wird zwar die Verletzung von Verwaltungsvorschriften eingeräumt. Doch meist heißt es dann weiter, dass es eben Sachzwänge gegeben habe, also Dinge auf den Weg gebracht werden mussten, um größere Übel zu verhindern. Als ein größeres Übel wird beispielsweise angesehen, wenn etwa Klassenverbände und damit soziale Gemeinschaften durch die Trennung in ver-

schiedene Religionsgruppen „aufgebrochen“ würden. Oder es wird ein bewusstes Engagement für die Ökumene angeführt. Aber auch schulökonomische Gründe (z.B. Mangel an Stellen) werden genannt. Mitunter schlagen auch weltanschauliche Überzeugungen der jeweiligen Schulleitung durch, was deshalb problematisch ist, da die Schulen durch das Modell der „selbstständigen und eigenverantwortlichen Schule“ mehr Entscheidungskompetenzen bekommen.

Hintergründe für die „Pro-Reli“ Initiative“ in Berlin

Da Schulangelegenheiten unter die kulturelle Hoheit der einzelnen Bundesländer fallen, werden Einzelfragen des Religionsunterrichtes zwischen Kirche und den einzelnen Landesregierungen geregelt. Allerdings greift hier noch eine Sonderregelung des Artikels 141 GG, in dem es in der so genannten „Bremer Klausel“ heißt:

„ Artikel 141

Artikel 7 Absatz 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.“

Betroffen sind hierbei die Bundesländer Berlin und Bremen, in denen es durch alliierte Bestimmung an öffentlichen Schulen keine Verpflichtung zur Teilnahme am Fach Religionslehre gab. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eben Deutschland mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 noch nicht über seine vollständige Souveränität verfügte, sondern erst nach dem Ende des Ost-Westkonflikts und mit der Unterzeichnung der 2+4 Verträge im Jahr 1990. In so weit brach Alliiertes Recht noch das nationale deutsche Recht.

Da in den 2+4-Verträgen – also Bundesrepublik Deutschland, DDR sowie Großbritannien, USA, Frankreich und Sowjetrußland – keine anderen Vereinbarungen getroffen wurden, blieben die entsprechenden Regelungen weiterhin bis heute wirksam – zum großen Ärgernis der beiden christlichen Kirchen. Aber nicht nur in dieser Frage blieb der 2+4-Vertrag unbefriedigend; auch hinsichtlich der Forderungen von Alteigentü-

mern, deren Enteignung in den Jahren 1945-1949 durch diesen Vertrag untermauert wurde, stellen sich bis heute Fragen – insbesondere jene, ob die Russen tatsächlich Helmut Kohl diese Klausel abgetrotzt hatten, was Michael Gorbatschow bestreitet.

So gilt in Berlin nach wie vor das letzte Gesetz, welches der alliierte Kontrollrat vor der Teilung Berlins am 26. Juni 1948 bestätigte. In diesem „Schulgesetz für Groß-Berlin“ wird bestimmt, dass „Religionsunterricht Sache der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist.“ 1959 gestattete die Große Koalition unter Willy Brandt den Freidenkern in Berlin, an der Schule „Lebenskunde“ als Religionsunterricht zu erteilen. Berlin zahlt dem Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) wie den Kirchen 80 Prozent der Personalkosten für den Unterricht. Berlin ist an der Auswahl der Lehrer nicht beteiligt und kontrolliert den Unterricht nicht. 1985 besuchten 178 Schüler diesen Unterricht „Lebenskunde“. 1990 waren es 2.000 Schüler und im Jahr 2008 sind es 40.700 Schüler und Schülerinnen. Diese Zahlen sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass die beiden christlichen Kirchen zusammen in Berlin rund eine Millionen Mitglieder haben, die islamischen Gemeinschaften 211.000, die Orthodoxen 13.000 und die Juden 12.000 Mitglieder. Zwei Drittel der 3,4 Millionen Einwohner Berlins gehören also keiner Konfession an.

Die „Pro-Reli“ Initiative in Berlin 2008/2009

In Berlin trat zum Schuljahr 2006/07 eine Neuerung in so weit ein, als der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit seiner SPD/PDS geführten Koalition das Pflichtfach Ethik ab der 7. Klasse einführte. Die Teilnehmerzahlen, die der Senat von Berlin für den Religionsunterricht veröffentlichte, sorgen in Berlin für Auseinandersetzungen um das Pflichtfach Ethik. Der Senat von Berlin hat in einem Bericht ans Abgeordnetenhaus festgestellt, dass die Beteiligung am freiwilligen Religionsunterricht zwischen 2005 und 2007 um ein Prozent gesunken sei. Er hat dabei die Gesamtschülerzahl der Klassen 7 bis 10 zugrunde gelegt. Die FDP-Abge-

ordnete Mieke Senftleben kritisierte dieses Verfahren: Ethik sei schließlich erst in den Klassen 7 und 8 obligatorisches Fach, so dass der Senat kein zutreffendes Bild von den tatsächlichen Effekten der Einführung des Faches Ethik auf die Teilnahme am zusätzlichen freiwilligen Religionsunterricht gebe. Nach einer Mitteilung der evangelischen Kirche gibt es aber einen deutlichen Rückgang beim evangelischen Religionsunterricht als AG (Arbeitsgemeinschaft). Weil der Religionsunterricht an Randstunden oder in den Nachmittag verlegt würde, verzichteten viele Schüler wegen der ohnehin großen Belastung durch die verkürzte Schulzeit auf die Teilnahme. Bischof Wolfgang Huber: „Bis zu 25 Prozent der Jugendlichen verließen den freiwilligen konfessionellen Unterricht.“

Deshalb setzt sich seit dem Sommer 2008 eine Initiative „Pro-Reli“ dafür ein, die Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religion jeweils als ordentliche Schulfächer durchzusetzen. Dies ist auch Anliegen der katholischen Kirche in Deutschland. Erzbischof Robert Zollitsch begrüßte im Namen der Bischöfe die Initiative, die einen Volksentscheid zum Religionsunterricht in der Bundeshauptstadt erreichen will. Für diesen Volksentscheid benötigte die Initiative bis 21. Januar 2009 mindestens 170.000 Unterschriften, wenn es zu einem Volksentscheid kommen soll. Dieses Ziel wurde erreicht. Rund 300.000 Unterschriften wurden gesammelt. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) unterschrieben. Damit steht das Kommen des Volksentscheids fest.

Völlig offen ist derzeit noch der Termin für den Volksentscheid. Nachdem Rot-Rot durch die Unterschriftenaktion politisch unter Druck geriet, möchte der Regierende Bürgermeister Wowereit den Volksentscheid vorziehen, statt ihn zusammen mit der Europawahl im Juni 2009 durchzuführen. Dies würde 1,4 Mill. Euro kosten. Wowereit scheint zu befürchten, dass die Zeit bis zur Europawahl für weitere Werbeaktivitäten von „Pro-Reli“ genutzt werden könnte. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) äußert zu Recht, dass der Ber-

liner Senat auch ohne Volksabstimmung eine Änderung der bestehenden Rechtslage hinsichtlich des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen in Berlin beschließen könnte.

Damit der Religionsunterricht in der Bundeshauptstadt ein ordentliches Lehrfach wird, müssen also mindestens rund 610.000 Berliner dafür stimmen. Unterstützer der Initiative „Pro-Reli“ sind u.a.: Die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Dachverband der Türkisch-islamischen Union, der CDU-Landesverband Berlin und der FDP Landesverband Berlin.

Die Initiative „Pro-Reli“ bringt sieben Argumente für ein Volksbegehren aus:

- die freie Wahl zwischen Religionslehre und Ethik-Unterricht
- den Respekt vor der kulturellen Vielfalt in der Stadt Berlin
- die Förderung der Toleranz, auch gegenüber Gläubigen
- ein authentisches Zeugnis der Wertevermittlung aus christlicher Sicht

- eine Wahrung der weltanschaulichen Neutralität des Staates
- die Verhinderung eines staatlichen Monopolanspruches und
- die Bekämpfung jedweden Fundamentalismus.

Die Sammlung der Unterschriften lief zunächst schwerfällig. Zur Hälfte der viermonatigen Aktionszeit Anfang Dezember 2008 waren 70.000 Unterschriften gesammelt, kurz vor Weihnachten waren es dann 100.000 Unterschriften. Mit der „Christen für Pro-Ethik“ Initiative blies der „Pro-Reli“ Initiative ein scharfer Gegenwind entgegen. Doch im Ergebnis wurde die „Pro-Reli“ Initiative zu der erfolgreichsten Unterschriftenaktion in der Geschichte Berlins.

Fazit

Bereits in den 1990-er Jahren gab es in Berlin leidenschaftliche Debatten um das Schulfach Religionslehre an Schulen. Ein Grund war der häufig erst in der siebten bis neunten Stunde – also am Nachmittag – angesiedelte Bekenntnisunterricht. Das neue Pflichtfach Ethik – vor allem durch den HVD unterrichtet – stellt eine neue

Herausforderung für die Kirchen dar, die sich in der „Pro-Reli“ Initiative für Religionsunterricht als Pflichtfach an Berliner Schulen engagieren.

Die Reaktion auf die erfolgreiche Unterschriftenaktion von „Pro-Reli“ war gemischt. Bernhard Schlink, Hochschullehrer für öffentliches Recht an der Universität Berlin, äußert kritisch, dass sich die Kirchen zu stark bei „Pro-Reli“ in gemeinschaftlicher Aktion mit anderen politischen Parteien engagierten und damit zu einem beliebigen Akteur der Gesellschaft geworden seien. Andere Äußerungen gehen dahin, dass die Initiative „Pro-Reli“ die Einführung eines Faches Islamlkunde beschleunige.

Festgehalten werden kann schon heute, dass von der Unterschriftenaktion „Pro-Reli“ eine bundesweite Bedeutung ausgeht: Zum einen, weil Berlin die deutsche Bundeshauptstadt ist, und zum anderen, weil die Kirche „wieder im politischen Spiel“ zu sein scheint. Die Unterschriftenaktion vermag ein Zeichen dafür zu setzen, dass das Fach Religionslehre an öffentlichen Schulen von der Bevölkerung gewünscht wird.

Katholische Verbände und Organisationen in Deutschland

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands

Es gibt nirgends eine derartige Vielfalt von katholischen Verbänden und Organisationen wie in Deutschland. Leider kennen die organisierten Laien in der Regel nur ihren eigenen Verband/Organisation. Um die Verbandslandschaft in Deutschland einem größeren Publikum bekannt zu machen, wird in diesem Beitrag die Katholische Akademikerarbeit Deutschlands vorgestellt, weitere Verbände und Organisationen werden folgen.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass man gemeinsam stärker ist. So entstand bereits kurz nach dem Krieg 1947 ein erster Zusammenschluss katholischer Akademiker- und Studentenverbände, der sich 1976 mit dem Katholischen Akademikerverband zur Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands vereinigte. Diese Vereinigung bedeutete nicht, dass die angeschlossenen Verbände ihr Eigenleben zugunsten der KAD aufgeben hätten. Wie es der heutige Präsident der KAD, Dr. Wolf-

gang Löhr, ausdrückt, es ist mehr ein Schutzschirm, um gemeinsame Interesse besser zu vertreten. Das Wort vom Schutzschirm gebrauchte Dr. Löhr schon, als alle Welt glaubte, es gäbe nur Good-Banks und dass die Finanzwelt nur so vor Kraft strotzte.

So sind heute 17 Einzelverbände Mitglied in der KAD und repräsentieren fast 75.000 Einzelmitglieder in Gesamtdeutschland. Dazu gehören große Verbände wie der „Cartellverband der deutschen katholischen Studentenverbindungen (CV)“ oder

der „Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV)“. Aber auch kleinere Verbände wie die Gemeinschaft Katholischer Soldaten oder die „St.-Albertus-Magnus-Apothekergilde e.V.“ sind neben ihrem eigenen Verbandsleben auch in der KAD präsent. Die KAD hat sich zum Ziel gesetzt, das Apostolat katholischer Akademiker zu fördern und weiter zu entwickeln. Dieses Apostolat drückt sich in der Übernahme von Verantwortung und im Bekenntnis der christlichen Botschaft aus.

Der Leitspruch der KAD von Theodor Berchem¹ lautet: „Akademiker müssen mehr und für andere Last und Verantwortung übernehmen“.

Einer der Schwerpunkte der KAD ist die „Salzburger Hochschulwoche“,

¹ Prof (em) Dr. Theodor Berchem, geb. 22.05.35 in Pützchen bei Bonn, war neben seinen vielfältigen Engagements in Hochschulgremien von 1987 bis 1989 Präsident der KAD.

welche in jedem Jahr Anfang August stattfindet. Mit Elke Peters und Dr. Wolfgang Löhr sind zwei Repräsentanten der KAD im Direktorium der Salzburger Hochschulwochen vertreten. In diesem Jahr findet diese Veranstaltung vom 03.08 bis 09.08.09 unter dem Motto „Weltenordnung“ statt. Dabei wird sicherlich die Finanz- und Wirtschaftskrise zur Sprache kommen.

In jedem dritten Jahr finden Neuwahlen zum Präsidium statt. Zurzeit ist Dr. Wolfgang Löhr der Präsident, Vizepräsidentin ist Schatzmeisterin Frau Elke Peters, der zweite Vizepräsident ist Dr. Wolfgang Burr, als Beisitzer fungieren Hermann Sudmann, Wilhelm Wübken und Bertram Bastian. Neuwahlen stehen wieder im November 2010 an. (BB)

Ostern in der Grabeskirche

„Multikulturelle Mietshausökumene“ – Das komplexe Miteinander der Konfessionen in der Jerusalemer Grabeskirche sorgt immer wieder für Kuriositäten

VON GABI FRÖHLICH

Die Jerusalemer Grabeskirche ist nicht nur eines der bedeutendsten Heiligtümer der Christenheit, sondern auch ein einmaliges ökumenisches Experiment: Insgesamt sechs Konfessionen teilen sich Besitz und Anrechte in dem Gotteshaus, das den Golgothafelsen und das Grab Jesu überspannt. Das



Eingang zur Grabeskirche in Jerusalem. Der Logik christlicher Theologie folgend müsste die Kirche als Ort der Auferstehung eigentlich „Auferstehungskirche“ heißen, weil das Erlösungswerk Jesu Christi nicht im Grab endete, sondern mit der Auferstehung erst abgeschlossen war.

jahrhundertelange Miteinander der verschiedenen Frömmigkeitsformen aus Ost und West hat der verwinkelten Basilika mindestens ebenso seine Spuren eingepägt wie die zahllosen Wellen der Zerstörung in ihrer bewegten Geschichte.

Wer den dunklen Kirchenraum betritt, sieht sofort, dass er sich in einem orientalisches geprägten Gotteshaus befindet: Zahllose Öllampen, langstielige Kerzen und Ikonen umrahmen die einzelnen Gedenkstätten des biblischen Berichtes: Kreuzigungsstelle, Salbungsstein und Grabeskapelle. Fünf der bis heute im Heiligtum vertretenen Konfessionen sind orthodoxe beziehungsweise altorientalische Kirchen, Griechisch-Orthodoxe und Armenier vor allem, dazu noch ägyptische Kopten, Syrer und Äthiopier. Einzige Vertreter der westlichen Kirche sind die katholischen Franziskaner.

Schon seit den ersten nachchristlichen Jahrhunderten ist die Grabeskirche Aug- und Zankapfel verschiedener christlicher Gemeinschaften, die sich und ihren Pilgern am Ort der Auferstehung Zugangsgarantie und eigene Gottesdienste zu sichern versuchten. Zusammen mit der Bethlehemer Geburtsbasilika ist sie die einzige Kirche weltweit, an der so viele unterschiedliche Konfessionen schon so lange miteinander auskommen –

wenn auch manchmal nur widerwillig. Nach endlosem Tauziehen um Besitz und liturgische Rechte unter Beteiligung von Zaren, Kaisern und Königen leitete das Jahr 1852 einen gewissen Burgfrieden ein: Damals entschied der türkische Sultan kurzerhand, dass von jetzt an alles so zu bleiben habe, wie es in diesem Moment war – der „Status quo“ war geboren.

Die Franziskaner, die einst als päpstliche Beauftragte für die Heiligen Stätten in der Heimat Jesu viel weit reichendere Rechte hatten, gehören zu den Verlierern dieser Entscheidung. Denn zum Zeitpunkt der Fixierung des Status quo waren ihre traditionellen europäischen Schutzmächte mit Napoleon beschäftigt, während die Griechisch-Orthodoxen dank finanzkräftiger Rückendeckung aus Russland gegenüber den türkischen Herrschern einen besseren Stand hatten: In der Grabeskirche gehören den Griechen bis heute so unter anderem die Kreuzigungsstelle und das zentrale Katholikon.

In den Jahrzehnten nach Festlegung des Status quo wurde in der Kirche jede Lampe, jeder Stein und jedes Bild notiert. Dennoch kommt es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, manchmal gar zu schlagkräftigen Auseinandersetzungen, die von der Weltöffentlichkeit mit Häme verfolgt werden. Insgesamt läuft das

Miteinander der Mönche jedoch weitgehend reibungslos, auch wenn es immer wieder kleine „Grenzstreitigkeiten“ gibt: „Mietshausökumene“ nennen die Franziskaner das scherzhaft, denn es geht nicht um theologische Streitfragen wie das „filioque“, sondern um die Reparatur der Beleuchtungsanlage, das Instandsetzen von Möbelstücken und um die Erneuerung der öffentlichen Toiletten, deren Benutzung eine echte Zumutung ist.

Gerade dieser letzte Punkt kostet die Franziskaner seit Jahren einige Nerven, denn ihr Kloster liegt direkt neben der stinkenden Anlage. Kurz vor Ostern konnte zwar endlich eine prinzipielle Einigung über den Bau neuer Toiletten erzielt werden, doch der franziskanische Verhandlungsführer Athanasius Macora glaubt nicht an einen schnellen Beginn der Arbeiten: Bis die Details ausgehandelt sind, können Jahre ins Land gehen. Dass solche praktischen Fragen so schwer zu lösen sind, liegt nach Ansicht des Amerikaners nicht zuletzt an der orientalischen Mentalität, die jeden Kompromiss erfeilscht und erhandelt. Und in der Toilettenfrage mussten neben Griechen und Armeniern auch die Kopten gewonnen werden, unter deren Räumen die Abwasserkanäle durchführen. Was genau bisher abgemacht wurde, verrät Pater Athanasius nicht. Öffentlichkeit schadet seiner Erfahrung nach in diesen Dingen mehr als dass sie nützt.

Sicher ist allerdings, dass die „katholische Leiter“ auch in dieser Fastenzeit wieder von den Franziskanern im Eingangsbereich der Basilika aufgestellt wurde: Die hohe Klappleiter hat vom Status quo her das Recht, in diesen Wochen hinter dem Salbungstein zu stehen – obwohl die Leuchter, zu deren Reinigung sie einstmals diente, bei einer der letzten Renovierungsarbeiten entfernt wurden. Heute stört sie nur noch, und genau das ist ihr Zweck: Die Leiter gehört zu den Verhandlungstrümpfen der katholischen Lateiner, die laut Pater Athanasius mühsam gelernt haben, dass im Nahen Osten „jeder Rückzug verhandelt wird“. Eine Geste brüderlicher Nachgiebigkeit hingegen werde erbarmungslos als Schwäche ausgelegt und ausgenutzt. Insofern beharren die Franziskaner auf dem Standrecht ihrer

Leiter, bis andere brennende Fragen gelöst werden. Etwa die Renovierung der Toiletten.

Der Ort, an dem das allererste Oster-Halleluja gesungen wird

Die Konfessionsgebundenheit von Leitern gehört zu den zahllosen, historisch gewachsenen Kuriositäten in dem bedeutenden Heiligtum. Ist man sich uneinig über den wahren Eigentümer, wird es noch komplizierter: So stabilisierten die Franziskaner vor kurzem eine wackelige Bank gegenüber der Grabeskapelle durch eine Latte – worauf Griechen und Armenier schnell ein eigenes Brett darunter nagelten, um ihre Besitzrechte an dem morschen Möbelstück zu signalisieren. Dringende Restaurierungsarbeiten werden unter diesen Umständen zum diplomatischen Drahtseilakt, so etwa vor vierzig Jahren die Restaurierung der einsturzgefährdeten Kuppel: Der anonyme Spender, der die revolutionären Arbeiten finanzierte, übergab das Geld Griechen, Armeniern und Franziskanern; so war gesichert, dass jeder gleich viel zu der Erneuerung beitrug. Das Herzstück der Basilika jedoch, die eigentliche Grabeskapelle, wird bis heute von den groben Eisenklammern zusammengehalten,

welche die Briten nach dem Erdbeben 1927 anbrachten. Eine Einigung über eine Restaurierung ist in genauso weiter Ferne wie die drängende Frage nach dem Notausgang, den die israelische Regierung seit vielen Jahren zum Schutz der Pilger fordert.

Auch die bis auf die Sekunde festgelegte liturgische Ordnung in der Grabeskirche wird vom Status quo bestimmt: Bei mehreren gleichzeitig laufenden Prozessionen oder Gottesdiensten müssen sich alle Beteiligten akribisch an den Zeitplan halten. Dabei ticken die Uhren noch so wie im Jahr 1852. So gibt es in der Grabeskirche keine Sommerzeit, denn nachträglich konnte die dort wegen des Status quo nicht eingeführt werden; die Uhren der Mönche gehen deshalb in den heißen Monaten immer eine Stunde nach. Auch die katholische Osterliturgie ist in der Grabeskirche anders als im Rest der Welt: Da die Liturgiereform von Pius XII. das komplexe Miteinander durcheinander geworfen hätte, wird die Osternacht dort wie vor 1955 schon am frühen Samstagmorgen gefeiert. Der Karsamstag fällt praktisch aus. Dafür ist das Heilige Grab heute wirklich der Ort, an dem das allererste Oster-Halleluja des Jahres gesungen wird. (aus: *Die Tagespost*)

Kustos: Frieden im Heiligen Land nur mit internationaler Hilfe

Auch nach einem möglichen Ende des Krieges im Gazastreifen ist nach Ansicht des Franziskanerobers im Heiligen Land, Kustos Pierbattista Pizzaballa, ein wirklicher Frieden im Heiligen Land noch weit entfernt. Dafür müsse auf breiter gesellschaftlicher Ebene eine Mentalität des Dialogs geschaffen werden, sagte er im Heiligen Land im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Solange der jeweils andere Feind genannt werde, könne es keine Lösung geben.

Zunächst müsse es zu einer Versöhnung der verfeindeten Palästinensergruppierungen kommen, so der Kustos. Zudem müssten die Palästinenser „Israel wirklich anerkennen“, während die israelische Gesellschaft in den Palästinensern nicht nur potenzielle Terroristen sehen dürfe, sondern Menschen, „die hier geboren sind – und die auch leben wollen“.

Der Teufelskreis von israelischen Sicherheitsmaßnahmen und palästinensischer Rebellion gegen die damit verbundenen Einschränkungen ist nach Einschätzung Pizzaballas nur schwer zu durchbrechen. Ohne starke internationale Präsenz, die beiden Seiten helfe, sich sicher zu fühlen, sei wohl kein Ausweg zu finden.

Insgesamt äußert sich der Kustos überzeugt, dass es im Nahen Osten „Probleme gibt, die man lösen kann, und andere, mit denen man leben muss“. Das Aufeinandertreffen der Interessen der beiden Völker auf engem Raum bedeute ein Grundsatzproblem, das wohl auch weiterhin Spannungen verursachen werde. Selbst bei einer wünschenswerten Zwei-Staaten-Lösung müssten aufgrund der geringen Größe des Landes Formen der Kooperation geschaffen werden. (KNA)



Abb. 1: Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966-1969); Portrait (Ausschnitt) von Günter Rittner 1976; Kanzlergalerie im Bundeskanzleramt, Berlin.

Kurt Georg Kiesinger wurde am 6. April 1904 als Sohn des kaufmännischen Angestellten Christian Kiesinger (1876-1969) und seiner Frau Dominika (1878-1904, geb. Grimm), einer Bauerntochter aus dem Dorf Bubsheim, in der ländlichen Idylle des kleinen Städtchens Ebingen (heute Albstadt) im oberschwäbischen Zollernalbkreis geboren. Der Großvater väterlicherseits war Maurer gewesen. Der Großvater mütterlicherseits, Josef Grimm, ein Bauer, hatte im Deutsch-Französischen Krieg 1870 gekämpft,¹ und ein Bruder von Kiesingers Mutter war als Soldat bereits „in den frühen Kämpfen“ des Ersten Weltkrieges in Frankreich gefallen. Vater Christian wurde 1915 mit 39 Jahren als Soldat eingezogen. Da er aber nicht gedient hatte, wurde er während des Krieges „nur auf Schreibstuben verwendet.“

Das kleine Ebingen – ausgerichtet auf Textilverarbeitung – war keine Garnisonsstadt, aber der nahe Truppenübungsplatz Heuberg verlockte Kurt Georg und seine Freunde wiederholt zum verbotenen und gefährlichen Spielen mit Munitionsresten², so als sie einmal eine „Kanone“ bastelten und sie mit Schwarzpulver füllten. Wenige Kilometer von Ebingen entfernt, nur durch Wiesen getrennt, liegt im Dorf Lautlingen der Stammsitz der

Kurt Georg Kiesinger, der dritte Bundeskanzler (1966 bis 1969) und die Bundeswehr

Sympathie auf den zweiten Blick

VON DIETER KILIAN

Grafen Schenk von Stauffenberg. Dort wuchsen nahezu zeitgleich mit Kiesinger die beiden Brüder Berthold und Claus, der spätere Kopf des militärischen Widerstandes gegen Hitler, auf – ersterer nur ein und Claus drei Jahre jünger als Kiesinger; doch Kiesinger habe „einen Adligen ... in Ebingen ... nie zu Gesicht bekommen.“³ Mutter Dominika starb nur sechs Monate nach der Geburt ihres Sohnes im Jahre 1904 mit knapp sechsundzwanzig Jahren. 1905 heiratete der Vater zum zweiten Mal: Karoline Victoria Pfaff (1880-1964), die Tochter des Bierbrauers und Gastwirts Friedrich Pfaff und seiner Frau Karoline.⁴

1919 schloss Kurt Georg Kiesinger seine Schulausbildung an der Realschule Ebingen mit dem „Einjährigen“ ab und trat als Kandidat in das katholische Lehrerseminar in Rottweil ein. In seiner Klasse waren 14 Seminaristen aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt und trugen – in Ermangelung von Zivilkleidung – noch lange Uniform. Aus deren Erzählungen lernte er die bitteren Seiten des Krieges kennen. Einer seiner Lehrer kam psychisch gestört von der Front zurück. „Er war an der Westfront im Trommelfeuer verschüttet worden. Beim Unterricht bekam er Tobsuchtsanfälle, riss die Schüler an den Haaren und warf sie brutal zu Boden. Schließlich kam er in eine Heilanstalt.“⁵

1925 beendete Kiesinger seine Lehrerausbildung, wurde allerdings wegen rigoroser Sparmaßnahmen

nicht in den Schuldienst übernommen. Und so nutzte er dies, um sich fortzubilden – in der Rückschau ein Vorteil. Denn Kiesinger holte in Stuttgart das Abitur nach,⁶ was ihm den Weg an die Universität öffnete. Sein Förderer war der Ebinger Industrielle Friedrich Haux (1860-1928), der sich die Begabtenförderung zur Aufgabe gemacht hatte. Kiesinger schrieb sich an der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen für das Studium der Pädagogik ein. Im selben Jahr durfte er zum ersten Mal wählen. Bei der Reichspräsidentenwahl gab er seine Stimme Generalfeldmarschall Hindenburg. Kiesinger glaubte, der greise Heerführer könnte die widerstreitenden Kräfte der Weimarer Republik versöhnen. Fast ein Jahrhundert vor der europäischen Einigung war es der deutschbaltische Historiker Johannes Haller (1865-1947), der Kiesinger die Einsicht vermittelte, alle Vorgänge in Deutschland wären – im Sinne einer „europäischen Innenpolitik“ – immer zugleich auch europäische Angelegenheiten. Dies prägte Kiesingers spätere europäische Betrachtungsweise, die West- und Ostbindung als gleichwertig ansah.

Es war nahezu Pflicht jedes Studenten, sich einer Korporation anzuschließen. Und so trat Kiesinger 1925/26 in Tübingen der Katholischen Studentenverbindung „Alamannia“ im Verband katholischer Studentenvereine (KV) bei, die national, liberal-katholisch und sozialreformistisch orientiert war. Hier lernte er den vier Jahre älteren Gebhard Müller (1900-1990) kennen, der später als Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1953-1958) und Präsi-

1 Kiesinger, Kurt Georg, Schwäbische Kindheit, S. 10.

2 Hoff, Klaus, Kurt Georg Kiesinger Die Geschichte seines Lebens, S. 17.

3 Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre, S. 49.

4 Aus der zweiten Ehe gingen sechs weitere Kinder hervor: Ernst, Lina, Luise, Wilhelm, Karl und Marie.

5 Kiesinger, Kurt Georg, in: „Welt am Sonntag“ 1974; „So war es“ – Artikelserie S. 28.

6 In Form einer Ergänzungsprüfung zum Seminarabschluss

dent des Bundesverfassungsgerichts (1959-1971) Kiesingers Karriere positiv beeinflussen sollte.

Zum Wintersemester 1926/27 verließ Kiesinger – mit 22 Jahren – Tübingen und übersiedelte nach Berlin. Gleichzeitig wechselte er vom philosophischen zum juristischen Metier und trat der Verbindung „Askania“ bei. Im Februar 1929 traf er Konrad Adenauer, den Kölner Oberbürgermeister und Präsidenten des Preußischen Staatsrates in Berlin zum ersten Mal, als dieser das Korporationshaus besuchte. Sehr intensiv war diese Begegnung jedoch nicht, denn obwohl Kiesinger neben ihm saß, gelang es ihm nicht, „ihn über ein paar höfliche Bemerkungen hinaus zu einer Unterhaltung zu bringen“⁷. Unverständlich war dies jedoch keineswegs: Kiesinger war damals ein junger Student, Adenauer hingegen mehr als doppelt so alt und erfolgreicher Verwaltungschef einer deutschen Großstadt. 1927 verlobte sich Kiesinger mit Marie-Luise Schneider (1908-1990), der 18jährigen Tochter des aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalts und Notars Peter Schneider, der in Berlin-Karlshorst seine Praxis unterhielt. Eine militärische Tradition gab es in der Familie der Braut, die er 1932 heiratete, nicht.

Kiesingers früher Eintritt in die NSDAP im März 1933 wurde ihm später vielfach vorgeworfen, als habe er in vorderster Reihe der Nationalsozialisten gestanden. Er selbst stellt seine Motivation in seinen posthum veröffentlichten Erinnerungen wie folgt dar: Er wäre „nicht aus Begeisterung oder aus Opportunismus“ beigetreten, sondern „in der Hoffnung, darin von innen heraus auf eine Wende ihrer Ideologie hinzuwirken“. Die Begründung ist glaubhaft. Kiesinger lehnte – nicht zuletzt wegen seiner katholischen Erziehung – die atheistische Nazi-Ideologie ab. Dass der Parteieintritt seine berufliche Karriere irgendwie gefördert hätte, ist selbst in Ansätzen nicht erkennbar. Um die ideologische Ausrichtung der NSDAP zu beeinflussen, wäre zumindest eine aktive, engagierte Parteilarbeit not-

wendig gewesen. Doch davon kann keine Rede sein, denn Kiesinger gab sowohl im NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps) als auch im NS-Juristenbund lediglich eine Gastrolle. Dem NSRB (NS-Rechtswahrbund) trat er gar nicht erst bei; möglicherweise war ihm der Name suspekt und zu verlogen. Über die Gründe dieser Abstinenz kann nur spekuliert werden. Vielleicht kam er auch zu der Erkenntnis, dass er als Einzelner ohnehin nichts ändern könne. Kiesinger blieb also während des gesamten Dritten Reiches eine parteipolitische Karteileiche. Ab Sommer 1934, nach dem 2. juristischen Staatsexamen, arbeitete er als freiberuflicher Rechtsanwalt beim Kammergericht für eine kleine Anwaltspraxis und privater Rechtslehrer für Staats- und allgemeines Recht (Repetitor) an der Friedrich-Wilhelm-Universität.⁸ Es war ein Nischendasein fern der Partei, das darin mündete, dass er 1938 ernsthaft erwog, Deutschland zu verlassen und nach Brasilien zu emigrieren.⁹ Im September 1939 wurde Kiesinger gemustert. „Zunächst wurde ich zur Musterung befohlen. Ich brachte es vor dem Musterungsgremium nicht über mich zu sagen, dass ich seit Jahren an schweren Herzbeschwerden litt, deren nächtliche Anfälle manchmal so heftig waren, dass ich glaubte, es gehe mit mir zu Ende“.¹⁰

Danach erhielt Kiesinger den Gestellungsbefehl zur schweren Artillerie: Am 7. April 1940 sollte er sich in einer Kaserne in Berlin-Wedding melden. Pathetisch und nicht ohne Selbstmitleid schreibt er: „Ich hatte mich von diesem Staat zurückgezogen und mich mit einer materiell bescheidenen Existenz abgefunden. Aber nun sollte ich in die riesige Militärmaschine eingezogen und gezwungen werden, Menschen zu töten oder selbst getötet zu werden“.¹¹

Doch zwei Tage vor seiner Einberufung meldete sich Dr. Hans Heinrich Schirmer,¹² der stellvertretende

Leiter von „Kult R“ (= Kulturabteilung Rundfunk) des Auswärtigen Amtes, bei ihm. Er bot Kiesinger an, als „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ (WHA) die Auslandssendungen der Reichsrundfunkgesellschaft, die dem Propagandaministerium unterstellt war, zu beobachten und im Sinne des Auswärtigen Amtes zu beeinflussen. Zwar war, wie Kiesinger rückblickend urteilt, „Auslandspropaganda für die Politik des ‚Dritten Reiches‘ zu machen, ... mir nicht minder zuwider als der militärische Dienst“,¹³ doch er ging zur Wehrdienststelle, um eine Entscheidung herbeizuführen. Seine ablehnende Haltung, in den Krieg ziehen zu müssen, beschreibt er wie folgt: „Das Wort des Horaz, dass es stöß und würdig sei, fürs Vaterland zu sterben, hatte schon im Ersten Weltkrieg seinen Sinn verloren. Aber damals kämpften die Soldaten noch in gutem Glauben für ihr Volk und ihr Vaterland, so leichtfertig auch die Regierung in den Krieg geglitten war. Sie starben nicht für einen Tyrannen, der den Krieg böswillig begonnen hatte und nun das Opfer wehrloser Millionen forderte. Ich sah fassungslos, wie die meisten Generale, ohne die Hitler keinen Krieg führen konnte, ihm gehorchten“.¹⁴

Auf den ersten Blick klingt es wie eine nachträgliche Rechtfertigung. Doch Kiesinger hatte als Jugendlicher manche der aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrten Soldaten erlebt und konnte – mit inzwischen fünfunddreißig Jahren – sicherlich realistisch einschätzen, was ein erneuter Krieg bedeuten würde. In einem Fernsehinterview am 13.12.1968 antwortete er auf die Frage, welche Ereignisse in seinem Leben ihm besonders nahe gegangen seien: „Es war, obwohl ich damals erst 14 Jahre alt war, das Ende des Ersten Weltkrieges. Der Zusammenbruch einer ganzen Welt. Es war für mich eine ganz schreckliche Erfahrung“.¹⁵

Kiesinger wurde für den Dienst in der Rundfunkpolitischen Abteilung freigestellt und nahm diese Entscheidung wahrscheinlich mit Erleichterung auf. Seine erste Begegnung mit

7 zitiert in: Buchstab u.a.: KGK 1904-1988 Von Ebingen ins Kanzleramt, S. 160.

8 Den Plan einer Dissertation gab er auf. 9 S. Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! S. 170.

10 Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre, S. 211.

11 Kiesinger, Kurt Georg, a.a.O., S. 215.

12 Schirmer war später Botschafter in Australien (1968-1970) und Wien (1970-1974).

13 Kiesinger, Kurt Georg, a.a.O. S. 215.

14 Ebenda.

15 zitiert in: Persönlichkeiten der Gegenwart Band 10, Eurobuch-Verlag August Lutzeyer, S. 26

Offizieren der Wehrmacht, die als Verbindungsoffiziere zur Reichsrundfunkgesellschaft abgestellt waren – drei ältere Marineoffiziere –, war anders, als Kiesinger es offenbar erwartet hatte. Denn als er sie bei seinem Dienstantritt im April 1940 nach ihrer Einschätzung der Lage fragte, sagte einer von ihnen, namens Paetzold, unverblümt: „*Nihilisten sind's alle miteinander! Es ist überhaupt eine Schande für die deutsche Wehrmacht, dass sich noch kein junger Offizier gefunden hat, der den Kerl (= Hitler oder Goebbels) über den Haufen schießt!*“¹⁶

Die Aufgabe der Kulturabteilung Rundfunk des Auswärtigen Amtes bestand darin, mit einer eigenen Unterabteilung, dem „Sonderdienst Seehaus“ – benannt nach seinem Sitz am Berliner Wannsee –, ausländische Radioprogramme in 37 Sprachen abzuheören. Die wichtigsten Nachrichten wurden dann übersetzt und täglich in einem als „Geheim“ eingestuften „Funk-Spiegel“ mit bis zu 1.200 Seiten mit einem Verteiler von ca. 430 Exemplaren¹⁷ herausgegeben. Kiesinger arbeitete zunächst als WHA in der „Verbindungsstelle der Abteilung Kult R zur Reichsrundfunkgesellschaft“ und hatte die Aufgabe, die Arbeit der amerikanischen Rundfunk-Journalisten, die bis 1941 aus Berlin berichteten, zu überwachen und deren Texte zu zensieren. Da die eigentliche Zentrale des NS-Propagandaapparates nicht das Auswärtige Amt, sondern das Goebbelsche Ministerium war, stand das „Seehaus“ in scharfer Konkurrenz zu diesem. Dies bedeutete für Kiesinger, dass er einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Arbeit dem täglichen Kleinkrieg zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium widmen musste, bei dem es galt, den krebsartig wuchernden Einfluss Goebbels in Schach zu halten.

1941 wurde das „Referat Kult R“ eine selbständige Abteilung und 1942 in „Rundfunkpolitische Abteilung“ umbenannt. 1941 rückte Kiesinger

auf den Posten des Stellvertretenden Abteilungsleiters auf. Diese Beförderung wurde später als Frucht seiner Parteimitgliedschaft interpretiert. „Karriere eines Karrieristen“ ist ein Kapitel in der „Dokumentation“ von Beate Klarsfeld, eine seiner schärfsten Kritikerinnen, überschrieben.¹⁸ Doch wie sah diese „Karriere“ tatsächlich aus? Bis 1940 brachte ihm der Parteieintritt keinerlei Vorteile, was darin begründet gewesen sein dürfte, dass man trotz Mitgliedschaft in der Partei um seine politische Ablehnung wusste. Sicher: nach nur einem Jahr stieg Kiesinger, obwohl nicht Beamter und nicht Diplomat, im Auswärtigen Amt vom WHA zum Stellvertretenden Abteilungsleiter auf. Doch diese Position mit sechsunddreißig Jahren erreicht zu haben, ist nicht gerade ein leuchtendes Laufbahnziel für einen herausragenden Juristen. Kiesingers Berufung hingegen dürfte in seinen herausragenden Fähigkeiten als Jurist und vor allem seinem Verhandlungsgeschick gegenüber der Schlingpflanzen-Maschinerie des Propagandaministeriums, nicht aber in „brauner Überzeugung“ begründet gewesen sein. Er habe „sehr wenig Fingerabdrücke“ hinterlassen, obwohl er immerhin eine Abteilung mit 148 Mitgliedern geleitet habe, schreibt Heinrich Böll (1917-1985) in seinem Vorwort zu Klarsfelds Broschüre, doch das ist – in militärischen Kategorien nur eine kopfstärke Kompanie – d.h. nicht viel, um Einfluss auszuüben. Das Fehlen von Spuren wertet Böll be- und nicht entlastend – eine Beweisführung fern jeder Rechtsstaatlichkeit. Kiesinger war wie Millionen anderer, z.B. auch sein Kritiker Böll als Obergefreiter an der Front, in das System eingebunden und zweifelsohne ein Rädchen im Uhrwerk der nationalsozialistischen Propaganda. Doch ihn zu einem „führenden Propagandisten der Nazis“ zu machen, ist böswillig verzerrt. Mit Recht schreibt der Journalist Gerhard Mauz: „Es ist überhaupt nichts Besonderes an seiner Rolle unter Hitler“¹⁹. In der Diskussion um Kiesingers Einstellung zum Dritten Reich wurde bislang kaum

berücksichtigt, dass er zu dem kleinen Kreis deutscher Beamter gehörte, der Zugang zur Berichterstattung der Feindstaaten hatte und daher – trotz Propaganda auch auf der Seiten der Gegner – sehr genau über die Lage informiert war und wusste, wie der Krieg enden würde. In diesem Sinne trifft für ihn noch nicht einmal das Wort „Mittläufer“ zu, mit dem Helmut Schmidt²⁰ ihn bezeichnet. Im Herbst 1944 nahm der schwerverwundete, beinamputierte Major und Ritterkreuzträger Axel von dem Bussche (1919-1993) am juristischen Repetitorium Kiesingers teil, das dieser auch während seiner Zeit im Auswärtigen Amt weiterführte. Dabei kam es zu einem Gespräch über die Dauer des Studiums, das von dem Bussche später wie folgt wiedergab: „*Er (= Kiesinger) sagte dann, dass ich mir die Frage, ob der Krieg noch vier Semester dauern würde, allerdings selbst beantworten müsse*“.²¹

Hier klingt Kiesingers Wissen über die tatsächliche Lage an den Fronten durch. So habe er während des Krieges seinem Vater „erschüttert“ von den Gerüchten über die Vernichtung der Juden berichtet und gesagt: „Unser Land wird von Verbrechern regiert“.²² Völlig unberücksichtigt durch Böll und Klarsfeld – vermutlich weil nicht in deren Konzept passend – blieb, dass Kiesinger am 7. November 1944 von Otto Ernst Dörries, einem Mitarbeiter Kiesingers, schriftlich bezichtigt wurde, dass er „nachweislich die anti-jüdische Aktion hemmt“²³. Dass keine Konsequenzen folgten, ist wahrscheinlich den Wirren der letzten Kriegsmonate zuzuschreiben. „Am Fall Kiesinger lässt sich zeigen, dass *Vergangenheit* in der Geschichte der Bundesrepublik stets eine elementare Qualität als Mittel des Machtkampfes besaß“.²⁴

20 Schmidt, Helmut, Außer Dienst, S. 80.

21 Brief von dem Bussche an Kiesinger vom 12.06.1967, zitiert in: Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger, S. 151.

22 Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, S. 19.

23 Das Dokument wurde erst 1966, kurz vor Kiesingers Wahl zum Kanzler, in US-Aktenbeständen des Washingtoner National Archives gefunden. Conrad Ahlers, der stellvertretende Chefredakteur des „SPIEGEL“, hatte es Kiesinger zugeschickt. Siehe: Kroegel, Dirk Einen Anfang finden! S. 28 ff.

24 Gassert, Philip, KGK Von Ebingen ins

16 Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre, S. 218.

17 Die Wochenausgabe hatte einen wesentlich höheren Verteiler; siehe: Buchstab, Günter u.a., Kurt Georg Kiesinger Von Ebingen ins Kanzleramt, S. 209 f.

18 Klarsfeld, Beate, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger, S. 13 ff.

19 „Der SPIEGEL“ – Nr. 28 vom 08.07.1968, S. 24.

Willy Brandt, Außenminister unter Kiesinger, schreibt differenziert, Kiesinger habe sich „nur formal“ mit dem Dritten Reich identifiziert, und auch Erich Ollenhauer hätte „diese Verstrickungen nicht gegen ihn ins Feld“ führen wollen.²⁵ Für andere Kritiker wie Grass²⁶ und Klarsfeld ging es um Diffamierung, nicht aber um Aufarbeitung der Vergangenheit. Grass' langes Schweigen zu seiner Zeit als Soldat der Waffen-SS zeigt, wie heuchlerisch diese Haltung war. Auch Klarsfelds tätlicher Angriff auf den Kanzler – sie ohrfeigte Kiesinger am 7. November 1968 in Berlin auf dem CDU-Parteitag – war eine Tat ohne jegliches Risiko, nur eine mediale, selbstherrliche Geste.

Im Frühjahr 1945 wurde Kiesinger noch für wenige Tage zum Volkssturm eingezogen. Mit einer Panzerfaust und einer Pistole bewaffnet sollte er am Spreekanal gegenüber dem alten kaiserlichen Schloss die Reichshauptstadt „verteidigen“. Doch er wurde erneut vom Rundfunk angefordert und als Verbindungsmann zum Ausweichquartier des Auslandsrundfunks nach Landshut versetzt. Kiesinger verließ am 6. April 1945 das bereits umkämpfte Berlin in Richtung Süden – es rettete ihm vermutlich das Leben. Auf dem Wege dorthin besuchte er seine nach Treuchtlingen ausgesiedelte Familie, die allerdings auch dort schweren alliierten Bombenangriffen ausgesetzt war. Wenige Tage später geriet Kiesinger in Benediktbeuren in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde zunächst in ein Sammellager bei Ludwigshafen und von dort in das Internierungslager „Lager 74“ in Ludwigsburg gebracht, aus dem er am 17. September 1946 entlassen wurde.

1946 nahm Kiesinger an der Universität in Würzburg seine Vorkriegstätigkeit als Repetitor für Jura-Studenten wieder auf und arbeitete ab 1948 als Rechtsanwalt in Tübingen und Würzburg. Zwischenzeitlich hatte ein Spruchkammerge-

richt die vormalige Einstufung als „Mitläufer“ aufgehoben. Im Jahre 1949 begann Kiesingers politische Laufbahn – als Direktkandidat des Wahlkreises Ravensburg zog er in den Deutschen Bundestag ein. Zwar gehörten sicherheitspolitische Fragen nicht zu Kiesingers primären Interessen, gleichwohl musste er oft dazu Stellung beziehen, war er doch im Bundesvorstand der CDU für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Im November 1950 – nur fünfeneinhalb Jahre nach Kriegsende – hatte Landesbischof Theophil Wurm (1868-1953)²⁷ trotz des gültigen Besatzungsstatuts,²⁸ das allen Deutschen jegliche Betätigung auf militärischem Gebiet untersagte, eine Einladung an die Evangelische Akademie im württembergischen Bad Boll an ehemalige Soldaten versandt. Darin hieß es in einer Geste der Versöhnung, „dass der Beruf des Soldaten nicht als solcher schon dem Verdikt des Militarismus unterliegen kann, so dass jemand berechtigt wäre, diesen Stand in besonderem Maße für unser schweres Schicksal verantwortlich zu machen“. Kiesinger nahm mit seinem Kollegen und Ersten Weltkriegssoldaten Robert Tillmanns (1896-1955; 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben) und 150 ehemaligen Soldaten vom Generaloberst bis zum Mannschaftsdienstgrad Anfang Dezember 1951 an dieser Tagung teil. Dort hatten sie Mühe, sich den vielschichtigen Argumenten der Ablehnung einer deutschen Wiederbewaffnung zu erwehren.²⁹ Vor allem in den

27 1929–1948 Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg; Ratsvorsitzender der EKD 1945–1949

28 u.a. Gesetz Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission vom Dezember 1949.

29 Gassert, Philipp, Im Schatten Adenauers, in: Buchstab, Günter u.a., Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 Von Ebingen ins Kanzleramt, S. 279. Wie kontrovers die Vortragsthemen waren, zeigen zwei Beispiele: General Adolf Kuntzen (1889-1964), Leiter der Personalabteilung im Reichskriegsministerium trug über das Thema „Der ehemalige Berufsoffizier im Existenzkampf – hat sich seine Ausbildung dabei bewahrt?“ vor, und Hauptmann a.D. Dr. Hans Wilhelm Hagen (1907-1969) zum „20. Juli 1944“. Hagen war unter Major Otto Ernst Remer NS-Führungsoffizier im Wachregiment „Großdeutschland“ gewesen und hatte den Putsch an Goebbels gemeldet. Die Hauptspruchkammer

großen Wehrdebatten des Deutschen Bundestages der fünfziger Jahre – wie z.B. im Februar 1952 und später im Dezember 1952, als das Vertragswerk über den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) diskutiert wurde, verteidigte Kiesinger Adenauers Linie mit großen rhetorischen Geschick. Aber es war keine leichte Aufgabe, diese gegen die damals kompromisslose „Ohne-mich-Haltung“ der Bevölkerung auf Kurs zu halten. Sogar die Frauenzeitschrift „Constanze“ rief 1950 zu einem Generalstreik der Frauen gegen die Wiederbewaffnung auf. Kiesinger schrieb, es gäbe eine „unheilige Allianz aus ehemaligem protestantischen Widerstand und verstockten Alt-Nazis, aus reisenden Theologen und Halbtheologinnen, die nun mit Sprüchen wie ‚der liebe Gott hat uns zweimal die Waffen aus der Hand geschlagen und ein drittes Mal wollen wir sie daher gar nicht erst ergreifen‘ Eindruck zu machen versuchen“.³⁰

Von 1954 bis 1959 war er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, begleitete und beriet in dieser Eigenschaft Adenauer bei dessen Moskareise im September 1955. Daher gebührt ihm auch ein kleiner Anteil an der Freilassung der deutschen Soldaten aus sowjetischer Gefangenschaft, auch wenn sein Name in Adenauers Erinnerungen nur zweimal erwähnt wird.³¹ Kiesingers sicherheitspolitische Haltung kommt in einem Wortwechsel mit Fritz Erler (1913-1967; SPD) in der Debatte am 16.12.1954 – ein Jahr vor Gründung der Bundeswehr – zum Ausdruck. „Wir wollen kein Deutschland – ,auch kein vereinigtes Deutschland mit einem bündnislosen Zustand‘ wie Sie es ausdrücken“. Allerdings präzisierte er dies am 29.06.1956 im Deutschen Bundestag: „Wir hängen an der NATO nicht als einem Dogma“. Wenn die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion wegfiel, könne das westliche Verteidigungsbündnis aufgegeben werden.

München hatte ihn dafür am 14.03.1949 als Nazi-Aktivist in Gruppe II eingestuft.

30 Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger, S. 279

31 Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1953-1955, S. 490 u. 1955-1959, S. 488.

Kanzleramt, S. 39.

25 Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten, S. 175 f.

26 So dessen negative Äußerungen über Kiesingers NS-Vergangenheit auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1968.

Von 1958 bis 1966 kam Kiesinger als Ministerpräsident von Baden-Württemberg erstmals ex officio mit dem Militär in Berührung. Sein Bundesland bot mit einer Vielzahl deutscher und alliierter Truppenteile ein schier unerschöpfliches Reservoir an Kontaktmöglichkeiten zum Militär. Zu den hohen Kommandobehörden der Bundeswehr zählten der Stab des II. Korps in Ulm³² und die dem II. Korps unterstellte 10. Panzerdivision in Sigmaringen, die am 01.10.1959 während der Amtszeit Kiesingers aufgestellt wurde.³³ Zwei ihrer Brigaden – die Panzerbrigaden 29 (Sigmaringen) und 30 (Ellwangen), sowie das Artillerieregiment 10 (Pfullendorf) waren in Baden-Württemberg stationiert. Die oberste territoriale Kommandobehörde, die eng mit der Landesregierung in Stuttgart zusammenarbeitete, war das Wehrbereichskommando V.³⁴ Des Weiteren waren zahlreiche Luftwaffenstäbe – und verbände, wie z.B. die 1. Luftwaffendivision in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb und zwischen 1963 und 1970 die 2. Luftwaffendivision³⁵ in Karlsruhe stationiert. Daneben gab es zahlreiche alliierte Stäbe und Truppenteile, wie das Hauptquartier der US-Armee in Europa zunächst in Stuttgart und ab 1966 in Heidelberg und das der Französischen Truppen in Baden-Baden. Kiesinger erlebte in den acht Jahren seiner Amtszeit als Ministerpräsident fünf US-Generale als Oberbefehlshaber der 7. US-Armee (USAREUR/CENTAG ab 1960).³⁶ Kiesinger muss-

te als Landesvater zahlreiche offizielle Kontakte zu deutschen und alliierten Truppen wahrnehmen; so besuchte er z.B. am 07.09.1961 das Artillerieregiment 10 in Pfullendorf unter Oberst Heinz Habicht. Auch sein Verhältnis zum damals ranghöchsten schwäbischen Offizier, General Dr. Hans Speidel, verdient Beachtung.

Den lebensälteren, hochdekorierten General, der in zwei Kriegen an der Front gestanden hatte und den ungedienten Juristen und Politiker, der mit sicherheitspolitischen Fragen bestenfalls am Rande zu tun hatte, verband offenbar mehr, als man vermuten könnte. Die gemeinsame schwäbische Herkunft spielte dabei eine ebenso wichtige Rolle, wie das Band geistiger Interessen. Ihre Beziehung lässt sich jedoch nicht eindeutig bestimmen. „Mit Sicherheit ging sie über das Formale hinaus“,

stellt Sohn Hans Speidel jun. fest. Gegenseitige Wertschätzung war zweifelsohne vorhanden, doch ob sie der Rubrik Freundschaft zugeordnet werden kann, scheint eher fraglich. Beide waren Schöngelüste und vom Intellekt her ähnlich, aber auch in ihrer Dominanz. In Speidels Memoiren wird Kiesinger zwar mehrfach erwähnt, doch in Kiesingers Erinnerungen wird erstaunlicherweise keiner der militärischen Gründungsväter der Bundeswehr namentlich erwähnt, auch nicht sein Landsmann Speidel. Dabei trafen sich beide häufig in kleinem Kreis, und Kiesinger nutzte wiederholt Speidels militärstrategischen Sachverstand. So ließ er sich und sein Kabinett 1957 von ihm über die militärpolitische Lage unterrichten. Kiesinger war der Auffassung, eine

(1965-1967). In der Landeshauptstadt war der Stab des VII. US-Korps stationiert.

mögliche Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen werde die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährden.³⁷ Am 10.11.1959 feierte eine „kleine, erlebte Runde“,³⁸ zu der neben Bundespräsident Heuss und Ministerpräsident Kiesinger, General Speidel, Ernst Jünger und Carl Zuckmayer gehörten, in Marbach den 200. Geburtstag von Friedrich Schiller. Im April 1960 trug Kiesinger – in Anwesenheit von Speidel – auf einem NATO-Seminar, das von dem Politologen und Soziologen Prof. Arnold Bergstraesser (1896-



Abb. 2: Abschreiten der Front eines Ehrenzuges anlässlich des Besuchs von Baden-Württembergs Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger am 25. Januar 1963 beim Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa Mitte, General Dr. Hans Speidel, in Fontainebleau.

1964) organisiert worden war, an der Universität Freiburg vor.³⁹

Am 25.01.1963 stattete Kiesinger dem Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa Mitte, General Speidel, in Fontainebleau einen Besuch ab (Abb. 2). Es dürfte die Ausnahme sein, dass der Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes einen ihm bekannten General im Ausland offiziell besucht. Als Leutnant Hans Speidel (* 1938), Speidels Sohn, bei Professor Wilhelm Hennis (* 1923) im Rahmen einer umfangreichen Seminararbeit über die Arbeitsweise der Staatskanzleien der Länder u.a. auch in Stuttgart recherchierte, ließ es sich Ministerpräsident Kiesinger nicht nehmen, den jungen Offizier

32 Kommandierende Generale während der Amtszeit Kiesingers waren die Generalleutnante Max-Josef Pemsel (1957-1961) und Leo Hepp (1961-1967).

33 Die Divisionskommandeure zwischen 1959 und 1966 waren die Generalmajor Hepp (1959-1960), Graf Kielmansegg (1960-1963), Moll (1963-1965) und Gerber (1965-1968).

34 An dessen Spitze standen zwischen 1958 und 1966 die Generalmajor und Befehlshaber Kurt Freiherr von Liebenstein (1956-1960), Helmuth Reinhardt (1960-1962) und Otto Lechler (1962-1968).

35 Kommandeure waren die Generalmajor Dr. Adolf Hempel (1963-64), August Hentz (1964-67), Eberhard Gralka (1967/68), Werner Leuchtenberg (1968/69) und Hand Wilde (1969/70).

36 Henry I. Hodes (1956-1959), Clyde D. Eddleman (1956-1960), Bruce C. Clarke (1960-1962), Paul L. Freeman Jr. (1962-1965) und Andrew P. O'Meara

37 FAZ vom 20.04.1957

38 Speidel, Hans, Aus unserer Zeit S. 381 f.

39 Speidel, Hans, a.a.O. S. 384.

und Studenten auf zuvorkommende Weise zu empfangen.

Im Januar 1963 war Bundespräsident Heuss bei Kiesinger zu einem Essen eingeladen, an dem auch General Dr. Speidel teilnahm.⁴⁰ Der Ministerpräsident nahm auch an der Abschiedsparade des Oberkommandos der amerikanischen Streitkräfte unter US-General Paul L. Freeman Jr. (1907-1988) in Europa für General Speidel im September 1963 teil.⁴¹ Am 13. und 14.11.1963 war Speidel zum 69. Geburtstag des Chefs des Hauses Württemberg, Herzog Philipp, eingeladen. Ministerpräsident Kiesinger war ebenfalls zu Gast. Bei Kiesingers 60. Geburtstag im April 1964 gratulierte General Dr. Speidel mit folgenden Worten: „*Es mag vielleicht merkwürdig anmuten, dass ein Soldat in die Runde der Gratulanten ... tritt. Das staatsmännische und politische Wirken unseres baden-württembergischen Ministerpräsidenten ist aber seit eh und je mit der atlantischen Verteidigung eng verbunden. Ö er (hat) sich in Wort und Tat und Schrift für einen sinnvollen Schutz unserer Heimat und die Verteidigung unserer abendländischen Welt zur Sicherung von Frieden und Freiheit eingesetzt Ö*“.⁴²

Am 13./14.11.1964 wurde der 70. Geburtstag des Chefs des Hauses Württemberg, Herzog Philipp, auf Schloss Althausen bei Ravensburg und in Friedrichshafen festlich begangen. Speidel wurde in Anwesenheit Kiesingers mit dem Großkreuz des württembergischen Militärverdienstordens ausgezeichnet.⁴³ Den Silvesterabend 1964 feierte das Ehepaar Kiesinger mit Familie Speidel, Landesbischof Martin Haug (1895-1983), Professor Bergstraesser und Major a.D. Wilhelm Baeßler (1878-1975), dem Alterspräsidenten des Stuttgarter Landtages und Speidels Bataillonskommandeur im I. Weltkrieg im „Kurhotel Waldeck“ in Freudenstadt.⁴⁴

40 Heuss – Adenauer, Unserem Vaterlande zugute – Brief Nr. 261 vom 01.02.1963.

41 Speidel, Hans, Aus unserer Zeit, S. 420.

42 Speidel, Hans, Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas, in: Festschrift zum 60. Geburtstag Kiesingers, S. 263f.

43 Speidel, Hans, Aus unserer Zeit, S. 423.

44 Speidel Hans, a.a.O. S. 424. Baeßler war der Besitzer des Freudenstädter Hotels Waldeck. Das Ehepaar Kiesinger saß zusammen mit Hans Speidel jun.,

Beim Abschied Speidels aus dem aktiven Dienst in Ulm war Kiesinger nicht anwesend. Am 29.10.1967 nahm der Kanzler an einem Empfang teil, den der Bundesminister der Verteidigung anlässlich des 70. Geburtstages von General a.D. Dr. Speidel gab (Abb. 3). Es war weit mehr als nur eine politische Geste, denn der Kanzler „blieb lange“.⁴⁵ An der Trauerfeier⁴⁶ Speidels am 03.12.1984 in Bad Honnef konnte Kiesinger – mittlerweile im Ruhestand und 80 Jahre alt – nicht teilnehmen.



Abb. 3: Kanzler Kiesinger beim 70. Geburtstag von General a.D. Dr. Hans Speidel am 29.10.1967 (v.l.: Kanzler, Dr. Speidel, Schwiegertochter Ulrike Speidel, Speidels älteste Tochter Dr. Ina Saame und Sohn Hauptmann Hans Speidel).

Am 01.12.1966 wurde Kiesinger zum Nachfolger Professor Ludwig Erhards zum Kanzler gewählt und bildete zusammen mit der CDU/CSU und der SPD eine Große Koalition. In Kiesingers Regierungserklärung vom 13.12.1966 traten sicherheitspolitische Aspekte zugunsten der Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Hintergrund. Überdies wollte Kiesinger den Eindruck vermeiden, „als drehe sich in Deutschland immer *alles ums*

dessen Braut und deren Eltern an einem Tisch. Das Hotel ist heute ein Seniorenheim.

45 Brief BrigGen a.D. Hans Speidel jun. an den Verfasser vom 03.11.2008.

46 Als höchster Vertreter des Staates nahm Bundespräsident von Weizsäcker teil. Die Beisetzung fand einen Tag später im engen Familienkreis – anwesend waren dabei der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel und Herzog Carl vom Hause Württemberg – auf dem Stuttgarter Pragfriedhof statt.

Militär“.⁴⁷ Die Bundeswehr sprach er nur indirekt an: „*Auch die Verteidigungsausgaben müssen sich nach der Finanzlage des Bundes richten. Der Verteidigungshaushalt ist aber keine Reservekasse für die Korrektur der Haushaltssünden vergangener Jahre*“.

Die wirtschaftliche Rezession Mitte der sechziger Jahre hatte zu einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes geführt, und auch die Große Koalition unter Kiesinger sah sich diesen Zwängen ausgesetzt. Der CDU-Außenpolitiker Gerhard Schröder (1910-1989)

wurde Verteidigungsminister, und Ulrich de Maizière (1912-2006) war als Generalinspekteur erst seit drei Monaten im Amt. Unter Kiesinger erhielt das Kanzleramt eine neue Organisation: 3 Abteilungen (Innen und Außen, sowie Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik). Das bisher selbständige Verteidigungsreferat wurde in die Außen-Abteilung eingegliedert. Oberst i.G. Gerhard Stamp (1920-1998), der vormalige Referatsleiter und Büro-

leiter von Kanzler Erhard fungierte unter Kiesinger noch einige Monate als dessen Persönlicher Referent und hatte unmittelbares Vortragsrecht. Als der CSU-Politiker und frühere Offizier Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921-1972)⁴⁸ im Mai 1967 als Parlamentarischer Staats-

47 Vgl. Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! S. 71.

48 Der Sohn eines Marineoffiziers trat 1936 in das Reiterregiment 17 (1939: Aufklärungsabteilung 7 Bamberg) ein, um Berufsoffizier zu werden und nahm an den Feldzügen in Polen, Frankreich und Russland teil. Im Jahre 1940 stand er wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ vor einem Kriegsgericht, kam aber mit einer Disziplinarstrafe davon. Während eines Fronturlaubes erfuhr er durch seinen Onkel Karl Ludwig von den Staatsstreichplänen von Admiral Canaris, dem Chef der Abwehr. Im Herbst 1944 geriet er als Oberleutnant in englische Kriegsgefangenschaft und arbeitete bei der BBC und beim „Soldatensender Calais“.

sekretär ins Bundeskanzleramt zog, wurde ein Zimmer für ihn gesucht. Staatssekretär Werner Knieper (1909-1977) wies zunächst den Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor Werner Krueger (1915-1998), an, sein Dienstzimmer auf der „Belle Etage“ des Palais Schaumburg zu räumen. Doch dieser widersetzte sich. Und so gab letztlich Oberst Stamp sein Zimmer her und zog kurz vor seiner routinemäßigen Versetzung aus dem Kanzleramt ins Dachgeschoss. Am 01.04.1968 wurde das Referat III/3 wieder mit einem Luftwaffenoffizier besetzt: Oberst i.G. Dr. Wilhelm Ortman (* 1920; später Generalmajor) übernahm das Referat und leitete es bis zum 31.03.1970, d.h. noch fünf Monate unter Kanzler Willy Brandt.

Im Juli 1967 kam es zu einem Streit über die Zukunft der Bundeswehr, die sich an geplanten Kürzungen des Verteidigungshaushalts entzündet und zugleich eine Diskussion über das direkte Vortragsrecht nachgeordneter Offiziere beim Kanzler entfacht hatte. Vor dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel waren im BMVg unter Generalinspekteur de Maizière alternative Streitkräftemodelle untersucht worden. Diese „blieben dem Palais Schaumburg nicht verborgen und beunruhigten den Kanzler aus außen- und innenpolitischen Gründen“. Um in der Diskussion über die Streitkräfteplanung besser informiert zu sein, hatte Kiesinger die Meinung der pensionierten Generale Heusinger und Dr. Speidel und zweier deutscher Generale in NATO-Verwendungen (Kielmansegg und Baudissin) eingeholt. Dann aber bestellte er – unter Umgehung von Minister Schröder und Generalinspekteur de Maizière – auch den Inspekteur des Heeres Moll (1908–1989), den er aus dessen Zeit als Divisionskommandeur in Sigmaringen kannte, und der Vorbehalte gegen die Modelle der Hardthöhe hegte, unmittelbar zu sich. Daraufhin drohte Minister Schröder mit Rücktritt. Der Disput endete mit einer Klarstellung, dass der Bundeskanzler zwar Offiziere der Bundeswehr empfangen könne, aber nur im vorherigen Einvernehmen mit dem Verteidigungsminister.⁴⁹ Dies

⁴⁹ Maizière, Ulrich de, In der Pflicht, S. 293.

daten, den Generalinspekteur, ein und zeigt zugleich, dass dieser seine Aufgabe als „militärpolitischer Berater der Bundesregierung“ immer nur in Abstimmung mit dem Verteidigungsminister, nicht aber unabhängig wahrnehmen kann, da anderenfalls ein Loyalitätskonflikt droht.

Das Verhältnis zwischen Kanzler und seinem Verteidigungsminister, seinem Rivalen um das Kanzleramt, wurde zusätzlich getrübt, als Schröder ohne Absprache mit dem Kanzleramt Anfang Juli 1967 bekannt gab, die Stärke der Bundeswehr werde um 60.000 Soldaten auf 400.000 Mann verringert. Doch nur wenige Tage später, am 18. Juli, schritten Kiesinger und Schröder beim ersten offiziellen Besuch der Truppe als Kanzler die Front der Ehrenkompa-



Abb. 4: Besuch von Kanzler Kiesinger an der Panzertruppschule in Munster am 18. Juli 1967 (v.l.: GenLt Moll, Inspekteur Heer, BK Kiesinger, BMVg Schröder, GenInsp de Maizière)

nie „in schöner Eintracht, als seien sie nie zuvor verschiedener Meinung gewesen“, ab, schrieb das Hamburger Abendblatt. Kiesinger besuchte zusammen mit Verteidigungsminister Schröder die Kampftruppschule II und die Panzer-Lehrbrigade 9 in Munster (Abb. 4) und nahm an einer großen Waffenschau,⁵⁰ die ursprünglich für US-Verteidigungsminister Robert McNamara (* 1916)⁵¹ geplant war,

⁵⁰ An ihr nahm auch die Kampftruppschule III unter Oberst Gerd Ruge (1913-1997; Ritterkreuz) teil.

⁵¹ McNamara (US-VgMin 1961-1968) hatte den Besuch aus Verärgerung über die geplanten Kürzungen abgesagt; sein letzter Besuch in Munster war am

teil. Kommandeur der Kampftruppschule II war Brigadegeneral Ernst Philipp (1912-2005; Ritterkreuz mit Eichenlaub; später Generalmajor) und Kommandeur der Lehrbrigade Brigadegeneral Karl („Charly“) Deichen (1914-1969; Ritterkreuz). Musste der Kanzler in der Frage des Vortragsrechts zurückstecken, so setzte er sich bei der Verteilung der Haushaltsmittel durch. Durch die Kürzungen sank die Truppenstärke aber nur um 15.000 Mann.

Am 13. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Paktes (WP) in die CSSR ein. Generalinspekteur de Maizière unterrichtete Kanzler Kiesinger am 21. August über die Lage und trug eine Woche später dazu im Bundessicherheitsrat

vor. Als Kiesinger fragte, „warum die tschechischen Soldaten nicht geschossen hätten“, antwortete de Maizière: „Zum einen, weil die tschechische Heeresführung einer Weisung ihrer Regierung folgte und zum anderen, weil der Zeitpunkt so überraschend kam, dass die meisten Soldaten wohl noch in den Kasernen geschlafen hätten“. Kiesinger erwiderte: „Ich hoffe, dass die Bundeswehr in einer ähnlichen Lage nicht in ihren Betten liegt und schläft“. Noch bevor der Generalinspekteur antworten konnte, erwiderte Staatssekretär Karl-Günther von Hase (*1917):⁵²

01.08.1963 gewesen.

⁵² Von Hase stammt aus einer alten Solda-

„Herr Bundeskanzler, ob die Bundeswehr in einer solchen Lage in ihren Betten liegt oder nicht, ist eine politische, nicht eine militärische Entscheidung“. De Maizière schreibt: „Bald danach nahm mich Kiesinger beiseite und sagte mit deutlicher Selbstkritik: „In diesen Tagen hätte der Fall eintreten können, dass ich den Oberbefehl über die Streitkräfte hätte übernehmen müssen. Darauf bin ich nicht vorbereitet. Wir müssen uns häufiger sehen“.⁵³

Dass es jedoch danach zu häufigeren Kontakten zwischen dem Regierungschef und seinem obersten militärischen Berater gekommen ist, wird von de Maizière nicht erwähnt, erscheint aber unwahrscheinlich. Der politische Alltag frisst gute Vorsätze schnell auf. Bis heute hat sich kein Bundeskanzler näher mit den vielfältigen Problemen der Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt auseinandergesetzt. Den Einmarsch der WP-Truppen in die CSSR bezeichnete Kiesinger zwar als „sehr schlimm“, kündigte aber zugleich die Fortsetzung der Entspannungspolitik an.

Am 09.10.1968 empfing Kiesinger den neuen Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez (1911-2006). Am Montag, dem 09.12.1968, besuchte der Kanzler den Stab der 1. und 5. Luftwaffendivision (LwDiv) und das Fernmelderegiment 31 der Luftwaffe auf dem Geißbühl in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb, dem höchsten Standort der Bundeswehr. Die 1. LwDiv war erst wenige Wochen zuvor aus Fürstentfeldbruck in den Einödstandort verlegt worden, und die meisten Soldaten lebten noch von ihren Familien getrennt. Kiesinger wurde von Staatssekretär von Hase und dem Kommandierenden General der Luftwaffengruppe Süd, Generalleutnant Hannes Trautloft (1912-1995), begleitet. Eine besondere Geste war, dass der Kanzler von seinem Sohn Peter (* 1942) begleitet wurde, der als erster Sohn eines Bundeskanz-

lers seinen Wehrdienst beim Fernmelderegiment 31 in Freising abgeleistet hatte und als Leutnant der Reserve ausgeschieden war. Bei dichtem Nebel meldete Leutnant Baumgärtl um 09:20 Uhr den angetretenen Ehrenzug. Kiesinger wurde durch den aus Gaggenau bei Rastatt stammenden Generalmajor Günther Rall (* 1918), den Kommandeur der 1. LwDiv begrüßt und über die Aufgaben und Möglichkeiten des Einsatzes von Luftstreitkräften unterrichtet. Oberstleutnant Hans-Georg Maeckelburg, der Kommandeur des FmRgt 31,⁵⁴ wies den Kanzler in die moderne Gefechtsstandtechnik ein. Anschließend besichtigte Kiesinger die Bunkeranlage des CRC (Control- and Reporting Center) und den Gefechtsstand (TOC) der 1. LwDiv.⁵⁵ Danach fuhr er in die Kaserne und nahm an zwei Unterrichten über die Themen Datenverarbeitung und Wehrstrafgesetz teil. Dabei konnten die Soldaten dem Regierungschef ihre Sorgen und Nöte vortragen. Ein gemeinsames Mittagessen im Offizierheim, an dem auch die Bürgermeister von Meßstetten und Lautlingen teilnahmen, schloss den Besuch ab.⁵⁶

Am 05.05.1969 besuchte Kiesinger zum ersten Mal die Bundesmarine. Um 13:30 Uhr traf er – begleitet von den beiden Staatssekretären Prof. Carstens (Bundeskanzleramt) und von Hase (BMVg) – mit einem Hubschrauber auf dem Fliegerhorst Jagel beim Marinefliegergeschwader 1 (MFG 1) ein. Er wurde durch Marine-Inspekteur Gert Jeschonnek (1912-1999), den Chef der Flotte, Vizeadmiral Karl Hetz (1910-1980), dem Kommandeur der Marineflieger, Flottillenadmiral

Berthold Jung (1915-1992; später Konteradmiral) und dem Kommodore des MFG 1, Kapitän z.S. Günter Luther (1922-1997; später Admiral) begrüßt. Zuerst besichtigte er Einsatzflugzeuge der Marineflieger, ein Flugboot des Typs „Albatros“ und einen U-Boot-Jäger vom Typ „Breguet Atlantic“. Mit dem PKW ging es zur nächsten Station, der Unterwasserwaffenschule der Marine in Eckernförde, wo er von Kapitän z.S. Günther Feist (1914-2006)⁵⁷ begrüßt wurde. Nach einem Mittagessen in der Offiziersmesse „Marienburg“ – es wurde Labskaus gereicht – schiffte sich Kiesinger zum ersten Mal in seinem Leben ein. An Bord des Tenders „Lahn“ (1. U-Bootgeschwader) unter seinem Kommandanten, Korvettenkapitän Hamann, ging es mit 16 Seemeilen



Abb. 5: Kiesinger als „Kapitän zur See“ im Mai 1969 an Bord des Tenders „Lahn“; links Staatssekretär Prof. Carstens, der spätere Bundespräsident.

– mit dem Torpedofangboot „Thetis“ im Kielwasser – bei nebligem Wetter, aber glatter See in Richtung Kiel. Kiesinger machte im Marinemantel und Kapitänsschulterklappen – anders als sein Vorgänger Erhard auf der Fregatte „Augsburg“ am 10.08.1965 bei einer Überfahrt nach Helgoland mit der wenig kleidsamen Marine-Zipfelmütze – eine mediengerechte Figur (Abb. 5). Auf „hoher See“ wurden dem Gast die Landung eines Flugboots „Albatros“, das Auftauchen von „U 7“ und der Absprung von Kampfschwimmern aus einem Hubschrauber vorgeführt. Dabei erlebte er die – ungewollte – Havarie des Zerstörers „Hessen“ mit

57 Vater von Admiral Rainer Feist (1945-2007)

tenfamilie. 1936 trat er in das ArtRgt 19 ein und war – schwer verwundet – bei Kriegsende Major im Generalstab und Ritterkreuzträger. Mit ihm wurde 1967 zum ersten Mal ein ehemaliger Berufsoffizier Staatssekretär im BMVg. 1950 war er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt und danach in den Auswärtigen Dienst eingetreten.

53 Maizière, Ulrich de, a.a.O. S. 300.

54 Das FmRgt 31 unterstand der 5. LwDiv in Birkenfeld.

55 Der 1. LwDiv unterstanden 1968: 3 Jabo-Geschwader (F-104), 2 leichte Kampfgeschwader mit G-91, 1 AufklGeschwader („Immelmann“), 1 Pershing-Geschwader und 9 Verbindungskommandos zu Heeresdivisionen.

56 siehe: Bundesarchiv B 136; Aktenband 4237.

dem Schnellboot „Tiger“. Kiesinger sagte, es wäre „höchste Zeit gewesen, dass sich ein Bundeskanzler an Bord eines Marineschiffes habe einmal sehen lassen“, zeigte sich beeindruckt vom guten Geist, der in der Marine herrsche und versprach wiederzukommen. An der Tirpitzmole in Kiel ging der Kanzler wieder an Land. Am nächsten Tag schiffte sich Kiesinger in Kiel auf dem 3.400 t großen Zerstörer „Bayern“⁵⁸ unter dem Kommandanten Fregattenkapitän Heinz Harre ein und fuhr durch die westliche Ostsee. Nach fünfständiger Fahrt wurde er von einem Flussminensuchboot übernommen und in Burgstaaken auf Fehmarn an Land gebracht

Am 13. Mai 1969 lud der Bundeskanzler einen kleinen Kreis hoher Offiziere der Bundeswehr⁵⁹ mit Damen zu einem Abendessen ins Kanzleramt. Bei strahlendem Frühlingswetter begrüßten der Kanzler und Frau Kiesinger, sowie Minister Schröder und Frau Schröder die Gäste, nachdem Oberst i.G. Dr. Ortmanns sie vorgestellt hatte. Wie nicht selten bei solchen und ähnlichen Einladungen herrschte unter den Militärs keine Einigkeit bezüglich des Anzuges, und so erschien – britischer Tradition folgend – Generalleutnant Johannes Steinhoff, der Inspekteur der Luftwaffe, als einziger Offizier nicht in Uniform, sondern im Smoking. In seiner Tischrede stellte Kiesinger – ganz auf der Linie Adenauers – fest: „Ein Land, das sich nicht aus eigenen Kräften gegen einen möglichen Gegner verteidigen kann, kann sich nicht mehr souverän nennen. Ein solches Land hätte normalerweise nur die Wahl unter die Herrschaft des potentiellen Gegners zu fallen, oder sich in den Schutz eines anderen Mächtigen zu begeben und dessen Protektorat zu werden. In beiden Fällen hätte es seine Souveränität verloren“.⁶⁰

58 1993 Außerdienststellung

59 siehe: Bundesarchiv B 136/ 4240: BMVg Dr. Schröder, StSekr von Hase, ParlStS Adorno, GenInsp de Maizière, die Inspekteure der TSK (Schnez nahm nicht teil); AbtLtr Pers, die KG der 3 Korps und der beiden LwGrp, BefH Flotte, die Amtschefs TrA, LwA und MarA, CINCENT, dt. Vertreter im MC, StvBefH BALTAP, DepChief of Staff SHAPE und BefH NAVBALTAP.

60 Bulletin der Bundesregierung,

Am 18.06.1969 besuchte Kiesinger auf Einladung des Bundesvorsitzenden, Oberst Heinz Volland (* 1921), die Jahresversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes in Bad Godesberg.⁶¹ In seiner Rede setzte er sich mit der Rolle der NATO für die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und der illusionären Option eines bündnisfreien Deutschlands und deren Folgen für die deutsche Sicherheit und Freiheit auseinander. Er betonte, die Zeit in der Bundeswehr habe vielen jungen Männern, auch seinem Sohn, gut getan. „Ich will jetzt gar nicht mit den alten Klischees kommen. Ich will gar nicht mit dem ‚Bürger in Uniform‘ und der ‚Inneren Führung‘ kommen, ich will ganz einfach sagen (Anm.: starker Beifall) – meine Damen und Her-



Abb. 6: Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit Staatssekretär Günter von Hase und Generalinspekteur Ulrich de Maizière 1969; im Hintergrund der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez.

ren, jetzt habe ich etwas angerichtet –, nichts gegen all diese Formeln, die in schweren Jahren gefunden und geprägt worden sind. Sie sind ja der Ausdruck eines großen Ringens um diese neue Bundeswehr und ihre Integration in unsere demokratische Gesellschaft gewesen. Aber manchmal werden eben gewisse Formeln auch abgeschliffen und sie verlieren etwas von dem Leben, das sie einmal besessen haben“.

B 1969/537.

61 Anwesend waren u.a. die StSekr Adorno, Prof. Carstens und von Hase, Wehrbeauftragter Hoogen, MdB Berkhan, General a.D. Heusinger und Generalinspekteur de Maizière.

Er wisse, was gute und was schlechte Vorgesetzte anrichten können, und forderte die Vorgesetzten auf, durch ihr persönliches Beispiel dazu beizutragen, dass „die Bundeswehr eine große Schule der Nation für unsere jungen Leute wird“. Diese Textpassagen wurden so interpretiert, als stellte der Kanzler das Konzept vom Staatsbürger in Uniform zur Disposition, was zu einem Proteststurm in Medien und Politik führte. Und so korrigierte Kiesinger seine Äußerung im Bundestag.⁶²

Am 10.09.1969 besuchte der Kanzler – zusammen mit Generalinspekteur de Maizière (Abb. 6) – das Manöver „Großer Rösselsprung“ des III. Korps unter Generalleutnant Gerd Niepold (* 1913) im Übungsraum zwischen Kassel und Höxter.

Nach den Bundestagswahlen im Herbst 1969, dem Wahlsieg der SPD unter Willy Brandt und der Bildung der Koalition zwischen SPD und FDP, endete Kiesingers Amtszeit. Er wechselte auf die Oppositionsbank und blieb bis 1980 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Die europäische Einigung zählte zu Kiesingers wichtigstem Anliegen. Dabei hatte er schon früh auf die Notwendigkeit hingewiesen, nach der

Aussöhnung mit dem

Westen auch Osteuropa die Hand zu reichen. „Hüben wie drüben wird man sich aus eingefahrenen Denk- und Willensbahnen lösen müssen, wenn wir alle die künftige Geschichte nicht als wehrlose Opfer, sondern allen Zwängen der Entwicklung zum Trotz als ihre Gestalter erfahren wollen“.⁶³ „Aber wir sollten keinen Weg nach Westen tun, ohne immer daran zu denken, dass wir eines Tages Schritte nach Osten

62 Amtsnachfolger Brandt widersprach ihm zunächst in Koblenz am 21.08. und später in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969: „Die Schule der Nation ist die Schule“.

63 Erklärung Kiesingers vor dem Deutschen Bundestag am 14.06.1967.

tun müssen. Die Geschichte geht immer wunderliche Wege“.⁶⁴

Und so war es nur folgerichtig, dass in seiner Kanzlerschaft die „Hallstein-Doktrin“, das Alleinvertretungsrecht deutscher Interessen, durch die Bundesrepublik Deutschland, gekippt wurde. Dies machte den Weg frei für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, der CSSR und Jugoslawien 1967/68 und damit letztlich für Brandts Ostpolitik, als deren „Großvater“ man Kiesinger durchaus bezeichnen kann. In einer Rede in Hohenheim am 07.06.1966 nannte er – als theoretische Möglichkeit und nicht im Sinne einer Handlungsstrategie – als Gründe einer deutschen Wiedervereinigung auch die Option einer inneren Krise der Sowjetunion. Trotz der durch die Außerparlamentarische Opposition innenpolitisch aufgeheizten Zeit wurden 1968 mit Zustimmung der SPD die ambitionierten und damals sehr umstrittenen Notstandsgesetze verabschiedet. Die politische Bilanz seiner kurzen, nicht ganz dreijährigen Kanzlerschaft kann sich sehen lassen. Doch werden Kiesingers außenpolitische Weichenstellung und Weitsicht bis heute ebenso unterschätzt wie die Erfolge seiner Großen Koalition. Auch das achte Gebot, das Verbot falsches Zeugnis zu reden, scheint bis heute bei Kiesinger nicht zu gelten.

Die beiden Altkanzler Erhard und Kiesinger nahmen – zusammen mit Bundespräsident Heinemann und Minister Schmidt als Vertreter von Kanzler Brandt, sowie Generalinspekteur de Maizière – im November 1970 am Begräbnis von General de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises teil.

Am 9. März 1988 in Tübingen verstarb Kurt Georg Kiesinger an Herzversagen. Nach einem Staatsakt in St. Eberhard bei Stuttgart fand er auf dem Stadtfriedhof in Tübingen seine letzte Ruhestätte. Zwei Jahre später wurde auch seine Frau Marie Luise dort beigesetzt. Die Kaserne des Transporthubschrauberregiments 25 „Oberschwaben“ der Heeresflieger in Laupheim trägt seit 1989 den Namen des dritten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland.

Quellen und Literatur:

- Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976
- Brandt, Willy, Erinnerungen, Propyläen Ullstein Verlag, Frankfurt 1989
- Buchstab, Günter; Gassert, Philipp; Lang, Peter Thaddäus (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904 1988 Von Ebingen ins Kanzleramt, Verlag Herder Freiburg, 2005
- Bundesarchiv, Bestandssignatur B 136 – Aktenbände 4237,4240
- CDU-Bundesvorstands 1965 – 1969, Die Protokolle des, Buchstab, Günter (Bearb.)
- Bulletin der Bundesregierung
- Führung und Bildung in der heutigen Welt – Festschrift zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger, DVA Stuttgart 1964
- Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 Kanzler zwischen den Zeiten, DVA München 2006
- Hermann, Lutz, Kurt Georg Kiesinger, Ein politisches Porträt, Persönlichkeiten der Gegenwart Band 10, Eurobuch-Verlag August Lutzeyer, Freudenstadt 1969
- Hoeth, Lutz, Die Evangelische Kirche und die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1958, Dissertation, Technische Universität Berlin 2008
- Hoff, Klaus, Kurt Georg Kiesinger, Die Geschichte seines Lebens, Ullstein-Buch Nr. 3640, Verlag Ullstein Frankfurt/M. 1969
- Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre, Erinnerungen 1904-1958, DVA Stuttgart 1989
- Kiesinger, Kurt Georg, Schwäbische Kindheit, Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1964
- Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Band 50, Droste Verlag, Düsseldorf 2005
- Klarsfeld, Beate, Die Geschichte des PG 2 633 930 Kiesinger, Dokumentation mit einem

Vorwort von Heinrich Böll, Joseph Melzer Verlag, Darmstadt 1969

- Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden – Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 52, R. Oldenbourg Verlag, München 1997
- Maizière, Ulrich de, In der Pflicht, Verlag E. S. Mittler & Sohn, Herford 1989
- Ortmanns, Dr. GenMaj a.D., Briefwechsel und telefonischer Kontakt mit dem Verfasser 2008
- Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger Sein Leben und sein politisches Wirken, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2006
- Schmidt, Helmut, Außer Dienst, Eine Bilanz Siedler Verlag, München 2008
- Speidel, Dr. Hans, Aus unserer Zeit, Erinnerungen Verlag Ullstein Frankfurt/Dt. Bücherbund 1977
- Speidel, Hans jun., Briefwechsel mit dem Verfasser 2008

Bildnachweis:

- Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung (6), Ausbildungszentrum Munster (4), Privatarchiv GenMaj Dr. Ortmanns (5) und Privatarchiv BrigGen a.D. Speidel (2,3),
- Besonderer Dank gilt: Generalmajor a.D. Dr. Wilhelm Ortmanns und Brigadegeneral a.D. Hans Speidel jun.

Verfasser:

Dieter Kilian, Oberst a.D.; Militärattaché 1980-1984 in Pakistan und 1991-1994 in Saudi-Arabien; zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, u.a. in: AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003 (Sonderdruck) „Islam und Westliche Welt; AUFTRAG Nr. 259/August 2005 bis 268/Dezember 2007 „Die Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ sowie ab Nr. 269/März 2008 „Die Bundeskanzler und die Bundeswehr“ (Adenauer Nr. 269 bis 271 und Erhard Nr. 272).



64 Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger, S. 288.

Rom in der christlichen Spätantike

Lehren für die innere und äußere Sicherheit am Beispiel der Völkerwanderungszeit

VON ANDREAS M. RAUCH

Unter den Völkerwanderungen in der christlichen Spätantike verstehen wir im engeren Sinne die Wanderungen der germanischen Völker. Diese beginnen mit dem Einbruch der Hunnen im Jahr 375/376 n. Chr. in Ostmitteleuropa, vor allem in die südrussische Steppe. Es handelt sich dabei um eine geschlossene Abwanderung ganzer Volksgruppen. Diese Bevölkerungsbewegungen entstanden durch Missernten, Klimaverschlechterungen, durch Überbevölkerung und Bedrohungen von außen. Die Menschen der Völkerwanderung verließen ihre Heimat, um ein besseres Leben und günstigere Lebensbedingungen zu finden; mitunter wurden sie auch einfach vertrieben. Die Völkerwanderungszeit stellt sich als hoch aktuell dar, da auch wir heute in Zeiten der Migration, also der Wanderungsbewegungen, leben, und dabei manches zu einem Problem für die innere und äußere Sicherheit eines Landes werden kann.

Rom bezeichnete alle Nicht-Römer, auch die Menschen der Völkerwanderungszeit, die meist nicht des Griechischen mächtig waren, als Barbaren. Damit war auch verknüpft, dass sie nicht über die römische Lebensart verfügten, also über ein Mindestmaß an Bildung oder körperlicher Hygiene. Der Begriff der Barbaren wurde seit dem Toleranzedikt von Mailand 313 n. Chr. durch Kaiser Konstantin und die Konstituierung des Christentums als römische Staatsreligion 391 n. Chr. durch Kaiser Theodosius auch auf nicht christlich getaufte Menschen übertragen.

Mit dem Einfall der Hunnen waren viele Völker gezwungen, ihren Lebensraum zu verlassen und neue Lebensräume zu erschließen. Dominoeffektartig mussten die Barbaren Richtung Römisches Imperium ausweichen und brachten die Römer unter Druck. Einen Einschnitt auch ins

politische Bewusstsein der Römer waren die Einfälle des Westgotenkönig Alarich in Italien 401, 403 und 408 sowie 410, als er auch Rom plünderte. Das Römische Reich musste sich an diesen politischen Zustand bis zu seinem Ende unter Kaiser Romulus Augustus im Jahr 476 n. Chr. gewöhnen; zugleich waren diese westgotischen Einfälle erste politische Zeichen für die Schwäche und den sich abzeichnenden Niedergang des weströmischen Reiches.

Die angesprochene Völkerwanderungszeit endet mit dem Einfall der Langobarden in Italien 568, auch wenn es danach noch weitere Wanderungsprozesse gab. Die Völkerwanderungszeit bildet damit ein Bindeglied zwischen der christlichen Spätantike und dem europäischen Frühmittelalter, da man diese Wanderungsbewegung beiden Epochen zuordnen kann. Als Ende der Spätantike und als Beginn des Frühmittelalters wird das Jahr 529 n. Chr. angesetzt, als der byzantinische Kaiser Justinian die Akademie des Platon in Athen schließt.

Konfrontation zwischen Römern und Barbaren

Das Imperium Romanum hatte bereits weit vor der Völkerwanderungszeit eine enorme Sogwirkung auf die Barbaren. Der Reichtum und die Kunst der Römer galten den Germanen schon im 1. Jahrhundert als Vorbild und für germanische Adlige waren römische Gegenstände Prestigeobjekte.

Die Markomannenkriege (166–180 bzw. 182 n. Chr.) bezeichnen die kriegerischen Auseinandersetzungen in den Donauprovinzen, Norditalien, auf dem südlichen Balkan und im Barbaricum nördlich der mittleren Donau. Obwohl die Kriege nach dem den Römern gut bekannten Stamm der Markomannen benannt wurden, waren

an dem Konflikt zahlreiche Barbarengruppen bis hin zum Ostseeraum beteiligt. Zur Zeit der Markomannenkriege kommt es im Barbaricum zur Herausbildung größerer Stammesverbände, zu gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Siedlungsverlagerungen. Die Barbarenvölker traten an, die Vormundschaft Roms zu lockern oder gänzlich abzuschütteln. Den Römern sollte es nicht mehr gelingen, das Reich territorial zu erweitern und sich als die dominierende Supermacht durchzusetzen. Die Markomannenkriege gelten als Vorbote der Völkerwanderungszeit.

Erste größere Plünderungszüge der Germanen im Römischen Reich gab es dann im letzten Drittel des dritten Jahrhunderts. Unter Kaiser Valerian spricht vieles dafür, erst jetzt von einer „Reichskrise“ zu sprechen. Neben den germanischen Völkern waren Valerians Truppen zugleich an der Ostgrenze mit starken kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Persern konfrontiert, deren Valerian 260 selber als Gefangener unterlag. Valerian wurde in Gefangenschaft durch die Perser ermordet und sein Sohn Gallienus, der zuvor bereits als Mitkaiser fungierte, übernahm die Alleinherrschaft. Welche unermesslichen Reichtümer die Barbaren damals aus dem Römischen Imperium entwendeten, machte die Ausstellung „Der Barbarenschatz – Geraubt und im Rhein versunken“ 2008 im Rheinischen LandesMuseum im Bonn auf eine sehr eindrucksvolle Art deutlich.

Der plötzliche Einfall der Hunnen in den nördlichen Schwarzmeerraum 375 gilt als der eigentliche Auslöser der Völkerwanderung und leitete eine neue Phase der Konflikte zwischen Römern und Barbaren ein. Diese Auseinandersetzung fand vor allem entlang des mit einem Limes abgesicherten Rheins zwischen Xan-

ten über Köln bis hin zum Main und die Donau statt. Zur Vermeidung militärischer Konflikte und Befriedung der Grenzregionen an Rhein, Main und Donau ließ Rom enorme Mengen an Gold über die Grenze fließen, was noch heute an den reich ausgestatteten Kriegsgräberfunden der barbarischen Eliten abzulesen ist.

Innere und äußere Sicherheit – Erfahrungen des Römischen Imperiums für die Gegenwart

Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Römern und germanischen Barbaren gelangten immer mehr germanische Volksgruppen ins Römische Reich und konnten letztendlich im 5. Jahrhundert n. Chr. auf dem Territorium des Weströmischen Reiches eigene Reiche (z. B. das Suebenreich und Vandalenreich) errichten. Ohne die römische Infrastruktur wäre es den Barbaren wohl nicht gelungen, auch nicht außerhalb des Weströmischen Reiches, eigene Reiche zu errichten. Wichtig ist, dass die germanischen Völker keineswegs homogen waren, sondern komplett heterogene Gruppen, die sich zusammengeschlossen hatten, um am Reichtum, Fortschritt und Kultur des Imperium Romanum teilhaben zu können. So wie einst die oftmals entwurzelten, heimatlosen und armen Barbaren versuchten, etwas vom Wohlstand des Römischen Reiches für sich mitzunehmen, steht es auch im Ansinnen vieler Flüchtlinge aus Entwicklungsländern, ihre persönliche Lage durch die Einwanderung nach Europa zu verbessern.

Es lag also keinesfalls in der Absicht der Barbaren, das Römische Reich zerstören, sondern es ging um Teilhabe (Partizipation) an vorhandenem Reichtum. Nicht nur der Hunger, wie früher oft angenommen, trieb die Menschen Richtung Römer, sondern vor allem die enorme Sogwirkung des technischen und handwerklichen Fortschritts, angenehmer Lebenskultur (etwa in Form der Thermenhäuser) und des Reichtums an Edelmetallen, Kunsthandwerk und Architektur. Neugier und Gier bildeten neben dem Hunger und der Vertreibung durch andere germanische Völker den Grund für die Völkerwanderungen in Europa.

Letztendlich zerbrach das Römische Reich unter anderem an den Völkerwanderungen. So wie einst das Expansionsstreben der Hunnen germanische Wanderungsbewegungen auslöste, rufen Missernten, Verfolgungen und Kriege auch heute noch Wanderungsbewegungen hervor, so wie der Balkankonflikt viele Kriegsflüchtlinge u. a. auch nach Deutschland führte. Welche Folgen zu viele Flüchtlinge für ein Land haben können, wird am Beispiel Roms deutlich. Zu viele Flüchtlinge vermögen ein Land so stark zu destabilisieren, dass es ggf. selber an der Last zerbricht. In diesem Zusammenhang ist es auf die heutige weltpolitische Lage bezogen wichtig, dass die Bundeswehr sich im Ausland engagiert und für Ruhe und Ordnung sorgt, denn nur wenn in anderen Ländern Frieden und Stabilität herrscht, herrscht auch Sicherheit in Deutschland.

Im Zeichen des Kreuzes

Die Auseinandersetzung mit den Westgoten und Langobarden führt uns in die Ursprünge europäischer Kultur und Religion. Die Religion der Germanen war polytheistisch (Mehrgötterglaube). Ihr Hauptgott war Odin oder Wodan, aus dem sich der Wochentag Mittwoch (niederländisch: Woensdag) ableitet. Zweitwichtigster Gott war der Kriegsgott Tyr oder Zin, aus dem sich der Wochentag Dienstag ableitet (alemanisch: Zyshtag, englisch Tuesday). Weil die Germanen polytheistisch geprägt waren, nahmen sie das Christentum zunächst auch als Vielgötterglauben mit der Wesensgleichheit von Gottvater, Jesus Christus und dem Heiligen Geist wahr und folgten somit der Lehre des Arius. Das Konzil von Nicäa 325 n. Chr. verdammt jedoch ausdrücklich die arianische Lehre.

Durch das Betreiben des Athanasius wurde auf dem Konzil von Konstantinopel 381 n. Chr. die Wesenseinheit Gottes bestimmt, der in drei Personen verehrt wird – als Gottvater, Jesus Christus und dem Heiligen Geist. Hieraus erwuchs die spätere, mittelalterliche Trinitätslehre. 587 übernahmen die arianischen Westgoten die Lehre des Athanasius, die inzwischen Dogma der katholischen

Kirche geworden ist. Seither gehören die Westgoten, die sich vor allem in Spanien und Frankreich ansiedelten, zu den treuesten Mitgliedern der katholischen Kirche. Auch in den westgermanischen Staatsgründungen der Franken, der Ostgoten, der Angelsachsen und Langobarden konnten sich Athanasius und die katholische Trinitätslehre allmählich durchsetzen.

Die Weichen für die römische Spätantike wurden durch das so genannte „Mailänder Toleranzedikt“ von 313 n. Chr. unter Kaiser Konstantin dem Großen gestellt, in dem Religionsfreiheit im Römischen Reich garantiert wurde und damit das Christentum den Religionen anderer Völkern und vor allem dem römischen Staatskult mit seinen vielen Göttern gleichgestellt wurde. Doch erst im Jahre 391 n. Chr. unter Kaiser Theodosius dem Großen wurde die christliche Lehre zur offiziellen Staatsreligion im Imperium Romanum erhoben.

Das frühe Christentum entwickelte sich vornehmlich in Städten, wo aktive Gemeinden entstanden und neue Kirchenbauten das Stadtbild prägten. Mit dem Vordringen des christlichen Glaubens ging die Verbreitung christlicher Bildsymbole einher. Auch das Bestattungsbrauchtum veränderte sich grundlegend: Die Verstorbenen wurden nicht mehr auf abseits der Siedlungen gelegenen Gräberfeldern beigesetzt, sondern bei den Kirchen entstehenden Friedhöfen bestattet.

Die germanischen Herrscher traten zum Christentum nicht zuletzt aus politischem Kalkül über, denn ein einheitlicher Glaube begünstigte das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Ebenfalls übte Rom und somit dessen christliche Staatsreligion auf die germanischen Stämme eine Sogwirkung aus. Durch diesen Prozess der Integration der Germanen wurden auch Elemente des germanischen Kultus in die christliche Religion übernommen. Bestes Beispiel hierfür stellt das Weihnachtsfest dar, dessen Feier uns bis zu Ende des vierten Jahrhunderts nicht überliefert ist. Das Weihnachtsfest um den 24. Dezember lässt sich eindeutig auf die germanische Sonnenwendfeier zurückführen. Die Feier des christlichen Weihnachtsfestes

lässt sich seit dem fünften Jahrhundert n. Chr. belegen.

Aus dieser Zeit der christlichen Spätantike bleiben uns zum einen die Fragen und Probleme erhalten, die Wanderungsbewegungen für die innere und äußere Sicherheit von Staaten und Völkern mit sich bringen und die gerade in unserer Zeit von hoher Aktualität sind. Zum anderen zeugt die christliche Spätantike auch vom

christlichen Glauben der in das Römische Reich eingewanderten Germanen, wie wir sie heute noch in den Bauwerken der Ostgoten in Ravenna – etwa von König Theoderich – bewundern können. Die Auseinandersetzung mit unseren Vorfahren, den Germanen, führt uns zu den Ursprüngen europäischer Kultur und christlicher Religion, aber auch zur Strahlkraft Roms und seiner christlichen Staatsreligion.

Die germanischen Völker wussten um die Gefahren von Krieg und Frieden, um den Verlust von Heimat und mithin um die Erfahrungen von Vertreibung, Krankheit und Tod, von einem Leben in Armut oder in Wohlstand, um Schuld und Sünde, aber auch um Heil und Erlösung durch den christlichen Gott und in diesem Zusammenhang um die herausragende Rolle von Rom in der christlichen Spätantike.

Vor 150 Jahren

Kaiser Wilhelm II., letzter regierender Hohenzoller

VON BERTRAM BASTIAN

Am 27. Januar 2009 jährte sich der Geburtstag des letzten deutschen Kaisers zum 150. Mal. In der Erinnerung ist Wilhelm II. durch seine Vorliebe für Uniformen und markige Reden geblieben. Zur Finanzierung „seines liebsten Kindes“, die deutsche Hochseeflotte, wurde die Sektsteuer eingeführt. Aber wird diese Verkürzung dem letzten regierenden Hohenzollern gerecht, der einem ganzen Zeitalter seinen Namen gab?

Im Kronprinzenpalais Unter den Linden in Berlin wurde Friedrich Wilhelm Albert Victor Prinz von Preußen geboren. Sein Vater Friedrich war der

Kronprinz von Preußen, seine Mutter Prinzessin Viktoria eine Tochter der englischen Königin Victoria. Deshalb feierte man die Geburt des Knaben sowohl in Preußen als auch in Großbritannien. 1859 war Preußen für Großbritannien noch ein gesuchter Partner wenn es darum ging, die Machtbalance auf dem europäischen Kontinent zu gestalten. Durch Komplikationen während der Geburt wurden die Nervenstränge im linken Arm derart geschädigt, dass dieser Arm weitgehend gelähmt und verkürzt war. Die Erziehung des künftigen Königs von Preußen (später auch des deutschen



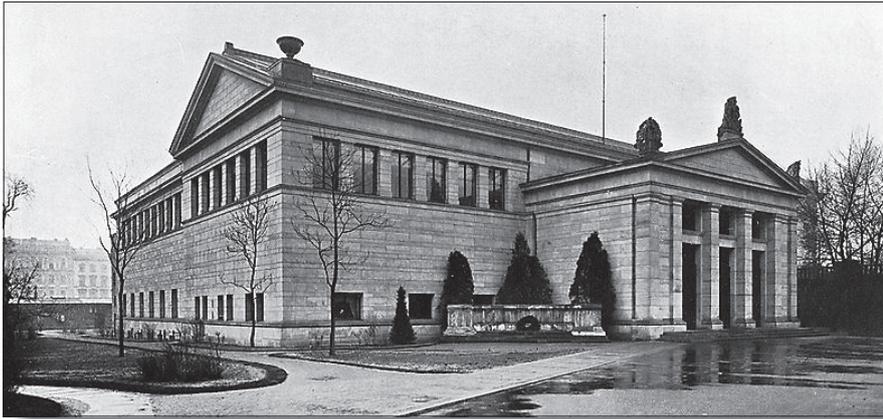
Kaisers) wurde Dr. Georg Hinzpeter übertragen, einem „humorlosen Mann voller Pflichteifer“¹, der in dem heranwachsenden Kind einzig und allein den zukünftigen Souverän sah. Dieser strenge Pädagoge, der kein Lob kannte, konnte in dem Jugendlichen keinen Enthusiasmus für das Lernen erzeugen. In der festen Überzeugung gescheitert zu sein, entließ Hinzpeter den Kronprinzen mit dem Abitur 1877. Von 1877 bis 1879 studierte Wilhelm in Bonn. In diesem beschaulichen Rheinstädtchen von knapp 30.000 Einwohnern genoss er das ungezwungene Studentenleben. Danach begann er seine militärische Ausbildung im I. Garderegiment in Potsdam. Trotz seiner körperlichen Behinderung wurde ein ausgezeichnete Reiter aus dem Prinzen und die Jagd wurde für ihn zu einer Bestätigung seiner Normalität.

Als 1888 der Großvater Wilhelm I. starb, war der Nachfolger Friedrich III. schon todkrank und regierte nur 99 Tage, bevor Wilhelm II. mit 29 Jahren Deutscher Kaiser und König von Preußen wurde. Von Technik und allem Modernen begeistert, stand der junge Kaiser in starkem Gegensatz zu dem alten Reichskanz-



Ansicht des Bode-Museums (Eröffnung 1904, im II. Weltkrieg zerstört, 2006 neu eröffnet) auf der nordwestlichen Spitze der Museumsinsel

¹ Christian Graf von Krockow „Kaiser Wilhelm II und seine Zeit“, Siedler Verlag, Berlin, Seite 26



Ansicht des ersten Pergamon Museum in Berlin 1908 abgerissen, Neubau erst nach dem I. Weltkrieg fertig gestellt

ler Fürst Bismarck, der seit 1862 die Regierungsgeschäfte in Preußen und ab 1870 im Reich wahrnahm. 1890 entließ Wilhelm II. den Reichskanzler und bestimmte danach die Geschicke des Deutschen Reiches mit seinen Beratern selbst. Im Krieg ab 1914 wurde jedoch die Oberste Heeresleitung immer mehr zur beherrschenden Größe.

Dieses „Nicht-Regieren“ im Krieg und seine teilweise überzogenen Reden sind der Nachwelt in Erinnerung geblieben. Seine rege Bautätigkeit in Berlin geriet in Vergessenheit. Der Bauherr des Bode-Museums und der Staatsbibliothek wird heutzutage



Berliner Dom vom Lustgarten aus betrachtet

nicht erwähnt. Ebenso wenig wird bekannt, dass Wilhelm II. den Auftrag für die Errichtung des Pergamonmuseums gab. Noch weniger bekannt ist die religiöse Prägung des Kaisers. Der Monarch wurde durch seinen protestantischen Glauben getragen. Er predigte oft, verknüpfte aber sehr häufig biblisches Geschehen mit der Tagespolitik, was die Zitierfähigkeit seiner Predigten schmälert. Geblieben von

der Religiosität (und seiner Tätigkeit als Bauherr) ist aber der Berliner Dom, dessen Entwurf er maßgeblich beeinflusste. Das Bibelwort: „Lasset

Euch versöhnen mit Gott“ über dem Chor des Domes weist auf das Motto für die Einigung der protestantischen Konfessionen, der Reformierten und der Lutheraner hin. So wirkte Wilhelm II. nicht nur konfessionell harmonisierend auf Katholiken und Protestanten, er machte die Gesellschaft für das deutsche Judentum durchlässiger. Die vielen Ernennungen jüdischer Wissenschaftler zu Professoren am Kaiser-Wilhelm-Institut bezeugen dies ebenso wie die Schirmherrschaft über das Deutsch-Israelitische Bikur-Cholim-Krankenhaus in Jerusalem. Diese Schirmherrschaft hielt der Kaiser selbst im Exil im niederländischen Doorn aufrecht. Leider geht diese Facette des letzten Hohenzollernkaisers im Schatten des ersten Weltkrieges unter. □

Studenttagung über Papst Pius XII.

Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und das katholische Forschungsinstitut Studium Theologicum Salesianum in Jerusalem wollen gemeinsam die Rolle von Pius XII. in der NS-Zeit erörtern. Das Treffen sei auch im Hinblick auf Papst Benedikts bevorstehenden Besuch in Yad Vashem zu sehen, berichtet der Salesianer Francesco De Ruvo gegenüber ZENIT. In Yad Vashem gebe es eine Bildunterschrift zu Pius XII., auf der dem Papst „Schweigen und Fehlen von Leitlinien“ während des Holocausts zugeschrieben werden - eine Behauptung, die von einigen Historikern, darunter auch jüdischen, als völlig falsch zurückgewiesen wird.

„In den letzten Jahren wurden zahlreiche Bücher und neue Artikel veröffentlicht“, erklärt De Ruvo. „Nun liegt neues Material vor, das es erlaubt, neue Aspekte ans Licht zu bringen, die man sich anschauen und zusammenfassen soll, um zu sehen, ob es etwas Neues gibt und manches korrigiert werden soll.“ Die Zeitspanne vor dem Pontifikat Pius XII., die Beziehungen zu den deutschen Bischöfen, Pius XII. und der Holocaust, die Situation in Italien während des Holocausts und die Zeit nach dem Holocaust gehören zu den zu erörternden Themen.

„Für einige ist Pius XII. ein indifferenter Beobachter des Holocausts gewesen, der im Stillen zum Komplizen der gewaltigen Tragödie wurde“, erzählt De Ruvo. „Andere Forscher und Historiker haben für einige Zeit eine völlig andere These vertreten, die eine positive Beurteilung des Wirkens von Papst Pius XII. bedeutet: Er bemühte sich demnach, mit allen möglichen Mitteln die Auswirkungen des Holocausts zu verringern, manchmal mit wirksamen Resultaten.“ Die spätere Position stütze sich auf historische Dokumente sowie auf schriftliche und mündliche Zeugenaussagen. Sie werde von verschiedenen, auch jüdischen Historikern vertreten, unabhängig von der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit.

Francesco de Ruvo meinte, dass „bislang ein Klima des freundlichen und respektvollen Zuhörens zwischen den Einrichtungen, die in diese Initiative involviert sind, gepflegt wurde, die, wie wir hoffen, zu einem Verständnis des jetzigen Texts in Yad Vashem führen wird“. (KNA)

Kirche unter Soldaten

Katholische Militärseelsorge gedenkt des verstorbenen Militärbischof a.D. Dr. Elmar Maria Kredel

Am 29. Oktober 2008 fand zum Gedenken an den am 10. Juli 2008 verstorbenen dritten Militärbischof für die Bundeswehr Dr. Elmar Maria Kredel eine Feierstunde der Katholischen Militärseelsorge statt. Der Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Augsburg, hatte nach München zu einer Akademieveranstaltung im Kardinal Wendel Haus eingeladen. Dabei wurden die Verdienste und der Einsatz von Erzbischof Dr. Kredel gewürdigt. Archivoberrätin Dr. Monica Sinderhauf, Leiterin des Archivs im Katholischen Militärbischofsamt, referierte als Historikerin und Brigadegeneral a.D. Friedhelm Koch erinnerte als Zeitzeuge aus der Sicht des organisierten Laienapostolates an den früheren Militärbischof. Abschließend würdigte Militärbischof Dr. Walter Mixa seinen Vorgänger als stillen, demütigen, frommen Priester. Soldatische Tugenden seien ihm nicht fremd gewesen. In den schweren Jahren des Krieges habe dieser gelernt, Kameradschaft und Geduld als hohe Güter wertzuschätzen.

Am folgenden Vormittag feierte der Militärbischof mit aktiven und ehemaligen Soldaten aus zahlreichen bayrischen Standorten in die Münchener Bürgersaalkirche ein feierliches Pontifikalamt für Erzbischof Kredel. In diesem Gottesdienst wurde auch des in der Katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr hoch geschätzten Soldatenseelsorgers des I. Weltkrieges, des Seligen Pater Rupert Mayer SJ gedacht, dessen Grabstätte sich in der Unterkirche der Bürgersaalkirche befindet.

Die beiden Referate der Akademieveranstaltung sowie die Schlussworte von Militärbischof Mixa sind nachstehend dokumentiert. Die Beiträge sind auch in der Sonderausgabe „In memoriam Dr. Elmar Maria Kredel ...“ der Zeitschrift „Militärseelsorge“, 45. Jg. 2008, hrsg. vom KMBA, Berlin, veröffentlicht worden. (PS)



Botschafter unter Soldaten

Zum Gedenken an Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel von Bamberg (1977-1994), Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr von 1978 bis 1990

VON MONICA SINDERHAUF

Kurzfassung

Dr. Sinderhauf zeigt den Lebensweg des dritten Militärbischofs für die Bundeswehr auf. Dr. Elmar Maria Kredel war der einzige unter den Militärbischöfen, der selbst Soldat gewesen war. Unmittelbar nach dem Abitur 1941 erreichte ihn die Einberufung zur Wehrmacht. Dort, wo er als Sanitäter in der Wehrmacht aufgehört hatte, fing er später als Militärbischof wieder an, nämlich am Krankenbett von Soldaten in Lourdes. In seinem Grußwort als neuer Militärbischof vom 5. Juli 1978 an die Soldaten sagte Kredel, dass die Soldaten weder in der Verantwortung für ihren Dienst und Auftrag von der Kirche im Stich gelassen werden dürften, noch sollten sie und ihre Familien in den besonderen Situationen ohne Seelsorger leben.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit beherrschte die schwierige Debatte um die Atomare Nachrüstung (1979 NATO-Doppelbeschluss) die Öffentlichkeit. Kredel orientierte sich an der Friedensethik der Päpste, der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“ und an dem Wort der Deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ von 1983.

Zugute kam Militärbischof Kredel auch das Institut für Theologie und Frieden, das er unmittelbar nach seiner Berufung als Militärbischof gegründet hatte. Mit der Apostolischen Konstitution *Spirituali Militum Curae* vom 21. April 1986 erhielten die Militärordinariate in der katholischen Kirche eine moderne, gesetzliche Regelung. Die sich daraus ergebende Neufassung der Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs trat am 1. Januar 1990 in Kraft. Zu Kredels letzten Amtshandlungen gehörte der Aufbau der Katholischen Militärseelsorge im Bereich der Bundeswehr Ost.

Erbischof Elmar Maria Kredel ist seit Einrichtung der Katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr im Jahre 1956 der dritte von bisher fünf Katholischen Militärbischöfen gewesen.

Unter dem ersten Katholischen Militärbischof Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising, erfolgte die Grundlegung und der Aufbau der Institution, ihrer Strukturen sowie der Seelsorge vor Ort in den Kasernen¹. Die Arbeit an einer Neufassung der Statuten, die die Bestimmungen des Reichskonkordates im Blick auf die neue Militärseelsorge näherhin regeln sollten, geriet durch den plötzlichen Tod Wendels in der Silvesternacht 1960/61 ins Stocken². Im Oktober 1961 übernahm Franz Hengsbach³, seit 1958 Bischof des neugegründeten Ruhrbistums Essen, dieses zusätzliche Amt. Er vollendete die Arbeit seines Vorgängers. Mit den 1965 in Kraft gesetzten Statuten fand die Gründungsphase ihren kirchenrechtlichen Abschluss⁴. In Hengsbachs 17jähriger Amtszeit erfuhr die Militärseelsorge auf diesem Fundament ihren weiteren Ausbau und mündete in eine Phase der Konsolidierung.

Kredels Vorgänger, Bischof Franz Hengsbach von Essen, trug die doppelte Amtslast am längsten. Kredels Nachfolger, der Fuldaer Bischof, Erzbischof Johannes Dyba, fand durch markante Äußerungen zu Zeitfragen in der Öffentlichkeit sehr viel Beachtung⁵. Zwischen diesen beiden Persönlichkeiten scheint es Militärbischof Kredel schwer zu haben, Profil zu gewinnen. Kann aber die öffentliche Beachtung Maßstab für die Würdigung sein? Gewiss nicht. Als Historikerin vertraue ich hier mehr den vorliegenden Zeugnissen der Militärseelsorge, die im Folgenden zum Sprechen gebracht werden. Ergänzung finden sie darüber hinaus durch die quellengestützten Erinnerungen eines Zeitzeugen. So wird Brigadegeneral a.D. Friedhelm Koch anschließend den Bereich des Laienapostolates in der Zeit Kredels näher beleuchten.

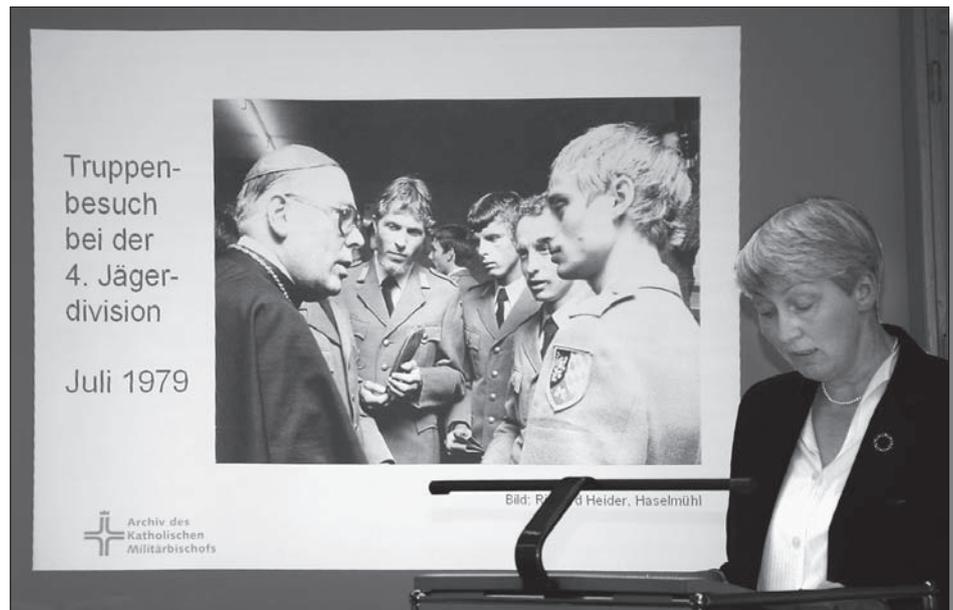
1 Zuletzt P. Pfister, Im Dienst von Wahrheit und Nächstenliebe – Joseph Kardinal Wendel, Begründer der Militärseelsorge und erster Katholischer Militärbischof der Deutschen Bundeswehr, in: Kirche unter Soldaten. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt Berlin, Heiligenstadt 2006, S. 71-117.

2 AKMB Akten Werthmann 01/I.

3 Erwin Gatz, in: Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945-2001. Ein biographisches Lexikon, hrsg. v. Erwin Gatz, Berlin 2002, S. 192-198.

4 Franz Lubbers, Die Neuordnung der Militärseelsorge, in: Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr. Ein Neubeginn (1951- 1957), hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Köln 1986, S. 13-21.

5 Erzbischof Johannes Dyba „Unverschämt katholisch“, bearb. v. Gotthard Klein und Monica Sinderhauf (Quaestiones non disputatae, Bd. VI, hrsg. v. Ulrich-Paul Lange), 3. Auflage, Siegburg 2002.



Dr. Monica Sinderhauf, Leiterin des Archivs im Katholischen Militärbischofsamt, illustriert ihren Vortrag über Erzbischof Kredel mit zahlreichen Bildern aus seiner Zeit als Militärbischof.

Elmar Maria Kredel⁶ wurde 1922 in eine Beamtenfamilie rhineingeboren. Er gehörte zu jener Generation junger Männer, die als Soldaten den Zweiten Weltkrieg erleben mussten. Er ist der einzige unter den Militärbischöfen, der selbst Soldat gewesen ist und als solcher lange vor seiner Ernennung zum Militärbischof mit Militärseelsorge unmittelbar in Berührung gekommen war. Für das 1994 vom Katholischen Militärbischofsamt herausgegebene Buch „Priester in Uniform“ wurde auch der ehemalige Militärbischof Kredel als Zeitzeuge befragt⁷. In seinem kurzen Beitrag schilderte er die Situation der Feldseelsorge im Zweiten Weltkrieg aus der Sicht eines Sanitätssoldaten.

Kredel ist in einem „katholischen Milieu“ groß geworden, das durch zwei Brüder der Mutter, die Priester waren, sehr geprägt wurde. Als Jugendlicher hatte er sich, um der Hitler-Jugend zu entgehen, beim Roten Kreuz in seiner Heimatstadt Nürnberg engagiert. Gleich nach dem Abitur 1941 erreichte ihn die Einberufung zur Wehrmacht. Seine Erfahrungen beim Roten Kreuz und seine Fernmatrikulation zum Theologiestudium bewirkten die Musterung für den Sanitätsdienst, wie es gemäß Anhang zum Reichskonkordat allgemein festgelegt worden war. Unter den dortigen Kameraden begegnete er nicht nur Theologiestudenten, sondern auch bereits geweihten Priestern. Aus der Zeit seiner Grundausbildung in Bad Kissingen blieb Kredel in Erinnerung, dass den Theologiestudenten und Geistlichen im Sanitätsdienst verboten war, Seelsorge

6 Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945-2001. Ein biographisches Lexikon, hrsg. v. Erwin Gatz, Berlin 2002, S. 68f. und: „Für Christus leisten wir Botschafterdienste.“ Ansprachen und Predigten des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel 1978-1990, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt Bonn, Bonn/Köln 1991 (nachfolgend zit. als FS Kredel).

7 Priester in Uniform. Seelsorger, Ordensleute und Theologen als Soldaten im Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt und Hans Jürgen Brandt, Augsburg 1994, S. 83ff.

unter den Soldaten zu betreiben. Auch erklärte man ihnen unmissverständlich, dass sie keine Aussicht auf Beförderung zum Offizier hätten.

Kredel kam anschließend für einige Monate nach Frankreich zur Ausbildung in ein kolonialmedizinisches Sonderlazarett, das auf Bakteriologie im Bereich der Tropenhygiene spezialisiert war. Die meisten Patienten waren französische Kriegsgefangene aus Afrika, darunter viele Muslime.

Dort sammelte er auch erste Erfahrungen mit der offiziellen Feldseelsorge. Kriegspfarrer kamen nur selten in die Lazarette. Die Gründe lagen zum einen in der zu geringen Zahl der Kriegspfarrer im Verhältnis zur Masse der mobilgemachten Soldaten, zum anderen in dem Wissen, dass sich unter den Sanitätern viele Priester befanden. Kredel hatte darüber hinaus einen Kompaniechef, der keinerlei Sympathien für die Kriegspfarrer hegte. Wenn ein Kriegspfarrer z.B. seinen Besuch ankündigte, wurde eine Chefvisite angesetzt, so dass weder Patienten noch Sanitäter den Gottesdienst besuchen konnten.

Im Lazarett in Italien arbeitete der zukünftige Theologiestudent dann mit drei Geistlichen zusammen, die ebenfalls als Sanitäter ihren Dienst taten. Kredel beschrieb die Situation wie folgt: „*Wir betrieben still und heimlich Seelsorge. ... „Ich bemühte mich darum, Kontakte zwischen den Geistlichen und Schwerverwundeten herzustellen. So sprach ich mit den Verwundeten und legte ihnen nahe, sich an einen Geistlichen zu wenden, der andere Möglichkeiten habe als ich.“ ... „Ich kann mir diese Zeit ohne diesen seelsorglichen Dienst der Geistlichen gar nicht vorstellen.“*“⁸

Artur Michael Landgraf, Dogmatik-Professor und seit 1943 Weihbischof von Bamberg, gab dem Sanitätssoldat Kredel aus seiner eigenen im Ersten Weltkrieg gewonnenen Erfahrung zuversichtlich mit auf den Weg, er werde die Zeit nicht zu bereuen haben. Sie sei für die spätere Seelsorge von großer Bedeutung. Er sollte Recht behalten. Kredel resümierte, diese Zeit habe ihn sehr geprägt durch die vielen Gespräche mit Kameraden und den Dienst an den Verwundeten. Für ihn war es keine verlorene Zeit⁹. Für sein späteres Amt als Militärbischof sollte sie sich sogar als wertvolle Zeit herauskristallisieren.

Dort, wo er als Wehrmachtangehöriger aufgehört hatte, sollte er später als Militärbischof seinen zusätzlichen Dienst wieder anfangen – am Krankenbett von Soldaten (in Lourdes).

Zuvor jedoch begann er nach kurzer Kriegsgefangenschaft das Theologiestudium in Bamberg, das er seit 1948 in Innsbruck fortsetzte und abschloss. Dort war er Alumne des von Jesuiten geleiteten Collegium Canisianum, das viele bedeutende Bischöfe hervorgebracht hat¹⁰. Nach seiner Priesterweihe im Juli 1950 nahm er seine Studien wieder in Innsbruck auf und wurde 1952 mit einer Dissertation über den „*Apostelbegriff in der neueren Exegese*“ promoviert.

8 Priester in Uniform. Seelsorger, Ordensleute und Theologen als Soldaten im Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt und Hans Jürgen Brandt, Augsburg 1994, S. 84.

9 Ebd., S. 85.

10 Erwin Gatz (Hrsg.), Priesterausbildungsstätten der deutschsprachigen Länder zwischen Aufklärung und Zweitem Vatikanischem Konzil, Freiburg i. Br. u. a. 1994.

Es folgten zwei Jahre in der Seelsorge als Kaplan in Herz-Jesu-Gemeinde in Pegnitz. Sie stellten aber nur ein Intermezzo dar, denn offenbar sollte Kredel seine wissenschaftlichen Studien weiter vertiefen. 1954 ging er für zwei Jahre nach Rom und absolvierte als Mitglied des Kollegs der Anima ein Studium am Bibelinstitut, das er mit dem Lizentiat beendete. Der weitere Weg führte von Rom nach München, wo er neben der Seelsorge im Mutterhaus der Caritasschwester von 1958 bis 1962 eine Assistentenstelle am Universitätslehrstuhl für neutestamentliche Exegese innehatte. Die reine Wissenschaft konnte ihn allerdings nicht so begeistern, weshalb er sich 1962 zugunsten der praktischen Seelsorge entschied. Er wurde Pfarrer in Freienfels sowie in Hollfeld, bis 1967 auf ihn die Wahl zum Mitglied des Bamberger Metropolitankapitels fiel. In der Bistumsverwaltung übernahm er u. a. das neugeschaffene Referat für Erwachsenenbildung.

Im Mai 1977 ernannte ihn Papst Paul VI. zum Erzbischof von Bamberg. Die Weihe erfolgte im Juli desselben Jahres¹¹. In der Deutschen Bischofskonferenz war Kredel bis 1986 Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und sozialkaritative Fragen. Unter seinem Vorsitz entstand dort das Dokument „*Pastorale Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit*“.

Die Jahresfrist seit seiner Bischofsweihe stand noch bevor, da erreichte Erzbischof Kredel die päpstliche Ernennung zum Militärbischof. Dieses Amt sollte er – wie in Deutschland üblich – zusätzlich zur Leitung seines Erzbistums ausüben. Überraschend kam diese Ernennung nicht. Der damalige Militärbischof Franz Hengsbach, Bischof von Essen, hatte aus mehreren Gründen bereits im Mai 1976 erstmals über einen Wechsel in der bischöflichen Leitung der Katholischen Militärseelsorge nachgedacht¹². Neben der Übernahme des Vorsitzes der Kommission Weltkirche in der Deutschen Bischofskonferenz sprachen vor allem die anstehenden Personalentscheidungen in der Militärseelsorge für diesen Wechsel (1981 erreichte insbes. Militärgeneralvikar Dr. Gritz die Pensionsgrenze). Dem neuen Militärbischof sollte die erforderliche Einarbeitungszeit gegeben sein, bevor er die notwendigen Personalmaßnahmen umzusetzen hatte.

Bischof Hengsbach hatte Kredel im Oktober 1977 grundsätzlich um seine Bereitschaft angefragt. Obwohl Kredel gerade erst zum Erzbischof ernannt worden war, scheute er nicht die zusätzliche Aufgabe als Militärbischof. So plante man den Stabwechsel vom bisherigen auf den neuen Militärbischof während der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes, der wichtigsten pastoralen Jahresveranstaltung der Militärseelsorge. In der Orts- und Terminwahl liegt für Kredel ein zweifach Relevantes: Neben seiner besonderen Verehrung der Gottesmutter (Namenspatronin, Wappen), die auch schon bei seiner Weihe zum Erzbischof von Bamberg nicht ohne Berücksichtigung blieb (2. Juli: Fest Mariä Heimsuchung) erfolgte die Amtsübernahme mitten unter den Soldaten. Dort sah

11 Erzbischof von Bamberg Dr. Elmar Maria Kredel. Dokumentation der Bischofsweihe, hrsg. v. Hans Zech, Bamberg 1977.

12 AKMB NL MGv Gritz.

er sein Hauptwirkungsfeld. „Die Soldaten sollten weder in der Verantwortung für ihren Dienst und Auftrag von der Kirche im Stich gelassen sein, noch sollen Soldaten und Soldatenfamilien in den besonderen Situationen, die dieser Beruf mit sich bringt, ohne Seelsorger leben müssen“, so der neue Militärbischof in seinem Grußwort vom 5. Juli 1978 an die Soldaten¹³. So wie er sein zusätzliches Amt in der Militärseelsorge gemäß seinem bischöflichen Wahlspruch „Für Christus leisten wir Botschafterdienst“ (2 Kor 5,20) wahrnehmen wollte, bat er die katholischen Soldaten, das Christsein in der Bundeswehr nicht nur als Anspruch auf Seelsorge zu verstehen, sondern eben auch als Botschafterdienst, den Kirche und Christen in der Welt von heute zu leisten haben¹⁴.

Bei seinem Antrittsbesuch beim damaligen Bundesminister der Verteidigung, Dr. Hans Apel, einem engagierten Protestanten, betonte er ebenfalls, die Seelsorge gehe zuerst vom Menschen aus. Gerade dieser Dienst am Menschen sei und bleibe der legitime Beitrag der Kirche, Schaden abzuwenden, der die Entwicklung in Staat und Gesellschaft bedrohen könnte¹⁵. Die Kirche kann und darf die Soldaten in ihrer Verantwortung als Waffenträger, aber auch mit den Problemen, die der Dienst in der Bundeswehr mit sich bringt, nicht alleine lassen.

In seiner zwölfjährigen Amtszeit von 1978 bis 1990 sollte sich dieses Postulat in seiner Wahrhaftigkeit bald erweisen. Denn diese Jahre waren von besonderen innenpolitischen Debatten und Entwicklungen geprägt, die vom Militärbischof, der zugleich Vertreter der katholischen Kirche gegenüber der Bundeswehr ist, hohe Anforderungen und viel Geschick verlangten. Kredel stellte sich dieser Aufgabe mit großer Energie und Bedachtsamkeit, stets bewusst, dass die Militärseelsorge Teil der Gesamtseelsorge ist. Sie wird zwar vom Militärbischof geleitet, muss jedoch von allen deutschen Bischöfen mitgetragen und mitverantwortet werden.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit beherrschte die schwierige Debatte um die atomare Nachrüstung (1979 NATO-Doppelbeschluss) die politische Öffentlichkeit. Die Friedensbewegungen, die von der neuen Bundespartei „Die Grünen“ unterstützt wurden, erreichten ihren Höhepunkt. So wurde im Herbst 1983 auch die Gesamtkonferenz in Bad Waldsee/Kloster Reute von friedensbewegten Demonstranten begleitet. Die heftigen politischen Debatten bestimmten auch die innerkirchliche Friedensdiskussion. Es kam zu Spannungen, die die Gefahr des Auseinanderlebens und des Polarisierens mit sich brachten. Doch Kredel blieb als Militärbischof in seinem Standpunkt fest, eindeutig und klar¹⁶. Er orientierte sich an der Friedensethik der Päpste, der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils (*Gaudium et spes*) und an dem Wort

der Deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1983). Zugute kam ihm auch die fachlich und sachlich fundierte Unterstützung in der Argumentation durch das Institut für Theologie und Frieden (Prof. DDr. Ernst Nagel), dessen Gründungsurkunde er unmittelbar nach seiner Berufung als Militärbischof unterzeichnet hatte. Seitdem betreibt das Institut für die Katholische Militärseelsorge wie auch für die Gesamtkirche wertvolle friedensethische Studien und leistet damit einen Beitrag zur Wissensbildung und ethischen Urteilsfindung der Soldaten wie auch der Öffentlichkeit.

Kredel blieb in diesen zum Teil hart geführten Diskussionen stets darum bemüht, die kirchliche Einheit zu bewahren. Als Anwalt der katholischen Soldaten und ihrer Familienangehörigen machte er sich darüber hinaus dafür stark, deren Heimatrecht in der Kirche zu verteidigen. Der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, betonte einmal, Kredel habe dank seiner Offenheit und Geduld verhindern können, dass weitergehende Polarisierungen in der katholischen Kirche entstanden seien. Er dachte dabei auch an das in der Sache klar und zugleich flexibel geführte Gespräch mit Vertretern der Friedensbewegung, im kirchlichen Raum besonders mit *Pax Christi*¹⁷.

Seit Mitte der 1980er Jahre kam es durch Veränderungen in den weltpolitischen Konstellationen (Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU) vorübergehend zur Beruhigung dieser hitzigen Debatten. Das lenkte die Aufmerksamkeit wieder mehr auf die kirchlichen Erfordernisse in der Militärseelsorge. 1986 konnte die Militärseelsorge auf ihr 30jähriges Bestehen in der Bundeswehr zurückblicken. Zu diesem Anlass entstand die Publikation »Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr – Ein Neubeginn«. Darin hatte der frühere Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz u. a. festgehalten, dass die Überlieferung zufällig und damit lückenhaft sei¹⁸. Insbesondere diese Feststellung hatte Kredel bewogen, die Anregungen von Gritz zur Sammlung von Zeitzeugenberichten aufzugreifen und zu unterstützen¹⁹. Im Rahmen der damaligen Jubiläumsfeier kündigte er deshalb die Gründung eines „Beirats zur Erforschung der Militärseelsorge“ an. Im Januar 1987 trat dieser Beirat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ergänzend zum Archiv der Katholischen Militärseelsorge mit seiner Schriftgutüberlieferung war damit ein Gremium geschaffen, das sich im besonderen Maße um die Sicherung der mündlichen Überlieferung bemühte. Die ersten Früchte dieser Spurensicherung, die vom Beirat begleitet wurde, galten den Erinnerungen an die Feldseelsorge im Zweiten Weltkrieg, die in drei Publikationen veröffentlicht wurden. Auch die „Männer der Ersten Stunde“ – die erste Generation von Militärggeistlichen und Mitarbeitern – erfuhren eine Spurensicherung

13 FS Kredel (1991), S. 15.

14 Ebd.

15 Ebd. S. 18

16 Hier wie zum nachfolgenden das Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, DDr. Karl Lehmann, in: Abschied vom Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, am 14./15. Februar 1991 in Bonn. Eine Dokumentation, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt Bonn, Köln o. J. [1991], S. 10.

17 Ebd.

18 Martin Gritz, Beiträge zur neuen Konzeption der Militärseelsorge aus Katholizismus und Kirche, in: Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr. Ein Neubeginn (1951-1957), hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Köln 1986, S. 23-40, hier S. 23.

19 AKMB, VR MBF Kredel 46, s. Begrüßungsansprache des Militärbischof am 4. Februar 1986 in München (Festakt 30 Jahre Katholische Militärseelsorge).

ihrer Erfahrungen und Erlebnisse in der Militärseelsorge²⁰. Auf diese Weise hat der Beirat als beratendes Gremium des Katholischen Militärbischofs in den vergangenen 20 Jahren wichtige Forschungsprojekte initiiert, die ansonsten unbearbeitet geblieben wären.

Unter dem Eindruck zunehmenden Priestermangels, den die Militärseelsorge mit den Bistümern trägt, konnte Kredel als Katholischer Militärbischof 1987 unter Zustimmung des Hl. Stuhls mit dem Bundesminister der Verteidigung eine Vereinbarung über den Einsatz von Pastoralreferenten in der Katholischen Militärseelsorge treffen. Wenige Monate später setzte er die Ordnung für Pastoralreferenten in Kraft, mit der ihre Tätigkeit in der Kirche unter Soldaten auf eine solide Grundlage gestellt wurde. Damit gewann die Militärseelsorge neben den Pfarrhelfern, den ehrenamtlich engagierten Laien und den Standortpfarrern im Nebenamt zusätzliche Kräfte, die sich bis heute bewährt haben.

Der Militärbischof vergaß bei aller Fülle der doppelten Amtlast nicht, wohin er als Botschafter Christi vor allem gehen wollte – sowohl als Militärbischof als auch als Vertreter der katholischen Kirche im Bereich der Bundeswehr: nämlich zu den Militärggeistlichen, den Soldaten in Pfarrgemeinderäten und Kreisen der GKS, vor allem aber und immer wieder an die Orte, an denen Soldaten leben und arbeiten, also in die Kasernen, die Stäbe, Ausbildungseinrichtungen und Krankenhäuser der Bundeswehr. Und wie am Beginn seiner Amtszeit, besuchte er in jedem Jahr während der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes immer wieder gerne die Kranken im Hospital und die Soldaten im Zeltlager. Insgesamt zählte man an die 40 offiziellen Besuche im In- wie Ausland. Der Militärbischof aus Bamberg kam bei den Soldaten „vor Ort“ gut an. Er wusste, wo der Schuh drückt, welche Probleme die Soldaten hatten. Das Gespräch mit den Soldaten war ihm wichtig. So blieb Kredel nicht nur den Soldaten wegen seines bescheidenen und liebevollen Auftretens in Erinnerung. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick Kredel als „Seelsorger in der persönlichen Begegnung“ würdigt, so trifft dies ebenso für den Bereich der Militärseelsorge zu.

Mit der Apostolischen Konstitution „*Spirituali militum curae*“ vom 21. April 1986 erhielten die Militärordinariate in der Katholischen Kirche entsprechend den Intentionen des II. Vatikanischen Konzils und nach der Inkraftsetzung des neuen Kirchlichen Gesetzbuches (1983) eine moderne gesetzliche Regelung. Sie sollte dazu beitragen, die seelsorgliche Begleitung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen zu festigen und zu intensivieren sowie die Zusammenarbeit der Militärbischöfe und ihrer Militärggeistlichen mit den Bistümern und Ordensgemeinschaften in den jeweiligen Ländern zu fördern. Sie stellt jedoch nur eine Rahmengesetzgebung dar, die durch besondere, vom Apostolischen Stuhl erlassene Statuten in den einzelnen

Ländern ergänzt werden musste, um die allgemeinen Bestimmungen auf die konkreten Verhältnisse hin anzuwenden und zu präzisieren. Die entsprechende Neufassung der Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr wurde deshalb mit Apostolischem Breve vom 23. November 1989 im Dezember desselben Jahres veröffentlicht und trat am 1. Januar 1990 in Kraft²¹. Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, betonte bei seiner Würdigung der Leistungen des zu verabschiedenden Militärbischofs Kredel, er habe nach Kardinal Wendel und Kardinal Hengsbach, ... das große Verdienst, die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr gefestigt und weiter ausgebaut zu haben. Damit habe er vor allem auch den eigenen deutschen Weg der Militärseelsorge nachhaltig gefördert und auch in Rom überzeugend vermitteln können, so dass wiederum eine Verlängerung und Bekräftigung der eigenen Statuten erwirkt werden konnte. Die deutschen Bischöfe seien dankbar, dass ihm dies geglückt sei, obgleich die Apostolische Konstitution „*Spirituali militum curae*“ vom 21. April 1986 vieles anders vorsehe. Sie seien froh, dass er zur Rettung und Bekräftigung dieses Weges tatkräftig beigetragen habe²².

Die Wiedervereinigung brachte neue Aufgaben. Zu Kredels letzten Amtshandlungen gehörte das relativ rasch erzielte Einvernehmen mit seinen „*Mitbrüdern im bischöflichen Amt in den damals fünf neuen Bundesländern, durch das die Katholische Militärseelsorge im Rahmen der geltenden Rechtsgrundlagen nach der ... bewährten Konzeption auch in den neuen Bundesländern aufgebaut werden*“ konnte. So formulierte es der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Karl-Heinz Carl, der dies als sein ganz persönliches Verdienst würdigte²³. Auf diesem Fundament konnte Militärdekan Heinrich Hecker seit Januar 1991 die Katholische Militärseelsorge im Bereich der Bundeswehr Ost mit großem Erfolg aufbauen.

Als Erzbischof Kredel das zusätzliche Amt des Militärbischofs aus gesundheitlichen Gründen 1990 niederlegte, zeichneten sich durch die dramatischen Ereignisse im Nahen Osten und der Golfregion neue geistige und menschliche Herausforderungen ab.

Weil Erzbischof Elmar Maria Kredel die Katholische Militärseelsorge zwölf Jahre lang mit ruhiger Hand und großer Behutsamkeit erfolgreich geführt hatte, hinterließ er seinem Nachfolger ein solides Fundament. Der Einsatz

20 Dazu Petra von der Osten, „Im Vorübergehen gesegnet“ ... Abschlußbericht eines Befragungsprojekts, in: Kirche unter Soldaten. 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt Berlin, Heiligenstadt 2006, S. 149-171.

21 Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr. Bestimmungen über Organisation der Katholischen Militärseelsorge, Sonderheft 1990 (32. Jg.) der Zeitschrift „Militärseelsorge“, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt Bonn, Bonn 1990.

22 Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, DDr. Karl Lehmann, in: Abschied von Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, am 14./15. Februar 1991 in Bonn. Eine Dokumentation, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt Bonn, Köln o. J. [1991], S. 11.

23 Ansprache von Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Carl in Vertretung des Bundesministers der Verteidigung Dr. Gerhard Stoltenberg, in: Abschied von Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, am 14./15. Februar 1991 in Bonn. Eine Dokumentation, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt Bonn, Köln o. J. [1991], S. 43.

der Bundeswehr in Krisengebieten weltweit stellt auch der Militärseelsorge neue Aufgaben. Diese lassen sich nur lösen, weil die Katholische Militärseelsorge – nicht

zuletzt dank des persönlichen Engagements Elmar Maria Kredels – über belastbare Strukturen und hochmotivierte Mitarbeiter verfügt. □

Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel und die Laienarbeit in der Militärseelsorge

– Versuch einer Würdigung –

VON FRIEDHELM KOCH



Kurzfassung

Brigadegeneral a. D. Friedhelm Koch stellt anhand exemplarischer Ereignisse aus der Amtszeit von Militärbischof Kredel dessen Einstellung zur organisierten Laienarbeit dar. Kredel habe gewusst, dass es ohne Strukturen nicht ginge, so General Koch. Dennoch sei ihm das Engagement der katholischen Soldaten in der Bundeswehr insgesamt und auch außerhalb der Organisationsstrukturen immer sehr wichtig gewesen. Militärbischof Kredel habe die Militärgeistlichen zur Hilfe und Zuwendung angehalten, damit die Soldaten ihre schwierigen Aufgaben gewissenhaft und verantwortungsbewusst erfüllen konnten. Dafür seien die Soldaten und Mitarbeiter in der organisierten Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge Erzbischof Elmar Maria Kredel über den Tod hinaus dankbar, so Koch.

1. Vorbemerkungen / Einleitung

1.1 Als Militärgeneralvikar Walter Wakenhut mich vor einigen Wochen telefonisch bat, im Rahmen dieser Festakademie den am 10. Juni dieses Jahres verstorbenen dritten Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, den Bamberger Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, aus Sicht des organisierten Laienapostolates zu würdigen, habe ich mit einer Zusage zunächst gezögert. Gründe für meine Bedenken waren, dass ich Erzbischof Kredel zwar kannte, ihm auch etliche Male begegnet bin, dass ich es mir jedoch eigentlich nicht zutrauen kann, sein Wirken zu würdigen; denn ich konnte während seiner Amtszeit wegen meiner damaligen dienstlichen Verwendungen meist nur in begrenztem Umfang in der Laienarbeit tätig sein. Ich hatte in den im Archiv des Katholischen Militärbischofs ausgewerteten Akten für eine Chronik der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auch einige Dokumente gelesen, aus denen Aspekte des Wirkens von Erzbischof Kredel als Militärbischof zu erkennen sind; doch da die Zielrichtung meiner Arbeit an der Chronik völlig anders ist, konnte ich aus ihnen nicht unmittelbar etwas für diesen Vortrag entnehmen. Ich fand jedoch einige Unterlagen, die etwas über Militärbischof Kredels Handeln aussagen, und ich hatte auch dank der Unterstützung durch das Archiv Gelegenheit, weitere für das Thema relevante Dokumente auszuwerten. Und so habe ich schließlich zugesagt, heute etwas über die Arbeit von Militärbischof Kredel vorzutragen und

damit den Versuch einer Würdigung zu wagen. Insgesamt wird mein Referat jedoch nur skizzenhaft sein können, auch weil die Akten bislang nur bruchstückhaft vorliegen und auch noch nicht erschlossen sind.

1.2 Nach der Vorgabe des Generalvikars und nach Absprache mit Frau Dr. Sinderhauf beschränke ich mich im Wesentlichen auf die Laienarbeit. Zunächst werde ich auf die Grundlagen für die Arbeit im Laienapostolat in der katholischen Militärseelsorge eingehen und danach anhand einiger ausgewählter Beispiele das Wirken von Militärbischof Kredel beleuchten. Dann will ich einen kurzen Blick werfen auf die Würdigung der Arbeit von Erzbischof Kredel in der Militärseelsorge durch die damals verantwortlichen Vorsitzenden der Gremien in der organisierten Laienarbeit bei der Verabschiedung des Militärbischofs. Mit einigen Schlussbemerkungen wird mein Referat enden.

1.3 Auf die auch für die Laienarbeit so wichtige Gründung des Instituts für Theologie und Frieden durch Erzbischof Kredel ist meine Vorrednerin bereits eingegangen; hierzu werde ich deshalb nichts sagen.

2. Grundlagen des Laienapostolates in der Militärseelsorge

Zunächst also einige Bemerkungen zu den Grundlagen des Laienapostolates in der Katholischen Militärseelsorge.

2.1 Am 4. Februar 1986 hielt Prof. Dr. Hans Jürgen Brandt hier in diesem Hause einen auch heute noch lesenswerten Festvortrag aus Anlass des 30. Jahrestages der Bestellung des ersten Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, in dem er das Leben und Wirken von Joseph Kardinal Wendel als Militärbischof würdigte.¹ Mit diesem, so greift er eine KNA-Meldung vom 27. Januar 1956 auf, trete ein Mitglied des Gesamtepiskopats an die Spitze der Militärseelsorge, deren Einbindung in die neuen deutschen Streitkräfte sich wesentlich von den staatskirchenrechtlichen Regelungen der ehemaligen Wehrmacht unterscheidet: Die Militärseelsorge neuen Typs sei wesentlich verkirchlicht. Prof. Brandt weist auf die erste Predigt von Kardinal Wendel als Militärbischof am 3. Adventssonntag 1956 in der Kaserne des Münchner Pionierlehrbataillons hin, in der er feststellte, dass Soldatendienst, Dienst am Volk und Gottesdienst in christlicher Überzeugung keine Gegensätze seien. Ziel des Soldatenberufs sei der Schutz und die Verteidigung des Friedens im Advent der Welt, solange die Schwerter noch nicht zu Pflugscharen umgeschmiedet seien. Der Missbrauch des Soldatendienstes sei dann ausgeschlossen, wenn als Devise gelte, nur was vor Gott gut sei, nütze auch unserem Volke. Ähnliche Gedanken hatte, wie Prof. Brandt ausführt, auch Joseph Kardinal Frings in dem ersten offiziellen Militärgottesdienst in der Basilika St. Gereon in Köln am 10. Oktober 1956 geäußert. In seiner Predigt hatte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz neben dem Recht auf Verteidigung das neue Ideal deutscher Offiziere und Soldaten angesprochen: Soldatentum dürfe niemals Selbstzweck werden, sondern habe in Ehrfurcht vor Gott und in Achtung vor der Würde eines jeden Menschen dem Frieden zu dienen. Brandt zitiert aus der Predigt von Kardinal Frings dessen Wunschmodell des künftigen deutschen Offiziers, den er sich „als einen Mann, der in seinem Beruf Ausgezeichnetes leistet, darüber hinaus auf der Höhe des Wissens seiner Zeit steht“ und nicht zuletzt in Ehrfurcht vor Gott und seinem Heiland Jesus Christus.²

2.2. In diesen Predigten wird sehr deutlich die Mitverantwortung des Soldaten für den Frieden angesprochen, aber von einem Laienapostolat in der Militärseelsorge ist noch nicht die Rede. Jedoch fühlten sich ihrer Kirche verbundene katholische Offiziere bereits im Jahre 1956, so beispielsweise in der „Soldatengemeinschaft Gereon“ in Köln, innerlich verpflichtet, sich im Alltag als Christen einzubringen. Hierbei dachten sie zunächst nicht an ein Engagement in einem Verein oder Verband, sondern vielmehr an eine Gebetsgemeinschaft nach dem Vorbild der nach dem Verbot der Sturmchar durch die Nationalsozialisten gegründeten Johannes-Bruderschaft, deren Leitmotiv „Gebet – Opfer – Dienst“ gewesen war.³ Zwar gab es in der katholischen Kirche in Deutschland bereits seit dem 19.

Jahrhundert ein reges Verbandsleben, doch in deutschen Streitkräften war eine kirchliche Verbandsorganisation unbekannt. Erst ab 1961 wurden mit dem Königsteiner Offizierkreis Strukturen für eine organisierte Laienarbeit geschaffen, die sich zunächst im Wesentlichen auf Offiziere beschränkte. Bekanntlich wurde dann im Jahre 1970 mit der Gründung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten eine verbandsähnliche Organisation gebildet, die für Soldaten aller Dienstgrade und andere der Jurisdiktion des Militärbischofs unterstehende Personen⁴ offen war.

2.3 Ich kann und will hier nicht auf die Entwicklung der kirchenrechtlichen Regelungen für die Katholische Militärseelsorge im Detail eingehen, sondern nur darauf verweisen, dass aufgrund der durch das Zweite Vatikanische Konzil getroffenen Festlegungen Papst Paul VI. am 31. Juli 1965 die „Statuten für die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr“ erlassen hatte. Diese wurden dann nach den Neuregelungen des kirchlichen Gesetzbuchs aus dem Jahre 1983 (Codex Iuris Canonici) aufgrund der durch Papst Johannes Paul II. am 21. April 1986 erlassenen Apostolischen Konstitution „*Spirituali militum curae*“, welche als Rahmengesetz für die Militärseelsorge in allen Teilen der katholischen Kirche weltweit gilt, überarbeitet. Diese veränderten Statuten traten, nachdem das Benehmen mit der Bundesregierung hergestellt worden war, nach der am 23. November 1989 erfolgten Billigung durch den Heiligen Stuhl zum 01. Januar 1990 in Kraft. – In seinem Geleitwort zum Sonderheft 1990 „Militärseelsorge“, in dem die päpstlichen Dokumente und weitere für die Organisation der Katholischen Militärseelsorge wichtige Texte veröffentlicht wurden, schreibt Militärbischof Kredel: „Grundlage der von mir dem Heiligen Stuhl empfohlenen Neufassung der bisherigen ... Statuten war die Erfahrung, dass sich das damals neuartige Konzept Katholischer Militärseelsorge in deutschen Streitkräften nach übereinstimmender Einschätzung von Kirche, Staat und Bundeswehr bewährt hat. ... Diese Statuten sind daher sowohl vom Willen zur Kontinuität wie auch durch die Bereitschaft zur lebendigen Entwicklung und Entfaltung kirchlichen Lebens geprägt, wie es sich im Anschluss an das II. Vatikanische Konzil entfaltet hat.“⁵

2.4 In der genannten Apostolischen Konstitution von Johannes Paul II. heißt es im Artikel IX: „Da alle Gläubigen am Aufbau des Leibes Christi mitwirken müssen, sollen der Ordinarius (d.h. der Militärbischof) und sein Presbyterium dafür sorgen, dass die Laien des Ordinariats, sowohl als einzelne wie gemeinsam, ihre Rolle wahrnehmen als apostolische, aber auch missionarische Triebkraft unter den übrigen Soldaten, mit denen sie zusammenleben.“ Und der Artikel XIII schreibt u.a. vor, dass in den Statuten festzulegen sei, „was über den Pastoralrat sowohl des ganzen Ordinariats wie auf lokaler Ebene ... zu sagen ist“.

1 In: Unvergessen: Bayerns Kardinal bei den Soldaten: Zum Gedächtnis des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising; Hrsg. Hans Jürgen Brandt und Irmingard Böhm, 2. erweiterte Auflage, Paderborn 1968, S. 123

2 Ebd., S. 129 f.

3 Vgl. hierzu meinen Vortrag „Das Lebenswerk von Dr. Helmut Korn“; in: AUFTRAG Heft 271, September 2008, S. 12.

4 Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, Artikel 4; in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr – Bestimmungen über die Organisation der Katholischen Militärseelsorge; Sonderheft 1990 der Zeitschrift „Militärseelsorge“, hrsg. vom KMBA (zit. Päpstliche Dokumente).

5 Päpstliche Dokumente, a.a.O., S. 5. – Vgl. auch den Kommentar zu den Statuten von Alfred E. Hierold; ebd., S. 51.

Artikel 12 und 21 der Statuten greifen diese Vorschriften auf; es heißt dort: (Artikel 12:) „Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten ist der Zusammenschluss von Vertretern des Laienapostolates im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr. Sie wird durch eine Satzung des Militärbischofs geordnet.“ Und: (Artikel 21:) „Für die Seelsorgebezirke werden gemäß der Satzung des Militärbischofs Pfarrgemeinderäte am Amtssitz des zuständigen Militärgeistlichen errichtet.“ Der damalige Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann stellt in seinen „Folgerungen aus den neuen Statuten für die Praxis der Militärseelsorge“ u.a. fest, dass es Militärbischof Kredel bei der Neufassung der Statuten vor allem um die Pastoral gegangen sei; er habe dabei auf die Entwicklung in der Militärseelsorge seit 1965 zurückgreifen können, in der die „Mitverantwortung des Gottesvolkes für die Sendung der Kirche ... seit langem ihren Platz“ habe und in der „mit der Zeit ... Formen und Institutionen geschaffen (worden seien), die sich bewährt haben.“ Der ehemalige Militärbischof Dr. Franz Hengsbach sei nicht müde geworden zu betonen, „dass der Laie nicht lediglich Adressat, sondern Subjekt der Seelsorge“ sei.“; er habe bereits in den sechziger Jahren im Vorgriff auf die Errichtung von Pfarrgemeinderäten und überörtlichen Gremien die „Bildung von Gremien (veranlasst), die die Geistlichen in der Seelsorge beraten und unterstützen sollten“. Und Niermann stellt weiter fest: „Bei der Ausgestaltung und weiteren Entwicklung hatten die Ergebnisse der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins einen großen Einfluss.“⁶ Zu nennen sind insbesondere die Beschlüsse „Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben in dieser Zeit“; „Die Beteiligung der Laien an der Verkündigung“; „Die pastoralen Dienste in der Gemeinde“ sowie „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“.⁷ Auf die Beschlüsse der Synode, die sich auch auf die Laienarbeit in der Militärseelsorge ausgewirkt haben und weiterhin auswirken, kann ich nicht näher eingehen. Dr. Niermann merkt aber an, dass Kardinal Hengsbach in seiner Zeit als Militärbischof und sein Nachfolger Erzbischof Kredel „die Rezeption der Ergebnisse des II. Vatikanischen Konzils und seiner Umsetzung im deutschen Katholizismus im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs entschieden und mit großem Erfolg gefördert haben.“⁸ Das schließt nach dem bisher Gesagten auch das organisierte Laienapostolat ein. – Erwähnen möchte ich an dieser Stelle noch, dass sich die Zentrale Versammlung und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in die vorbereitenden Arbeiten für die Bischofssynode 1987, die sich mit dem Thema „Berufung und Sendung der Laien in der Kirche und in der Welt 20 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil“ befassen sollte, eingebracht haben und in einer Stellungnahme zu den in den Lineamenta aufgeworfenen Fragen umfangreiche Antworten aus ihrer Sicht gegeben haben; Erzbischof

Kredel hat diese Stellungnahme am 04. August 1985 zur Kenntnis genommen.⁹ Die Ergebnisse der Synode wurden in dem nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Christifideles Laici“ von Papst Johannes Paul II. am 30. Dezember 1988 veröffentlicht.¹⁰

2.5 Der Codex Iuris Canonici von 1983 legt im Canon 215 fest: „Den Gläubigen ist es unbenommen, Vereinigungen für Zwecke der Caritas oder der Frömmigkeit oder zur Förderung der christlichen Berufung in der Welt frei zu gründen und zu leiten und Versammlungen abzuhalten, um diese Zwecke gemeinsam zu verfolgen.“ Basierend auf dieser Bestimmung des CIC ordnete der Bundesvorstand die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in seiner Sitzung am 28. Oktober 1989 als „Freier Zusammenschluss von Gläubigen“ ein. Am 30. Januar 1990 kam es zu einem Gespräch hierzu mit Militärbischof Kredel. Der Bundesvorsitzende, Oberstleutnant i.G. Paul Schulz, schrieb noch am selben Tage – wohl einer Verabredung folgend – einen Brief an Erzbischof Kredel, in dem er ihm die Entscheidung des Bundesvorstands formal mitteilte. Der Militärbischof als die im Canon 216 so genannte „zuständige kirchliche Autorität“ bestätigte am 14. Februar 1990 in seinem Antwortschreiben an Schulz die Selbsteinordnung. Gleichzeitig dankte er „für die bisher geleistete Arbeit und die Unterstützung, die der Militärseelsorge gewährt wurde.“¹¹ Damit war auch formal die bisherige „verbandsähnliche“ Gemeinschaft ein kirchenrechtlich anerkannter Verband.

2.6 Militärbischof Kredel hat also konsequent nicht nur die rechtlichen Grundlagen für die Militärseelsorge in der Bundeswehr den kirchenrechtlichen Bestimmungen insgesamt angepasst; er hat durch diese Regelungen auch die Arbeit der Laiengremien auf eine von Kirche und Staat anerkannte rechtliche Basis gestellt.

3. Ausgewählte Beispiele des Wirkens von Militärbischof Kredel

3.1 Dr. Elmar Maria Kredel wurde am 26. Mai 1978 durch Papst Paul VI. als Nachfolger von Bischof Dr. Franz Hengsbach zum Militärbischof ernannt. In seinem Grußwort an die Soldaten vom 05. Juli 1978 schreibt er, er habe sich als Erzbischof von Bamberg als Wahlspruch gewählt: „Für Christus leisten wir Botschafterdienst“ (2 Kor 5,20), und sagt dann: „Im gleichen Sinne möchte ich auch das Amt des Militärbischofs wahrnehmen.“¹² Um es vorweg zu sagen: Von diesem Wahlspruch hat er sich auch in der Militärseelsorge stets leiten lassen.

3.2 Ich möchte nun in aller gebotenen Kürze anhand einiger Beispiele auf das Wirken von Militärbischof Dr. Kredel

6 P päpstliche Dokumente, a.a.O., S. 75 (hier: S. 77).

7 Die Beschlüsse finden sich in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland – Beschlüsse der Vollversammlung – Offizielle Gesamtausgabe I, Herausgeber: L. Bertsch SJ u.a.; Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1976.

8 P päpstliche Dokumente, a.a.O., S. S. 83.

9 AKMB, AR 167.

10 Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 87; Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1989.

11 AKMB, AR 492.

12 In: Für Christus leisten wir Botschafterdienste – Ansprachen und Predigten des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr Erzbischof – Dr. Elmar Maria Kredel 1978 – 1990; Hrsg. KMBA, Bonn 1991, S. 15. (Zit. Ansprachen und Predigten).

eingehen, soweit die Laienarbeit berührt ist. Dabei gehe ich nicht immer ganz chronologisch vor.

3.3 Erstens: In seiner Ansprache während der Internationalen Soldatenwallfahrt in Lourdes am 28. Mai 1988 berichtet Dr. Kredel, dass er zu der Wallfahrt des Jahres 1978 durch Bischof Hengsbach zur Teilnahme eingeladen worden sei. Dort sei ihm das zusätzliche Amt des Militärbischofs durch den Heiligen Vater übertragen worden. „Das war (so sagt er wörtlich) ein gut bedachtes und darüber hinaus sehr aussagekräftiges Zeichen: die Soldatenwallfahrt ist der jährliche Höhepunkt im liturgischen und pastoralen Leben der Militärseelsorge in der Bundeswehr. Seitdem habe ich durch mein jährliches Dabeisein manches für mein eigenes Leben gelernt. Drei Dinge sind mir ein großes Anliegen: das persönliche Gespräch mit den Soldaten ...; das Beten des Kreuzweges mit den Soldaten und ihrer (!) kranken Kameraden; die Begegnung mit den deutschen Kranken im Hospital St. Bernadette.“ – Gespräche und Begegnungen – das waren für unseren dritten Militärbischof gewissermaßen Markenzeichen. Mir sind bei manchem dieser Zusammentreffen seine Liebenswürdigeit, Bescheidenheit und Menschlichkeit immer besonders zu Herzen gegangen.

3.4 Zweitens: Erzbischof Kredel begann seinen Dienst als Militärbischof in einer Zeit, in der der Kalte Krieg auf einen neuen Höhepunkt zustrebte: In Ost und West änderte sich die strategische Lage trotz Entspannungsbemühungen und der nach jahrelangen Verhandlungen am 01. August 1975 in Helsinki erfolgten Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte kaum. Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der einerseits Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion, andererseits die Aufstellung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern gegen die Stationierung ähnlicher Waffensysteme der Sowjetunion vorsah, beherrschte zunehmend die außen- und innenpolitische Debatte von 1979 bis 1983 auch in der Bundesrepublik Deutschland und ließ die Friedensbewegung jener Jahre wachsen. Es kam zu Demonstrationen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westdeutschland. Ohne sich in die politischen Auseinandersetzungen einzumischen, wies Militärbischof Kredel in Ansprachen und Predigten in dieser Zeit immer wieder auch auf die Notwendigkeit der militärischen Friedenssicherung hin und forderte uns Soldaten auf, uns – wie das Zweite Vatikanische Konzil es gefordert hatte – als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker zu betrachten und durch unseren Dienst zur Festigung des Friedens beizutragen¹³. So mahnte er beispielsweise im Firmgottesdienst in Aurich am 27. Oktober 1982: „Wer den Wehrdienst leistet, ... übernimmt eine schwere Verantwortung. ... Die Entwicklung der Waffen, aber auch die aktuelle Diskussion um den militärischen Beitrag zur Friedenssicherung in unserem Lande und in unserer Kirche machen es sicherlich nicht leicht, eine solche Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. ... Man wird die beruflichen Aufgaben des Soldaten heute nicht mehr allein pragmatisch oder funktional erklären und be-

gründen können. Waffen tragen ist immer auch eine Frage nach der ethischen Verantwortung, die der übernommen hat, der sich in diesen Dienst stellt. Ich möchte Ihnen Mut machen, auch die ethischen Aspekte dieses Ihres Berufes zu sehen und zu überdenken.“¹⁴ Und beim Besuch der 2. Panzergrenadierdivision in Kassel sagt er am 26. Oktober 1983 in seiner Predigt¹⁵, in der er sich mit „Jungsein und Christsein“ beschäftigt: „Wer die Lage der Jugend heute schildert, hat ganz unterschiedliche Einstellungen zu beschreiben. Gewiss, es gibt junge Leute, ... die zu jeder Anpassung bereit sind, um voranzukommen, etwas zu werden, möglichst viel zu verdienen. Aber daneben gibt es ... auch die ganz anderen. Sie möchten etwas Sinnvolles tun und sind auf der Suche nach Antworten auf ihre Fragen. ... Zu den ganz anderen möchte ich auch jene jungen Leute zählen, die angesichts der heftigen Auseinandersetzungen um Rüstung und Abrüstung in unserem Lande nachdenklich werden und sich fragen, was denn nun wirklich dem Frieden dient, was es wirklich braucht, um den Frieden zu erhalten und zu festigen. ... Diesen möchte ich heute sagen (ich zitiere nur auszugsweise):

- Es gilt, die Wirklichkeit, auch die politische Wirklichkeit, zu sehen, anzunehmen und durchzustehen.
- Wenden Sie sich bitte nicht achselzuckend ab von Politik und Politikern, sondern entscheiden Sie sich zur Mitverantwortung und zur Mitarbeit. ...
- Suchen Sie in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen zur Friedenspolitik die gewissenhafte Information und die Bereitschaft zu einem aufrichtigen Dialog, der zu unterscheiden weiß zwischen dem, was wirklich dem Frieden dient, und falschen Friedensparolen, die ‚Frieden‘ vorgeben, aber zugleich Hass und Feindschaft und Gewalttat propagieren!“

3.5 Ein Drittes: Vor Soldaten aller Dienstgradgruppen stellte Militärbischof Kredel in Münster am 31. August 1983 das Wort der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“¹⁶ vor. Er weist in seinem Vortrag darauf hin, dass sich Soldaten aus der Sicht dieses Friedenswortes an der Friedenssicherung und an der Friedensförderung beteiligen müssten. Und an anderer Stelle zitiert er, dass „der Dienst des Soldaten unverzichtbar und ethisch gerechtfertigt“ sei. „Wenn in der Fortsetzung des ... Zitats davon die Rede“ sei, dass die „Bischöfe Auftrag und Dienst der Soldaten in der Bundeswehr anerkennen und mit Staat und Gesellschaft darauf vertrauen, ‘dass die Soldaten mit fachlicher Kompetenz und persönlichem Mut ihren Dienst erfüllen’, dann gehört die Bereitschaft, auch sein fachlich geschultes moralisches Verantwortungsbewusstsein in geeigneter Weise in den Diskussionsprozess einzubringen, zu einem wichtigen Dienst für den Frieden, den aufgrund seiner fachlichen Kompetenz eben nur der Soldat leisten kann.“ „Schon in der Vergangenheit ist es in erfreulichem Umfang gelungen, dass Soldaten – darunter auch viele, die sich von ihrem christlichen Glauben dazu

14 Ansprachen und Predigten, S. 57.

15 Ansprachen und Predigten, S. 68 ff.

16 Gerechtigkeit schafft Frieden – Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, 18. April 1983; Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

13 Vgl. Ansprachen und Predigten, S. 27.

aufgefordert sehen – innerhalb der Jugend- und Erwachsenenbildung einen Beitrag dazu leisten, dass es zu einer gründlichen Urteils- und Gewissensbildung der Bürger dieses Landes in Fragen des Friedens kommt.“ Die Bischöfe hätten in ihrem Wort „nochmals unter anderem auch die Mitwirkung von Soldaten in dieser Arbeit erbeten. Er sagt dann wörtlich: „Wie sich etwa auf dem letzten Katholikentag in Düsseldorf im September 1982 gezeigt hat, hat unter anderem das breite Engagement von Mitgliedern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten dazu beigetragen, das Meinungsklima zu entspannen und die Bereitschaft, sich in Ruhe, Nüchternheit und durch vernünftige Argumente mit den anstehenden Fragen auseinanderzusetzen, spürbar zugenommen.“¹⁷

3.6 Ein viertes für mich aus erlebter Geschichte wichtiges Beispiel: Auch wenn Erzbischof Kredel sich stets für uns als Soldaten und unseren Dienst eingesetzt hat, so ist doch nicht zu übersehen, dass er sich bei teilweise und zeitweise scharf geführten Auseinandersetzungen zwischen katholischen Organisationen über die Friedensfrage immer dafür eingesetzt hat, dass es nicht zu gegenseitigen Verurteilungen und Abwertungen komme. Ein Ereignis: In der von der Deutschen Sektion von Pax Christi im Jahre 1980 herausgegebenen Veröffentlichung „Aktiver Friedensdienst – Kriegsdienstverweigerung“ wurde unter anderem den christlichen Soldaten vorgeworfen, sie nähmen an einem Verbrechen teil und seien potentielle Mörder. Diese Aussage löste heftige Reaktionen der Zentralen Versammlung und der GKS aus und führte zu einer Entschließung am 24. April 1980 bei der 20. Woche der Begegnung in Vierzehnheiligen. Auf ein an ihn gerichtetes Schreiben antwortete Erzbischof Kredel am 17. Juli 1980 dem Vorsitzenden der ZV, Oberst Dr. Helmut Korn, dass er die Empörung der katholischen Soldaten verstehe und bereit sei, geeignete Schritte zu unterstützen, die geeignet seien, eine Rückkehr zu der Vereinbarung der Gemeinsamen Synode in dem Beschluss „Entwicklung und Frieden“ zu erwirken, „einander nicht abzuwerten, jeder Verurteilung des andern entgegenzutreten und im fortgesetzten Dialog gemeinsam nach immer besseren Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen“. Unter dem gleichen Datum schreibt er an Oberstleutnant i.G. Georg Heymen, den Bundessprecher der GKS, dass ihm sehr daran gelegen sei, dass seitens Pax Christi „bei Ratschlägen zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ... nicht in einer Weise argumentiert wird, durch die sich katholische Soldaten mit Recht diskriminiert sehen müssen.“ Er hoffe sehr, „dass in unserer Kirche alle Beteiligten, auch wenn verschiedene Gruppen aus Evangelium und kirchlicher Lehre (in diesen schwierigen Fragen) unterschiedliche Folgerungen ziehen sich auch weiterhin aufgerufen wissen“, im – wie bereits aus dem Brief an Dr. Korn zitiert – Dialog nach immer besseren Lösungen der Sicherung und Förderung des Friedens zu suchen.¹⁸

3.7 Diese Gedanken greift Militärbischof Kredel, um ein fünftes Beispiel zu nennen, auch am 04. September

17 Ansprachen und Predigten, S. 150 ff.

18 AKMB, AR 164.

1984 in einer Ansprache vor Dienststellenleitern in Washington DC zum Thema „Die katholische Kirche zur Sicherheitspolitik“¹⁹ auf, in der er unter Verweis auf das bereits erwähnte Friedenswort ausführt, „dass die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland sich alle konkreten Ratschläge oder gar Vorschriften versagt haben, die auf das unmittelbare politische Tun abzielen. Allein schon die Struktur der Laien-Mitverantwortung in unserem Heimatland erleichtert hier die klare, gebotene Aufgabenteilung, die mit der dogmatisch begründeten Kompetenz des Amtes in der Kirche und der Laien gegeben ist.“ Und in einer breit angelegten Stellungnahme zur Friedensbewegung, in der er auch auf Pax Christi eingeht, mahnt er eine differenzierte Betrachtung an und schließt seine Betrachtungen mit den Worten: „Ich persönlich hielte es für nützlich, wenn die Verbände, die sich im Bereich der so genannten Friedensbewegung engagieren, nicht nur von Bischöfen über ihr Engagement befragt würden, sondern von vielen Mitchristen. Ein solches Gespräch würde manche Klärungen vorantreiben, viel eher wohl als die mancherorts geforderten oberhirtlichen Maßnahmen.“

3.8 Ich nenne noch zwei weitere Beispiele: In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts gingen die scharfen Auseinandersetzungen weiter. So forderte beispielsweise Pax Christi in der so genannten „Feuersteiner Erklärung“ – Gewaltfrei widerstehen – Kriegsdienste verweigern – Abschreckung überwinden – Beschluss der Delegiertenversammlung von Pax Christi Deutschland 1986²⁰ – dazu auf, sich dem „atomare(n) Drohsystem ... zu widersetzen“, (Pax Christi) „misst ... der Verweigerung von Kriegsdiensten besondere Bedeutung zu“ und bezeichnet „Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise“, die auch von Soldaten und Reservisten zu prüfen sei. Die GKS wies die Aussagen in einer von der Bundeskonferenz am 28. April 1987 verabschiedeten Erklärung zurück.²¹ Auf Initiative und Einladung von Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann fand dann am 03. März 1988 ein Gespräch von zwanzig katholischen Soldaten mit dem Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für Pax Christi, dem Trierer Bischof Dr. Hermann Josef Spital, statt. Dieses Gespräch verlief, wie der Bundesvorsitzende Paul Schulz Militärbischof Kredel in einem Brief vom 08. März 1988 mitteilte, „sehr ausgewogen und zufrieden stellend“; und er fügte an, dass „wir (über einen Bischof Spital überreichten Katalog von Fragen zur ‘Feuersteiner Erklärung’) mit Pax Christi wieder in einen Dialog treten möchten“.²²

3.9 Ähnlich scharf wie mit Pax Christi verlief zeitweise auch die Auseinandersetzung mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Die BDKJ-Hauptversammlung verabschiedete am 16. Mai 1987 die Beschlüsse „Die Abschreckung überwinden – an einer Zivilisation der Liebe

19 Ansprachen und Predigten, S. 179 ff.

20 Auszüge veröffentlicht in: Soldaten als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker – Zum Selbstverständnis und zur Verantwortung der Soldaten; hrsg. Von Jürgen Bringmann; Würzburg 1996, S. 187 ff (zit. Soldaten als Diener).

21 Soldaten als Diener, S. 63 ff.

22 AKMB, AR 167.

bauen“ und „Den Frieden fördern: Auftrag für jeden Christen – Pflichtdienste und Gewissensentscheidungen“²³. Der Bundesvorstand der GKS kritisierte beide Beschlüsse in einer Erklärung vom 24. Juni 1987²⁴. Hierzu kam es zu Gesprächen der Vorstände; und am 20. April 1988 betonten die beiden Bundesvorsitzenden in einer gemeinsamen Erklärung, dass „trotz unterschiedlicher Auffassung und bestehender Gegensätze ... weitere Gespräche für notwendig und sinnvoll“ gehalten werden. Es komme darauf an zu unterscheiden, „wo die kirchliche Lehre gemeinsame Grundpositionen (verlange) und wo der Raum eines legitimen Pluralismus in politischen Fragen beginnt. Auch wenn es schwieriger geworden sei, im Dialog unterschiedliche politische Urteilsbegründungen auszuhalten, gelte es trotz aller vorhandenen Differenzen, gerade das herauszustellen, was Katholiken verbindet.“²⁵

3.10 Ich wiederhole, was ich schon vorhin angemerkt habe: Unser Militärbischof Elmar Maria hat den Dialog immer wieder angemahnt und uns dazu ermutigt. Wenn es auch einige Zeit dauerte, so können wir heute feststellen, dass sich das Verhältnis zwischen den katholischen Verbänden und der GKS trotz grundlegender Meinungsunterschiede, die es zunächst schwierig machten, miteinander ins Gespräch zu kommen, in den letzten Jahren, ja wohl auch zum Teil erst nach dem Ausscheiden von Dr. Kredel aus dem Amt des Militärbischofs, ganz erheblich zum Positiven hin verändert hat.

3.11 Abschließend zu dieser Thematik und ohne näher darauf einzugehen, möchte ich noch auf die Ansprache von Erzbischof Kredel bei der 29. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Oldenburg am 03. Juni 1987 hinweisen, in der er sich zu der „Feuersteiner Erklärung“ und zu den Beschlüssen des BDJ äußerte und auf die – von mir schon vorhin zitierten – Aussagen der deutschen Bischöfe in ihrem Friedenswort 1983 verwies. Er zitierte dabei auch die Aussage des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, in einem Zeitungsinterview, mit der er sich damit offensichtlich identifizierte: „Es steht für mich außer Zweifel, dass der Dienst der Soldaten in der Bundeswehr unter den heutigen Umständen unverzichtbar für die Sicherung von Frieden und Freiheit ist. Er trägt darum, wie das Konzil sagt, ‚wahrhaft zur Festigung des Friedens bei‘.“²⁶

3.12 Dass trotzdem die Kontroversen weitergingen, zeigt ein Vorgang aus dem Jahre 1989, den ich als achtetes Beispiel nennen möchte. In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Mainzer Bischof Dr. Karl Lehmann, schrieb der Bundesminister der Verteidigung, Prof. Dr. Rupert Scholz, am 06. April 1989, er habe „mit großer Sorge ... die Presseerklärung des Bundesleiters der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) zur Kenntnis genommen, die dieser am 30. März zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung und der deutschen Sicherheitspolitik

abgegeben“ habe; dieser unterstütze „darin öffentlich die jüngste Initiative der IG-Metall und der DFG-VK²⁷ und identifiziert sich und seinen Verband mit deren Zielsetzung. Dabei hat mich (so der Minister) besonders die Ankündigung einer Ermutigung junger Männer zur Kriegsdienstverweigerung bestürzt.“ Der Minister betont, dass er die Entwicklung, die katholische Soldaten zunehmend verunsichere, mit großer Sorge betrachte und „Auswirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der ‚Aktion Kaserne‘, zu deren Trägerverbänden die KJG“ zähle, befürchte. – Zu der Erklärung der KJG gab es einen sehr intensiven Briefwechsel zwischen einigen Bischöfen. Militärbischof Kredel erklärte in einer Ansprache bei der 29. Woche der Begegnung in Leitershofen hierzu: „Vor wenigen Tagen hat die Katholische Junge Gemeinde (KJG) sich in einer Art und Weise zur Kriegsdienstverweigerung geäußert, die so nicht hingenommen werden kann. Die KJG-Bundesleitung unterstützte durch eine Presse-Mitteilung vom 30. März einen Appell anderer gesellschaftlicher Gruppen, in dem die ‚massenhafte, hunderttausendfache Kriegsdienstverweigerung‘ als ‚unübersehbarer Druckfaktor auf die Regierenden‘ gedeutet wird. Die Stellungnahme der KJG kann nur als eine politische Erklärung gedeutet werden – als eine politische Äußerung, die dem fundamentalen Gewissensvorbehalt, der allein durch das Grundgesetz geschützt wird, in keiner Weise gerecht wird.“ Erzbischof Kredel ruft dann aber auch die an der Woche der Begegnung teilnehmenden Delegierten auf, „als Bürger dieses Landes für den Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes einzutreten, der im Gewissen die Würde des Menschen selbst schützen soll.“²⁸

3.13 Lassen Sie mich – neuntens – nach dieser Darstellung innerkatholischer Auseinandersetzungen noch zu einer Veranstaltung im Jahre 1985 zurückkommen, in der unser Militärbischof auch auf die Laienarbeit einging. In einem Vortrag vor dem Bundesminister der Verteidigung Dr. Manfred Wörner und dem Evangelischen Militärbischof Dr. Sigo Lehming in Bonn am 06. Februar 1985²⁹ spricht Erzbischof Kredel in einem Rückblick deutlich die Verantwortung der „mündige(n) Laien in ihrer spezifischen Kompetenz“ beim Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland an und weist auch darauf hin, dass die katholische Kirche den deutschen Wehrbeitrag „für die Verteidigung von Freiheit und Demokratie, der zur Wiedererrichtung deutscher Streitkräfte führte, klar bejaht“ habe. Dies sei aus der Erkenntnis gewachsen, dass der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat auch militärischer Verteidigungsmittel bedürfe. Nicht zuletzt durch die aktive Beteiligung von Katholiken im Dienst der Bundeswehr seien unter der Überschrift „Inneres Gefüge“ bei der Erneuerung der Struktur von Streitkräften katholische Grundsätze zur Geltung gebracht worden. „Planungen und Mittel militärischer Landesverteidigung (müssen) mit den von der Kirche gelehrt ethischen Grundsätzen und Normen übereinstimmen.“ In dem Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“

23 Soldaten als Diener, S. 191-195 (Auszüge).

24 Soldaten als Diener, S. 75 ff.

25 Soldaten als Diener, S. 78.

26 Ansprachen und Predigten, S. 291 f.

27 Deutsche Friedensgesellschaft – Verband der Kriegsdienstverweigerer (heute: Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

28 Unterlagen zu diesem Vorgang befinden sich im AKMB: 29. Woche der Begegnung.

29 Ansprachen und Predigten, S. 84ff.

hätten die deutschen Bischöfe im April 1983 dargelegt, dass es „eine durchgängige, nach wie vor gültige kirchliche Lehre erlaubter, ja sogar gebotener Verteidigung von Recht und Freiheit und damit des Friedens“ gebe. Für die Beantwortung von Fragen nach dem sicherheitspolitischen Weg und den militärischen Mitteln für den nötigen militärischen Schutz gerechter Ordnung hätten die Bischöfe die zu beachtenden sittlichen Prinzipien und Normen genannt, die den Katholiken als Staatsbürgern bei der sittlichen Urteilsbildung über konkrete politische Entscheidungen wie etwa im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss helfen sollten. – Auch wenn diese Aussagen des Militärbischofs generell gemeint waren, so trafen sie doch insbesondere auch uns als Soldaten, die wir bemüht waren, in den Laiengremien der Militärseelsorge unserer Mitverantwortung gerecht zu werden. – Der Erzbischof spricht in seinem Vortrag dann auch die oft unzureichend verwirklichte konkret gelebte Weltverantwortung an und führt wörtlich aus: „Um so dankbarer bin ich dafür, dass viele katholische Soldaten sich in den Gremien der Diözesaneseelsorge wie auch in meinem Jurisdiktionsbereich engagieren, dass die Gemeinschaft Katholischer Soldaten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, nicht zuletzt im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, unverzichtbare Brückenfunktionen wahrnehmen.“ Im letzten Teil seines Vortrags geht Dr. Kredel auf das Verhältnis Bundeswehr – Katholische Militärseelsorge ein und nennt als einen Schwerpunkt den „Ausbau der Laienmitverantwortung und -mitarbeit“; diese könne auf eine 25jährige Geschichte zurückblicken. Das Engagement katholischer Soldaten in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, in den Pfarrgemeinderäten und in der Zentralen Versammlung habe sich über die Grenzen der Militärseelsorge hinaus schon wertvoll ausgewirkt.

3.14 Ein zehntes Ereignis: Die GKS gründete im Jahre 1987 die Akademie „Oberst Dr. Helmut Korn“. Die Gründungsveranstaltung in der Zeit vom 26. bis zum 30. Oktober fand im Bonifatiushaus zu Fulda in Anwesenheit des Militärbischofs statt. Der Bischof von Fulda, Dr. Johannes Dyba, und Erzbischof Dr. Kredel feierten ein Pontifikalamt. In seiner Predigt sagte Dyba: „Die Akademiegründung entspricht einer Herausforderung, die heute Staat und Kirche prägt.“ Und Kredel erklärte, dass ein Christ in Uniform in einer Gesellschaft, die von Skrupeln gepeinigt werde, Vorbild sein müsse. Dazu und zur Sendung der Laien in der Kirche könne die Akademie einen Beitrag leisten.³⁰

3.15 Ein letztes Beispiel: Nur wenige Wochen vor seiner Entpflichtung als Militärbischof durch Papst Johannes Paul II. am 30. November 1990 kam es zur deutschen Einheit. In seiner Predigt beim Gottesdienst aus Anlass der Vereinigung Deutschlands am 01. Oktober 1990 in Lahnstein dankte er den Soldaten der Bundeswehr „für ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens und unserer Freiheit. (Er fährt fort:) Vor allem aber danke ich, dass sie ihren Dienst im Bündnis geleistet haben. Die Soldaten der Bundeswehr haben in den vergangenen 30 Jahren nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie ihren Dienst so verstehen. Als Dienst

30 Bericht der Fuldaer Zeitung/Hünfelder Zeitung Nr. 253, 31. Oktober 1987; AKMB, AR 486.

auch für andere Völker, als Verantwortung für die Gemeinschaft der Völker, mit denen man verbunden ist.“³¹ Und in seinem Wort „Zur Aufgabe der Kirche unter den Soldaten im vereinten Deutschland“ am 03. Oktober 1990 wendet er sich auch an die katholischen Soldaten und schreibt: „Bestürzende Erfahrungen in der unmittelbaren Gegenwart zeugen von der Notwendigkeit, den Friedensprozess gegen Rechtsbrecher und Völkerrechtsverstöße zu sichern. Darin ist aus christlicher Sicht ein verantwortlicher Soldatendienst begründet. ... Soldaten (leisten) einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau der Völkergemeinschaft. Die Soldaten der Deutschen Bundeswehr sehen ihren Dienst seit 35 Jahren diesem Ziel verpflichtet. Millionen wehrpflichtiger junger Männer haben das Gemeinwohl der deutschen Nation gefördert. Nicht wenige katholische Christen haben aus innerer Überzeugung als Offiziere und Unteroffiziere freiwillig den Soldatendienst im freiheitlichen und demokratischen Staat ergriffen.“ Und er fährt fort: „Die politische Leitung, die militärische Führung und alle Soldaten der Bundeswehr im ganzen Vaterland stehen vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Als Militärbischof der katholischen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familien bitte ich alle Glieder der ‘Kirche unter Soldaten’, sich aus christlichem Glauben und in christlicher Verantwortung bei der Lösung der jetzt anstehenden Aufgaben und Probleme persönlich einzubringen. Dazu gehört die gerade heute nicht immer leicht mitzuvollziehende Einsicht, in der Erfüllung der Wehrpflicht im demokratischen Staat einen ethisch gebotenen Beitrag zur Sicherung des staatlichen Gemeinwohls zu sehen.“³² – Diesen Appell des scheidenden Militärbischofs haben nicht zuletzt katholische Soldaten auch in den Gremien der Laienarbeit aufgenommen; sie haben sich bemüht, in den Jahren nach der Wiedervereinigung ihre freiwillig übernommenen Aufgaben unter nicht immer leichten Rahmenbedingungen zu erfüllen, und sie tun das auch heute noch.

4. Verabschiedung in Bonn

4.1 Nun möchte ich noch kurz aus der Abschiedsveranstaltung der Mitarbeiter in der Kurie des Militärbischofs am 14. Februar 1991 im Bonner Presseclub berichten, in der auch der Vorsitzende der Zentralen Versammlung und der Bundesvorsitzende der GKS den Dank der organisierten Laien an Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel ausdrückten.

4.2 Oberstleutnant Heinrich Havermann, der Vorsitzende der ZV, sagte in seiner Ansprache³³: „Wenn ich ... einen Rückblick auf zumindest geistig gemeinsam durchwanderte Jahre werfe, so erfüllt mich auch persönlich eine Gefühl des Dankes dafür, dass Sie

– in jedem Jahr regelmäßig der Sitzung der Zentralen Versammlung beiwohnten und damit den Laien ihr Gehör schenkten; ...

31 Ansprachen und Predigten, S. 245 ff.

32 Ansprachen und Predigten, S. 119 ff.

33 Militärbischof Elmar Maria Kredel zum Abschied – Eine Dokumentation; hrsg. vom KMB, S. 17 ff.

- 1985 die Ordnung für die ‚Arbeitskonferenzen bei den (Wehr-)Bereichsdekanen‘ erließen und damit das Zusammenwirken der beratenden Laiengremien förderten;
- letztlich Ihren Einfluss dahingehend ausübten, dass in den neuen Päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr auch die beratenden Gremien der Laien erwähnt und damit deren Bedeutung unterstrichen wurde.“

Er fügt dann noch hinzu, dass die unzähligen Begegnungen mit Soldaten den Militärbischof wohl hätten erfahren lassen, dass der Anspruch auf Seelsorge von den meisten Soldaten „nicht nur begrüßt, sondern auch angenommen“ werde.

4.3 Oberstleutnant i.G. Paul Schulz dankte für die GKS³⁴. Er führte aus: „Wir ... haben mit allen Militärbischöfen immer gute Erfahrungen gemacht. Sie haben uns in unserer ja sehr freien Arbeit ... wohlwollend unterstützt und uns am ganz langen Zügel geführt. Sie haben uns auch mal rangehoben, wenn es sein musste, aber uns das eigentlich nie spüren lassen.“ Er spricht dann noch einmal seinen Dank für die Anerkennung der GKS als katholischen Verband aus; damit stünde die GKS auf einer klaren kirchlichen Rechtsgrundlage. Noch einmal dankt er Erzbischof Kredel dafür, dass er „immer dann, wenn wir katholischen Soldaten in irgendeiner Form in Bedrängnis waren, wenn man uns die Friedensfähigkeit absprach, oder weil man sagte, wir hätten vielleicht doch keine Gewissensentscheidung getroffen,“ deutlich gemacht habe, dass wir uns auf sein Wort verlassen konnten, dass er hinter uns stand und uns in jeder Hinsicht unterstützte.

4.4 Erzbischof Kredel seinerseits sprach in seiner Antwort den beiden Vorsitzenden seinen Dank für die gute Zusammenarbeit mit den Laiengremien aus.

4.5 Ergänzend darf ich noch den Dank des neuen Militärbischofs, Dr. Johannes Dyba, erwähnen, den er an seinen Vorgänger im Amt in seiner Predigt im Dankgottesdienst am 15. Februar 1991 im Bonner Münster u.a. so formulierte: „Will man sein Wirken würdigen, wird man an seinen Wahlspruch erinnert: ‚Für Christus leisten wir Botschafterdienste‘. Ja, Erzbischof Kredel hat als Militärbischof in vielfältiger Weise Botschafterdienste geleistet. Er war Botschafter der Kirche, Botschafter des Evangeliums, Botschafter Gottes unter den ihm anvertrauten Soldaten. Immer und immer wieder in Arbeitstagen, Standortbesuchen, Soldatenwallfahrten, Tagen und Wochen der Besinnung; die Vielzahl und Vielfalt der Präsenz des Militärbischofs hat mich beeindruckt.“³⁵

5. Schlussbemerkungen

Lassen Sie mich mit ein paar Bemerkungen schließen.

³⁴ Ebd., S. 20 ff.

³⁵ Ebd., S. 33 ff.

5.1 Ich habe versucht, anhand einiger Ereignisse aus der Amtszeit von Militärbischof Kredel seine Einstellung zur organisierten Laienarbeit darzustellen. Er wusste, dass es ohne Strukturen nicht ging; jedoch war ihm das Engagement der Christen in der Bundeswehr insgesamt, insbesondere der katholischen Soldaten, auch außerhalb der Organisationsstrukturen immer sehr wichtig.

5.2 Sie werden möglicherweise vermissen, dass ich etwas über das Wirken von Militärbischof Kredel in der internationalen Zusammenarbeit der Laien – auch im Apostolat Militaire International – oder in der Ökumene aufgegriffen habe. Ich habe auch über sein Engagement für die Laien bei Wallfahrten, in Wochen der Begegnung, bei Weltfriedenstagen nicht berichtet, und ich habe auch andere Begegnungen im Bereich der Bundeswehr unerwähnt gelassen. Hier gäbe es wohl auch manchen interessanten Aspekt seines Wirkens aufzudecken, weil ihm alle Bereiche der Militärseelsorge wichtig waren und er sie unterstützt und mitgetragen hat; auch in diesen Feldern sah er die Laien, uns Laien, mit in der Verantwortung. Doch sowohl wegen der anfangs erwähnten nicht ganz einfachen Aktenlage, aber auch und besonders aus Zeitgründen habe ich darauf hier und heute nicht eingehen können.

5.3 Prof. Brandt berichtet in seinem zu Beginn meines Referates erwähnten Festvortrag über Kardinal Wendel, was Weihbischof Matthias Defregger von München über den ersten Militärbischof gesagt habe: Er (so wörtlich) „schien mir bei jedem Aufbruch zu einer militärbischöflichen Visitation, Besprechung oder Funktion geradezu wie befreit zu sein. In der Welt der Soldaten hat er sich sichtlich wohlgefühlt.“³⁶ Nach allem, was wir wissen und erfahren haben, kann man das wohl – oder vielleicht – auch über Erzbischof Kredel sagen.

5.4 Ein Letztes: Bei dem Soldatengottesdienst in St. Geleon in Köln am 10. Oktober 1956 sagte Kardinal Frings in seiner Predigt: „Ich halte den Soldatenstand für einen wichtigen, edlen, freilich auch gefährdeten Stand.“³⁷ Damit Soldaten der Bundeswehr ihre schwierigen Aufgaben gewissenhaft und verantwortungsbewusst erfüllen können, bedürfen sie daher der Hilfe, Anleitung und Zuwendung – nicht zuletzt durch die Militärggeistlichen. Das galt damals, das gilt heute, und es wird auch in der Zukunft gelten. Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel hat – wie seine Vorgänger und seine Nachfolger – die Militärggeistlichen dazu angehalten, ermutigt und gestärkt. Dafür sind wir, die Soldaten und Mitarbeiter in der organisierten Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge, ihm über den Tod hinaus dankbar. Und weil keiner allein ist, wie unser jetziger Militärbischof in seiner Predigt während der diesjährigen Woche der Begegnung in Potsdam am 17. Oktober sagte, und damit keiner allein bleibt, bedarf es auch künftig des Engagements der Laien in der Militärseelsorge. □

³⁶ Unvergessen, a.a.O., S. 134 f.

³⁷ Zitiert von Hans Jürgen Brandt in: ... und auch Soldaten fragten – Zu Aufgabe und Problematik der Militärseelsorge in drei Generationen; hrsg. von Hans Jürgen Brandt; Paderborn 1992, S. 16.

Dankworte von Bischof Dr. Walter Mixa für den verstorbenen Erzbischof von Bamberg und Katholischen Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel

Dieser Tag ist ein guter, ein wichtiger Tag für unsere Militärseelsorge. Unser gemeinsames Gedenken an Erzbischof Elmar Maria Kredel, den dritten Militärordinarius der Deutschen Bundeswehr, lässt uns die historischen Linien entdecken, die die Kirche unter den Soldaten zusammenhalten. Es ist eben nicht zufällig, wenn die – wie ich sie nennen möchte – kirchliche Zeitrechnung auf das Engste mit den Namen und Daten der Oberhirten verbunden ist, die vor Gott und den Menschen das Volk Gottes durch die Zeit führen.



Erzbischof Elmar Maria war in der Tat der gute Hirte, der die Seinen gesammelt und geistlich geleitet hat. Wer ihn kannte, wusste, dass er um seine eigene Person wenig Aufhebens machte. Er war der stille, ja demütige, würdevolle und fromme Priester, der im Gebet und in der persönlichen Sorge für seine geistlichen Mitbrüder eine vorrangige Aufgabe sah. Das fiel nach außen nicht sehr auf; viele aber wussten darum und fühlten sich durch diesen Dienst gestärkt.

Ähnliches gilt auch für seine Verbindung mit den Soldaten. Erzbischof Elmar Maria wirkte auf den ersten Blick nicht sonderlich militärisch. Man musste schon genau hinsehen, um wahrzunehmen, wie sich plötzlich der Blick konzentrierte und die Körperhaltung straffte – bei einem intensiven Gespräch oder auch einem militärischen Zeremoniell. Unser verehrter Verstorbener, der bisher einzige „Gediente“ unter den katholischen Militärbischöfen der Bundeswehr, war – er hat nicht oft davon gesprochen – durch seinen sicherlich nicht freiwillig gesuchten Dienst als Sanitätssoldat der Wehrmacht durchaus persönlich geprägt; soldatische Tugenden waren ihm nicht nur nicht fremd, er lebte aus ihnen. In den schweren Jahren des Krieges hat er es gelernt, Kameradschaft und Geduld als hohe Güter wert zu schätzen. Sein besonderes Augenmerk galt darum den Kleinen und Schwachen in der militärischen Gemeinschaft, aber auch dem öffentlichen Ruf der Soldaten als Dienern des Vaterlandes. In jener friedensbewegten Zeit der nuklearen Nachrüstungsdebatte mit nicht seltenen verbalen Übergriffen auf die Soldaten der Bundeswehr konnte der sonst so ruhige und zurückhaltende Erzbischof Elmar Maria richtig in Rage geraten. Mit aller Klarheit wies er solche „Kritiker“ in ihre Schranken.

Das Volk Gottes in Uniform in jenen oft aufgewühlten Jahren in solcher Weise geistlich zu leiten, das möchte ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, bedurfte der Unterstützung durch theologisch kluge Köpfe und gute Organisatoren. In den Generalvikaren Dr. Martin Gritz und Dr.

Ernst Niermann hatte Erzbischof Dr. Kredel Mitarbeiter, die ihn in der Ausübung seines Amtes in hervorragender Weise unterstützten. So konnte sich die Katholische Militärseelsorge in der Regierungszeit unseres Verstorbenen zu einer in der katholischen Kirche unseres Landes, im ökumenischen Miteinander mit den evangelischen Geschwistern, in der Partnerschaft mit Staat und Bundeswehr und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit hoch angesehenen Einrichtung entwickeln. Ja mehr noch, sie wurde zur geistlichen Heimat unzähliger Soldaten unserer Bundeswehr und ihrer Familien.

Darum sind wir heute hier versammelt, nicht nur um eine Persönlichkeit unserer Kirche zu ehren, sondern um die „vestigia Domini“ wahrzunehmen, die auch dem Weg, den wir heute gehen, Kennzeichnung und Richtung geben.

Herzlich danke ich den beiden Referenten, die uns Person und Leben von Erzbischof Elmar Maria aufgeschlüsselt haben. Wir alle sind Ihnen herzlich dankbar für die Zugänge zu einem Stück lebendiger Geschichte unserer Militärseelsorge. Herzlich danken in unser aller Namen möchte ich auch dem Ensemble Harmonia Stravagante unter Leitung von Frau Sabine Lehrmann. Die Musik des



Bei dem von Militärbischof Dr. Walter Mixa zelebrierten festlichen Pontifikal-Gottesdienst in der Bürgersaalkirche (Grabeskirche des Sel. P. Rupert Mayer) in München sang der Studentenchor der Universität der Bundeswehr Neubiberg unter der Leitung von Lt Fabian Gohr (v.l. vom Altar). (Fotos: M. Beyel, KMBA)

Barocks in ihrer Zeitlosigkeit lässt uns spüren, dass Leben und Tod im Vertrauen auf Gott Menschen aller Generationen verbindet.

So ist es mir eine Freude, Sie zur morgigen Eucharistiefeier in der Bürgersaalkirche einzuladen, in der wir auch Dank sagen wollen für Leben, Zeugnis und Dienst von Erzbischof Elmar Maria – wobei uns der hoch geschätzte Soldatenseelsorger des I. Weltkrieges, der Selige Pater Rupert Mayer SJ, ein besonders willkommener Mitfeiernder sein wird. □

GKS-Kreis Bonn

Adventliche Besinnung

Am Donnerstag, den 11. Dezember 2009 traf sich der GKS-Kreis Bonn zur traditionellen adventlichen Besinnung im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe. Nach der Messe, die von Militärdekan Benno Porovne ab 17 Uhr zelebriert wurde, gab der Vorsitzende, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, einen Rückblick auf das vergangene Jahr und anschließend stellte er die Vorhaben der Militärseelsorge für das Jahr 2009 vor.

Insgesamt 70 Personen hatten sich angemeldet, darunter auch der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Günter Weiler. Durch diese unerwartet hohe Anzahl war für den Vortrag von OSF Lensch der Gruppenraum im Haus 32 zu klein und die Kapelle musste deshalb nach dem Gottesdienst umgebaut werden. Zu Beginn dankte OSF Lensch dem Vorstand für die geleistete Arbeit und überreichte den Ruheständlern im Vorstand ein kleines Präsent. Danach ließ er das Jahr 2008 Revue passieren, wobei er die einzelnen Veranstaltungen mit positiven und negativen Erfahrungen darstellte. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde das neue Jahr geplant. Um alle einen umfassenden Überblick zu geben, sprach er die Veranstaltungen sowohl der Militärseelsorge als auch der GKS an. Zum Abschluss seines Vortrages stellte er den Vorstand des GKS-Kreises vor und da er seit 2006 im Amt des Vorsitzenden war, bat er um Zustimmung der Anwesenden zu diesem Vorstand, die ihm einstimmig gegeben wurde. Militärdekan Porovne informierte die Gemeinde, dass im Jahr 2009 mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Pfarrgemeinderat für das Katholische Militärpfarramt Bonn gebildet werden würde und bat um rege Mitarbeit.



OSF Joachim Lensch bedankt sich bei Gisela Gawenda für die tatkräftige Unterstützung

Nachdem so die offiziellen Dinge angesprochen waren, bat die Militärseelsorge noch zu einem kleinen Imbiss mit Gulaschsuppe und Käseplatte. Dabei wurden selbstverständlich all die Dinge im kleinen Kreis angesprochen, die auch weiterhin die reibungslose Zusammenarbeit der Laiengremien mit der Militärseelsorge Bonn zum Mittelpunkt hatten.

(Bild und Text: R. Gradl)

Christmette auf der Hardthöhe

Zum Hochfest der Geburt des Herrn hatten sich am Abend des 24.12.08 ca. 100 Personen in der Kapelle des Geistlichen Forums versammelt, um mit Militärdekan Benno Porovne die Christmette zu feiern.



(v.l.n.r.) Militärdekan Benno Porovne, Frau Schuck, OSF Joachim Lensch im Vordergrund der ehemalige Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann

In der großen Kapelle im Haus 32 wurde die Krippe aufgebaut. Jeder Besucher hielt eine Kerze in den Händen. Während Militärdekan Porovne vor dem dargestellten Szenar der heiligen Nacht verharnte, wurde das Martyrologium verlesen, bevor das Eingangslied von der Gemeinde angestimmt wurde. Bis zur ersten Lesung war der Gottesdienstraum nur von den Kerzen der Gemeinde erhellt, die das ganze Geschehen in ein weiches Licht tauchten und so ein stimmungsvolles Weihnachtsschild erzeugten.

In seiner Predigt gab Militärdekan Porovne zu bedenken, dass Gott uns nicht nur in den blitzenden Kinderaugen begegnet, sondern auch in dem getrübbten Auge des Schwachen und Kranken, sowie in den brechenden Augen des Sterbenden. Die stimmungsvolle Weihnachtszeit verdrängt zwar kurzfristig die Mühe und Not des alltäglichen Lebens, sollte letztendlich aber dazu führen, dass der Mensch Gott wieder in allen Dingen sieht und ehrt. Diese Stimmung im Herzen mitzunehmen in den Alltag, das mache Sinn, betonte Militärdekan Porovne.

Gesundheitlich bedingt, konnte der ehemalige Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann den Gottesdienst nur im Rollstuhl besuchen. Begleitet wurde Dr. Niermann von Frau Schuck, die ihm seit nunmehr 40 Jahren zur Seite steht. Der GKS-Kreis Bonn sorgte für den Transport des MGV a.D. und seiner Begleitung.

(Bild und Text: R. Gradl)

„Verantwortung übernehmen – moralisch handeln“

Am Montag, den 09.02.2009 stellte der Vorsitzende des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Brigadegeneral Josef Blotz, den Flyer „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln“ vor. Dieses Papier, das bei den katholischen



BrigGen Josef Blotz während seines Vortrages

Militärpfarrämtern ausliegt, wurde vom Sachausschuss erarbeitet (siehe AUFTRAG Nr. 270, S. 24 ff), vom Bundesvorsitzenden, Oberstlt Paul Brochhagen, gebilligt und unter anderem an die Bundeskanzlerin und die Bundestagsabgeordneten verteilt.

Um 17 Uhr zelebrierte Militärdekan Benno Porovne einen Gottesdienst, danach wurde die Kapelle im Geistlichen Forum für den Vortrag von BrigGen Blotz genutzt, da sich über 100 Gäste angemeldet hatten.

Im ersten Teil stellte der Vortragende die GKS vor, ihre Leitsätze sowie ihre Strukturen. Im zweiten Teil wurden die wesentlichen Kriterien vorgestellt, die den Einsatz von militärischer Gewalt rechtfertigen:

- eine Mandatierungsmacht ordnet den Einsatz an
- eine ernste Bedrohung liegt vor
- der Einsatz ist das äußerste Mittel
- die Aussicht auf Erfolg ist gegeben
- der Einsatz von militärischer Gewalt ist das kleinere Übel.

Diese kurz skizzierten Punkte wurden vom Redner mit Leben gefüllt, er erklärte die Absichten, die dahinter stehen würden und betonte immer wieder, dass es keine „Checkliste“ gäbe, mit der man Punkt für Punkt abhaken könne. Jedesmal wäre es eine Einzelentscheidung, die sorgsam abzuwägen sei, bevor Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz geschickt würden.

Im dritten Teil gab es eine lebendige Aussprache, in der BrigGen Blotz seine Erfahrungen im Einsatz schilderte und dadurch auch das vorher Gesagte bestätigte. Letztendlich ersetze niemals ein Befehl das eigene Gewissen; dies zu schärfen und weiter zu entwickeln sei eben der Sinn und der Zweck der Diskussionen in der GKS. Dieser Wissensbildung würde auch in den neuen Vorschriften zur Inneren Führung und zum Lebenskundlichen Unterricht Rechnung getragen, denn nur der Mensch mit einer ethisch gefestigten Grundlage könne in Krisensituationen so handeln, dass unsere Werte Bestand haben können.

Im Anschluss an die Aussprache wurde bei einem kräftigen Imbiss weiter diskutiert.

(Bild und Text: B.Bastian)

Bereich Süd

Über den Balkan auf die Mönchsrepublik Athos – eine Reise auf den Spuren der ersten serbischen Heiligen

Wie und wo lassen sich Ereignisse und Zusammenhänge aus der Vergangenheit und deren Auswirkungen auf die Gegenwart sowie auch auf die Zukunft besser verstehen, als während einer Reise durch die Orte der jeweiligen Begebenheiten und Geschehnisse?

Diese Erfahrung wurde auch einer Gruppe der Gemeinschaft Katholischer Soldaten aus dem Bereich Baden-Württemberg zuteil, die im Juni/Juli 2008, primär auf den Spuren des Heiligen Sava (Rastko Nemanjić) und dessen Vater Simeon (Stefan Nemanja), eine Bildungs- und Pilgerreise zu und auf der Mönchsrepublik Athos durchführte.

Auf dem Landweg über Österreich, Slowenien und Kroatien kommend, reisten die Pilger – Pastoralreferent Toni Mader (Geistlicher Assistent der GKS am Standort Ulm), Hauptmann der Reserve Goran Hauser und Oberleutnant Stefan Nüßle (Vorsitzender der GKS für den Bereich Baden-Württemberg) – in die serbische Hauptstadt Belgrad, wo während eines zweitägigen Aufenthaltes neben einem der größten orthodoxen Gotteshäuser der Welt (Sava Kathedrale) auch das Patriarchat der Serbisch-Orthodoxen Kirche und das gegenüberliegende Gotteshaus, in welchem sich die Grabstätten kirchlicher Oberhäupter und anderer prominenter Persönlichkeiten befinden, besucht wurden.

Ferner wurden das Mausoleum (Kuca Cveca/Haus der Blumen) von Josip Broz, genannt Tito, der Berg Avala sowie die Parkanlage Kalemegdan und die zu ihren Füßen liegende Mündung der Sava in die Donau besichtigt.

Am Morgen des 28. Juni ging die Reise dann mit einem kurzen Zwischenstopp im Kloster Manasija weiter zu dem unweit der Stadt Cuprija gelegenen Kloster Ravanica. An diesem Tag, dem Vidovdan (Sankt-Veits-Tag), wird im Kloster Ravanica, das eine Stiftung des Fürsten Lazar Hrebljanovic ist, an die Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) zwischen Serben und Osmanen gedacht, die als Symbol der Aufopferung für die christlichen Werte in die serbische Geschichte und Mythologie einging. Beide Heerführer übrigens, jener besagte Fürst Lazar Hrebljanovic sowie Sultan Murad I., kamen bei dieser Schlacht im Jahre 1389 ums Leben. Nach dem Besuch der Klosterkirche und des darin befindlichen Sarkophags, in dem die Gebeine des Fürsten Hrebljanovic aufgebahrt sind, wurde die Reise über Nis, wo eine Besichtigung von Cele Kula/Schädelturn und der Festung auf dem Programm stand, durch Mazedonien nach Griechenland fortgesetzt. Von Ouranoupolis aus, einem kleinen Ort auf dem östlichsten Finger der Halbinsel Chalkidiki, erfolgte dann am nächsten Morgen nach Erledigung aller vorgeschriebenen Formalitäten per Fähre die Einreise auf die sich über eine Fläche von 336 km² erstreckende Mönchsrepublik Athos. In diesem autonomen, aber nicht souveränen Klosterstaat,

auf dessen Gebiet der gleichnamige 2033 Meter hohe Heilige Berg Athos emporragt, gibt es heute 17 griechisch-orthodoxe Klöster sowie ein bulgarisch-orthodoxes, ein russisch-orthodoxes und ein serbisch-orthodoxes Kloster, in welchen neben mehreren Skiten (Mönchsdoerfer) und Kellien (Zellen) ca. 2000 Mönche koinobitisch (Leben in der Gemeinschaft) leben.

Nach der Ankunft in der Hafenstadt Dafni ging es mit einem „bereits in die Jahre gekommenen“ Bus weiter nach Karyes, dem heutigen Verwaltungszentrum des orthodoxen Klosterstaates und dann, in einem nicht zu unterschätzenden Fußmarsch über die Klöster Stavronikita und Pantokratoros, zum Kloster Vatopediou, dem Kloster, in dem der Heilige Sava, nachdem er über das Kloster Aghiou Panteleimonos Mönch wurde, einige Jahre seines Lebens verbrachte.

Hier gewährte der Stift (in Person der Gastmeister des Klosters) der Gruppe nach dem Vorzeigen der Aufenthaltsgenehmigung die erste der insgesamt drei Übernachtungen (der Aufenthalt in der Mönchsrepublik ist auf vier Tage/drei Nächte begrenzt) und offenbarte den Ange-reisten neben den allgemeinen Sitten und Bräuchen sowie den grundsätzlichen Bestimmungen, welche zum Beispiel das Tragen von dezenter Bekleidung beinhalten, auch die klostereigenen Regeln, auf deren Einhaltung strengsten Wert gelegt wird.

Am nächsten Tag, nach der Feier der morgendlichen Liturgie, die sich zum Teil über einen Zeitraum von mehreren Stunden erstrecken kann, reiste die Gruppe per Boot weiter zum Kloster Esfigmenou (wegen unterschiedlicher Ansichten steht das Kloster seit Jahren weder mit dem Verwaltungszentrum in Karyes noch mit dem Patriarchen von Konstantinopel – Bartholomäus I. – in Verbindung), von wo aus nach einer hervorragenden Verköstigung die Wanderung zum unweit entfernten Kloster Hiliandariou angetreten wurde. Das Kloster Hiliandariou wurde im 12. Jahrhundert durch den Heiligen Sava und dessen Vater, des Heiligen Simeon, der seinem Thron in Serbien entsagte und seinem Sohn ins Kloster Vatopediou folgte, erneuert.

In der dortigen Klosterkirche befindet sich dessen Grab (der Heilige Simeon verstarb um das Jahr 1200 im Klosterstaat Athos), aus welchem ein Rebstock wächst, dessen Trauben den Gläubigen, die diese kosten, bei Kinderlosigkeit hilft, was durch zahlreiche Dankesbriefe bis zum heutigen Tage belegt wird.

Nach einem Frühstück im Refektorium des Klosters, vor dem selbstverständlich – wie in jedem Kloster auf der Mönchsrepublik Athos – ein Gottesdienst gefeiert wurde, folgte dann mittels Bus, Fähre und einem erneuten mehrstündigem Fußmarsch der Besuch des Klosters Simonos Petras und des bereits erwähnten Klosters Aghiou Panteleimonos, in welchem die Pilgergruppe die abendliche Vesper mitfeiern durfte, die durch den Gesang der dortigen Mönche eine zusätzliche Bereicherung darstellte und sich sehr positiv auf die Motivation der Marschierer für die an diesem Abend noch zurückzulegende Strecke bis zum Kloster Xenofondos, in welchem die Gruppe die letzte Nacht verbrachte, auswirkte.

Tief beeindruckt vom Aufenthalt in der Mönchsrepublik Athos und den daraus resultierenden Begegnungen und Impressionen, welche die Pilger in dieser besonderen Stätte des Glaubens, die von der Lebendigkeit des mönchischen Ideals in der Orthodoxen Kirche zeugt, erfahren durften, löste der Abschied bei der am darauf folgenden Vormittag aufbrechenden Gruppe doch ein wenig Wehmut aus und ließ den Einzelnen während der Rückreise des Öfteren in der Retrospektive an das Erlebte auf der Halbinsel in Gedanken versinken.



Hauptmann der Reserve Goran Hauser, Oberstleutnant i. G. Markus Schneider (Kommandeur Logistikbataillon 471), Oberleutnant Stefan Nüßle, Pastoralreferentin Angela Reusch, Pastoralreferent Anton Mader und Oberstabsfeldwebel Peter Schierle auf dem Airfield in Prizren.

Nach einer mehrstündigen Fahrt erreichte die Gruppe dann am Abend Pristina, die größte Stadt des Kosovo, von wo aus nach einem Besuch des nahe gelegenen Klosters Gračanica und einem Spaziergang durch das Zentrum der Stadt am nächsten Tag die Besichtigung des Amselfeldes erfolgte, jener Schauplatz, auf welchem 1389 die gleichnamige Schlacht ausgetragen wurde.

Über Prizren, wo eine Visite bei der Katholischen Militärseelsorge (auf dem Airfield) und den ihr dort anvertrauten Menschen stattfand, bei welcher Pastoralreferent Toni Mader, der im III. Quartal 2008 die Katholische Militärseelsorge verlassen hat, die Gelegenheit nutzte, sich persönlich von seinen „Dornstädtern“ (Soldatinnen und Soldaten des Logistikbataillons 471 aus Dornstadt bei Ulm) zu verabschieden, ging die Reise dann weiter zum Kloster Decani, welches zu den bedeutendsten Kirchenbauten des 14. Jahrhunderts zählt. Das hohe Maß an Gastfreundschaft, das die Pilger während ihres Aufenthaltes im Kloster Decani erfahren durften, und die Offenheit, mit der die Mönche den Reisenden gegenübertraten, war faszinierend. Nach der Feier des Gottesdienstes, bei welcher an diesem Abend der Sarkophag des Königs Stefan Uros III. Decanski geöffnet wurde, hatte die Gruppe dann auch noch ausreichende Gelegenheit, im persönlichen Gespräch – primär mit einem Mönchsdiakon, welcher der Serbisch-Orthodoxen Diözese für Mitteleuropa angehört (mit Sitz in Hildesheim) – mehr über den serbisch-orthodoxen Glauben, die serbische Geschichte sowie über die derzeitige Situation der im Kosovo lebenden Menschen in

Erfahrung zu bringen. Am nächsten Morgen, nach einer herzlichen Verabschiedung durch den Abt des Klosters – Vikarbischof Teodosije von Lipljan – persönlich und unter Mitgabe von Präsenten (Verpflegung und Literatur), wurde die Reise dann, mit Zwischenstation in Pec, dem Ort, an dem sich jahrhundertlang der Sitz der serbischen Erzbischöfe und Patriarchen befand, über die Stadt Kosovska Mitrovica, wo die Gruppe vor Ort erneut Eindrücke und Erkenntnisse über die momentane Lage im Kosovo sammeln konnte, nach Novi Pazar fortgesetzt.

Nach dem Besuch der ältesten Kirche Serbiens, der Peterskirche, und des Klosters Sopocani sowie dem darauffolgenden Rundgang in den Ruinen der mittelalterlichen Stadt Stari Ras (ehemalige Hauptstadt der Serben, die jahrhundertlang auch Raszier genannt wurden) ging es weiter zum Kloster Studenica, dem abschließenden Mosaik dieser Reise. In diesem am gleichnamigen Flüsschen gelegenen und wohl zurecht als „Wiege des serbischen Königreiches“ bezeichneten Stift befinden sich in der dortigen Muttergotteskirche die Grabstätten von Stefan Nemanjic (der Erstgekrönte – Sohn des Heiligen Simeon und Bruder des Heiligen Sava) und dessen Bruder Vukan Nemanjic sowie deren Mutter. Ferner wurden hier die Gebeine von Stefan Nemanja (Heiliger Simeon) beigesetzt, die sein Sohn, der Heilige Sava, um 1208 aus dem Kloster Hiliandariou (Athos) nach Serbien brachte und hier, vor den Gebeinen des Vaters, seine Brüder Stefan (der Erst-



Pastoralreferent Toni Mader am Sarkophag des Fürsten Lazar Hrebljanovic, der am Vidovdan für die Öffentlichkeit aufgedeckt wird.

gekrönte) und Vukan zur Versöhnung und zur Beendigung des Bruderkrieges beschwor.

Im Anschluss an den Besuch dieses Klosters, der unter anderem auch noch einmal als eine Art Zusammenfassung aller während dieser Reise behandelten Ereignisse und Zusammenhänge aus der Vergangenheit und deren Auswirkungen auf die Gegenwart sowie auch auf die Zukunft diente, trat die Gruppe dann, mit einer durchweg positiven Bilanz hinsichtlich des Bildungsanteils während der Reise und tief beeindruckt von den Begegnungen mit den Menschen und deren herzlicher Gastfreundschaft sowie von den spirituellen Erfahrungen der zurückliegenden Tage, ihre Heimreise an, auf welcher sich die Gemeinschaft im Rahmen eines festlichen Abendessens auch noch einmal ausdrücklich bei ihrem scheidenden Geistlichen Assistenten für dessen jahrelanges, außerordentlich intensives Engagement im Dienste der GKS bedankte. *(Text und Fotos: Stefan Nüßle)*

GKS Kreis Wildflecken

Neuer GKS-Kreis im Bereich Süd

Zu Beginn des Neuen Jahres kann aus dem neu entstandenen GKS-Bereich Süd Erfreuliches berichtet werden. Nach langer und engagierter Vorarbeit durch Hauptfeldwebel Christian Hüfner, mit Unterstützung durch Stabsfeldwebel Dieter Vorndran, beide im Standort Wildflecken in unterschiedlichen Verwendungen eingesetzt, konnte in der Rhön-Kaserne ein neuer GKS-Kreis gegründet werden.



Im Bild (von rechts): Stabsfeldwebel Dieter Vorndran (Stellv. Kreisvorsitzender) Hauptfeldwebel Christian Hüfner (Kreisvorsitzender) Oberstabsfeldwebel Peter Strauß (Vorsitzender GKS Bereich Süd).

Am 15.01.2009 wurden im Rahmen einer Informationsveranstaltung zur GKS, zu der auch der neu gewählte Bereichsvorsitzende Oberstabsfeldwebel Peter Strauß aus Roth anreiste, unter großem Interesse der anwesenden Kommandeure, Dienststellenleiter, Einheitsführer, ziviler Mitarbeiter und vor allem der interessierten Soldaten, die Kreisgründung vollzogen werden.

Bei dieser Nachmittagsveranstaltung in den Räumen der UHG wurden hier besonders auch die Erwartungen und Hoffnungen auf reges Miteinander und intensiver Zusammenarbeit mit dem für Wildflecken zuständigen Militärpfarramt Hammelburg zum Ausdruck gebracht. Leider konnte Militärfarrer Stefan Frank der Veranstaltung aus terminlichen Gründen nicht beiwohnen, entsandte aber die besten Glück- und Segenswünsche zu dieser Kreisgründung.

(Text und Bild: Georg Schneeberger)

GKS Kreis Köln

Neujahrsempfang in Köln / Wahn

Am 2. Februar 2009 fand der 5. Jahresempfang der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in der Offiziersheimgesellschaft Köln/Wahn statt. In diesem Jahr konnte die GKS Köln den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, als Gastredner gewinnen. Das Thema des diesjährigen Empfangs war „Werte und Orientierung“.

Der Vorsitzende der GKS Köln, Oberstleutnant Albert Hecht, begrüßte in seiner Ansprache die anwesenden Gäste, unter ihnen den Befehlshaber des Luftwaffenführungskommandos, Generalleutnant Aarne Kreuzinger-Janik, den Amtschef des Luftwaffenamts, Generalmajor Winfried Gräber sowie den Standortältesten Köln, Brigadegeneral Volker Zimmer. Im Anschluss leitete der Männerchor der Bundeswehr Wahn mit drei Musikstücken zum Vortrag des Generalinspektors über.

General Schneiderhan bedankte sich für die Einladung und betonte, dass er diese gerne angenommen habe. In



General Schneiderhan während seiner Rede

Zeiten, wo der Mensch nach Wegweisung und Orientierung suche, sei die GKS eine Gruppe, die sich in einer Umgebung „wo es sehr viel einfacher ist, das egalisierende Glattschleifen zu ertragen, um ja nicht irgendwo eine Kante zeigen zu müssen“, zu ihren Werten bekenne. Neben dem Phänomen der unterschiedlichen Wahrnehmung von Einsätzen der Bun-

deswehr in der Öffentlichkeit, hob General Schneiderhan hervor, dass das Bedürfnis nach Geborgenheit, Sicherheit und Anlehnung in der Gesellschaft vielleicht größer sei, als angenommen.

Das Jahr 2008 habe in Anbetracht der 345 weltweit gezählten Konflikte, viele Fragen aufgeworfen. Gerade deshalb sei es, im Rahmen der Stabilisierungseinsätze von besonderer Bedeutung, Versöhnung zwischen den verfeindeten Parteien zu schaffen. Deswegen handle es sich bei dem Weg, den die deutschen Soldaten in Afghanistan „gefestigt in der christlich-abendländischen Gedankenwelt und gebunden durch Recht, Gesetz und Ordnung“ beschritten, um die einzige Möglichkeit „die Herzen und Köpfe einer geschundenen Bevölkerung zu gewinnen.“ Der im Konzept der Inneren Führung enthaltene Wertekanon sei bewiesenermaßen einsatztauglich. In diesem Sinne müsse es auch möglich sein, dass man unabhängig vom Dienstgrad und Alter Erfahrungen annehme, um Orientierung zu schaffen.

Als wesentliche Herausforderung bezeichnete der General unter anderem, der öffentlichen Wahrnehmung zu begegnen, dass nicht mehr die Größe einer Armee über Stärke entscheide, sondern dass derjenige stark sei, der seine Erfolge weltweit propagandistisch verwerten könne.

General Schneiderhan hob aus diesem Grund hervor, dass die Glaubwürdigkeit und die Einstellung jedes Soldaten Voraussetzung für die Vermittlung von Werten sei „auch in Bereichen wo diese Werte zunächst einmal keinen Wert haben“.

(Text und Bild: Michael Bertram)

Das Zweite Vatikanum, der Schlüssel zum Verständnis des Pontifikats Benedikt XVI.

Das II. Vatikanum ist der Schlüssel zum Verständnis des Pontifikats von Papst Benedikt XVI. Das erklärte Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone SDB. Der Papst fordere alle dazu auf, das Konzil nicht als einen „Bruch“ zu verstehen, sondern es in der „dynamischen Kontinuität mit der Tradition der Kirche“ zu lesen.

Kardinal Bertone hielt am Mittwoch, dem 28. Januar, vor dem „Circolo di Roma“ einen Vortrag über die „Eckpunkte des Lehramts von Papst Benedikt XVI.“. Anlass war der 60. Jahrestag dieser kulturellen Institution, die von Erzbischof Giovanni Battista Montini gegründet worden war, dem einstigen Substitut des Kardinalstaatssekretärs und späteren Papst Paul VI. Kardinal Bertone betonte die Schwierigkeit, eine „umfassende“ Vision des Pontifikats zu geben, schließlich sei es ein „Werk im Bau“: „Drei Jahre und einige Monate sind erst wenig für eine Bilanz.“ Dennoch legte er einige „Bestandteile“ und „Leitmotive“ des Lehramts von Papst Benedikt XVI. frei.

Für den Papst hätten sich in der postkonziliaren Zeit zwei gegensätzliche Interpretationen des Konzils herauskristallisiert. „Die eine schuf Verwirrung, die andere trug unbemerkt aber offensichtlich Früchte“. Die erste sei eine Hermeneutik der „Diskontinuität“ und des „Bruchs“, die zweite bedeute eine „Erneuerung in der Kontinuität“ der einzigen Kirche, „die im Laufe der Zeit wächst und sich entwickelt, dabei aber immer das gleiche einzigartige Subjekt bleibt: Das Volk Gottes auf dem Weg“. Der ersten Interpretation zufolge sei das Konzil eine Art konstituierte Versammlung gewesen, die eine alte Verfassung entfernt habe, um eine neue zu erstellen. Diese Lesart sei für Benedikt XVI. „absurd“, weil „der entscheidende Aufbau der Kirche vom Herrn stammt. Es ist die dynamische Treue, die Orientierung bei der Rezeption des Konzils gibt und neue Früchte der Heiligkeit und der sozialen Erneuerung hervorbringt“.

Die zerrissenen Fasern des Netzes Christi, der Kirche, wieder zusammenzubringen, sei das Ziel der verschiedenen Interventionen des Papstes zur „Versöhnung und zur Einheit der Katholiken“, betonte Kardinal Bertone. Der Staatssekretär lud dazu ein, mit diesem Schlüssel den Brief an die Katholiken in China zu lesen, aber auch die Zulassung der stärkeren Nutzung der römischen Liturgie vor Papst Paul VI. sowie die Aufhebung der Exkommunikation der von Erzbischof Lefebvre ohne päpstlichen Auftrag geweihten Bischöfe. (ZENIT)

Internationale Woche der Begegnung für Jugendliche

Im August 2009 wird ein internationales Ferienlager für Jugendliche zwischen acht und sechzehn Jahren auf dem Truppenübungsplatz Marwiesen in Kärnten stattfinden, zu der eine deutsche Delegation eingeladen ist. Da das Ferienlager in diesem Jahr zum vierzigsten Mal durchgeführt wird, hat sich die Militärpfarre Kärnten wieder viele neue Programmpunkte einfallen lassen.

Neben liturgischen Programmpunkten wie Abendlob und Gottesdiensten werden Freizeitaktivitäten in Form von Spielen, Wettkampf und Gemeinschaftsveranstaltungen angeboten. Bei der abendlichen Fackelwanderung, Disco, Kino oder Karaoke kann dann jeder Jugendliche zeigen, was in ihm steckt, um dann zur Freude der Betreuer anschließend todmüde ins Bett zu fallen. Um die kulturellen Sehenswürdigkeiten und die Schönheit Kärntens zu erleben, sind wieder Ausflüge in die nähere Umgebung geplant.

Die Übernachtung wird auf dem Truppenübungsplatz Marwiesen im Herzen Kärntens in Mannschaftszelten oder Unterkunftscontainern stattfinden. Übernachten im Schlafsack, waschen im Feldhaus und Verpflegung aus der Feldküche klingt auf den ersten Blick eher gewöhnungsbedürftig, hat aber am Ende jedem Teilnehmer das Gefühl von Selbstständigkeit und Abenteuer vermittelt.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ermöglicht auch dieses Jahr 20 Jugendlichen die Teilnahme an diesem Ferienlager der etwas anderen Art.

Was sollte jeder Jugendliche mitbringen?

Jeder Teilnehmer sollte in der Lage und willens sein, auf die verschiedenen teilnehmenden Nationen zuzugehen, um diese kennenzulernen. Das eher einfache Leben ohne die Eltern und abseits des Luxus bietet genügend Freiräume und die Möglichkeit, sich selber zu erleben und eigene Erfahrungen zu machen. Neben vielen geplanten Events sind alle Teilnehmer aufgefordert, sich auch selber in die Programmgestaltung einzubringen. Kurz gesagt, ein Ferienlager von und für Jugendliche. Abseits der schönen Dinge des Alltags werden aber auch alle Teilnehmer zu Pflichten, wie z.B. die Reinigung der Waschräume, Unterkunftsbereiche und Außenflächen herangezogen. Für den einen oder anderen Teilnehmer stellte dies die erste Herausforderung dar, doch ist jeder in der Gemeinschaft mit anderen über seine eigenen Grenzen hinaus gewachsen.

Wie verläuft die Organisation?

Nach Auswertung der vorliegenden Anmeldungen werden die Jugendlichen von erfahrenen deutschen Betreuer und -innen im Bundesgebiet an zuvor festgelegten Sammelpunkten übernommen und reisen dann gemeinsam nach Kärnten an. Abhängig von verfügbaren Angeboten, werden wir wie in den letzten Jahren versuchen, die Reise mittels Flugzeug nach Kärnten zu absolvieren.

Also möglichst schnell anmelden, die Betreuerinnen und Betreuer freuen uns auf möglichst viele Anmeldungen!

Zeitraum der Reise:

Anreise: 01. August 2009

Rückreise: 08. August 2009

Meldeschluss: 01. Mai 2009

Eigenbeitrag: 100,00 Euro

Informationen und Anmeldung:

Oberstleutnant Andreas Preuss
Streitkräfteamt G I/2

Pascalstr. 10s

53123 Bonn

BwKz: 90-3400-2636

Tel.: 0228-12-2636

Privat: 02208-767805

Christen in großer Bedrängnis

Die Bevölkerung glaubt zuweilen, dass die Medien durch umfassende Berichterstattung alle Missstände anprangern. Leider ist dies häufig nur der Fall, wenn sich damit auch die Auflage erhöhen lässt. Ein Missstand, der weitgehend unbemerkt geblieben ist, stellt die Christenverfolgung in unserer Zeit dar. Lieber schimpft man über den Papst und die gesamte Kirche in unseren Ländern, wendet sich von dem eigenen Glauben ab und hofiert jede andere Form der Glaubenszugehörigkeit. Die westliche Freizügigkeit gilt nichts in anderen Ländern. Dies dokumentiert eindrucksvoll das vorliegende, 111 Seiten starke Büchlein des weltweiten Hilfswerkes päpstlichen Rechts, Kirche in Not.



Die Diskriminierung und Unterdrückung unserer katholischen Glaubensbrüder und -schwestern in aller Welt wird hier mit Beispielen aufgeführt. Alphabetisch geordnet werden von Ägypten bis zu Vietnam die brutalsten Unterdrückungen geschildert und mit Datumsangabe geschildert und belegt. An ausgewählten Schicksalen werden uns die Martyrer der Moderne vorgestellt, die für ihren Glauben leiden. Einzelne Passagen sind aus der umfassenden Dokumentation „Religionsfreiheit Weltweit – Bericht 2008“ entnommen. Diese ist über 600 Seiten stark und ebenfalls über Kirche in Not zu beziehen.

Fürbitten und Gebete für die verfolgten und unterdrückten Katholiken in aller Welt beschließen dieses Buch, welches zum Nachdenken anregt und uns deutlich vor Augen führt, wie gut es uns eigentlich in unserem Lande geht – aber auch wie gut es denjenigen geht, die in den Genuss unserer Toleranz kommen. Empfehlenswert für alle, die sich überzeugen wollen, dass Glaubensfreiheit nicht geschenkt wird, sondern erkämpft werden muss.

Kirche in Not, Christen in großer Bedrängnis, Diskriminierung und Unterdrückung, Dokumentation 2008, 111 Seiten, www.kirche-in-not.de



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2009 Allg. Termine u. Bundesebene

- 22.-26.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 30.04. Internationaler Soldatengottesdienst Trier
 06.05. Pontifikalamt zum Weltfriedenstag Mühlhausen
 08.-09.05. VV ZdK
 13.-19.05. 51. Internationale Soldatenwallfahrt, Lourdes
 20.-24.05. 32. Deutscher Evangelischer Kirchentag, Bremen
 03.-07.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 04.-05.06. AG Struktur
 28.05. Pontifikalamt zum Weltfriedenstag Berlin
 05.-06.06. EA-Sitzung, Mülheim / Ruhr
 20.06. KR-Vorst.-Sitzung in Hamburg
 26.-28.06. gem. Sitzung SA S+F u. InFü in Berlin
 02.-05.07. Bundesvorstand, Dresden
 08.07. Pontifikalamt zum Weltfriedenstag Augsburg
 14.-15.08. EA-Sitzung, Mülheim / wwRuhr
 06.09. Bereich Niedersachsen / Bremen, Männerwallfahrt Germershausen
 13.-19.09. 49. WdB in Hamburg
 13.-14.09. Vorkonferenz,
 14.-17.09. Katholikenrat (KR)
 17.-19.09. BuKonf GKS
 18.-23.10. Familienwerkwoche GKS NRW Gehrden
 19.-23.10. 54. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge
 21.-25.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 07.11. KR-Vorst.-Sitzung, Berlin
 07.-08.11. Bundesvorstand, Fulda
 09.-13.11. 12. Seminar GKS-Akademie Dr. Korn, Fulda
 20.-21.11. VV ZdK, Bad Godesberg

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiLD Kiel / GKS Nord / Küste

13.-15.11. AK II in Salem

KMiLD Erfurt/Hannover / GKS Bereich NS / Ost

03.-05.04. Bereichskonferenz Niedersachsen / Bremen, Paderborn
 30.10.-01.11. AK in Huysburg

KMiLD Mainz / GKS Nordrhein-Westfalen

29.10.-30.10. Ort noch nicht entschieden

KMiLD München / GKS Bayern u. Baden-Württemberg

02.-04.10. AK II, Untermarchtal

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

27.04. Sitzung in Bonn
 26.-28.06. gem. Sitzung SA S+F in Berlin
 05.10. Sitzung in Bonn
 16.11. Sitzung in Bonn

SA »Sicherheit und Frieden«

24.-26.04. Sitzung in Hammelburg
 26.-28.06. gem. Sitzung SA InFü in Berlin
 16.10. Sitzung in Bonn

Internationaler SA

06.-07.03. Sitzung in Berlin

Vorschau 2010

23.01. Sitzungen KR-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGV in Berlin
 16.-17.04. VV ZdK
 21.-25.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 12.-16.05. 2. Ökumenischer Kirchentag in München
 09.-13.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 18.-20.06. Seminar für Funktionsträger, Mülheim / Ruhr
 13.-18.09. 50. Woche der Begegnung, Bensberg (Planung)
 18.-22.10. 55. Gesamtkonferenz Potsdam
 19.-20.11. VV ZdK, Bad Godesberg

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiLD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMiLD Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiLD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiLD Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AK** – Arbeitskonferenz beim Kath. Leitenden Militärdekanat im KMiLD ..., **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **KMiLD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Rochusstr. 67, 53123 Bonn,
Tel: 0178-4025613, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843